atom

Sept / Okt '91
Nr. 36 DM 5,-

DIE LINKE AM ENDE?
ATOMPROGRAMM 2000
GORLEBEN: ROT-GRÜN
CONTRA AKW-BEWEGUNG

Collection Lecker foundation
www.luka.org
Digitized 2016

graswurzel

Die Graswurzelrevolution (GWR) erscheint jetzt im 20. Jahrgang als antisexistische, gewaltfrei-anarchistische Zeitung. Jeden Monat neu: GWR, das Fachblatt für Antimilitarismus, Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion, Antipädagogik, Feminismus, Anti-AKW-Bewegung, Geschichte, Gegenwart und Zukunft des gewaltfreien Anarchismus, Antiparlamentarismus, gegen Männergewalt, für Soziale Verteidigung, Widerstand gegen die Wehrpflicht, Antiklerikales, Transnationales, Anarchismus und Religion, Libertäre Buchbesprechungen, und, und, und...

Ein Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM-Scheines an GWR, Schillerstr.28, 6900 Heidelberg

revolution

Nr. 56 Juli/August 1991

Wildcat

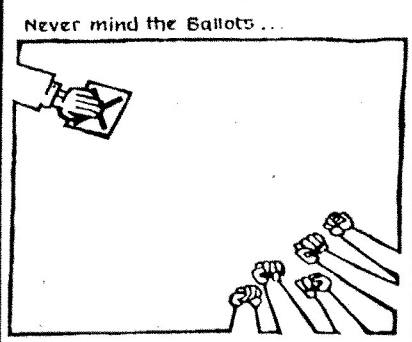
1953 -1973 -1993 ?
"Arbeiterkampf in Deutschland"

Europa: Italien, Frankreich
Vorstadtindianer und Islam
Punkbewegung in der DDR
Ölarbeiterstreik im Iran
Wärmetod und Chaos
Arbeitermafia BR ?

Einzelheft 4 Mark, Abo 6 Hefte 20 Mark
Sisina, Postfach 360527, 1 Berlin 36
Tel. 030/6121848
Bestellen durch Überweisen auf:
Postgiro-Kto. 315 02-109, Sisina, Berlin

Thekla 14: »Ölwechsel«
Zionismus und Arbeiterbewegung
Schuldenkrise, neue »Enclosures«
Energiesektor und Klassenkampf
Strategien im Golfkrieg
160 S., 8 Mark inkl. Porto

Nr. 87 - Mai/Juni 1991



Der Massenmord an den Kurden und die linke Zurückhaltung

Interview mit der britischen Gruppe »**Chumbawamba**«:
"Ohne Babysitter spielen wir nicht!"

Anarchismus in der UdSSR
Bericht vom Konstadt-Kongreß
KAS heute

90 Jahre F.O.R.A.

16 Seiten Zeitungsformat
Kostenloses Probeheft anfordern!

Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA
»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

Angeklagt wenige -gemeint wir alle!

Seit 17 Jahren unterstützt die Rote Hilfe politisch Verfolgte in der BRD. Kriminalisierung ist keine Privatangelegenheit, deshalb unterstützt die Arbeit der Roten Hilfe, werdet Mitglied, spendet für politisch Verfolgte! Informationsmaterial gegen Rückporto bei:

Rote Hilfe
Postfach 6444
23 Kiel 14

Spendenkonto:
Konto-Nr.: 19 11 00-462
Postgiro Dortmund

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 5,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrukke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 36, Sept/Okt '91.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 76
atommüllzeitung Nr. 64

Druck: Steidl, Göttingen
Foto Titelseite: Günter Zint

Redaktionsschluß für die nächste atom: Mitte Oktober 1991

Inhalt

»atom« intern – Neues aus der Redaktion 4

Schwerpunkt 1: »Atom 2000«

Gegenwärtig läuft in Bonn eine Debatte um die Neuorientierung der Energiepolitik über das Jahr 2000 hinaus. Die Atomlobbyisten haben wieder Oberwasser, vom Ausstiegskonzept der SPD ist nichts mehr zu hören.

Der Gigawatt-Coup 6
Chronologie der neuen Energiedebatte 8
Der »Jahrhundertvertrag« 10
FAZ auf Ausstiegskurs? 13

Schwerpunkt 2: Gorleben

Im Streit um die Einlagerung der Mol-Fässer in Gorleben hat die rotgrüne Landesregierung bei den AKW-GegnerInnen im Wendland ihren Kredit verspielt.

Müll aus Mol – nur der 1. Akt 14
Offener Brief an die Landesregierung 16
Das kurze Gedächtnis des Hannes K. 20
Endlager Gorleben – die Endlosgeschichte 22

Hanau: Störfälle, Skandale und Großmachtträume 23
»Unser Atomdorf soll schöner werden« 27

Kernforschungszentrum Karlsruhe:
vom Atomklo zur Fusionsfabrik 28

Brennelementefabrik Lingen 33
Schacht Konrad: Die Einwendungs-Aktion 34
Bulgarien: Droht ein neues Tschernobyl? 35
Standort-Splitter 36
Europa-Treffen der Inis gegen Uranabbau 38
Ein Buch über die Wismut AG 39
Pfingstcamp '91: Was hat's gebracht? 40
Herbstkonferenz der Anti-AKW-AktivistInnen 42
Hamburger Arbeitskreis hat sich aufgelöst 45

Schwerpunkt 3: Die Linke am Ende?

Die KPdSU paddelt noch, doch der KB ist schon im Eimer. Und auch die DS, die MG, die Radikale Linke... – kurzum: die ganze schöne deutsche Linke?

Der KB ist tot – es lebe die Gruppe K 48
Die Radikale Linke ist tot – es lebe ÖkoLinx 51
Doitsch-Stunde: Zur Krise der Autonomen 53
Die Linke ist weiblich 60

Der leise Putsch
Zur »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung 63

Lang, lang ist es her, daß wir in der atom was über uns geschrieben haben – Jahre sind vergangen, vielleicht hat sich manch eine/einer schon gefragt, wie die das immer noch machen. Nun, daß haben sich immer mehr von uns in letzter Zeit auch gefragt. Und so haben wir uns am ersten Juni-Wochenende getroffen, um zu besprechen, wie es mit der atom weitergehen soll.

Es sollte an diesem Wochenende einmal ausdrücklich nicht über die nächste Nummer, über die letzten Ausgaben, über organisatorische Dinge oder Finanzen, und es sollte auch ausdrücklich nicht über inhaltlich-politische Schwerpunktthemen diskutiert werden.

Das haben wir auch weitgehend durchgehalten, mit der Ausnahme, daß irgendwann bei jedem atom-Treffen auch die „aktuelle" Lage in Bewegung und Politik im brainstorming Verfahren diskutiert wird. Doch zurück zum eigentlichen Thema:

Die Ausgangsposition in der atom war folgende: die letzten Nummern wurden unter z.T. sehr schwierigen Bedingungen gemacht (die bekannten Dinge wie zu wenig Zeit, zu wenig Leute, alles auf den letzten Drücker usw.). Zusammen mit der Tatsache, daß sich bei allen von uns über die Jahre Verschleißerscheinungen gezeigt haben und zunehmende Motivationsprobleme, kam es diesmal an den Punkt, daß fast die Hälfte der Redaktion – sowohl in Lüneburg als auch in Göttingen gesagt hat, so geht es nicht weiter, so mache ich nicht mehr weiter mit. Klar war auch, daß die anderen nicht allein weitermachen wollen und/oder können. Damit das besser nachvollzogen werden kann noch mal ein kurzer Rückblick. atom besteht seit der Fusion von atommüllzeitung/Lüneburg und atomexpress/Göttingen 1984 aus den zwei autonomen Redaktionen in Lüneburg und Göttingen. Wir haben seit dem 35 Ausgaben gemacht und insgesamt hat die Konstruktion gut gehalten. Die atom wird sowohl in Göttingen als auch in Lüneburg produziert, dort werden im Schnitt die Hälfte der Seiten jeweils gesetzt lay-outet usw. Druck ist wechselseitig in Göttingen und Lüneburg, der Versand/Abobetreuung seit einigen Jahren fest in Lüneburg. Wir haben uns pro Ausgabe einmal zur inhaltlichen Diskussion und Abstimmung getroffen und einmal nach Abschluß des Lay-outs, um die beiden atomteile zusammenzustellen. In losen Abständen, ca. 1 mal im Jahr haben wir ein atom-Wochenende gemacht, auf dem wir länger und grundsätzlicher über inhaltliche Themen diskutiert haben.

Bis auf wenige Ausnahmen ist in diesen Jahren die Redaktion im Kern konstant gebleiben, d.h., die meisten der 10 leute, die die atomredaktion ausmachen, machen dies schon seit vielen Jahren. Wir sind wohl ein ziemlich verschworener Haufen geworden in diesen Jahren und verstehen uns sowohl persönlich als auch in den politischen Diskussionen sehr gut, ätzende Streitigkeiten und Hahnenkämpfe, Profilierungs- oder Machtkämpfe und was es sonst noch an unerfreulichen Begleiterscheinungen in der politischen Arbeit allerorten gibt, sind uns bislang erspart geblieben. Ich sag's nur deshalb so ausführlich, weil ich denke, daß es ansonsten die atom schon lange nicht mehr geben würde und das es auch zu einer solchen Art der Auseinandersetzung, wie an diesem Wochenende sonst nicht hätte kommen können: nämlich geprägt vom gegenseitigen Verstehen für die Position des anderen und von einer sehr weitgehenden Verantwortlichkeit des Einzelnen für die atom und für die anderen Personen – ein bißchen holprig ausgedrückt, aber ich hoffe, es kommt rüber, was ich damit ausdrücken will.

Also: Ausgangngspunkt: von 10 atom-Leuten sagen 4 definitiv, daß sie ab der nächsten Nummer nicht mehr mitmachen. Die Gründe dafür sind individuell verschieden, sind Gründe, die im wesentlichen nicht hausgemacht sind, sondern allgemeiner Natur – ihr werdet sie aus anderen Zusammenhängen kennen, wie da sind: nach zum Teil 10 oder mehr Jahren atom und sonstiger poltischer Arbeit sind die Batterien leer, es ist einfach nicht möglich, über einen so langen Zeitraum so viel Kraft da reinzustecken, wo insgesamt die Kräfte durch andere Dinge, die auch wichtig sind, stark in Anspruch genommen werden – Stichwort: Beruf, Familie, Kinder usw. Alle in der Redaktion sind seit Jahren voll berufstätig, teilweise in extrem streßigen Berufsfeldern, die Zahl der „atom-Kinder" übersteigt mittlerweile die Zahl der Redakteure und so weiter und so fort. Und es gibt nach wie vor keine einzige „Stelle" in der atom, alles wird von allen in der Freizeit gemacht, wie eh und je:

Und das alles über so viele Jahre, wen wunderts, daß die Kräfte und Motivationen nachlassen und erschöpft sind. Aber es gibt noch einen anderen, nicht weniger wichtigen Aspekt, die Inhalte. Fast alle derjenigen, die nicht mehr weitermachen wollen, reicht die alleinige Arbeit zum Thema atomenergie nicht, das Interesse richtet auch auf andere Themen, die Beschneidung auf atom, atom wirkt zunehmend frustig. Auf den Punkt gebracht: Die wenige Zeit, die mensch überhaupt noch aufbringen kann, wird zu hundert Prozent mit der Bearbei-

tung von Standartthemen, Schwarzes Brett, Standorte, Internationales zu AKW-Themen gefüllt, incl. des Setzens und Lay-Outens bleibt keine Luft für irgendetwas Anderes, was mehr Selbstbestimmtes!
Es geht also auch um die Frage, Zeit, Kraft und Motivation wofür. Und da ist es zumindestens bei einem Teil so, daß man sich über die „normalen" atom Nummern quält, und dann z.B. in die Golf-Sondernummer viel Power investiert, weil man zumindestens in dem Moment viel mehr Lust hatte, zum Golf was zu machen. Einem anderen Teil der Redaktion geht's eher umgekehrt, hat eher Schwierigkeiten, wenn Nummern oder gar ganze Sondernummern von anderen Themen belegt sind, in die wenig eingebracht werden kann. Diese Interessen sind nun schwer auf einen Punkt zu bringen. Es wurde ziemlich grundsätzlich diskutiert, um die verschiedenen Vorstellungen und Probleme auf den Tisch zu bringen und nicht gleich in irgendwelchen lauwarmen Kompromissen zuzukleistern. Es blieb zunächst einmal das Problem bei sehr vielen, daß die Motivation verbraucht ist und sich die äußeren Bedingungen für die Zeitungsarbeit (Zeit, Beruf, Kinder etc.) immer weiter eingeengt haben und sich daran auch durch Konzept- oder sonstige Änderungen nichts drehen läßt. Weiter schälte sich heraus, daß diejenigen, die nicht mehr weiter machen wollen, nur bei einer ganz grundlegenden Konzeptänderung noch mal einsteigen würden – konsequent zu Ende gedacht: atom alter Machart: Schluß damit, neues Zeitungsprojekt, eventuell mit anderen zusammen in Richtung „Linke Bewegungszeitung". Bei dem anderen Teil der Redaktion führte diese Konzeption zu einer ziemlich eindeutigen Blockbildung in Richtung: Neue Zeitung ohne uns, die atom wie sie jetzt ist entspricht im wesentlichen dem, wie wir uns Zeitungsarbeit vorstellen, mit der wir uns identifizieren können. Und auch wenn die Anti-AKW-Bewegung schwächer geworden und an gesellschaftlicher Bedeutung und Kraft gewaltig verloren hat, so ist sie doch nach wie vor unserer Bezugspunkt. Im Ergebnis also ein totales Patt, es ging nicht vor und nicht zurück. Es war klar, daß wir wie bisher nicht weiter machen können, weil das ein Teil nicht (länger) mehr mitmachen will und der verbleibende Rest die Zeitung nicht alleine machen will und kann. Und es war klar, daß ein klarer Bruch mit dem bisherigen Konzept von der Hälfte der Redaktion nicht mittragen wird.
In dieser Situation machten wir erstmal einen Schnitt und spielten 2 Stunden Fußball, und zwar vom Feinsten – für unsere Verhältnisse. Der genaue Spielverlauf, sowie Mannschaftsaufstellung und Ergebnis kann bei uns von Interessierten erfragt werden.
Auch die anschließende Abend-Diskussion brachte keine Änderung, es gab scheinbar keine Spielräume und keine Lösungsmöglichkeiten. Und so ging es doch etwas niedergeschlagen in den Nachtschlaf, denn eins hatte die Diskussion auch deutlich gezeigt: Niemand aus der Redaktion würde ein Ende der atom als „Befreiung" empfinden, jeder hoffte auf seine Weise, daß es noch eine andere Alternative als das Aufhören und somit die Auflösung der Redaktion geben würde.
Am Sonntag morgen ging dann alles ganz schnell. Über Nacht schien sich unabgesprochen in den verschiedenen Köpfen ähnliches abgespielt zu haben. Folgender Vorschlag wurde entworfen:

★ Ausgangspunkt ist die atom, wie sie bisher gemacht wurde.

★ Ab der nächsten Nummer wird in der atom ein festes Seitenkontigent (bis ca. 1/3 der Zeitung) für einen „Debattenteil" eingerichtet. In diesem Teil soll versucht werden, verschiedene politische Thematiken, die uns über die Frage atom hinaus berühren und beschäftigen, kontinuierlich zu verfolgen, als Stichworte mögen da erstmal u.a. stehen: Neo-Nazi-Entwicklung, Ausländerfeindlichkeit, Verhältnis Industriestaaten-Dritte Welt, Festung Europa", Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Debatte über Utopien" und Alternativen" zum Bestehenden, bzw. gerade Zerfallenen, Politische Verfolgung u. Unterdrückung etc. Entwicklung innerhalb der Linken (Radikale bzw. Ökologische Linke)

★ Diesen Debatten-Teil betreuen zunächst einmal diejenigen, die sich für diese Themen besonders stark machen. Von den anderen werden sie insofern dabei unterstützt, daß diese sich stärker um die anderen atom-Teile kümmern. Es wird weiter angestrebt, für den Debattenteil" Autoren/innen zu gewinnen, die außerhalb der Redaktion stehen.

★ Der bisherige Umfang und die Erscheinungsweise der atom wird beibehalten, eventuell wird es zeitweise eine etwas dikkere atom geben. Einige Teile der atom sollen in Zunkunft stärker gestrafft und gegliedert werden. Der Standorte-Teil sowie „Internationales" soll nach den verschiedenen Standorten strukturiert werden. Wir wollen in Zukunft versuchen, diesen Teil redaktionell stärker zu betreuen. Ingesamt soll die atom damit stärker gegliedert und übersichtlicher werden.

Dieses „Konzept" tragen alle aus der Redaktion mit und zwar offensiv. Wir wollen damit zusammengefaßt gesagt die atom weiterführen, sie interessanter und besser machen und mehr Raum als bisher für Artikel und Diskussionen schaffen, die uns ebenso bewegen und beschäftigen wie das Thema Atomenergie.
Wir werden nun versuchen, in den nächsten Nummern soviel wie möglich von dem umzusetzen, was wir uns vorgenommen haben. Über Unterstützung jedweder Form würden wir uns riesig freuen und außerdem interessiert uns brennend, was denn unsere treuen atom-LeserInnen zu dem Ganzen sagen. Vielleicht ist das Thema ja mal einen Leserbrief wert.
mit lieben Grüßen

B.

Die Spannung steigt

- der Giga-Watt-Coup der Elektrizitätswerke

von NIF Aachen und dem Anti-Atom-Büro Dortmund (übernommen aus der Wechselwirkung Nr. 49, 6/91)

Stromeinsparungen sind das Gebot der Stunde. Von jedem/r gefordert, von den Stromkonzernen gestützt. Ganz offensiv geht's Treibhauseffekt und CO_2 durch individuellen Stromverzicht, durch stromsparende Elektrogeräte, Sparlampen u.a.m. an den Kragen. So zumindest die Propaganda der Energieversorgungsunternehmen.

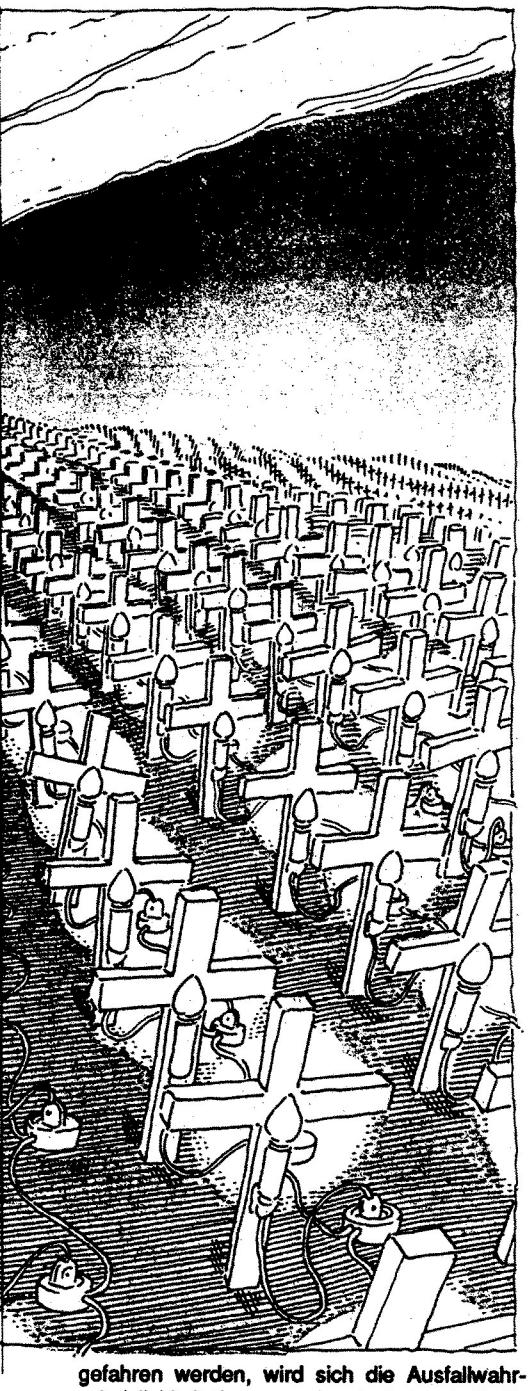
In eigens dafür hergerichteten "Kunden"-Beratungszentren wird der Zwangsabnehmer Stromkunde über die Vielfalt der Energiesparmaßnahmen aufgeklärt. Und die Kunden finden sich ein, potentielle Käufer neuer Elektrogeräte, die, nachdem ihr altes Gerät nicht mehr funktioniert, jetzt ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten wollen.

Doch die holde Eintracht ist gestört: zu früh kam an das Licht, was eigentlich erst Ende 1992 offiziell werden sollte. Der Stromverbrauch sinkt nicht, er steigt. Ein Plus von 2,5% verzeichnete die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) für das Jahr 1990. Als Grund wird die gute Wirtschaftslage in den alten Bundesländern angegeben, die den Stromverbrauch in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben steigerte.

Erstaunt stellen aber auch die Privathaushalte fest, daß trotz aller Energiesparmaßnahmen ihre Stromrechnung höher ausfällt. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Mehr an Stromverbrauch ein erstaunlicher Grund: An einem Tag oder in irgendeiner Nacht wurde in den Kraftwerken die Erregerspannung der Generatoren heraufgesetzt. Dadurch wurde - von einer Minute zur anderen - die Nennspannung von bisher 220 V auf 230 V bzw. von 380 V auf 400 V erhöht. Bereits 1992 sollen lt. VDEW 97% aller westdeutschen Haushalte an die neue Netzspannung angeschlossen sein.

Entgegen allen Beteuerungen der Elektrizitätswerke führt die Spannungserhöhung zu einem merklichen Mehrverbrauch, die Gefahr von Kabelbränden, Überhitzung von Elektromotoren älterer Geräte und eine verkürzte Lebensdauer bei den bisher handelsüblichen Glühbirnen sind die Folge.

Das scheinbare Entgegenkommen der Energiekonzerne bei der Beratung von "Stromkunden", erst dann die neuen, sparsamen Elektrohaushaltsgeräte zu kaufen, wenn die alten außer Gefecht gesetzt sind, erweist sich als scheinheilig: Jedes Gerät, bei dem die Übertragung und Abgabe von (Verlust-)Wärme an ein anderes Medium eine Rolle spielt (z.B. Heizstäbe in Waschmaschine, Kühlkörper in elektronischen Geräten wie HiFi und Fernseher), ist schlagartig unterdimensioniert. Das muß zwar nicht zu einem spektakulären Massensterben elektrischer Anlagen führen, aber immer dann, wenn solche Geräte bei Vollast unter ungünstigen Bedingungen



gefahren werden, wird sich die Ausfallwahrscheinlichkeit überproportional erhöhen (z.B. die Waschmaschine bei Kochwäsche und deutlichen Kalkablagerungen auf dem Heizstab, der Verstärker, der von der Beleuchtung des HiFi-Regals "mitgeheizt" wird und stundenlang mit voller Lautstärke läuft). Knapp und knauserig dimensionierte Geräte wie Staubsauger (...) können jetzt bei voller Staubtüte mit viel höherer Wahrscheinlichkeit den Hitzetod der Wickelung sterben. Eine fettgeschmierte Getriebebohrmaschine kann an Paradontose (Zahnausfall) erkranken, weil sie schon im jetzt höheren Leerlaufdrehbereich den für Fett zulässigen Drehzahlbereich überschreitet. Was die Lebensdauer von Teilen bzw. Geräten angeht, so reagieren die herkömmlichen Glühbirnen am empfindlichsten: Nach der Faustregel, 5% mehr Spannung bedeutet die Halbierung der Lebensdauer, muß bei ihnen eine Einbuße der Brenndauer von 30% -40% einkalkuliert werden.

Unsere Bemühungen um Stromeinsparungen und Geräteschonung werden durch den langen Hebel der Elektrizitätskonzerne zum Schildbürgerstreich, wenn dank ihres Eingreifens landesweit die "Lichter der Großstadt" mit einem Schlag heller werden und der Absatz trotz Energiesparlampen und stromverbrauchsreduzierter Elektrogeräte weiter in die Höhe steigt.

Zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung mag folgende Betrachtung dienen:
Der durchschnittliche Stromverbrauch der bundesdeutschen Haushalte liegt etwa zwischen 1000 und 4000 kWh pro Jahr. Eine kontinuierliche Spannungserhöhung führt zu einem Mehrverbrauch von ca. 7%.
500 kWh bei 220 V ist etwa der jährliche Bedarf, um eine Küche und ein Wohnzimmer mit einer 100 Watt-Birne fünf Stunden, Bad und Flur mit einer 40 bzw. 60 Watt-Birne drei bis vier stunden täglich zu betreiben.
Bei einer Spannungserhöhung von 10 Volt erhöht sich der Verbrauch bei bundesweit rund 35.000.000 Privathaushalten um 1.225.000 Mega-Watt-Stunden bzw. 1.225 Mio. kWh nur für den Bereich der Beleuchtung. Das entspricht ca. 300.000.000 DM pro Jahr allein für Lichtstrom im Marktsegment "Tarifkunden".
Seit mindestens 1 1/2 Jahren streichen sich die Elektrizitätskonzerne durch die Spannungserhöhung saftige Gewinne ein, der jede rechtliche Grundlage fehlt und deshalb den Stromkunden auch gar nicht erst mitgeteilt wurde.

Die Norm DIN IEC 38, die die einheitliche Spannung regeln soll, gibt es, laut DIN-Verzeichnis 1990 seit 1983. Im Mai 1987 veröffentlicht die Internationale Elektrische Kommission (IEC), mit Sitz in Genf, diese und legt somit die Spannung auf 230/400 Volt fest. Bis zum Jahre 2003 soll weltweit die Umstellung erfolgt sein, die weitreichende Konsequenzen für den Energiemarkt nach sich zieht.

So unspektakulär sich die Sache auf den ersten Blick vielleicht ausnimmt, so hinterhältig ist sie. In der BRD muß die Nennspannung erhöht werden, dies bedeutet einen Mehrverbrauch an elektrischer Energie und elektrischen Geräten, die jetzt noch schneller zerstört werden. Hierbei geht es nicht um Kleckerbeträge, sondern um Milliarden.

Was sind nun die Hintergründe für die Erhöhung der Nennspannung? Der Energiesektor ist inzwischen ein gut durchorganisiertes Weltkartell, in dem es nicht um "freie Marktwirtschaft" geht, sondern um reibungslose Gewinnabschöpfung - Ausbeutung ohne Konkurrenz.

Ausgehend von nationalen Kartellen, die wie in Deutschland seit Anbeginn der Elektroindustrie existieren, ging es seit den 30er Jahren um den Weltmarkt. Produktweltkartelle bildeten sich, die International Electrical Association (IEA) ist seit diesen Tagen deren sichtbare Organisation. In ihr werden Kontingente vergeben und Quoten verteilt um Wettbewerb zu vermeiden. Für jede Warengruppe gibt es Weltkartelle, das Kabelkartell, das Anlagenbaukartell, weiße Warengruppe (Haushaltsgeräte), braune Ware (HiFi, Radio, TV), die über sämtliche Kriege gehalten haben. Kein Nationalstaat konnte sie zerschlagen und wird es auch in Zukunft nicht tun, denn es fehlt der politische Wille. Zu sehr sind Politik und Energiewirtschaft verfilzt (siehe RWE).

Vor diesem Hintergrund ist die Spannungsangleichung ein qualitativer Sprung des Elektroweltkartells. Ab spätestens 2003 wird ein einheitlicher Markt für Energie und Elektrogeräte existieren, aufgeteilt zwischen den herrschenden Konzernen. Die Konzentration und Zentralisierung verschärfen sich weltweit, mit allen Konsequenzen für die Länder in Südamerika, Afrika und Asien. Sie werden entweder von einer gigantischen einheitlichen Produktionskapazität erschlagen oder vom Kartell geschluckt, mit dem Preis der totalen Abhängigkeit. Aufgrund der bestehenden Weltwirtschaftsordnung gibt es bei der Aufhebung der Handelsschranken (hier Normen) eindeutige Gewinner und Verlierer. Gewinner sind die Konzerne, die sich inzwischen weltweit organisiert haben und nach den oben beschriebenen Prinzipien den Markt beherrschen. Insofern ist der Schritt vom Protektionismus zum offenen Welthandel ein Schritt zur totalen Abhängigkeit der Menschen von den Konzernen, also abzulehnen.

Ein Nebeneffekt ist die gesteigerte Vernichtung der Waren mit alter Norm durch die Spannungserhöhung. Neu ist dieses Mittel nicht, bisher wurden aber immer die Produkte schlechter, um mit verkürzter Lebenszeit den Umsatz künstlich hoch zu halten. So wurde bereits 1924 die Lebensdauer für Glühbirnen auf 1000 Stunden beschränkt, obwohl auch schon damals 6000 Stunden möglich waren: ein Wert, der heute bei Energiesparlampen so vorteilhaft sein soll. Durch die Spannungserhöhung erübrigt sich eine Manipulation an einzelnen Geräten, alle werden gleichmäßig erfaßt und zerstört. Im Grunde handelt es sich hier um organisierte Sachbeschädigung, von Körperverletzung und Totschlag durch vermehrte Brände einmal abgesehen.

Zu diesem Thema gibt es leider kaum Erfahrungen mit Menschen, die sich dagegen gewehrt haben oder wehren, und so möchten wir die Möglichkeit nur kurz anreißen. Zum einen ist wichtig, daß die Jahresabrechnung zwei Jahre anfechtbar ist. Das Wirtschaftsministerium als Aufsichtsbehörde kann vor dem Verwaltungsgericht verklagt werden, dabei sind die Erfolgschancen unklar, ebenso inwieweit nicht Gewerbeaufsichtsämter zum Eingreifen gezwungen werden können, da durch die Spannungserhöhung eine erhöhte Brandgefahr besteht. Wir hoffen daß es Menschen gibt, die sich mit diesem Thema auch auseinandersetzen, und sind für jeden Hinweis und Anregung dankbar.

NIF Aachen sind die Nuklearindustriefresser in Aachen, und das Anti-Atom-Büro Dortmund hat die Adresse:
Am Ölpfad 25, 4600 Dortmund 50, Tel.: 0231/420602

Literatur:

Nikolaus Eckhard, Margitta Meinerzhagen, Ulrich Jochimsen: Die Stromdiktatur. Von Hitler ermächtigt - bis heute ungebrochen, Hamburg 1985
Günther Karweina: Der Stromstaat, Hamburg 1984
Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975, Reinbek bei Hamburg 1983
Wolfgang Schivelbusch: Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München 1983
Klaus Staniek (Hg.): Zwielicht. Die Ökologie der künstlichen Helligkeit, München 1989

Glaubt den Regierenden:

„Es gibt keine Grenzen des Wachstums"

Atomprogramm 2000

Die Planungen laufen!

- Eine Chronologie -

Die Weichen für die Energie- und das heißt Atompolitik nach dem Jahr 2000 werden heute gestellt. Der Streit um die neuen Atomkraftwerke/Ost war Teil dieser aktuellen Ausrichtungsdiskussion. Die neuen Atomkraftwerke kommen jetzt zwar vorerst nicht, d.h. aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vor dem Jahr 2000, aber politisch haben die Atomlobbyisten einen weiteren Durchbruch erzielt. Der 10-Jahresausstieg der SPD, so konsensfähig er formuliert war, störte und ist gekippt, ohne Widerrede.

Die Debatte um den neuen energiepolitischen Konsens ist aber wohl nur der Eckstein, über den das „wie", nicht das „ob", der Atompolitik für das Jahr 2000 neu bestimmt wird. Viel entscheidender ist: Heute stehen auch die Eckpfeiler der bundesdeutschen Energie- und Atompolitik neu zur Entscheidung an. Von den hier gefällten Entscheidungen gehen die faktische Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte aus. Erstens: eine tragende Säule des Energieprogramms ist der sogenannte Jahrhundertvertrag, der 1995 ausläuft. Hier werden heute die Vorschläge für eine Anschlußregelung debattiert. Zweitens: für das Atomgesetz will Töpfer im Herbst den ersten Entwurf einer Novelle in den Bundesrat einbringen. Die SPD hatte ein „Kernenergieabwicklungsgesetz" angekündigt, von dem in letzter Zeit immer weniger zu hören ist. Drittens: Ein wichtiger weiterer Eckpfeiler ist die Koordinierung der Energiepolitik im europäischen Rahmen, die über den Zusammenbruch des RGW und die kapitalistische Eroberung der dortigen Märkte eine neue Dimension bekommen hat. Hier droht sich, über die Modernisierung der dortigen Anlagen, insbesondere für die Atomindustrie eine neue Zukunft zu eröffnen. Die Rahmenbedingungen hierfür werden in den Verhandlungen über die sogenannte „Europäische Energiecharta" abgesteckt.

Die Diskussion, die in den letzten Monaten an diesen Eckpunkten geführt wurde, die nicht abgeschossen ist, sondern weitergehen wird, erscheint uns von zentraler Wichtigkeit, so daß wir sie nicht einfach in einem Artikel nachzeichnen, sondern hier in Form einer Chronologie erstmal möglichst umfassend dokumentieren wollen. So kann sich jede und jeder zusammenfassend ein erstes Bild machen und wir wollen versuchen, auf solcher Grundlage, in den nächsten Monaten Einschätzungen zu entwickeln, die analytisch etwas mehr in die Tiefe gehen, als es derzeit möglich wäre, um vielleicht so auch in eine wirkliche Debatte zu kommen.

März

14.3.
Streit um Atomenergie im Bundestag.
Im Rahmen der Haushaltsdebatte führt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Schäfer, in einer radikal-rhetorischen Rede scharfe Angriffe gegen die Bundesminister Möllemann und Töpfer und erklärt, *„seine Partei werde gemeinsam mit Demonstranten den Befürwortern der Kernenergie an den Kraftwerksstandorten Greifswald und Stendal ein Fiasko wie in Wackersdorf und Whyl bereiten."* Möllemann hatte sich am 12. 3. für den Bau zwei neuer Atomreaktoren in Greifswald und Stendal ausgesprochen sowie seine Absicht erklärt, *„in der Bundesrepublik einen energiepolitischen Konsens für die gemeinsame Nutzung von Kohle und Kernenergie wiederherzustellen"* und dazu Gespräche mit der SPD aufzunehmen. Schäfer ging jetzt Töpfer an und warf ihm vor, *„gemeinsam mit Möllemann den Kurs in den Atomstaat einzuschlagen."* Töpfer *„vermied es"*, so die Faz, *„ebenso wie der stellvertretende Fraktions-Vorsitzende der Union, Laufs, in der Erwiderung auf Schäfers Angriffe zu den Plänen für neue Kernkraftwerke Stellung zu nehmen."* (Faz; 15.3.91)

22.3.
Die schleswig-holsteinische Landesregierung verschiebt den von ihr angekündigten Ausstieg aus der Atomenergie auf das Jahr 2010. Aus einer Erklärung des Staatssekretärs im Energieministerium, Claus Möller, geht hervor, daß das von der Landesregierung angestrebte *„technisch sichere, von der Preisgestaltung sozial ausgewogene und zum Sparen anreizende, technologisch moderne Energiesystem"* erst dann verwirklicht werden könne. (Taz; 23.3.91)

25.3.
Gemeinsame Erklärung der 4 EG-Staaten (Großbritannien, Frankreich, Belgien und BRD) zur engeren europäischen Kooperation in der Atomenergienutzung. Als *„gemeinsame zentrale Aufgabe"* wird in der Erklärung besonders hervorgehoben, *„bei der sicherheitstechnischen Verbesserung von Kerntechnischen Anlagen in Mittel- und Osteuropa mitzuwirken."* Die Atomenergie, so die Erklärung, werde *„in ihrer Rolle für die Sicherung der Energiewirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft bestätigt."* Möllemann nutzte die Gelegenheit, zum Ausdruck zu bringen, daß er sich durch die Erklärung in seiner Absicht *„den Bau von zwei neuen Kernkraftwerken in der früheren DDR zu unterstützen"*, bestätigt sehe. (Faz; 26.3.91)

April

14.4.
Die EVUs *„verlangen, daß die Bundesregierung einen energiepolitischen Konsens über alle Parteigrenzen und mehrere Legislaturperioden hinweg garantiere"* und erklären, ohne einen solchen Konsens Vorbehalte gegen den Bau neuer Atomreaktoren in Stendal und Greifswald. Töpfer betont, *„er sei selbst um einen solchen Konsens bemüht, sehe aber derzeit wegen der Diskussion innerhalb von SPD und GRÜNEN keine Basis dafür."* (Faz; 15.4.91)

15.4.
Möllemann nimmt in einem ersten Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine den *„Dialog mit der SPD mit dem Ziel eines energiepolitischen Konsenses"* auf. Es folgen in der selben Woche Gespräche mit weiteren SPD-Spitzenpolitikern (H.-J. Vogel, J. Rau, Bj. Engholm, W. Brandt). Über den Inhalt der Gespräche *„wurde Stillschweigen gewahrt."* Jetzt schwenkt auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende H. Schäfer ein. Mit der gesichtswahrenden Floskel, er begrüße *„diese geänderte Haltung"* Möllemanns, stimmt er *„dem Versuch der Herstellung eines energiepolitischen Konsenses mit den Koalitionsparteien ausdrücklich zu."* (Taz; 16.4.91)

16.4.
Riesenhuber erklärt, er halte *„den Bau von Atomkraftwerken in den neuen Ländern für erforderlich"*.
Das ÖTV-Vorstandsmitglied Zimmermann setzt Zeichen mit der Erklärung, *„wer jetzt die Diskussion auf Standorte für Atomkraftwerke verkürze, ignoriere die Arbeiten und Empfehlungen der Klima-Enquete-Kommission des Bundestages."* (Taz; 17.4.91)
Mit dieser Erklärung wird die ÖTV, in verkappter Formulierung, gerade auf den Ausbau der Atomenergie eingeschworen. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission von Anfang März 1990 läuteten: Eine Reduzierung des CO_2-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 30 Prozent, solle erreicht werden, zu 19 % durch Energieeinsparungen, zu 4 % durch Verringerung des CO_2-Ausstoß im Verkehr, zu 4 % durch den Einsatz regenerativer Energien und zu 2 % durch einen zusätzlichen Einsatz von Atomenergie.

Die niedersächsische rot-grüne Landesregierung erzielt vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg einen Erfolg für den Weiterbetrieb des Schrottreaktors Stade. Die beklagte Umweltministerin Monika Griefahn kann die zwei Kläger zum Rückzug ihrer Klage auf Stillegung des Atomkraftwerkes Stade überreden. Rechtsanwalt Geulen sicherte vor Prozeßbeginn für das rot-grüne Umweltministerium zu, daß die Regierung an der Absicht festhalte, *„das Atomkraftwerk Stade entsprechend der Regierungserklärung zum rechtlich schnellstmöglichen Zeitpunkt stillzulegen."* Die vorherigen Überprüfungen sollen noch maximal 2 Jahre dauern. (Taz; 17.4.91)

17.4.
Björn Engholm erklärt: *„Es wäre verhängnisvoll, wenn wir dort (ehemal. DDR) eine neue Serie von Kernreaktoren errichteten und die alte Debatte über die Atomenergie wieder von vorne begännen."* (Taz; 18.4.91) Zu dem Inhalt der Gespräche mit Möllemann sagt er damit nichts.

23.4.
Vorstandsmitglied der Bayernwerke AG Eberhard Wild fordert, die SPD müsse *„die energiepolitischen Entscheidungen der jetzigen Bundesregierung auch in Zukunft respektieren."* Die Entscheidung über den Bau neuer AKWs in der ehemaligen DDR stelle sich *„erst wenn das Verfahren* (Genehmigungsverfahren; r.k.) *voraussichtlich*

Chronologie

Mitte 1993 abgeschlossen sei. "Die neuen AKWs wären dann *„nicht vor 1998 betriebsbereit."* (Taz; 24.4.91)

26.4.
In einem Interview mit der „tageszeitung" erklärt der Umweltforscher und Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik Ernst U. v. Weizsäcker: *„Wir brauchen keine zusätzlichen Atomkraftwerke"* und äußert die Vermutung, *„daß diese Atomkraftwerke* (Stendal u. Greifswald; r.k.) *nicht gebaut werden."* Von einem Ausstieg könne aber damit keine Rede sein. Vielmehr müsse gesehen werden: *„Gegenwärtig findet auf der Welt ein Ausbau der Atomenergie, nicht aber ein Ausstieg statt, besonders in Japan."* (Taz; 27.4.91)

Mai

Die Zeitschrift *„atomwirtschaft"* geht in ihrer Mai-Ausgabe mit der Stromwirtschaft ins Gericht. Heute *„den notwendigen Bau neuer Kernkraftwerke unabdingabar von einem energiepolitischen Konsens abhängig machen zu wollen, kommt der Absicht gleich, diesen Bau zu unterlassen."* (atw; 5/91)

2.5.
Hermann Krämer, Vorstandsvorsitzender der PreussenElektra erklärt, daß *„derzeit die Voraussetzungen nicht gegeben"* seien, um eine Bauentscheidung zu fällen. Die PreussenElektra werde *„in absehbarer Zeit keinen Antrag auf Errichtung neuer Atommeiler stellen"*... *„Die Möglichkeit eines späteren Antrags halte sich das Unternehmen jedoch offen."* Er betrachte weiterhin *„die Kernenergie als einen außerordentlich wichtigen Energieträger, wo auch immer sie eingesetzt wird."* Der Einsatz in den neuen Ländern sei *„eine längerfristige Option"*. Er halte daran fest, *„daß für neue Atomkraftwerke der Konsens mit der SPD notwendig sei."* (Taz; 3.6.91)

6.5.
Die SPD-Fraktionschefs in Bund und Ländern verabschieden auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden eine Entschließung *„Energiepolitik der 90er Jahre"*. Darin lehnen sie auf der einen Seite *„jeden Ersatz oder Neubau von Atomkraftwerken in den alten und neuen Bundesländern ab."* Gleichzeitig wird aber der Nürnberger Beschluß von 1986 gekippt. Die 10-Jahresfrist für den Ausstieg taucht in der Entschließung nicht mehr auf. Vielmehr, so die Formulierung jetzt, hält die SPD nur noch *„an dem Ziel des Ausstiegs aus der Atomkraft fest"*. (Taz; 7.5.91)
IGBE-Chef Hans Berger erklärt einen Tag vor dem Kongreß seiner Gewerkschaft, daß er der Ansicht sei, *„bei nüchterner Betrachtung"* müsse ein *„energiepolitischer Konsens"* zwischen den großen Parteien möglich sein. (Taz; 7.5.91)

7.-12.5.
IGBE-Kongreß.
Bundesarbeitsminister Blüm fordert in seinem Grußwort an den Kongreß einen *„ausgewogenen Energiemix"* einschließlich Atomenergie.

Jahrhundertvertrag

Der sogenannte Jahrhundertvertrag regelt die Verstromung der deutschen Steinkohle, denn diese läßt sich unter Weltmarktbedingungen nicht rentabel fördern. Die Bruttokosten für eine geförderte Tonne liegen bei 259 DM. Importkohle war 1990 im Jahresdurchschnitt für 95 DM zu haben. Der Vertrag wurde 1980 zwischen den Bergwerken, den Stromerzeugern, der Bundesregierung und den Landesregierungen der Kohleförderländer NRW und Saarland ausgehandelt. Die Energieversorgungsunternehmen verpflichteten sich mit dem Vertrag unter entsprechenden Subventionierungs- und Finanzierungsbedingungen die Verstromung von 41 Mio. Tonnen Steinkohle jährlich zu garantieren. Die Verstromung weiterer rund 20 Mio. Tonnen wurde durch den sogenannten Hüttenvertrag bis 1991 gesichert.

Bei einer Fördermenge von 71 Mio. Tonnen SKE (1989) wird die Steinkohle jährlich mit 11 Mrd DM subventioniert. Finanziert wird das im wesentlichen erstens über den sogenannten *„Kohlepfennig"*, den die Stromverbraucher bezahlen (5,6 Mrd), und zweitens über die *„Kokskohlenbeihilfe"* (4,1 Mrd), die die Hüttenwerke aus einem Fond erhalten, der zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den beiden Kohleförderländern (NRW und Saarland) gefüllt wird. Der Rest setzt sich aus verschiedenen Zuschüssen, Sonderhilfen und Forschungsförderungen zusammen, die ebenfalls zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel die beiden Länder zahlen.

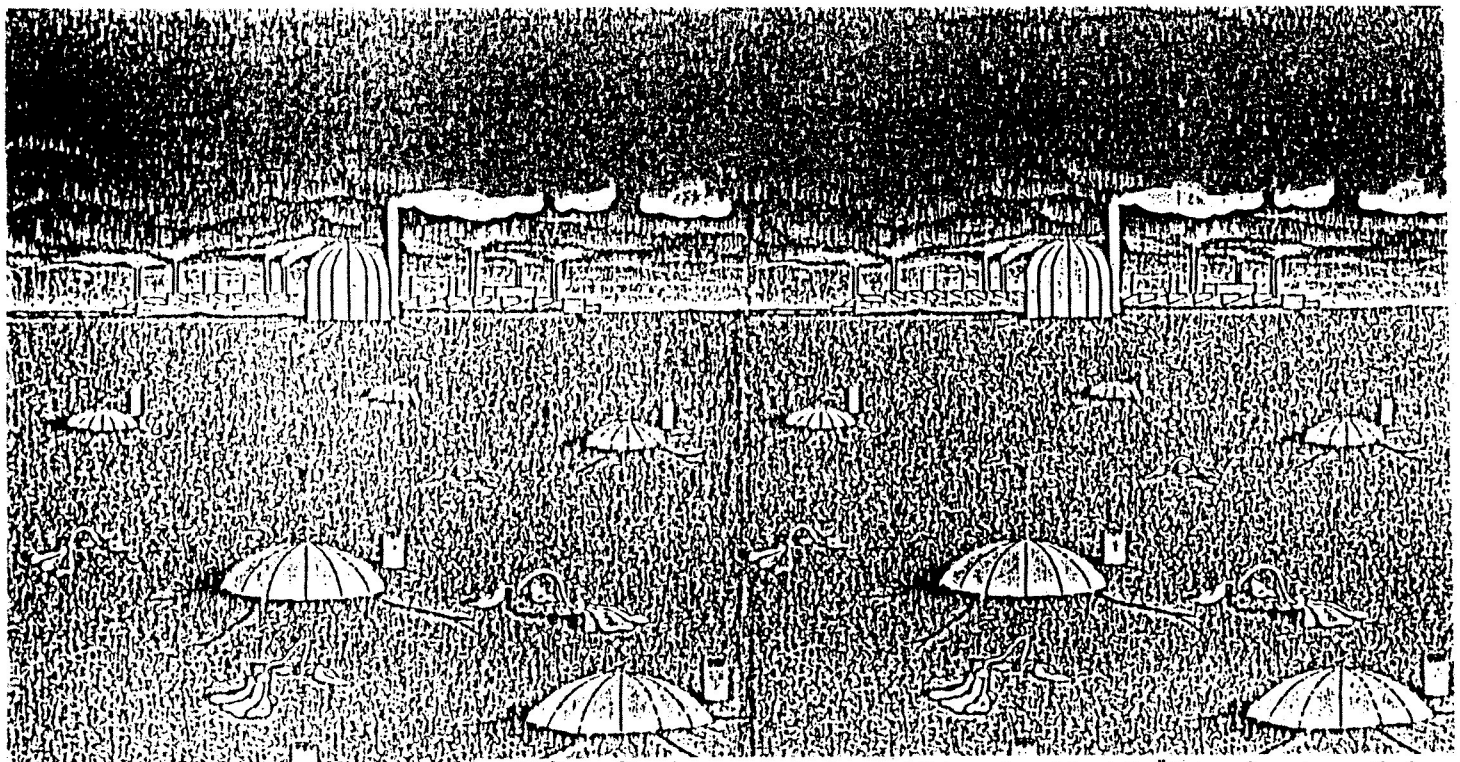
Real ist der Vertrag gleichzeitig das Instrument über das auch der Prozeß der Zechenstillegung im Bergbau gesteuert wird. 1959 waren noch 500 000 Menschen im Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar in Brot und Arbeit. Heute sind es gerade noch 130 000. Bis 1995, mit Auslaufen des Vertrages, sollen es nur noch knapp 100.000 sein. Mit der Neuverhandlung des Vertrages sind jetzt schon Zahlen im Gespräch, wonach die Beschäftigtenzahl im Bergbau bis zum Jahr 2005 auf 65 000 reduziert werden soll.

Die Atomlobby nutzte den Vertrag 1980 dazu, sich ihrerseits einen festen Anteil am bundesrepublikanischen Energiemarkt zu sichern. In § 8 der Ergänzungsvereinbarungen zum Jahrhundertvertrag wurde festgeschrieben: *„EVU und Bergbauunternehmen sind sich darüber einig, daß der wachsende Energiebedarf in Zukunft nur gedeckt werden kann, wenn sowohl Kohle als auch Kernenergie in zunehmendem Maße zum Einsatz kommen. Sie werden daher in ihrer Öffentlichkeitsarbeit alles unterlassen, was die Erreichung dieses Zieles beeinträchtigt."* Pflichteifriger noch als die Bergbauunternehmen selbst, agierte die IGBE im Sinne dieser Vereinbarung. Anfang der 80er Jahre entfaltete sie unter dem Motto *„Kohle plus Kernkraft"* innerhalb der Gewerkschaften und der SPD eine offensive Lobbypolitik für die Atomenergie.

Der Jahrhundertvertrag läuft 1995 aus. Bereits seit einigen Jahren werden verschiedene Modelle für eine Anschlußregelung verhandelt. Neben den Vorstellungen des Gesamtverband Steinkohlebergbau und der EG-Kommission sind insbesondere die Vorschläge der sogenannten *„Mikat-Kommission"* (siehe Kasten) in der Diskussion.

Mikat-Kommission

Die sogenannte *„Mikat-Kommission"*, benannt nach ihrem Vorsitzenden Paul Mikat (CDU), wurde 1989 vom Bund und den Kohleförderländern NRW und Saarland beauftragt, eine *„konsensfähige Anschlußregelung"* für die Verstromung der Steinkohle nach 1995 zu entwickeln. Die 10-köpfige Kommission, der neben dem früheren SPD-Finanz- und Forschungsminister Hans Matthöfer und dem ehemaligen IGBE-Chef Adolf Schmitt ebenso der RWE-Chef Gieske angehören, legte bereits im März vorigen Jahres ihren Bericht vor. Das Ergebnis waren zwei voneinander abweichende Voten in punkto Reduzierung der Fördermengen. Während die Mehrheit eine weitere Reduzierung von geplanten 65 Mio. Jahrestonnen 1995 auf 55 Mio. Jahrestonnen bis zum Jahr 2005 forderte, verlangte eine Minderheit eine noch rabiatere Schrumpfung des Steinkohlebergbaus auf nur 35 Mio. Jahrestonnen SKE. Das Optimierungsmodell des Gesamtverbandes Steinkohlebergbau fordert dagegen eine Fördermenge von 58,7 Mio. Tonnen, die EG-Kommission eine Reduzierung auf 36 Mio. Tonnen. Gab es bei den Fördermengen Dissens, herrschte Übereinstimmung im Grundsatz. Einstimmig, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, forderte die Kommission einen *„Energiemix"*, der auch die Atomenergie als Hauptenergieträger mit beinhaltet. Im *„Energiemix von Kohle und Kernenergie"* soll der Atomenergie demnach ein Anteil von bis zu 50 % an der Stromversorgung gesichert werden.



Chronologie

Johannes Rau bezeichnet den Bericht der sogenannten *„Mikat-Kommission"* als *„ein Element"* des geforderten Konsenses in der Energiepolitik. (siehe Kasten *„Mikat-Kommission"*) Daß die Mikat-Kommission explizit auf ein Nebeneinander von Kernenergie und Kohle aufbaut, und auch die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Kommission dem zustimmten, hält Rau mit dem Ziel der SPD nach Ausstieg aus der Atomenergie für vereinbar. Zur 10-Jahresfrist erklärter: *„Die halte ich inzwischen für unwahrscheinlich."* (Taz; 8.5.91)

9.5.
Pünktlich zum IGBE-Kongreß und mitten in die Verhandlungen über ein neues Energiekonzept stellt Bundeswirtschaftsminister Möllemann den *„Jahrhundertvertrag zur Kohleverstromung"* in Frage.
Bei dem bis zum Herbst auszuarbeitenden neuen Energiekonzept müsse auch der Anteil der einzelnen Bestandteile, der *„Energiemix"*, neu bestimmt werden. (Faz; 11.5.91)

12.5.
Die IGBE kündigt zwar Demonstrationen im Ruhrgebiet an, wenn Kohl dem Wirken Möllemanns nicht Einhalt gebiete, beendet ihren Kongreß aber mit dem Appell ihres Vorsitzenden Hans Berger an die Parteien und die Energiewirtschaft, *„den Konsens in der Energiepolitik auf der Basis des Mikat-Gutachtens wiederherzustellen."* Von den Energieträgern Braunkohle, Steinkohle, Atomenergie und regenerative Energiequellen sei, so Berger an die SPD gerichtet, *„auf absehbare zeit kein Energieträger verzichtbar, auch die Kernenergie nicht."* Die Anteile müßten *„für einen energiewirtschaftlich sinnvollen Zeitraum, also für die nächsten 20 bis 25 Jahre festgeschrieben werden."* (Faz; 13.5.91)

13.5.
Die baden-würtembergische Landesregierung bringt in einer Bundesratsinitiative den Antrag ein, den Jahrhundertvertrag nicht zu verlängern und fordert: *„Mit dem Auslaufen des Jahrhundertvertrages Ende 1995 müssen die volkswirtschaftlich und ökologisch unvertretbar hohen Subventionen von derzeit rund elf Milliarden DM wegfallen."* Ein sofortiges Ende des Vertrages, wie von Möllemann gefordert, hält sie für unrealistisch. (Taz; 14.5.91)

14.-16.5.
Jahrestagung Kerntechnik.
Claus Berke, Präsident des Deutschen Atomforums und Interatom-Geschäftsführer, fordert für den Bau von AKWs Regelungen *„wie bei völkerrechtlichen Verträgen"*. Bei solchen *„sich nur langfristig rechnenden Investitionen in der Wirtschaft"* müsse die Opposition die Entscheidungen ihrer jeweiligen Vorgängerregierung hinnehmen und dies auch von vorneherein zusagen. Der SPD droht er, daß sich die Stromwirtschaft ansonsten nicht länger an den sogenannten *„Jahrhundertvertrag"* gebunden fühle. (siehe Kasten *„Jahrhundertvertrag"*) Ausdrücklich lobt er die Zusammenarbeit mit der IGBE und deren Vorsitzenden Hans Berger. Er betont, daß *„in dieser Zeit die Weichen für die zukünftige Energieversorgung Deutschlands"* gestellt werden. (Taz; 15.5.91)
Siemens-KWU-Chef von Pierer fordert einen *„Energie-Marshallplan"* für Osteuropa mit West-AKWs oder West-Sicherheitstechnik. Finanziert werden könnten die Atomexporte über Stromlieferungen aus diesen Anlagen. daraus wiederum würden sich *„neue Impulse zur Ausdehnung des westlichen Verbundnetzes nach Osten zwingend ergeben."* Riesenhuber bezeichnet die Öffnung der osteuropäischen Märkte als *„die größte Herausforderung des Jahrzehnts"*. In Osteuropa müßten die *„Partner ertüchtigt"* werden und zwar durch Nachrüstung der maroden Meiler oder Stillegung und Neubau. Dafür sei ein Konsens mit der SPD *„nicht gewiß, aber möglich"*. Als energiepolitisches Rezept nennt er einen *„Mix aus Kernkraft und Kohle und rationeller Energieverwendung"*. (Taz; 15.5.91)

16.5.
In einem Interview mit der *„tageszeitung"* erklärt der Leiter des Geschäftsbereichs nukleare Energieerzeugung Adolf Hüttl zur aktuellen Debatte: *„Nur duch die Wiedervereinigung ist ja überhaupt die kurzfristige Chance auf uns zugekommen, jetzt plötzlich schon vor Mitte der neunziger Jahre ein oder zwei neue Blöcke zu bauen. Wir hatten uns zuvor darauf eingerichtet, bis zum Ersatz oder notwendigen Zubau in der alten Bundesrepublik den Service für die im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke zu machen, bis hin zur Nachrüstung. Gleichzeitig wollten wir uns im Ausland um neue Projekte bemühen. Aber darum bemühen wir uns in jedem Fall."* (Taz; 16.5.91)

20.5.
In den Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP für die neue Landesregierung in Rheinland-Pfalz, die auch bundespolitische Signalwirkung für 1994 haben, einigen sich die beiden Parteien in Sachen Atomenergie auf die gemeinsame Sprachregelung: *„Die Koalitionsparteien haben unterschiedliche Auffassungen über Verantwortbarkeit und Dauer der Nutzung der Atomenegie zur Stromerzeugung. Die Landesregierung wird alle Entscheidungen nach Recht und Gesetz treffen."* (Faz; 21.5.91)

Chronologie

24.5.
FAZ-Redakteur Konrad Adam polemisiert in einem bemerkenswerten längeren Feuilleton-Artikel gegen das Drängen auf Konsens in der Energiepolitik. (siehe Kasten)

27.5.
Nach einem Bericht des Spiegels hätten die EVU-Chefs, Gieske (RWE) und Piltz (Veba), den *„Verzicht auf Neubauten"* beschlossen und zu ihrem *„vorrangigen Ziel"* erklärt, die *„bestehenden Kernkraftwerke zu sichern"*. Die neu ausgegebene Parole hieße laut Spiegel jetzt: *„Bis zum Jahr 2000... sei Zeit, Energie zu sparen und herauszufinden, ob man wirklich ohne Kernenergie auskomme." „Konsens" heiße für die EVUs „eine Garantie zur ungestörten Ausbeutung der Restlaufzeit ihrer Kernkraftwerke auszuhandeln und dazu müßten auch die Sozis eingebunden werden."... „Nach 2004 aber sind dann Jahr für Jahr Großkraftwerke vom Typ Biblis reif zum Abschalten"... „Die Kernkraft, die dann eventuell zum Zuge kommen könnte, soll eine andere, sie soll 'inhärent sicher' sein"... „Die projektierten Größenordnungen liegen zwischen 100 und 300 Megawatt."* Das wäre dann der *„Umstieg"* auf HTR. (Spiegel; 27.5.91)

28.5.
Die EVUs dementieren den im Spiegel-Artikel transportierten Verdacht, die bundesdeutschen Atombetreiber wollten sich *„klammheimlich"* von der atomaren Stromerzeugung verabschieden. (Taz; 29.5.91)

Pünktlich zum Bremer Parteitag fordert die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies die SPD auf, sich *„vom Datumsfetischismus"* in der Ausstiegsfrage zu verabschieden. Die vom Nürnberger Parteitag 1986 beschlossene 10-Jahresfrist sei bereits damals unrealistisch gewesen *„und ist es jetzt vollends"*. Auf dem Bremer Parteitag müsse die SPD ein Programm erarbeiten, *„das Raum läßt für einen möglichst breiten energiepolitischen Konsens zwischen Parteien, Bundesregierung, Elektrizitätsversorgungsunternehmen und Gewerkschaften"*. Insbesondere sei es Aufgabe der SPD *„auf einen parteiübergreifenden Konsens in der Entsorgungsfrage hinzuarbeiten."*

Töpfer erklärt jetzt, er könne sich *„selbst bei größter Phantasie"* keine Einigung mehr vorstellen. Für einen Neubau von AKWs in diesem Jahrtausend gebe es aber auch keinen Bedarf. Nach dem Jahr 2000 hält er den Zubau neuer Meiler mit verbesserter Technologie für möglich. (Taz; 29.5.91)

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlebergbaus, Heinz Horn, fordert angesichts der von Möllemann angezettelten Diskussion um die Kohleförderung die Bundesregierung auf, *„ein umfassendes Energiekonzept"* vorzulegen. Statt über Einzelmaßnahmen wie die Kürzung der Subventionen für den Steinkohlebergbau zu reden, gehe es darum, *„aus dem Modell ein Konzept zu machen, das wiederum in eine Gesamtkonzeption für alle anderen Energieträger einzuordnen wäre. Über Eckwerte einer langfristigen Energiepolitik habe es bisher jedoch keine Gespräche gegeben."* (Faz; 29.5.91)

28.-30.5.
SPD-Parteitag in Bremen.
Der Bremer Leitantrag des Parteivorstandes ist entsprechen der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz formuliert. Die 10-Jahresfrist taucht explizit nicht mehr auf. (siehe oben) Der Antrag wird auf dem Parteitag nicht abgestimmt. (Die Parteitags-Protokolle liegen zur Zeit noch nicht vor.)

30.5.
Nach der VEAG-Aufsichtsratssitzung teilt der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerke Jochen Holzer in Bonn mit, daß die VEAG - an der die drei Gesellschaften RWE, PreussenElektra und Bayernwerke mit 75 Prozent beteiligt sind -, keine Genehmigungsanträge für den Bau der zwei AKWs in der ehemaligen DDR stellen werde. Während die Bayernwerke das Genehmigungsverfahren einleiten wollten, hätten RWE und PreussenElektra dagegen gestimmt. Meinungsunterschiede bestünden aber nur im Hinblick auf die Verfahrensweise. Von einem langsamen Rückzug der Branche aus der Atomenergie könne nicht die Rede sein. Der Bau von Atomkraftwerken in den neuen Bundesländern werde nicht endgültig aufgegeben. *„Wenn jetzt auch der Neubau ersteinmal blockiert sei, werde die Zeit für die Nutzung der Kernenergie mit weit sicherheitstechnisch verbesserten Kraftwerken arbeiten."* Es bestünden auch *„Aussichten, auf eine wechselseitige Beteiligung an Projekten von Bayernwerk und der ÉdF-Électricité de France... Die Verhandlungen über die zunächst geplanten Reaktoren für die neuen Bundesländer seien mit der Kraftwerkunion (Siemens) so geführt worden, daß diese beiden Konvoi-Anlagen mit 1300 Megawatt gegenüber der Drittlandkohle einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gehabt hätten."* (Faz; 31.5.91)

Juni

2.6.
RWE-Sprecher Erwin Münch versichert der Stendaler Bevölkerung in deren Lokalblatt *„Stendaler Nachrichten"*, daß die Stromerzeuger am Bau des Atomkraftwerkes Stendal weiterhin festhielten. Der Neubau von Atomkraftwerken in der ehemaligen DDR werde weiter diskutiert. Sobald die Bonner Parteien einen *„energiepolitischen Konsens"* gefunden hätten, würden die EVUs ihre Genehmigungsanträge stellen. (Taz; 6.6.91)

5.6.
Der Saarländische Landtag verabschiedet einstimmig eine Resolution für *„die Einhaltung der Kohlepolitischen Vereinbarungen"* bis 1995. Bei den Mengenvereinbarungen für den Einsatz der Steinkohle nach 1995 solle das *„Optimierungsmodell des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlebergbaus"* zum Maßstab genommen werden. (Faz; 6.6.91)

21.6.
HEW-Hauptversammlung in Hamburg.
Der Antrag auf Satzungsänderung mit dem die HEW auf einen Ausstieg aus der Atomenergie festgelegt werden soll, wird wieder vertagt. Hieß die Begründung für die Vertagung in den vorangegangenen Jahren seit 1987, daß diese gegen den Koalitionspartner FDP nicht durchzusetzen sei, lautet die Begründung diesmal, wo die SPD mit absoluter Mehrheit regiert, diesen Wahlausgang hätte man bei der Vorbereitung der Hauptversammlung noch nicht wissen können und so wäre die Satzungsänderung gleich wieder präventiv auf ein Jahr vertagt worden. So konnte die 73 % Stimmen-Mehrheit der SPD bei der HEW wieder nicht genutzt werden. Es ist doch vertrackt schwierig mit dem Ausstieg.

24.-26.6.
9. Deutsches Atomrechtssymposium.
Töpfer bezeichnet die geplante Novellierung des Atomgesetzes als eine Chance für eine „sinnvolle Weiterentwicklung" des Atomrechts *„auch über Parteigrenzen hinweg"*. Bis Jahresende will das Umweltministerium den ersten Entwurf zur Novelle vorlegen. An die Adresse der SPD gerichtet sagt er: *„Wir werden das Verfahren voranbringen und sind gespannt, wie sich der Bundesrat dann äußern wird."* (Faz; 25.6.91)
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Claus Lennartz kündigt an, die SPD werde aus dem Atomgesetz ein *„Kernenergieabwicklungsgesetz"* machen. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat seien diesbezüglich *„ein heilsamer Zwang zur Konsensbildung."* (Taz; 26.6.91)
Eberhard Wild, Vorstandsmitglied der Bayernwerke AG, äußert *„Zweifel, ob die Novellierung des Atomrechts zur Zeit in Angriff genommen werden sollte"*. Er befürchtet, es gebe immer noch *„eine mangelnde politische Basis"*. (Faz; 28.6.91)
Walter Hohlefelder, altgedienter Atombürokrat im Umweltministerium betont dagegen, daß die Bundesregierung trotz verschiedentlicher *„Vorbehalte"* gegen eine Novellierung *„an der Novelle festhalten"* werde. Er sehe *„mehr Bewegung"* bei der SPD, wie sehr auch immer der SPD-Abgeordnete Lennartz mit seinen Äußerungen einen entgegengesetzten Eindruck zu erzeugen versuche.
Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation Hans Blix gab sich überzeugt, daß es *„im Laufe dieses Jahrzehnts zu einem Wiederaufleben der Kernenergie-Option kommen"* werde. (Faz; 26.6.91)

26.6.
Die Europa-Abgeordnete der GRÜNEN Hiltrud Breyer erklärt, daß die Verhandlungen zwischen deutschen EVUs (PreussenElektra, RWE, Bayernwerk) und der ÉdF über die Beteiligung am französischen AKW Civaux (25 %) im Austausch für einen 7,5 % Stromlieferanteil der Édf für die ehemalige DDR bereits weiter gediehen seien als bisher angenommen. Ein abschließender Vertrag soll bis zum Herbst fertig werden. Die ehemalige DDR sei, so Breyer, das Exerzierfeld, auf dem die Atomriesen den europäischen Binnenmarkt proben. (Taz; 27.6.91)

27.6.
IG-Chemie-Kongreß in Bonn.
Der Vorsitzende Hermann Rappe appelliert,

FAZ - Redakteur Konrad Adam
Nicht konsensfähig!

Da denkt man eigentlich, es wundert einen garnichts mehr, dann wundert man sich doch. Die Anti-AKW-Bewegung löst sich auf und die FAZ beginnt mit Agitation gegen die Atomenergie. Dem FAZ-Redakteur Konrad Adam scheint angesichts der immer penetranteren Konsensbeschwörungen in der Energiepolitik der Kragen geplatzt. Er mag zwar keinen aktiven Widerstand propagiert, aber den Konsens mit der Atomenergie mag er sich auch nicht aufzwingen lassen. Seine Gegnerschaft möchte er schon behalten dürfen. Wir zitieren ausführlich:

„Die sogenannte Konsenstheorie ist eine Erfindung von Leuten, die allesamt begabte Polemiker sind. Ihren Wunsch nach allgemeiner Zustimmung verbinden sie mit der Drohung, die Widerwilligen für bösartig oder für schwachsinnig zu erklären. Seitdem muß man doppelt aufpassen, wenn majestätisch nach Konsens gerufen wird. Der Verdacht, daß irgendwelche Überzeugungstäter den nächsten Handstreich vorbereiten, liegt dann nahe. Er wird auch nur ganz selten enttäuscht.

Die neueste Parole heißt: Konsens in der Energiepolitik. Sie findet sich in Reden von Wirtschaftsführern, Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftsministern und lädt dazu ein, bei einer Aufgabe, die alle Kräfte fordert, mit Widerspruch zu sparen. Was ohnehin geschieht, soll nicht bloß hingenommen, sondern gutgeheißen werden... Was man stillschweigend vorausgesetzt hatte, die sogenannte Akzeptanz, wird nun ausdrücklich erbeten.

Im Zentrum steht dabei die Kernenergie. Nach Windscale, Harrisburg und Tschernobyl konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob etwas Ähnliches auch hierzulande möglich sei. Die deutschen Stromversorger haben sich auf die Antwort verständigt, ein Unfall solcher Art mit diesen Folgen sei „praktisch" ausgeschlossen... Die Lücke zwischen dem einen, was tatsächlich, und dem anderen, was nur praktisch ausgeschlossen ist, füllt der Begriff des Risikos...

Hält man sich an die letzte deutsche Risikostudie, dann wäre einmal in etwa 30 000 Jahren mit dem zu rechnen, was die Sicherheitsfachleute einen nicht mehr beherrschbaren Störfall nennen. Jahre bedeuten in diesem Falle natürlich Reaktorbetriebsjahre, was heißt, daß man den Ausgangswert durch die Gesamtzahl aller Reaktoren teilen muß. Da zur Zeit etwa 430 Reaktoren in Betrieb und an die 100 weitere im Bau sind, müssen die 30 000 Jahre durch 500 dividiert werden. Daraus ergibt sich der vielleicht realistische, aber bestimmt nicht beruhigende Wert von 60 Jahren. Mithin kann schon heute jeder Mensch damit rechnen, einmal in seinem Leben zum Zeugen eines Unfalls zu werden, dem die technischen Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr gewachsen sind... Nimmt man hinzu, daß bei den aufwendigen Rechenexempeln eine „Fehlerbandbreite" mit dem Faktor 10 ausdrücklich zugestanden wird, dann ist man vollends im Bereich des Glücksspiels angelangt. Denn aus den sechzig können dann ebenso sechshundert wie auch sechs Jahre werden: was soll da noch der esoterische Streit um hinreichend große oder hinreichend kleine Wahrscheinlichkeiten und die selbstbewußte Behauptung, der Einsatz der Kernenergie lasse sich verantworten? Wie will man denn Verantwortung für etwas tragen, was man gar nicht kennt?...

Die Versicherer, diese professionellen Realisten, haben aus der Lage längst ihre Konsequenz gezogen. Noch keiner von ihnen hat sich dazu bereit gefunden, die mit der Kernkraft verbundenen Risiken zu angemessenen Konditionen, also ohne allerlei Auflagen und Kautelen, zu übernehmen...

Konsens ist deshalb schwerlich zu erwarten, statt dessen allenfalls ein Kompromiß. Es gibt eben Menschen, die auf dem kategorischen Unterschied zwischen sicher und wahrscheinlich bestehen, die mehr verlangen als „praktische" Plausibilität, die vom Vabanque nichts halten und die rebellisch werden, wenn man sie zum Glücksspiel zwingen will.... Wir alle, sagte Gorbatschow nach Tschernobyl, sind Geiseln der Atomindustrie. Man weiß, daß sich zwischen Geiseln und ihren Bewachern erstaunliche Beziehungen ergeben können, Gefühle, die von erzwungener Rücksicht bis hin zum wohlwollenden Verständnis reichen. Nur auf Konsens sollte man nicht rechnen. Einen Geiselnehmer liebt man nicht."
(FAZ, 24.5.91)

wie schon zuvor die ÖTV und IGBE an die SPD, nicht durch *„irgendwelche Jahresfristen"* für die Stillegung von Atomkraftwerken einen *„energiepolitischen Konsens"* zu vereiteln. (Faz; 28.6.91) In der aktuellen Debatte sollte das Wort *„Ausstieg"* durch den Begriff *„Umstieg"* ersetzt werden. Denn, so Rappe: *„Wenn eine Partei glaubt, die Kernenergie als solche heute und für alle Zukunft ablehnen zu müssen, dann hat sie die Zukunft nicht begriffen."* (Taz; 28.6.91)

Juli

9.7.
Auf der Bilanz-Pressekonferenz der Ruhrkohle AG bestätigt der Vorstandsvorsitzende Heinz Horn die von Möllemann geforderte Kürzung der Kokskohlebeihilfe von 1992-94 um 1,5 Mrd DM. Er appelliert noch einmal *„an alle politisch Verantwortlichen"*, die *„Chance für ein ausgewogenes, langfristig tragfähiges Energiekonzept nicht zu verspielen."* (Faz; 10.6.91)

10.7.
Die von Möllemann geforderten Subventionskürzungen für die Steinkohle werden von der Koalitionsspitze und dem Kabinett unter den *„Vorbehalt"* gestellt, eine letztendliche Entscheidung *„erst nach Verhandlungen mit allen Beteiligten über ein kohlepolitisches Gesamtkonzept"* zu fällen. Hans Berger, Vorsitzender der IGBE äußert seine Genugtuung über diesen *„Vorbehalt"*. (Faz; 11.7.91)

15.7.
Vorbereitungskonferenz für eine *„Europäische Energiecharta"* (EEC) in Brüssel. Regierungssprecher aus 35 KSZE-Ländern plus Japan, Australien und Neuseeland, sowei Abgesandte internationaler Organisationen treffen sich in Brüssel, um den im Februar von der EG-Kommission vorgelegten Entwurf einer Europäischen Energiecharta zu beraten. Mit der Charta wird die vollständige Kolonisierung Osteuropas im Energiebereich ihren vertraglichen Rahmen bekommen. Eckpunkte sind: Errichtung eines gesamteuropäischen Energiemarktes, Schaffung eines Stromverbundes, Festlegung der Bedingungen einer *„langfristigen verbindlichen Kooperation"*. D.h. hier werden die Bedingungen diktiert, nach denen die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas ihre Rohstoffressourcen auszuliefern haben, damit die westlichen Konzerne zu einer Modernisierung der Energiesektoren dieser Länder auf westeuropäisch-ökologische Standards bereit sind. Das Ergebnis dieser Operation: der gesamte Energiebereich Osteuropas wird in eine jahrzehntelange strukturelle Abhängigkeit vom Westen gebracht. (Ein „wunderbares Instrument" für die am Irak schon vorexerzierte Vorkriegs-Embargopolitik!) Die Energiecharta wird wohl sowas wie das Grundlagendokument eines neuen europäischen Öko-Imperialismus. Angesichts des ökonomischen Zusammenbruchs scheinen die Staaten Osteuropas derzeit garkeine andere Wahl zu sehen oder zu haben, als sich auf das Spiel einzulassen. Die Charta soll bereits im Dezember dieses Jahres in Den Haag verabschiedet werden.

29.7.
Die deutschen Vorschläge für die Energiecharta, werden von Bundesminister Töpfers vorgestellt und sehen ein gesamteuropäisches Energiekonzept *„Vom Atlantik bis zum Ural"* vor, in das im Kern der deutsche *„energiepolitische Konsens"* eingepaßt werden soll. (Faz; 30.7.91)

15.8.
„Die Arbeiten an einer Europäischen Energie-Charta, mit der die energiepolitische Zusammenarbeit in Europe verankert werden soll, könnten noch im September abgeschlossen werden. Diese Erwartung hat jetzt der stellvertretende Vorsitzende des Energieausschusses des Eruopäischen Parlaments, Sälzer (CDU), nach der Rückkehr von Besprechungen in der Sowjetunion geäußert.(...)" (Faz; 16.8.91)

r. karsten

Müll (nicht nur) aus Mol - 1. Akt eines Endlosstücks

DAS GESCHEHEN VON AUSSEN BETRACHTET

Foto Günther Zint

Er habe sich niemals träumen lassen, wegen einiger Putzlappen eine Weisung erteilen zu müssen, höhnte Bundesumweltminister Klaus Töpfer am Ende des ersten Akts in dem Schauspiel um die Rückführung des Transnuklear-Erbes aus dem belgischen Atomzentrum Mol in die Bundesrepublik. Monika Griefahn, einst Chefin von Greenpeace, heute parteilose Leiterin des niedersächsischen Umweltressorts, mußte sich schließlich dem „Befehl" Töpfers beugen und dessen Einlagerung im atomaren Faßlager Gorleben gegen den Widerstand von Blockierer/innen durchsetzen. Vorhang.

So als hätten die Scheinwerfer die politische Bühne gnadenlos ausgeleuchtet, wurde in den 5 Tagen im Juni, als Atomkraftgegner/innen aus dem Wendland die strahlende Fracht vor den Toren des Zwischenlagers in Gorleben stoppten, das Dilemma der nuklearen Entsorgung und die Ohnmacht ausstiegswilliger Landesregierungen offenbar. Hinter den Kulissen wird weiter heftig deklamiert, das ramponierte Image aufpoliert, der zweite Akt wird eingeläutet...weitere Transporte nach Gorleben sollen im September und Oktober folgen.

In Mol lagern kontaminierte Abfälle, quasi alles, was beim Betrieb von Reaktoren und in der Brennelementfertigung so anfallen kann: Salzgranulate, Pulverharze, Schlämme, Öle, Fette, Phosporsäure, Schrott, Aktivkohle. Die Hinterlassenschaft der Hanauer Skandalfirma Transnuklear, deren Manager sich wegen Betrugs und Veruntreuung von 21 Millionen DM Firmengeldern jüngst vor dem Kadi zu verantworten hatten. Insgesamt 700 Kubikmeter Atommüll, ließ das Bonner Umweltministerium verbreiten, würden jetzt sukzessive in die BRD zurückgeführt: 600 Kubikmeter feste Abfälle, die in Mol konditionert werden können und auch sollen, weitere 100 Kubikmeter flüssige und feste Abfälle würden im Kernforschungszentrum Karlsruhe erst verdampft und konditioniert, bevor sie wie auch die anderen Abfälle in Gorleben zwischengelagert werden.

Mol ist ein Reizthema für die streitbaren Lüchow-Dannenberger Widerständler. Schon 1988 enthüllte die Presse Fotodokumente aus dem Gorlebener Faßlager, die aufgeblähte und geplatzte Fässer zeigten. Eine Charge von rund 350 Fässern aus Mol war via Stade aus dem dortigen Atomkraftwerk mit anderen Atommüllfässern von deren Betreiberin Preussen Elektra angeliefert worden. Die Entdeckung von plutoniumversetzten Fässern, Fässern mit einem zweiten kleinen Innenbehälter aus bis zu 3 cm starkem Stahl, in dem der brisante Mix eingebracht war erhitzte die Gemüter. Für die Bürgerinitiative Umweltschutz, die seit fast 15 Jahren aktiv gegen die Einrichtung eines Atommüllzentrums

mit Zwischenlager, Konditionierungsanlage und Endlager in Gorleben kämpft, ein Beleg für deren These, die Atommüllagerung liesse sich nur mit krimineller Energie bewerkstelligen. Als durchsickerte, ein erster Transport aus Mol sei in Richtung Gorleben unterwegs, mobilisierte die Bürgerinitiative ihrer Anhängerschaft, ein Knäuel von Traktoren, PKW und campierenden Demonstranten richtete sich vor den Zufahrten vor dem Zwischenlager ein, Zugmaschinen und Container mit der strahlenden Fracht stoppten zwischenzeitlich in einer Polizeikaserne in Lüchow.
Da war guter Rat teuer. Das niedersächsische Umweltressort ersann eine „List": sollte der Abfall nicht nachweislich aus deutschen Atomkraftwerken stammen, dürfe er nicht in Gorleben eingelagert werden. Und in der Tat, dieser Nachweis fehlte. Aber anstatt Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, z.B. den inkriminierten Container (und gleich zwei weitere aus dem Kernforschungszentrum Jülich hinzu, die den Blockierern in die Fänge gegangen waren), staatlich sicherzustellen und an einen anderen Ort zu verfrachten - das wäre nach dem Atomgesetz möglich -, blieb die Lage vor Ort unverrückt, hie die Container in der Kaserne, dort die Blokkierer/innen.
Klaus Töpfer mag sich ob dieser Situation die Hände gerieben haben, seine Bundesweisung folgte prompt, und niedersächsische Polizisten räumten die Blockade unsanft ab: Rot-Grün, in der Sache d'accord mit den Demonstranten, vergriff sich an der eigenen Klientel! Ende Juli folgte bereits die nächste Weisung Töpfers. Auch der Versuch Hannovers, die Betriebsgenehmigung für das Faßlager zu präzisieren, wurde nun vereitelt. Töpfer weiß, warum. In Mol ging es drunter und drüber, Abfälle aus der Schweiz, aus Belgien und der Bundesrepublik wurden gemixt, verbrannt, aufgehaldet, tritiumhaltige Abwässer wurden einfach in einen Bach gekippt. Vor dem Untersuchungsausschuss des Europaparlaments bekannte der damalige Chef der Abfallabteilung Van den Voorde (inzwischen zu 5 Jahren Knast verurteilt), es gäbe da „kein deutsches oder belgisches Cäsium". Ob es Analysen des gelieferten Abfallmaterials gab? „Wir glauben das, was draufsteht", so die laxe Antwort, Mol müsse man sich als „europäischen Isotopenpool" vorstellen. Folglich akzeptiert Bonn sogenannte Abfalläquivalente, Auskünfte zur Spaltflußkontrolle, Art und Umfang der Konditionierung oder gar dem Verbleib der 6 Kubikmeter solider Abfälle aus dem AKW Würgassen mit einer Beta/Gamma-Aktivität von sage und schreibe 224.000 Gigabequerel (224.000.000.000.000 Bequerel), die der Untersuchungsbericht der Regenbogenfraktion im Europaparlament festhielt, gibt es nicht. Die Recherche der Fachzeitschrift *Ökologische Briefe* ergab darüberhinaus, wohlweislich würden in der Bonner Bilanz 500 Kubikmeter feste und auch flüssige Abfälle unterschlagen, deren Konditionierung völlig ungeklärt ist.

Was es gibt, ist der feste Entschluß der Atomkraftgegner/innen, auch in Zukunft mit Blokkaden auf die Einlagerung von Atommüll zu reagieren. Und damit ist der Fortgang des Schauspiels klar vorgezeichnet. Ein Endlosdrama mit ungewissem Ausgang kündigt sich an, fragt sich nur, wer wann aus seiner Rolle fällt. Peter Grabowski, persönlicher Berater Monika Griefahns, mahnte dann auch die Lüchow-Dannenberger/innen auf einer öffentlichen Veranstaltung der Bürgerinitiative zur Zurückhaltung: "Es droht uns schier zu zerreißen!" Denn wie soll begreiflich gemacht werden, daß hinter einem erneuten Polizeieinsatz Klaus Töpfers Diktate stehen?
Vielen im Wendland ist das allerdings ziemlich schnurz. Man werde sich mit Gorleben sowieso nie abfinden, ob mit oder ohne Genehmigung, mußte Grabowski sich anhören. Und Lilo Wollny, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, heute wieder im Widerstand aktiv, hielt den Gästen aus Hannover wie ihren eigenen Parteifreunden vor: **"Den Ausstieg aus der Atomenergie zu versprechen nach „Recht und Gesetz", wohlwissend, daß das Atomrecht dieses nicht zuläßt, ist schlicht politischer Betrug".**

Wolfgang Ehmke

Foto Günther Zint

Offener Brief an die Niedersächsische Landesregierung

Die Räumung in Gorleben ist ein politischer Skandal!

Wir protestieren mit aller Schärfe gegen die gewaltsame Räumung der Blockade von AtomkraftgegnerInnen vor dem Gorlebener Zwischenlager am 18. Juni 91!
Die Rot-Grüne Landesregierung in Niedersachsen trägt die volle politische Verantwortung für den brutalen Polizeieinsatz in Gorleben. Am Tag vor der Räumung sagte das niedersächsische Innenministerium noch einen "*sanften*" Umgang mit den BlockiererInnen zu. Das Umweltministerium in Hannover äußerte sich ähnlich:"*Wir müssen das Zeug da reinbringen, möglichst jedoch ohne Gewalt.*"
Diese Äußerungen entpuppten sich als reine Lippenbekenntnisse der Nieders. Landesregierung.
Zwar verzichtete die Polizeiführung anfänglich auf die übliche Ausrüstung ihrer Polizisten (Helme und Schilde), aber dann eskalierte die Situation durch das rabiate und brutale Vorgehen der Polizei. Die DemonstrantInnen versuchten durch Sitzblockaden (einigen gelang es sich unter die Transporter zu legen) die Einlagerung der Transportbehälter zu behindern. Die Polizei setzte Hunde ein, der Schlagstockeinsatz wurde "freigegeben", die DemonstrantInnen wurden gewürgt, getreten, gestoßen und geschlagen. Durch dieses aggressive und brutale Vorgehen der Polizei kam es zu unzähligen Verletzungen (Gehirnerschütterung, Nasenbluten, Prellungen, Hautabschürfungen, Verstauchungen usw.). Der Ermittlungsausschuß Gorleben sprach von ca. 50 verletzten BlockiererInnen.
Wut und Enttäuschung über die Schönwetterreden der Rot-Grünen Landesregierung kennzeichneten die Situation nach der "Abräumung der BlockiererInnen".
Der Nieders. Innenminister Glogowski (SPD) bezeichnete den Polizeieinsatz als "*verhältnismäßig*", und versuchte den DemonstrantInnen den "schwarzen Peter" zuzuschieben. Dies ist ein ungeheuer Skandal!
Wir haben die "Schnauze voll" von dieser Art von Polizeieinsätzen. Seit 1977 versuchen die jeweiligen Landesregierungen nun ein großes Atomzentrum in Gorleben durchzusetzen. Hierzu scheinen alle Mittel erlaubt. Kommt man mit Täuschungen, Wortbruch und Lügen nicht mehr weiter werden Polizei und Bundesgrenzschutz eingesetzt um die atomaren Anlagen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.
Wir wollen keine Polizeigewalt mehr zur Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie!
Wir fordern die Rot-Grüne Landesregierung auf, in Zukunft keine Polizeikräfte mehr für das Durchsetzen von Atomtransporten nach Gorleben und anderswo zur Verfügung zu stellen!

Viele Menschen in Niedersachsen haben mit der Übernahme der Landesregierung durch Rot-Grün Hoffnungen auf einen Ausstieg aus der Atomenergie verbunden. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen wird der Ausstieg aus der Atomenergie ausdrücklich gefordert, die Atomanlagen in Gorleben und Schacht Konrad sollen verhindert werden. In öffentlichen Veranstaltungen äußert z.B. die Umweltministerin Griefahn (parteilos, von der SPD nominiert), die beste Unterstützung für den Ausstiegswillen der Landesregierung wäre es, wenn wir den Widerstand auf die Straße tragen.
Wir fühlen uns verschaukelt und verarscht!
Immer mehr Menschen sind enttäuscht über das Verhalten der Nieders. Landesregierung in der Atomenergiefrage. Bisher ist nicht einmal ein nieders. Atomkraftwerk abgeschaltet, das Genehmigungsverfahren für Schacht-Konrad läuft, in Gorleben soll der gesamte in Mol liegende Transnuklear-Müll im Zwischenlager eingelagert werden, die Castor-Transporte nach Gorleben stehen kurz bevor...

Die mehrtägige Blockade des Gorlebener Zwischenlagers an der ständig ca. 200 Menschen darunter auch Landwirte mit Traktoren teilnahmen ist ein unübersehbares Signal der Warnung an die Landes- und Bundesregierung. Die betroffenen Menschen werden eine Einlagerung von Atommüll in Gorleben nicht hinnehmen und zu weiteren Mitteln des Widerstandes greifen um dies zu verhindern.
Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Atomprogramm einzustellen und auf sogen. Bundesanweisungen gegenüber den Bundesländern zu verzichten, um ihre menschenfeindliche Atompolitik durchzusetzen.

Wir erwarten von der Rot-Grünen Landesregierung eine eindeutige und klare Handlungsstrategie um einen "Ausstieg aus der Atomenergie" zu gewährleisten. Hierzu gehört es vor allem damit aufzuhören die gesamte Problematik vordergründig vom "Rechtsstandpunkt" aus zu betrachten. Wir verlangen ein politisches Herangehen an die Problematik.
Es kann doch nicht angehen, daß Frau Griefahn erklärt, aus rechtlichen Gründen dürfe der Transport aus Mol nicht eingelagert werden, gegen die anderen Transporte habe man allerdings nichts. Hier ist eine eindeutige Stellungnahme gegen jegliche Einlagerung von Atommüll geboten.
Wir erwarten Taten statt schöne Worte von der Nieders. Landesregierung!
Warum nimmt die Landesregierung die Bundesanweisung von Minister Töpfer so schnell hin?
Gegen den politischen Willen einer Landesregierung kann die Bundesregierung nicht zum Erfolg kommen!

Der damalige Ministerpräsident Albrecht hat 1979 und Mitte der 80iger Jahre ein Integriertes Entsorgungszentrum Gorleben für politisch nicht durchsetzbar erklärt.
Kurz nach dem Transnuklear-Skandal und nach den Protesten der Lübecker Bevölkerung verbot die Schleswig-Holsteinische Landesregierung (CDU) weitere Atomtransporte durch ihr Bundesland.

Wir erwarten von der Nieders. Landesregierung, daß sie eine Einlagerung von Atommüll in Gorleben für politisch nicht durchführbar erklärt!
In diesem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung auf zukünftig für Atomtransporte keinen Polizeischutz mehr zu gewährleisten, da es aus Sicht der Landesregierung nicht mehr zu vertreten ist die Transporte gewaltsam gegen die Bevölkerung durchzusetzen!
Die Nieders. Landesregierung kann sich nicht hinter der Anweisung von Bundeumweltminister Töpfer verstecken. Sie trägt die volle politische Verantwortung für die Atomenergiepolitik in Niedersachsen. Durch Polizeieinsätze wie am 18.6.91 macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der Atomindustrie!

Keine Atomtransporte in das Wendland!
Stop der Atommüllproduktion!
Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen!

Unterzeichner:
Anti-Atom-Plenum Lüneburg, Zeitschrift atom - Redaktionen Göttingen und Lüneburg, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Heinrich-Böll-Haus Lüneburg, Die Grünen-Kreisverband Lüneburg, Lüneburger Friedenstreffen/Friedensbündnis , AStA Friedensreferat der Uni Lüneburg, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden Lüneburg, Bürgerinitiative Uelzen gegen Atomanlagen, In Nomine Terrae Incognitae (INTI) Celle, Frauen gegen Atomkraft Nordheide, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen (BBA), Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg, Kurve Wustrow - Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, Bürgerinitiatve Umweltschutz Lüchow-Dannenberg...

Weitere Unterstützer dieses offenen Briefes können sich melden bei:
Anti-Atom-Plenum Lüneburg, Zeitschrift atom (LAGA), Heinrich-Böll-Haus, Katzenstr. 2, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/48599

Foto Matthias Linte

"Den Ausstieg aus der Atomenergie zu versprechen nach „Recht und Gesetz", wohlwissend, daß das Atomrecht dieses nicht zuläßt, ist schlicht politischer Betrug" (Lilo Wollny)

Dr. Biedermann Jörg Janning (SPD) Dr. Schwerter Strumpf Regierungs-Präsident Imgart Foto Günther Zint

In der Auseinandersetzung um die Atomanlagen in Gorleben ist es zum offenen Konflikt zwischen dem Widerstand vor Ort und der rot-grünen Regierung in Hannover gekommen. Vom Ausstieg aus der Atomenergie ist in Niedersachsen nichts zu spüren. Bisher wurde keine einzige Atomanlage stillgelegt. Es kommt sogar zu weiteren Genehmigungen (ANF Lingen) bzw. zu Fortschritten in den Genehmigungsverfahren (Endlager Schacht Konrad und Endlager Gorleben). Im Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Müll in Gorleben soll ab September/ Oktober weiter Müll aus dem belgischen Mol und aus deutschen Atomkraftwerken eingelagert werden. Im Zwischenlager für hochaktiven Müll in Gorleben sollen Castor-Behälter aufgenommen werden.

Als AtomgegnerInnen von der bevorstehen Anlieferung von Atommüll aus dem belgischen Mol („Transnuklear-Skandal-Müll") erfuhren wurden die Zufahrt des Zwischenlagers in Gorleben bzw. die PKA-Zufahrt für 5 Tage (14.6.-18.6.91) blockiert. Es beteiligten sich ständig ca. 200 Menschen unter ihnen auch Landwirte mit Traktoren an der Blockade. Wie sich herausstellte waren die Containerfahrzeuge nicht alle aus Mol sondern auch aus dem Kernforschungszentrum Jülich. Da das Zwischenlager blockiert war, entschied sich die Polizeiführung dazu die Fahrzeuge vorübergehend in der Polizeikaserne in Lüchow unterzustellen. Für die rot-grüne Landesregierung handelte es sich hierbei um eine unangenehme Situation. Sie mußte möglichst ohne Gesichtsverlust diesen Machtkampf für sich entscheiden. Mit den BlockiererInnen wurde nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche" verfahren.

Am 4. Tag versuchte dann eine hochkarätige Delegation, die jedoch keine Verhandlungsvollmachten hatte, die Demonstranten zum Aufgeben zu bewegen. Unter Ihnen Herr Biedermann (Umweltministerium), Herr Schwerter-Strumpf (Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes Lüneburg) und Herr Imgard (SPD - Regierungspräsident der Bezirksregierung Lüneburg). Trotz gegenteiliger Behauptungen war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, daß am nächsten Tag geräumt wird!

Nachzutragen ist noch, daß Hannes Kempmann

Foto Matthias Linte

Bei dieser Diskussion hat die Landesregierung aber einer Einlagerung von Müll aus deutschen Atomkraftwerk „nach Recht und Gesetz" ausdrücklich zugestimmt, und keinen Zweifel daran gelassen, diesen auch gegen den Widerstand vor Ort durchzusetzen.
Hannes Kempmann in einem Interview mit der EJZ: *"Trotz weiterer möglicher Weisungen aus Bonn **will die Landesregierung** jetzt die Auflage für Gorleben erreichen, **daß dort nur einwandfrei identifizierbarer Atommüll aufgenommen werden dürfe.** Und **an die Basis appelierte Kempmann: Man solle keinen Druck auf die Landesregierung ausüben, „wenn wir gar nicht anders können".** „Deutlich muß werden, daß die Landesregierung auf der Seite derjenigen steht, die aus dem Atomprogramm rauswollen."* (EJZ v. 18.7.91)
Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Trebel erläuterten Vertreter des Nieders. Umweltministeriums ihre Strategie: (...)*"per Verzögerungstaktik auf die Atomproblematik aufmerksam zu machen und **den Ausstieg im Rahmen der geltenden Gesetze voranzutreiben"*** (EJZ v. 19.7.91)
Auf der gleichen Veranstaltung bezeichnete Lilo Wollny (Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen und Aktivistin der BI) ***„die Auflage, nur deutsche Fässer zurückzunehmen, als „Korinthenkackerei", die den Ausstieg an sich nicht vorantreibe"*** (siehe zu diesem Themenkomplex den Artikel: "Müll (nicht nur) aus Mol - 1. Akt eines Endlosstücks)

Am 25.7.91 beteiligten sich 50 Menschen an einer Blockade von drei Lkw, die fünf Container mit schwachradioaktiven Müll aus Biblis ins Zwischenlager bringen wollten. Die Polizei räumte die Blockade.
Ein Teil der Medien reagierte auf diese Blockade mit „Unverständnis", da es sich ja hier um „deutschen Müll" und nicht um Müll aus Mol handelt. Dies ist alleinig auf die „spitzfindige" Argumentation der rot-grünen Landesregierung zurückzuführen die dazu führt die Position der Atomgegner zu schwächen.

(Landtagsabgeordneter der Grünen und ehemaliger BI Aktivist) die Demonstranten bereits am 1. Tag dazu aufforderte ***„Wir sollten die beiden Jülich-Container durchlassen"***
Dies tat natürlich Niemand.
Obwohl die rot-grüne Landesregierung im Vorfeld von einer *„sanften Räumung"* gesprochen hatte wurde diese brutal von der Polizei durchgezogen. Der politische Skandal der gewaltsamen Räumung in Gorleben führte zu vielfachen Protesten an die Landesregierung. (siehe auch offenen Brief).
In der öffentlichen Auseinandersetzung um die Einlagerung des Atommülls versuchte die Nieders. Landesregierung den „Schwarzen Peter" an den Bundesumweltminister Töpfer wegen seiner Bundesanweisung weiterzureichen.

Interessant fanden wir einen Offenen Brief an die Grünen aus dem Jahre 1986 (vor der Bundestagswahl 87).
Die Initiatoren warnen die Grünen vor Regierungsbeteiligungen und Koalitionen mit der SPD. Hier heißt es: ***"Wer die Regierung stellt, kann nicht gleichzeitig Opposition gegen sich selbst betreiben. Als Regierungspartei hätten die Grünen heute eine Reihe staatlicher Maßnahmen und Planungen zu vertreten, gegen die sich ihre Politik als Opposition noch gerichtet hat. (...) „Im Zweifel müßten sie das staatliche Gewaltmonopol auch gegen jene mobilisieren, die diese Normen praktisch in Frage stellen."(...)*** Damaliger Unterzeichner war u.a. Hannes Kempmann.
(„siehe hierzu „Offener Brief an die Grünen")

Dokument

Offener Brief an die Grünen

an den Bundesverband, die Landes- und Kreisverbände und die Parlamentsfraktionen

Wir sind in Sorge um die Entwicklung der GRÜNEN von einer Partei, die die Forderungen sozialer und oppositioneller Gruppen und Bewegungen in die Parlamente getragen hat, hin zur Mehrheitsbeschafferin für die SPD, hin zu einer Partei, die die Exekutivgewalt in Landesregierungen und Bundesregierung anstrebt.
Spätestens seit den „Wahlniederlagen" der GRÜNEN im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ist ein Stimmungsumschwung in der Partei zu registrieren, der die Grünen in eine gemeinsame Regierungsverantwortung mit der SPD drängen will. Eine solche Entwicklung lehnen wir ab. Wir fordern Euch auf, schnellstmöglich Klärungsprozesse einzuleiten, die es all den Menschen, die sich in den letzten Jahren engagiert für die Änderung politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik eingesetzt und gegen bedrohliche Übergriffe staatlicher Macht und Planung gekämpft haben, möglich macht, klare Bewertungen der Zielsetzung grüner Politik vorzunehmen.
Die unterzeichneten Gruppen und Personen haben - im Rahmen dieser Initiative nicht klärbare - unterschiedliche Auffassungen über den Sinn und Stellenwert parlamentarischer Arbeit. **Im Bewußtsein der notwendigen gesellschaftlichen Veränderung hin zur Demokratisierung, zur sozialen Gerichtigkeit, zur Kriegsverhinderung und Erhaltung der Lebensgrundlagen können wir allerdings die GRÜNEN als Partei, die gegenwärtig einer Regierungskoalition mit der SPD anstrebt, nicht unterstützen:**

1. **weil die SPD nicht einmal als Opposition und schon gar nicht als Regierungspartei zu ernsthaften Reformschritten bereit und fähig ist;**
2. **weil die GRÜNEN als Preis für die Regierungsbeteiligung die Opposition selbst gegen die düstersten Erscheinungen der gesellschaftlichen Realität einstellen müßten;**
3 **weil die GRÜNEN als Träger institutioneller Macht zu Gegnern der sozialen Bewegungen würden und sich die Partei damit die wesentliche Legitimation ihrer Existenz entzöge.**

1.) Wer innerhalb der GRÜNEN für eine Koalitionsaussage - ob bedingt oder nicht - ficht, der verdrängt im allgemeinen die Frage, welche Forderungen der grünen Partei überhaupt mit der SPD zu realisieren wären. Wer Koalitionsverhandlungen hoffnungsfroh als Experiment mit ungewissem Ausgang kennzeichnet, der täuscht sich und andere über den Charakter der SPD und die Erfahrungen mit ihr hinweg. Diese reichen aus, um zu sagen, daß der Handlungsspielraum eng. ist. Die „Selbstreinigungskraft" einer SPD in der Opposition und der diskrete Charme einer alternativen Partei reichen längst nicht aus, um den „Tanker" in das Fahrwasser einer Reformstrategie zu bugsieren. Das Gegenteil wird Resultat dieser Politik sein: die SPD wird die GRÜNEN unmerklich in ihren sturmfreien Hafen der Systemdisziplin manövrieren oder zum freibeuterischen Entern freigeben.
Um den Gehalt sozialdemokratischer Politik zu erkennen, braucht man nicht die Geschichte zu bemühen, in der sich die SPD im Zweifelsfalle immer als Sachverwalterin herrschaftlicher Interessen zu offenbaren pflegte - von der Bewilligung der Kriegskredite vor dem 1. Weltkrieg bis zum Anstoß für den NATO-Doppelbeschluß. Es genügt ein Blick zwischen die Zeilen ideoligischer Propaganda, die die SPD unter Anleitung von Peter Glotz zur Besetzung grüner Themen unternimmt, um herauszufinden, welchen Grundsätzen eine zukünftige sozialdemokratische Regierung folgen wird:
Absicherung der Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Industrie auf dem Weltmarkt; Integration der Widersprüche herrschender Produktionsweisen durch Propagierung kapitalistischer Krisenlösungsoptionen, z.B. technologischer Veränderungen. In diesen Grundsätzen unterscheidet sie sich nicht von der CDU und FDP. Das vielgepriesene SPD-Programm „Arbeit und Umwelt" zeigt, daß es der Partei praktisch nicht um den Erhalt der Umwelt und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht. Es ist ein Vorschlag zur Sozialisierung der von der Industrie verursachten Umweltschäden und enthält eben keinen Hinweis auf die strukturellen Ursachen der katastrophalen Auswirkungen gegenwärtiger Produktionsweise. **Grüne Koalitionspolitik ignoriert, daß die Aufgabe sozialdemokratischer Politik gerade darin besteht, den Blick für die Ursachen zu vernebeln und daß eine Regierungsbeteiligung zur perspektivlosen Legitimation kapitalistischen Krisenmanagements verkommen müßte.**
Besonders kraß würde der Ausverkauf grüner Forderungen im Bereich der Friedenspolitik. (...) (gek. atom)

Fazit:
Weder der Arbeitslosigkeit, noch der Zerstörung der Umwelt, noch der Ausbeutung der dritten Welt, noch der Aufrüstung wären im Rahmen einer Regierungsbeteiligung der GRÜNEN an einer SPD-Regierung ernsthaft entgegenzutreten. Wer an den notwendigen Forderungen festhalten und dafür in der Bevölkerung für aktive Unterstützung werben will, der kann dies nur in der Opposition und muß dies gerade auch gegen die SPD tun. Grüne Machterwerbspolitik ist keine, die mit Macht Reformen durchsetzen kann. Die Propagierung der Koalition bindet nicht nur die Hände für die Organisierung von Widerstand, sondern bereitet auch den Boden für die Integration des Protest- und Widerstandpotentials in der Bevölkerung.

2.) Wer die Regierung stellt, kann nicht gleichzeitig Opposition gegen sich selbst betreiben. Als Regierungspartei hätten die GRÜNEN

heute eine Reihe staatlicher Maßnahmen und Planungen zu vertreten, gegen die sich Ihre Politik als Opposition noch gerichtet hat. Auch überzeugte Koalitionsbefürworter gehen nicht davon aus, daß wesentliche Politikziele durch einen Regierungseintritt der GRÜNEN realisierbar wären. Deshalb würden sich die GRÜNEN unter den herrschenden Bedingungen sehr schnell zu einer Partei der Staatsraison wandeln, die, gerade noch zu kosmetischen Pflege gesellschaftlicher Widersprüche fähig, an den prägenden Normen der schlechten gesellschaftlichen Wirklichkeit festhalten müßte. Sie hätte sich zu halten an:

- das Recht auf private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Profitmaximierung im Rahmen der bestehenden Gesetze auf Kosten von Umwelt und Gesundheit, der Arbeitslosen und der abhängig Beschäftigten;
- das Recht des Staates auf Kriegsvorbereitung unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit;
- das Recht auf Plünderung der Rohstoffe und auf Ausbeutung der Arbeitskräfte in der 3. Welt;
- das Recht, im repräsentativen System Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung gegen Bevölkerungsmehrheiten in der Bundesrepublik oder in einzelnen Regionen durchzusetzen.

Doch nicht nur das: **Im Zweifel müßten sie das staatliche Gewaltmonopol auch gegen jene mobilisieren, die diese Normen praktisch in Frage stellen. Das grüne Gewaltfreiheitspostulat, das eine Aufforderung zum Widerstand und zivilen Ungehorsam gegen staatliche Gewalt darstellt, würde sich wandeln zur exekutiven Nötigung auf Widerstandsverzicht und zur Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.** Im Widerspruch zum Grundsatzprogramm wird bereits heute von prominenten Grünen diese Anerkennung durch oppositionelle Gruppen gefordert. Einen bitteren Vorgeschmack, wie sich der Verzicht auf Opposition auswirkt, gibt die Haltung der GRÜNEN in Hessen im Konflikt um die Nuklearbetriebe in Hanau. Hier haben sich grüne Repräsentanten innerhalb kürzester Zeit von Befürwortern des Ausstiegs aus der Atomenergie de facto zu Verteidigern sozialdemokratischer Nuklearpolitik gewandelt. Die Regierungsbeteiligung in Hessen bindet den Wortführern einer solchen Politik die Hände, um gegen die Erweiterungsgenehmigung der Atomfabrik vorzugehen, die der Wirtschaftsminister Steger auf Weisung des Bundesinnenministers veranlaßt hat. **Ein zukünftiger grüner Umweltminister müßte die bekannte „Ausstiegspolitik" sozialdemokratischer Prägung legitimieren**, die sowohl in NRW in Bezug auf den Schnellen Brüter betrieben wird, als auch in den SPD-regierten Ländern Bremen und Hamburg, in denen die Landesregierung der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen für die geplante WAA in Wackersdorf zugestimmt hat. (...) (gek. atom) Diese Beispiele stellen keine Ausrutscher dar, sondern sind die logische Folge des Strebens nach Regierungsbeteiligung unter den gegenwärtigen Bedingungen.

3.) **Daß grüne Umweltminister in Hessen und Niedersachsen, die für den Ablauf der Nuklearbetriebe von Biblis, Hanau, für das Zwischen- und Endlager von Gorleben und Trebel mitverantwortlich wären, zum politischen Gegner der Anti-AKW-Bewegung würden, liegt für uns klar auf der Hand, ebenso die Notwendigkeit, gegen die Aufrüstungspolitik rot-grüner Variante zu protestieren.** Wir gehen aber auch davon aus, daß solche Entwicklungen bereits das Ende der Existenz grüner Parteiformation beinhalten würden. Es gibt in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik keinen Platz für einen Hoffnungsträger vergeblichen Reformeifers, der gezwungen ist, geschürte Illusionen auf dem Altar des Machterwerbs zu opfern. Dieses Geschäft war und ist auch heute wieder die historische Aufgabe der SPD. Wer, wie Anfang der 70er Jahre, daran glaubt, daß sich Reformschritte heute allein im Wahlkampf um parlamentarische Mehrheiten vollziehen lassen, der wird sich für die Sozialdemokratie entscheiden, wenn sie ihre prgorammatische „Läuterung" vollzogen hat. Wer aber davon ausgeht, daß sich Fortschritte zur Verwirklichung der unverzichtbaren Forderungen sozialer Bewegungen nur gegen den grundsätzlichen Widerstand der Sozialdemokratie in ihrer heutigen Prägung durchsetzen lassen, für den ist eine parlamentarische Kraft irrelevant, die ihre politische Zukunft an die real existierende SPD gekettet hat und mit ihr bloß um Flickschusterei und Reformillusion buhlt.

Die GRÜNEN sind als Protest- und Widerstands-Partei in die Parlamente gewählt worden. Wir wollen Euch den Mut machen, an dieser demokratischen, oppositionellen Rolle festzuhalten. Ihr habt richtige und gute Argumente dafür, daß nur tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in den Bereichen, Frieden, Umwelt, Sozial- und Außenpolitik der katastrophalen Entwicklung entgegenwirken können. Setzt das nicht aufs Spiel, nur weil der Druck auf Euch verstärkt wird und Ihr in die Systemharmonie gezwungen werden sollt. Wir haben ein Interesse an parlamentarischen Konstellationen, in denen die etablierten Kräfte nicht über unsere Forderungen hinwegsehen können; ebenso an Kräfteverhältnissen, die die Umsetzung dieser Forderungen erleichtern. Aber solange das Bewußtsein in der Bevölkerung und die Lage in den Parteien, vor allem der SPD, noch keine wirklichen Veränderungen zulassen, ist es die Aufgabe der sozialen Bewegungen und der GRÜNEN, gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche offenzulegen, sowie Vorstellungen zu entwicklen und zu vertiefen, die reale Veränderungen zum Ziel haben. Wenn kurzatmige Überlegungen über die „Ablösung der Rechtsregierung" im Jahre 1987 diese Erkenntnisse überlagern, degradieren sich die GRÜNEN selbst zum zweiten kleineren Übel. Nur wenn die grüne Partei bei entsprechenden parlamentarischen Konstellationen an den wichtigsten Forderungen festhält, offensiv für grundlegendere Veränderungen eintritt und sich weder von einer großen Koalition noch von Neuwahlen schrecken läßt, entgeht sie der Erpreßbarkeit und hat die Möglichkeit, ihre parlamentarische Existenz zu sichern.

Zu einer solchen Perspektive gehört, daß die GRÜNEN wieder Aussagen treffen, die den substantiellen Unterschied zur Politik der SPD verdeutlichen, m anstatt den Prozeß der Anbiederung fortzusetzen. Es muß deutliche werden, daß sie die SPD keineswegs auf einem Abrüstungskurs befindet, wie dem Umweltdesaster nichts entgegensetzt, usw.. **Dazu gehört auch, den Wählern zu erklären, daß Veränderungen in den wichtigsten Bereichen gar nicht stattfinden können, wenn man(n) und frau nicht selber engagiert für diese Ziele auf die Straße gehen und Widerstand leisten.** Dabei verkennen wir nicht, daß die sozialen Bewegungen mit ihrem Protest und Widerstand abgespeckt haben; daß es heute angesichts einer tatsächlichen oder vermeintlichen Opposition im Parlament schwieriger geworden ist, außerparlamentarische Initiativen mit Erfolg zu organisieren. Niederlagen wie die der Friedensbewegung in der Stationierung der Pershing 2 führen zur Resignation. **Gerade deshalb aber erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß mit der weiteren Schwächung sozialer Bewegungen nicht nur die Bedingungen für Optionen auf tatsächliche Veränderungen in diesem Land dahinschwänden, sondern auch die GRÜNEN zum kurzen geschichtlichen Zwischenspiel verdammt wären, sie historisch nicht mehr gewesen wären, als das Sprungbrett einiger karrierebewußter Stars links-grüner Prominenz und das parlamentarische Frühwarnsystem der etablierten Parteien.**

Die Alternative besteht also nicht im Anpassungskurs, der Sozialdemokratisierung der GRÜNEN, sondern in der Unterstützung, Initiierung und Reaktivierung außerparlamentarischen Protestes, in der klaren Abgrenzung gegenüber sozialdemokratischen Integrationsstrategien.

Unsere Forderungen lauten:

- klare Absage an Koalition in der aktuellen Situation;
- Festhalten an den wichtigsten Forderungen, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen beinhalten und den katastrophalen Auswirkungen der herrschenden Verhältnissen entgegentreten;
- keine Preisgabe der Forderungen hinter den verschlossenen Türen von Koalitionsverhandlungen;
- parlamentarische Initiativen, die zum Bewußtsein beitragen, daß auch die SPD notwendigen Forderungen entgegentritt; Veränderungen bekämpft;
- Unterstützung sozialer Bewegungen und Mitarbeit grüner Funktionsträger und Parlamentsvertreter.

Dieser „offene Brief" an die Grünen wurde unterzeichnet von ca. 30 Einzelpersonen und 20 Initiativen. Er wurde 1986 vor der Bundestagswahl 1987 veröffentlicht.

Obwohl einige Passagen des obigen offenen Briefes von der aktuellen Entwicklungen mittlerweile überholt sind, enthält er doch (in weiser Voraussicht) wichtige Einschätzungen über die heutige Funktion der Grünen Partei. Durch Regierungseintritte auf Länderebene entwicklen sich die Grünen zu einer Partei, vor der die UnterzeichnerInnen noch 1986 gewarnt haben.

Der damalige Sprecher der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Hannes Kempmann gehörte 1986 zu den Unterzeichnern des offenen Briefes.

Hannes Kempmann ist grüner Landtagsabgeordneter und war im Sommer 1990 einer der Verhandlungsführer der Grünen bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen

Endlager Gorleben
- die Endlosgeschichte

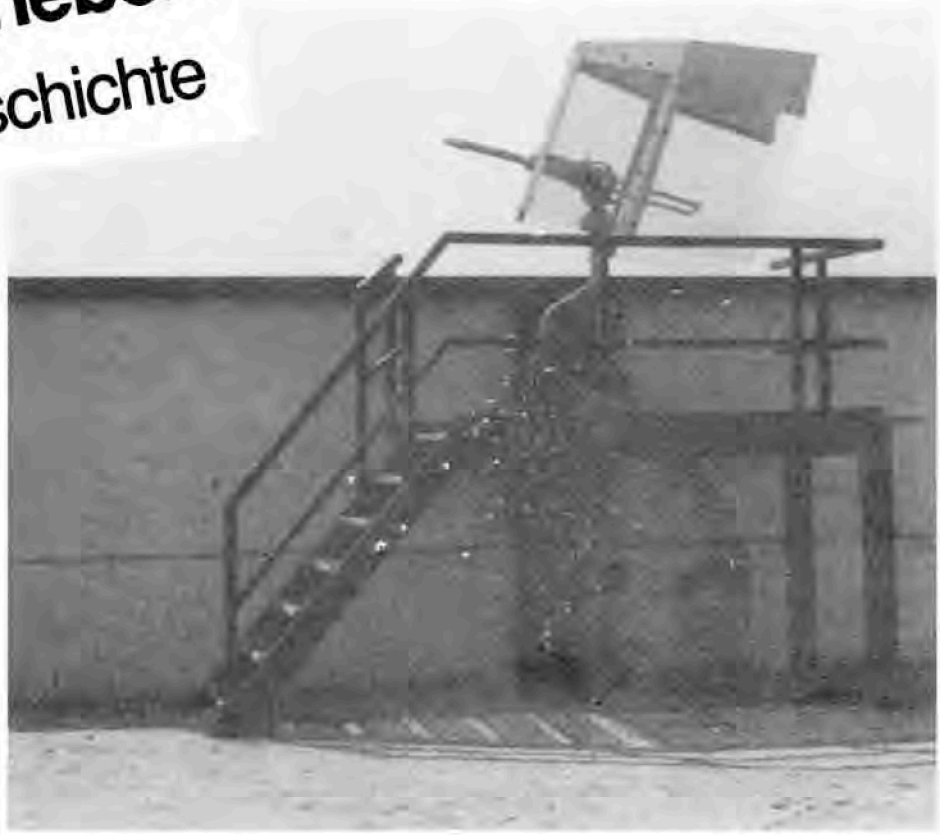


Foto Bernd Morell

Einfach zuschütten. Die Forderung der Atomkraftgegner/innen zum Konfliktpunkt Ausbau der Endlagerschächte mag naiv klingen, bringt aber die Zielvorstellungen vieler Widerständler in Lüchow-Dannenberg und ihre Stimmung auf den Punkt. Das rechtliche Gezappel und die zerzwickten Linien der Auseinandersetzung um Rahmen-, Haupt- und andere Betriebspläne, Schadensersatzanspruch der Betreiber etc. können nur noch Insider nachvollziehen.

Warum, so fragen sie, genehmigt die rot-grüne Landesregierung einen Hauptbetriebsplan, der das weitere Abteufen der beiden Endlagerschächte bis in die Tiefe von 345 m zuläßt?

Die Antwort aus Hannover: man habe sich nach dem verlorenen Prozeß im Februar 91 vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg gezwungen gesehen, dem 2. Hauptbetriebsplan zuzustimmen, denn die Verwaltungsrichter billigten dem Betreiberklüngel aus DBE/BfS (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern/Bundesamt für Strahlenschutz) einen RECHTSANSPRUCH auf Zulassung zu. Ganz „listig" (wie immer) habe man aber die Zulassung mit zwei Auflagen verbunden, die schwerlich zu erfüllen seien.

Da ist erstens die Geschichte mit der Salzaufhaldung. Die Gorleben-Kläger hatten im Verfahren gegen den ersten Hauptbetriebsplan des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Peter Fischer, der damit auch die Grundlage für den RECHTSANSPRUCH für die Zulassung eines zweiten legte, in einem Punkt RECHT bekommen: Salz sei lebensfeindlich, und deshalb sei die Ablagerung des Salzgesteins, das beim weiteren Abteufen der Schächte anfalle, vor Ort nicht zulässig. Welch Hürde für die Betreiber! Als ließe sich kein anderer Ort finden! Und inzwischen präsentiert die DBE diesen anderen Ort, es ist das Atommüllager Morsleben, ein Kalibergwerk, und auch im Besitz der DBE. Also rollen jetzt die Salzlaster gen Morsleben.

Listiger war das schon die Auflage, die Betreiber sollten den Nachweis für die Standsicherheit der Schächte während der Ausbauphase erbringen. Bekanntlich wird der Untergrund im Schachtbereich vereist und in diesen Eiszapfen hinein wurden die Schächte abgeteuft, jetzt in rund 270-290 m im Steinsalz selbst bildet dieses stabile Seitenwände. Nachweislich verschiebt sich die Schachtwand in Schacht I im sogenannten Deckgebirge, also über dem Salzgestein, trotz verstärkten Innenausbaus (Stahlringe!) nach den Wänden, bis zu 15 cm macht der Knick der Schachtwände aus.

Das Ingenieurbüro Jessberger errechnete wie bestellt für die DBE, daß die Schachtwände bis zum Innenausbau (nach Fundamentierung der Schächte in 345 m Tiefe) dem unterirdischen Gebirgsdruck standhalten würden (15-18 Monate wird´s schon halten, meinen sie). Mit der Bewertung des Jessberger-Gutachtens hatte das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld das Ingenieurbüro Wittke beauftragt. Wittke schloß sich der Sicht Jessbergers an, und schwupps! war damit dann im Juli auch die zweite Hürde genommen.

Ob dieser Zeitgewinn (4 Monate) und die Verzögerungstaktik gleichbedeutend mit der ***„Kalkarisierung der Endlager"*** (Hannes Kempmann, MdL Grüne) ist, ist arg zu bezweifeln. Der folgenschwere Fehler Fischers RÄCHTE sich brutal für die, die streng nach (Atom-)RECHT und (herrschendem) Gesetz aussteigen wollen. Was sollen wir von der Ankündigung aus dem Umweltressort in Hannover halten, eine weitere Zulassung von Hauptbetriebsplänen werde es in Zukunft nicht geben? Gibt es nun einen RECHTSanspruch der Betreiber oder nicht? Warum wird es dann keinen weiteren Hauptbetriebsplan mehr geben? Oder handelt es sich schon um eine Beruhigungspille für Dich und mich?

Foto Bernd Morell

Allein auf der RECHTlichen Schiene kommen die Kläger/innen erst wieder zum Zuge, wenn die Schächte abgeteuft sind und Stollen quergetrieben werden. Dann müßte Andreas v. Bernstorff, dem die Salztitel gehören, enteignet werden.

Wißt Ihr, was das letztlich bedeutet: die Schächte werden fundamentiert und ausgebaut? D.h. technisch gesehen: das Vereisen des Untergrunds kann eingestellt werden. Die Schächte können jahrelang offengehalten werden, und das gilt natürlich auch im übertragenen Sinne politisch. M.a.W.: **die Betreiber haben tatsächlich eine entscheidende Hürde zur Fundamentierung des Gorleben genommen.** Aber wir werden die Hoffnung ja nie aufgeben und trotzdem weitermachen, gell?!

Was wir wollen, und was machbar ist, obgleich (s.o.): das Bergamt Celle muß angewiesen werden, einen Betriebsplan „Verfüllen der Schächte" auszuarbeiten. Diesen Gedanken hat Rot-Grün natürlich auch schon gehabt, nur habe das einen Haken, gibt Horst Schörshusen aus der Staatskanzlei der BI zu bedenken. Die DBE/BfS werde nämlich mit Schadensersatzansprüchen kommen, und deshalb: erst fundamentieren, dann verfüllen, und zwar so, daß die Schächte nicht kaputtgehen („reversibel"). Sehr „listig". **Nur was das mit der Preisgabe des Endlagerstandorts noch zu tun hat, mag niemand richtig nachzuvollziehen.**

Wolfgang Ehmke

Foto Jürgen Siegmann

Auf dem europäischen Stier zur nuklearen Herrlichkeit?

Ein Sommer der Peinlichkeiten liegt hinter der Hanauer Atomgemeinde, die sich so wohlgeordnet für neue Taten fühlt: Im Transnuklear-Prozeß, der im Juli mit dem einkalkulierten Bauernopfer der TN-Manager Vygen, Knackstedt und Bretag endete, verwies selbst der Richter auf die gesetzlich verordnete Beschränktheit der Anklage. Knast gab's lediglich für Veruntreuung von Firmengeldern, professionelle Atommüllschiebereien haben die Strafgesetzautoren noch nie gejuckt. So blieb im TN-Prozeß auch ohne Belang, daß der Abfall als wichtige Lücke in der Plutoniumflußkontrolle gilt.

Am 17. Juni sorgte der siebte Störfall des Jahres im Siemens-Brennelementewerk für die noch andauernde Stillegung der Plutoniumverarbeitung, wovon auch das Bundeslager betroffen ist, für Gezeter um eine Schwachstellenanalyse durch das Öko-Institut und für eine sommerliche Pannenserie. All dies nervte die Atomiker: ihre Plutonium-Verpackungskünste, die wiederholte Kontamination von Arbeitern, Blähungen der Plutoniumdosen, der Hitzeausfall der Lüftungsanlage und eine nicht einmal regendichte Sicherheitsschleuse der Plutoniumfabrik ließen selbst das Hanauer Stadtparlament hinter Joschka Fischer zusammenrücken.

Was will das für eine Weltmacht werden, die den Gewitterregen fürchten muß?

Großvater hatte sich das gewiß alles einfacher vorgestellt, vor 35 Jahren, als er seinen stiernackigen Atomminister zur „Degussa-Nukleargruppe" nach Hanau schickte, um den ersten selbstgebastelten Uran-Brennstab zu feiern. Zwar ist der Name Nukem seit der Firmengründung 1960, als ein neues Zentrifugen-Anreicherungsverfahren die „Atombombe des kleinen Mannes" versprach, in der Weltöffentlichkeit mit dem Streben nach deutschen Atomwaffen verbunden. (Damals intervenierte Eisenhower bei Adenauer, und das Verfahren mußte unter „Geheimschutz" gestellt werden.) Eine richtige Bombe ist's bis heute nicht geworden, Großvaters liebsten Traum jedoch haben die Enkel auch ohne sie verwirklicht.

Mit den politischen Erfolgen der Mark-Wirtschaft und der präventiven Kapitulation des

Hauptfeindes sind mindestens drei traditionsreiche Motive für eine vollwertige Bundeswehr vorerst überholt - bis zur nächsten Wende der Weltlage.
Sinnlos geworden sind die jahrzehntelang verfolgten Ambitionen, mit einer deutschen Bombe den Finger an den amerikanischen Abzug zu legen, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen in Sachen Wiedervereinigung zu bewegen und einige weitere Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Osteuropa zu revidieren. Diese Ergebnisse sind revidiert, doch die Sieger von 45 Jahren Nachkrieg scheinen damit nicht so recht glücklich zu werden.
Schnee von gestern sind auch all die übrigen Ankoppelungsanstrengungen in der Nato, die mit konventioneller Militärpolitik (z.B. im Rahmen der „Vorwärtsverteidigung") den großen US-Knüppel deutschnational zu nutzen suchten.
Die Jahrzehnte währende „Glaubwürdigkeitskrise" der US-Atomgarantie, die im Kern darin bestand, daß Washington im Ernstfall für die speziellen Interessen Bonns keinen atomaren Gegenschlag auf sein Territorium riskieren würde, ist gelöst: Deutschland ist kein schmalleibiger Frontstaat mehr, und das „Reich des Bösen" wünscht sich nichts sehnlicher, als zusammen mit den Deutschen in einem europäischen Haus wohnen zu dürfen.
Obsolet sind damit auch die in allen Variationen praktizierten Versuche, mit dem „zivilen" deutschen Atompotential möglichst unauffällig und weltweit um Terrain gewinn im Kalten Krieg zu pokern. Ist es Zufall, daß von dem geplanten Plutoniumdreieck Wackersdorf-Hanau-Kalkar, das zumindest in der Nukleardiplomatie ein respektabler Faktor gewesen wäre, nur ein gebeuteltes Atomdorf in Hanau und einige kleinere Außenposten übriggeblieben sind?

Im schönen Süden spielt man dual use

Bekanntlich hat der „Politzwerg" seine nuklearen Klimmzüge nicht allein mit Blick gen Osten vollführt. Die BRD schmort zwar in Sachen Atomwaffenbesitz immerhin schon 25 Jahre im Status einer Schwellenmacht, doch hinsichtlich ihrer Fähigkeit, mit dem Export atomarer (und konventioneller) Zweizweck-Technologie ihre internationalen ökonomischen Interessen abzusichern, ist sie längst eine Großmacht. Diese politische Funktion des Atomprogramms bleibt in ihrem Kern auch nach dem Ende des Kalten Krieges erhalten. Auch 1990 machte der „dual-use"-Export mit annähernd 50 Milliarden DM noch mehr als das Dreifache des offenen Rüstungsexports aus.
Die sensitiven Nukleargeschäfte mit Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Israel, Pakistan, Südafrika, Südkorea, Taiwan, der Türkei usw. behalten ihren politischen Wert auch in einer imperialistischen One World, wenn auch in modifizierter Form. Im schönen Süden nämlich werden die Widersprüche zwischen großen und kleinen Räubern weiterhin offener ausgetragen als in den nördlichen Hauptquartieren.
Die Resultate dieser dual-use-Politik können sich sehen lassen: Mindestens Indien, Israel und die deutschen Lieblingsrassisten in Südafrika sind auf solche Weise zu Atomwaffen gekommen, andere, wie Brasilien, sind - gebremst durch Wirtschaftskrisen und die Kontrollinteressen des Weltpolizisten - auf dem Weg dazu.
Daß der Weltpolizist seinen deutschen Freunden nicht blind vertraut, dürfte spätestens seit 1953 bekannt sein, als das erste illegale Brasiliengeschäft mit der Beschlagnahme von Göttinger Ultrazentrifugen platzte. Weniger bekannt sind oft die Details der Ermittlungsmethoden - wie etwa das Horchgerät am Headquarter des V. US-Korps in Frankfurt, das u.a. die Telekom-Sender auf dem Großen Feldberg anpeilt und alle Telefongespräche automatisch aufzeichnet, in denen bestimmte Wortkombinationen vorkommen, wozu auch die Reizwörter „Plutonium" oder „Uran" gehören sollen. Die Nukem-Urmutter Degussa mußte zuletzt 1990 zur Kenntnis nehmen, daß auf die Beobachtung der Strafzettel folgt. Sie mußte eine Geldbuße von 800.000 $ an Washington zahlen, weil sie von 1984-87 zum Bau von A- und H-Bomben geeignete Metalle an Nordkorea, Indien, die CSSR, Italien und Großbritannien geliefert hatte.
Politisch haben derartige Nuklearbeziehungen der BRD erheblichen Einfluß in wichtigen Regionalmächten und damit Konkurrenzvorteile gesichert, wenn sie auch bisweilen dem - von den USA formulierten - Gesamtinteresse des Westens widersprachen. Für deutsche Kapital-, Waren- und Rüstungsexporte war diese Atompolitik Türöffner und Schutzschild zugleich. Sie verbesserte zudem die eigene Position bei den Kapitalverflechtungen zwischen den drei Großwirtschaftsräumen des Westens und hielt die deutsche Nähe zur Atomwaffenmacht stets auf Sprungbrettniveau.

Der brasilianische Dreier

Fast in allen Fällen und von Anfang an waren die Hanauer Atombetriebe oder ihr Umfeld (wie die pakistanbegeisterte NTG Gelnhausen) an den sensitiven Nuklearexporten und -kooperationen mit Produkten, Technologien oder Knowhow beteiligt. Hier sei nur ein Beispiel genannt, das im Golfkrieg wieder diskutiert wurde: die Kooperation von Nukem mit dem Irak (Heiße Zellen für Osirak, von den USA vereitelte Uranlieferung) und mit der früheren brasilianischen Atomwaffen-Tarnfirma Nuclebras, die 1984 selbst den BND aktiv werden ließ. Immerhin wurden die Verbindungen

Nukem-Nuclebras in einem der Hanauer Prozesse staatlicherseits als von „öffentlichem Interesse" eingestuft. Brasilien wiederum hat noch im August 1990 Irak bei der Bombenentwicklung geholfen und ist selbst trotz Verschuldungskrise der Bombe ganz nahe.
Im Zusammenhang mit dem irakischen Atomprogramm forderte der Präsident des Washingtoner „Nuclear Controle Institute", Leventhal, im Juli 91: „Die BRD muß ihren Wunsch nach der Wiedergewinnung von Plutonium aus verbrauchten Brennstäben aufgeben, wie auch die Japaner, Briten und Franzosen. Wenn es diese Materialien im kommerziellen Atomgeschäft nicht mehr gibt, schwindet auch das Risiko seiner Diversion in Atomwaffenprogramme."

Unmittelbar nach der Skandalserie von 87/88 hat Nukem einen proliferationsverdächtigen Bereich einem alten Freund, der französischen CERCA, überlassen: die Produktion von hochangereicherten Uranbrennelementen. Andere Bereiche - wie sensitive Verfahrensentwicklungen - fielen in Hanau mit dem Aus für WAA und Brüter weg, das akkumulierte Knowhow hat sich natürlich nicht verflüchtigt. Im Zusammenhang mit solchem Knowhow, wie z.B. den vom KFK Karlsruhe und Nukem entwickelten und in Mol ausprobierten Verfahren zur Plutoniumextraktion aus mittelaktiven Abfällen, erhärtet sich die Proliferationsdimension „harmloser" Exporte.

Europäisierung der Machtapparate

Die Errichtung des Europäischen Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion ist begleitet von deutschen Bemühungen, das Projekt „EG-Staat" beschleunigt voranzutreiben. Seit Mitte der 80er Jahre werden parlamentarisch kaum noch kontrollierte Institutionen aufgebaut, die der Durchsetzung gemeinsamer außenpolitischer und militärischer Interessen dienen und als Kern eines autoritären Euro-Staates angesehen werden können. Die Wiederbelebung der seit 1954 dahinvegetierenden WEU (Westeuropäische Union) und der Ausbau der KSZE-Institutionen (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sind nur die Spitzen des Machtberges. Der Verlauf dieser „Europäisierung der Sicherheitspolitik", die im Ausbau der Eurocop-Apparate ihr innenpolitisches Pendant findet, wird vermutlich darüber entscheiden, ob die BRD weiter auf zivilen Umwegen an die eigene Bombe heranschleicht oder zeitgemäßere Wege findet.

Obwohl Linke mit ihren Prognosen häufig daneben liegen, soll im folgenden versucht werden, thesenartig verkürzt einige politische Bedingungen der Genesis einer neuen kontinentalen „Supermacht" in Beziehung zur deutschen Bombenoption zu setzen (wobei die Berücksichtigung widersprüchlicher Entwicklungen der Kürze zum Opfer fiel).

Wieder vor 1914?

Kaum scheint der Kapitalismus wieder mit sich allein auf der Welt, wird der Krieg als Mittel der Politik rehabilitiert. Das „we are united" von Bush und Gorbatschow, erklärt am 9. August 1990, mündete schnell im „Wir sind wieder vor 1914", konstatiert von der euro-reaktionären „Brügge-Gruppe".
Der Sieg der „Ersten" über die „Zweite Welt" geschah durchaus mit Hilfe der Waffen, ohne daß diese in größerem Maßstab eingesetzt wurden. Nach dem Ausfall der deutschen Revolution, nach Interventions- und Weltkrieg gegen die Sowjetunion genügte die glaubhafte Drohung mit überlegener Militärtechnik, um den „Realsozialismus" immer tiefer in die Sackgasse des Wettrüstens zu steuern (wobei die hausgemachten Ursachen, wie die katastrophale Autarkie-Orientierung des Stalinismus, hier nicht diskutiert werden können).

Deutsche Bombenfreunde machten in diesem Prozeß eine ermutigende Erfahrung: Je schneller zivile Güter in militärische verwandelt werden können, desto mehr wird zivile Überlegenheit selbst zu einem Drohpotential militärischer Hegemoniepolitik.

Atompotentiale im konventionellen Krieg

Der Golfkrieg hat nicht nur gezeigt, daß Kriege „mittlerer Intensität" sich für eine Großmacht wieder lohnen. Er hat auch geklärt, daß die für Millionen tödliche Ungerechtigkeit der heutigen Weltordnung, also das Gesamtinteresse des Westens, ohne überlegenes Militärpotential nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Herrschenden Europas mußten sich daher, teils gegen eigene Interessen in der innerimperialistischen Konkurrenz, der Führung der USA unterordnen. Die Bundesrepublik stellte im Krieg ihre Eignung als Militärbasis unter Beweis und akzeptierte die westliche Arbeitsteilung: sie ist ökonomisch überlegen, die USA sind es militärisch. (Die Arbeitsteilung ist auch Konsequenz des ökonomischen Niedergangs der USA: Sie können das Weltwirtschaftssystem nicht mehr alleine „sichern".) Im Golfkrieg wurde deutlich, daß ein „Mid Intensity Conflict" ohne ernstzunehmende Atomwaffendrohung zu einer haarigen Angelegenheit für die Herren der Welt werden kann. Die USA erklärten den Ungläubigen später selbst, daß ihre auf Kriegsschiffen stationierten 400 taktischen Atomraketen Saddam Hussein daran hinderten, ernsthaft den Einsatz von Giftgas zu erwägen. Bonn wird's mit Neid bedacht haben.

EG contra USA

Mit dem Golfkrieg konnte die Absteigernation USA ihre Position gegenüber EG und Japan spürbar verbessern. Nun versucht Washington, im Nahen Osten diesen Vorteil zu nutzen und den Einfluß der Europäer zurückzudrängen. Auch der arbeitsteilig errungene Sieg im Ölkrieg verschärfte die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Hauptmächten weiter, es beginnt ein neuer Kampf um Einflußzonen, Kapital- und Warenmärkte.

Noch während des Krieges haben die zwölf EG-Außenminister daher ihre Diskussionen über eine gemeinsame „Sicherheitspolitik" beschleunigt. Erste Ergebnisse waren die Stärkung der Achse Bonn-Paris und der Versuch, die WEU im Schnellverfahren als militärisches Instrument aufzupäppeln. Dies führte bereits bei der Nato-Frühjahrstagung zu einem heftigen Konflikt mit den USA, der mit dem Kompromiß „Entwicklung eines europäischen Pfeilers" vorerst geglättet wurde. Der Nato-Gipfel im November wird vermutlich zeigen, wie lange sich Frankreich und BRD mit diesem, unter Drohungen der USA zustandegekommenen Kompromiß begnügen.
Die KSZE hat zuletzt in der Jugoslawien-Krise versucht, ihre Weiterentwicklung als Institution europäischer „Sicherheitspolitik" zu beweisen. Ergebnis: das bisher erreichte Niveau genügt noch nicht, um selbst einen derart kleinen Konflikt unter Kontrolle zu halten.

Nukleare Teilhabe als Alternative?

Der entstehende EG-Staat baut nicht nur auf

derweitgehenden Entmachtung des Parlaments durch die Exekutive auf, er ist zugleich *ein* Ausdruck des Niedergangs der nationalstaatlichen Form kapitalistischer Vergesellschaftung. Bereits jetzt ist die BRD einerseits die unumstrittene europäische Hegemonialmacht (z.B. ist jedes EG-Land im Handelsbilanzdefizit mit der BRD), andererseits ist diese Position offenkundig nur durch die Auflösung nationalstaatlicher Einengungen zu sichern: Europäisierung der Produktion, der Absatzmärkte, des Zahlungsmittels, der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen usw. Das Aushängen der Wohnungstüren im europäischen Haus scheint für die produzierenden Euro-Konzerne zugleich eine notwendige Ausgangsbasis dafür zu werden, auch in den beiden anderen Großwirtschaftsräumen führende Positionen zu erobern bzw. mit dortigen Marktführern zu kooperieren. Gleichzeitig wird die Entwicklung neuer Technologien bereits heute so kapitalintensiv, daß sie zunehmend Kooperationen auf Weltebene erfordert - siehe z.B. die gemeinsamen Projekte von „Erzfeinden" wie Siemens und IBM bei der Chip-Entwicklung, oder von Daimler-Benz und Mitsubishi in der Auto- und Raumfahrtindustrie. (Die Ebene der Finanzmärkte soll hier nicht betrachtet werden, ihre Internationalisierung ist sowieso schon viel weiter fortgeschritten.)

Der Aufbau einer eigenständigen deutschen Atomstreitmacht erscheint auch vor dem Hintergrund dieser ökonomischen und politischen Integrationstendenzen als Anachronismus. Wenn Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion trotz aller alten und neuen Widersprüche zu einem EG-Staat ausgebaut werden können, steht auch die Integration der militärischen Potentiale auf der Tagesordnung. Die Herausbildung einer politischen Zentralgewalt auf europäischer Ebene wird parallel zu den EG-Institutionen durch den KSZE-Ausbau, der Bonn bekanntlich besonders am Herzen liegt, vorangetrieben. Die WEU-Eingreiftruppen könnten in diesem Szenario zur Keimform einer gemeinsamen Streitmacht avancieren, weil sie die europäische Einigung gegenüber dem neuen Hauptfeind, dem Reich der Habenichtse, ausdrücken. Nach einer umfassenden politischen Einigung Europas gäbe es wohl keinen Grund, die Nuklearstreitkräfte aus diesem Prozeß auszuklammern, zumal die Deutschen mit einer atomaren Mitbestimmung nicht mehr den selben gefährlichen Unsinn anstellen können wie in der Zeit vor 1990.

Bei der Konferenz „Atombomben made in Germany?" im September 1985 wurde eine europäische Einigung mit der Qualität EG-Staat als nicht aktuell eingestuft. Daher wurde den damaligen Diskussionen um eine integrierte europäische Nuklearstreitmacht nur die symbolische Funktion des Tabubrechers zugunsten einer deutschen Bombe zugebilligt. Aber damals war die Welt noch eine andere.

Die künftige Rolle der Bundeswehr

Die Bundeswehr wird nicht erst seit dem Golfkrieg in der arbeitsteiligen Niederhaltung der „Dritten Welt" - das heißt vor allem von drohenden sozialen Revolutionen - eingesetzt. Seit der Vereinigung mit der Nationalen Volksarmee kann sich die Bundeswehr diesen Aufgaben verstärkt zuwenden - u.a. beim Aufbau des Südwalls der Festung Europa, der Militarisierung des Mittelmeerraums, im Rahmen der neuen Schnellen Eingreiftruppen von WEU und Nato. Innenpolitisch ist die nötige Akzeptanzspirale für weltweite Einsätze der Bundeswehr, vorläufig im Rahmen multinationaler Truppen, bereits in Bewegung gesetzt.

Auch für diese Aufgaben ist eine deutsche Bombe vorerst nicht von sonderlichem Interesse, da die Arbeitsteiligkeit das vorhandene atomare Drohpotential beinhaltet und die „Eingriffe" im Süden aufgrund der Schärfe der Widersprüche real durchgefochten werden müssen. Viel wichtiger für die Bundeswehr ist derzeit ihre technologische und personelle Umstellung auf Einsätze in ungewohnter Wildnis.

Ökonomische Dämpfer

Die deutsche Vereinigungskrise scheint sich zum monetären Alptraum auszuwachsen. Die „Wirtschaftswoche" rechnet einen jährlichen Nettotransfer von 300 Milliarden DM zusammen, um Ostdeutschland weltmarktgerecht zu sanieren, Siemens-KWU schätzt die Sanierungskosten allein der ostdeutschen Energiewirtschaft auf bis zu 500 Milliarden DM. Andere Prognosen gehen von einem Minimaltransfer von 150 Milliarden DM pro Jahr aus, mehr als das Doppelte des deutschen Rüstungsetats. Die Staatsverschuldung wächst in amerikanische, also in katastrophale Dimensionen; ein neues, vom Export getragenes Wirtschaftswunder ist aufgrund der Weltrezession, der Schuldenkrise der USA und der „Dritten Welt" und des Niedergangs der Ostblockstaaten nicht zu erwarten. Auch in der übrigen EG zeichnen sich bereits die Grenzen des kapitalistischen Wachstums ab. Der soziale Frieden scheint bedroht. Kurz: Die wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Probleme werden das teutonische Bombeninteresse zusätzlich dämpfen.

Dennoch muß bei der Atombewaffnung der Deutschen nicht alles mit rechten Dingen zugehen. Selbst wenn eine umfassende Interessenanalyse ergäbe, daß mehr gegen eine nationale Nuklearstreitmacht als dafür spricht, daß sie durch eine politische und militärische Integration Europas ersetzbar und ihre Finanzierbarkeit außer Reichweite ist, heißt dies nicht endgültig, daß das Pack an der Macht auf eine standesgemäße Ausstattung verzichtet. Ein Szenario mit „Bombeneffekt" könnte sein, daß das Projekt EG-Staat scheitert oder in eine tiefe Krise gerät. Ein anderes, daß eine neuerliche politische Wende in der Sowjetunion zu einer neuen West-Ost-Konfrontation mit all ihren Komplikationen führt. (Auch die Nato-Planung will solches nicht völlig ausschließen, immerhin bleibt die UdSSR Atommacht mit Overkill-Kapazität.)

Schließlich: Die deutsche Geschichte kennt so einige, sehr eigene Überraschungseffekte. Weil eben alles anders kommen kann, werden die Herren des deutschen Kerns die Bereithaltung bombenfähigen Materials und die Weiterentwicklung entsprechender Technologien nicht vernachlässigen.

E. Stickler

»Unser Atomdorf soll schöner werden«

Die Hanauer Skandal-Sanierung in Umrissen

Nach dem 87er Alkem-Prozeß und dem 88er Atommüll- und Proliferations-Skandal mußte das Hanauer Atomdorf abspecken, um das Ganze nicht zu gefährden. Töpfers Entflechtungskurs war mit Blick auf Atomgesetz, Europa und Weltmarkt: Der nuklear-industrielle Komplex wird durch Straffung gestärkt, das Giftküchen-Labyrinth darf nicht zum Irrgarten für die Institutionen des Atomstaates werden. Seitdem hat Siemens Reaktorbau und Brennelementproduktion in seinem Unternehmensbereich KWU konzentriert. Für die künftige europäische Ordnung der Uran- und Plutoniumwirtschaft (siehe Kooperation von Siemens und Framatome) ist dies gewiß kein Makel.

Dabei verlor die Nukem für immer die schönste ihrer Töchter, die Transnuklear (TN), die sich auch für die schmierigeren Aufgaben nicht zu schade war. Die Hauptkonkurrentin der TN, die GNS in Essen, wurde daraufhin nationaler Marktführer auf dem TN-Müllsektor. Inzwischen wächst wieder einiges zusammen: am 17.7.91 gründete GNS mit Nukem mit 55:45% die GNB, die Gesellschaft für Nuklear-Behälter. Diese Dinger will Nukem in Hanau nicht mehr bauen.

Die Nukem GmbH, geborene Degussa, kehrte bis zum 14.8.1990 ganz in den Schoß ihrer Zweitmutter, der RWE, zurück und verkaufte im Frühjahr 88 die Produktion von hochangereicherten Uranbrennelementen an die französische CERCA - natürlich war da eine gemeinsame Vertriebsfirma drin. Nukem macht seitdem auf Öko (Stillegung von Atomanlagen, Altlastensanierung, Solarsysteme etc.) und verlegte ihren Hauptsitz ins nahe, aber bayerische Alzenau, wo sie anfangs an der WAA Wackersdorf mitplanen durfte. Nukem-West machte 1990 über 300 Millionen DM Umsatz, hat 620 Mitarbeiter und in Dresden eine Volltochter gleichen Namens. Die gesamte Nukem-Gruppe hat heute mit ihren 11 Tochtergesellschaften in den USA, der Edeleanu-Familie und kleineren Töchtern in Luxemburg, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden insgesamt 2600 Mitarbeiter und einen Umsatz von über 600 Millionen, der Anteil des Uranhandels betrug zuletzt 130 Millionen Mark, Nukem sieht sich weiterhin als einer der führenden Uranhändler der Welt und vermarktet im Konsortium mit Uranit auch Uran aus dem Bundesvorrat.

Der Rest des Hanauer Atomdorfs war das Prachtstück und wurde daher am 1.10.88 hundertprozentig dem bisherigen Hauptgesellschafter Siemens, Konzernbereich KWU, einverleibt: Alkem und RBU heißen nun Brennelementewerk Hanau. Von rund 1800 Beschäftigten arbeiten 550 im Plutoniumwerk. Die Ex-RBU beliefert rund 60 Reaktoren in 15 Staaten.

Die alte Alkem-Umgangsmenge von 460 kg Plutonium wurde bereits mit der 1. Teilgenehmigung vom Oktober '87 auf 2,5 Tonnen erhöht (Alkem hatte 6,7 Tonnen beantragt, davon 5 Tonnen zur Lagerung). Die letzte Teilgenehmigung erhielt die Plutoniumfabrik am 12.3.91. (Den Chemiebetrieb der Alkem hat der hessische Verwaltungsgerichtshof wg. illegaler Vorabzustimmungen seit November 1989 stillgelegt. Der neue Chemiebetrieb soll 1992/93 in einem neuen Betonklotz in Betrieb gehen, der die bisherige Blechhütte ersetzt.)

Die Jahresproduktion von MOX-Brennelementen (MOX = ein Mix von 97% Uran und 3% Plutonium) soll mit Inbetriebnahme der neuen Fertigungslinien von bisher 26 Tonnen auf 120 Tonnen Mitte der 90er Jahre erhöht werden. Statt bisher 10 werden dann 18 westdeutsche Reaktoren mit MOX beglückt. Siemens beziffert die Kosten für Genehmigungsverfahren, Erfüllung der Auflagen sowie Neu- und Umbauten im gesamten Brennelementewerk auf rund eine Milliarde Mark.

Siemens peilt mit seinem Hanauer Werk eine Hegemoniestellung in der europäischen MOX-Produktion für Leichtwasserreaktoren an. Wem der Uran-Plutonium-Mix nicht schmeckt, den wird das Lager-Argument überzeugen. Auch Belgonucléaire verbreitet, daß Plutonium in Oxidform nur 2 Jahre lagerbar sei, neue MOX-Brennelemente dagegen bis zu 20 Jahren und abgebrannte sogar „unbegrenzt".

In den 1980 eröffneten Plutoniumbunker (Kosten: 22 Millionen DM) passen 10 Tonnen des guten Stöffchens, wobei das Siemens- und das Staatslager durch eine Bodenmarkierung strikt voneinander getrennt sind. Wenn's mal nötig ist, wie bei produktionsbedingten „Zwischenlagerungen", ist ein (natürlich vorübergehender) Mengentausch mit dem Plutonium des Bundesregierung auch kein Tabu. Am 1.3.88 lagerten dort laut Töpfer 2,5 Tonnen Plutonium, wovon 2,2 Tonnen dem Staat gehörten. Heute sind es nach begründeten Schätzungen des Öko-Instituts maximal 3 Tonnen, wovon der Kalkar-Kern mit rund 1,1 Tonnen den größten Einzelposten ausmacht. Die geringe Steigerung ergibt sich aus der kleinen Zahl von Bewegungen und dem Nachhinken der Wiederaufarbeitung in La Hague. Die genaue Isotopenzusammensetzung des Staatsplutonium wird verschwiegen; das Firmenplutonium nebenan soll „im allgemeinen" zu 65% aus Pu-239 bestehen (was typischem Reaktorplutonium entspräche).

Woher und wohin? -

Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK)

Plutoniumproduktion

von der potentiellen Atomwaffenschmiede - über das Atomklo der Nation - zur Tritium- und Fusionsfabrik

Das KfK ist die größte Großforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Es liegt 11,5 km vom Marktplatz Karlsruhe entfernt in einem Landschaftsschutzgebiet und hat 2,5 Quadratkilometer Ausdehnung . Rund 4500 MitarbeiterInnen arbeiten innerhalb des bestens bewachten Gelände. Das KfK ist zu 75% in Bundes- und zu 25% in Landesbesitz. Der Etat betrug im Jahre 1989 rund 730 Millionen DM.

1. Gründung des KfK: Ein Kind der NATO

Im Jahre 1950 begann die deutsche Atomgemeinde mit der Planung für ein Atomzentrum. Dies geschah verbotenerweise, da die Alliierten die Beschäftigung mit

Fragen der Kernphysik im Kontrollratsgesetz verboten hatten.
Schon damals wurde die bundesdeutsche und vor allem die Karlsruher Bevölkerung nach Strich und Faden belogen, vorsätzlich getäuscht und von den politisch Verantwortlichen nicht informiert. Für Adenauer war die Kerntechnik in erster Linie eine militärische Angelegenheit, die er in den Jahren 1950 bis 1954 möglichst hinter verschlossenene Türen und von ganz wenig Eingeweihten vorbereiten ließ. Als 'Standort für ein bundesdeutsches Atomzentrum' kam nach dem Nobelpreisträger Heisenberg nur München und für seinen Kollegen Wirtz (Erbauer des ersten bundesdeutschen Reaktors im KfK) nur Karlsruhe in Frage. Die deutsche Industrie war, mit einer Ausnahme, gegen Karlsruhe als Standort. Der Karlsruher Gemeinderat wurde mit 100000(!) Arbeitsplätzen geködert. In einer Geheimsitzung am 8. Oktober 1953 mit 13 wichtigen Leutchen aus Karlsruhe äußerte der damalige Oberbürgermeister sogar Bedenken über eine 'gewisse Gefahr der Verseuchung der Luft mit radioaktiven und daher giftigen Abfallprodukten', und 'daß die Geschichte nicht ganz harmlos sei, gehe allein daraus hervor, daß die Luft mit Radioaktivität geschwängert werde'. In gerade zwei Stunden hatte dann der Gemeinderat das Thema KfK für alle Zeit abgehandelt (das KfK liegt nicht auf Karlsruher Gemarkung und ist seither auch kein Thema mehr im Stadtrat).
Entschieden wurde sowieso da, wo die Plutoniumindustrie eigentlich herkommt und hingehört: durchs Militär. Adenauer hatte ein Gutachten von dem Physiker Lützow erstellen lassen, der Karlsruhe ebenso bevorzugte wie der angefragte Oberbefehlshaber von SHAPE, General Alfred Gruenther. Die Würfel waren gefallen, und Heisenberg hielt im Juli 1955 eine vielbeachtete Rede, in der er mit Bezug auf die Standortwahl des KfK klar ausdrückte, daß sich die Bundesregierung mit ihrem Votum für den ersten deutschen Atommeiler von militärischen Überlegungen habe leiten lassen.

2. Schleichweg zur Bombe? Das Schnelle-Brüter-Projekt im KfK

Der Bau einer "sozusagen gesteuerten Atombombe" (Heisenberg) hatte nach der gesamten Entwicklung der Atomtechnik nur noch einen 'vernünftigen' Grund: die Gewinnung von waffenreinem Plutonium. Dies zeigt auch die Geschichte des KNK II (=Kompakte Natriumgekühlte Kernanlage II), des Schnellen Brüters in Karlsruhe, sehr deutlich.
Der offene Weg zur Atombombe führt über die teure Atombombenschlüssel-technologie Urananreicherung in einer Isotopentrennanlage. Dieser Weg wurde im KfK selbstverständlich ebenfalls ermöglicht und beschritten. Das Ergebnis war das Beckersche Trenndüsenverfahren, welches im Herbst 1960 auf Drängen der Amerikaner unter Geheimhaltung gestellt wurde. Die Pilotanlage dieses Anreicherungsverfahrens wurde von MBB an Brasilien geliefert. Beim Beschreiten des vom KfK eingeschlagenen Schleichweges (= Natururanmeiler - Schneller Brüter - Wiederaufarbeitungs-Pfad) ergibt sich die Möglichkeit des Atombombenbaus erst im Laufe einer längeren Entwicklung - dafür viel unauffälliger und mit wesentlich geringerem Aufwand.
Im KfK liegen zwei Atommeiler als Strahlenruinen still: der erste Forschungsreaktor des BRD = FR 2 (inzwischen umgebaut zur Einschmelzanlage EIRAM, wird für den Abrißatommüll des KfK-Reaktors Niederaichbach benutzt) und der Mehrzweckforschungsreaktor = MZFR. In solchen Natururanreaktoren kann man sich etwas Plutonium erzeugen, welches schließlich in einer Wiederaufarbeitungsanlage bombentauglich zurückgewonnen wird (so arbeiten vermutlich z.B. die Atomzwerge Israel, Pakistan und Südafrika). Doch in einem Schnellen Brüter wird die Gewinnung von Plutonium in sehr reiner Form viel effektiver und in einer Industrienation angemessener Menge für die Militärs bereitgestellt.
All dies wurde zwischen 1960 und 1970 im KfK projektiert und gebaut. Als Zutat wird außerdem noch ein Institut benötigt, welches sich mit herkömmlichen Sprengstoffen beschäftigt, die zur Zündung in Frage kommen. Da bietet sich doch das Frauenhofer Institut für Spreng- und Explosivstoffe in Karlsruhe/Berghausen (neuerdings: nur noch Institut für chemische Stoffe) geradezu an. Die Infrastruktur der Option Atomwaffentechnik besteht also in Karlsruhe, was jedoch nicht heißt, daß sich die Wissenschaftler damit auch beschäftigen.

"Die Milliarden Fehlinvestition (FAZ)"

Am 1. April 1960 wurde die "Projektgruppe Schneller Brüter" ins Leben gerufen. Unter der Leitung des Astrophysikers Wolf Häfele (heute Leiter des Zentrums in Jülich) wurde mit 300 Wissenschaftlern und Häfele-Sprüchen begonnen: Das Projekt Schneller Brüter gehöre "zum Sichbehaupten eines Volkes", und der Brüter nähere sich "politisch der Bedeutung der Verteidigung". Häfele forderte jetzt zum Schutz des Weltklimas den weltweiten Zubau von Brütern.
Die Atomkommission unter dem Atompapst Winnacker gab am 9.2.1961 ihren Segen zum Brüter und warnte eindringlich vor einer zu frühen Überführung des Vorhabens in einen internationalen Rahmen!
Das Plutoniumwissen wollte der Atommann so lange als möglich ohne ausländische Kontrolle genießen.
Es herrschte eine Euphorie der Beteiligten, die nach W. Marth (Zur Geschichte des Projekts Schneller Brüter, Juli 1981) auch auf "das Fehlen äußerer Hemmnisse, wie sie heute üblich sind" zurückzuführen war.

Über zwei Voranlagen kam es in den Jahren '64 bis 66' zum Bau der Schnellen Null-Energie-Anordnung Karlsruhe (SNEAK). Für den Kernaufbau dieses Vorbrütermodells wurden 175kg Plutonium und 550 kg U-235 benötigt, die nur über Euratom von den USA zu bekommen waren. Dies alles geschah in engster Verbindung mit der sich im Aufbau befindlichen französischen Brüterindustrie, die zunächst nur militärisch ausgerichtet war, so daß weitsichtige Zungen Euratom als 'Europäische Gemeinschaft zur friedlichen Herstellung einer französischen Atombombe' bezeichneten. Diese bis heute sogar noch vertiefte Atomachse Paris-Bonn wird ja gerade zur echten Militärachse ausgebaut.
Der SNEAK, der vor seiner Kritikalität (seine Kettenreaktion begann im Dezember 1966) schon einen schweren Isolationsbrand hatte, wurde wenige Wochen nach Tschernobyl 'entsorgt' und dann als Teil des Kernfusionsprojekts für 38 Millionen DM zum Tritiumlabor umgebaut.

Plutoniumproduktion beginnt

Ein Leichtwasserreaktor (z.B. Phillippsburg 2) erzeugt im Laufe seines Betriebes durch Neutroneneinfang aus Uran-238 Plutonium 239 in seinen Brennstäben. Ein Schneller Brüter wird mit letzterem aber von vornherein bestückt. Im Falle einer 'Leistungsexkursion' - so nennen sie eine atomare Explosion des Brüters - ereignet sich eine Atomexplosion von mehreren Hirsohima-Bomben, da ja mehrere hundert Kilogramm Plutonium im Kern (hier wird das Plutonium verbrannt) und im Mantel (dort wird waffentaugliches Plutonium er'brütet') des Brüters vorhanden sind.
Schon im November 1955 war der erste natriumgekühlte Schnelle Brüter EBR 1 in den USA durchgegangen, nachdem die Notabschaltung beim ersten Mal versagt hatte.Deshalb mußte man wohl oder übel die Doppelkoeffizientenversuche zur Analyse der Leistungsexkursion des Brüters durchführen (oder auf deutsch: wann und wie explodiert ein Schneller Brüter), dies sollte im Testreaktor 'Karlsruhe Pulver Godiva' erprobt werden.'Pulver' stand dabei für das Uran-Plutonium-Oxidbrennstoffpulver, und 'Godiva' meinte die fehlende Umhüllung des Reaktors. Dieser Atomreaktor, dessen Typ in den USA nur für Waffenversuche gebaut wurde, präsentiert sich (mensch beachte die Denkweise der Atomautarkisten des KfK) wie die sagenumwobene Lady Godiva, die nackt auf einem Pferd geritten sein soll.
Dieser Plan wurde fallengelassen. Das KfK kaufte sich in das laufende amerikanische - zumeist militärisch genutzte - Programm mit 3,5 Millionen Dollar ein. Raus kam, was man im KfK schon vorher wußte, daß das, was nicht sein darf, auch nicht sein kann!
Der Brüter werde nie überkritisch, d.h. sine Reaktorleistung gehe nie über normal. Dies war und ist um so verantwortungsloser, als im Jahre 1966 der amerikanische Vorzeige-Brüter 'Enroco Fermi' völlig unkontrolliert 'durchging'.

Im KfK begann in den sechziger Jahren eine hektische Bautätigkeit. Man erbaute das Europäische Institut für Transurane, das für die Brennelemente der Brüter zu sorgen hatte.

Im Institut für Heiße Chemie mietete sich 1963 ALKEM als Tochter von NUKEM und DOW-INTERNATIONAL (verantwortlich für Bophal) im KfK ein. ALKEM produzierte damals die meisten Mischoxidbrennelemente auf der Welt. 1971 siedelte Alkem nach Hanau über. So war das KfK im TRANSNUCLEAR-SKANDAL scheinbar unbeteiligt, obwohl eine Sauna-Club-Rechnung den Namen eines Mitarbeiters aufführt.

Nach einem internen KfK-Streit um das Kühlmittel des Schnellen Brüters (Dampf oder Natrium, das war damals die Frage), begann INTERATOM (mittlerweile wie Alkem dem Siemens-Konzern einverleibt) 1966 mit der aus heutiger und damaliger Sicht falschen Entscheidung, einen natriumgekühlten Schnellen Brüter, den KNK I (Kompakte natriumgekühlte Kernanlage), zu errichten. Die Bauaufsicht und die spätere Betriebsführung erhielt die BADENWERK AG die als Betreiberin auch die 20 MWh Strom abnahm. Von der notwendigen Erdbebensicherheit sah man bei der Genehmigung vorerst großzügig ab.Beim neuartigsten und riskantesten Reaktorprojekt verzichtete der überhebliche KfK-Atommensch auf jedes Sich-Hineintasten in diese Höchstrisikotechnik. Die 'big sience' hat eigene Gesetze, die der Erbauer des Kalkar-Brüters Traube bei seinem Ausscheiden aus der Projektleitung so zusammenfaßte: "... großtechnische Entwicklungen entziehen sich rationaler Steuerung; die Großtechnik entwickelt sich zumeist anarchistisch, unvorhersehbar, irrational."
Die Projektleitung starrte nach wie vor nur auf die magische Qualität des Brüters: die Plutoniumgewinnung. Sie zeigte totales Desinteresse an Ingenieurproblemen.

Von Anfang an zeigten sich bei diesem hemdsärmeligen Umgang mit der Brütertechnik die gefährlichen Standdarddefekte des Schnellen Brüters, die zu mehr als 50 Notabschaltungen führten.Diese ungewollten Stillstände seit 1977 sind ein beredtes Zeugnis seiner Nichtbeherrschbarkeit. Natrium als Kühlmittel rächte sich ebenfalls durch mehrere Natriumbrände, von denen einer (März 1972) mehrere Stunden andauerte und einen großen Teil der Verkabelung des KNK I zerstörte. Bevor der Brüter im Oktober 1977 kritisch (eingeschaltet) wurde, brauchte man noch 8,8 kg voll angereichertes Uran. Sie konnten wegen der von US-Päsident Carter verfügten Exportsperre für sensitives (=atombombentaugliches Material) nicht mehr beschafft werden. So entwickelte ALKEM ein Verfahren zur trockenen Wiederaufarbeitung und Wiederverwendung des Uranschrotts, welcher bei der Fertigung abfällt. Alle Nachladungen des KNK II und die Ladung des zuletzt als Plutoniumvernichter angepriesenen Brüters in Kalkar (er sollte 5% des aus Leichtwasserreaktoren anfallenden Plutoniums 'vernichten') wurden so klammheimlich gewonnen.
Der erste Abbrand des KNK II wurde in Marcoule (französische Wiederaufarbeitungsanlage, die vermutlich vorwiegend militärisch genutzt wird) aufgearbeitet.
Stickstoff- und Natriumleckagen waren/sind an der Tagesordnung (beachte hier auch den in enger Zusammenarbeit mit dem KfK entstandenen französischen Stör-Brüter: SUPER-PHENIX). Trotzdem ging der Brüter am 22. Juli 91 wieder in Betrieb, um den Untergang des gescheiterten franzhösischen Brüterprogramms noch etwas hinauszuzögern und noch einige Millionen für das europäische Brüterprogramm abzuzocken.

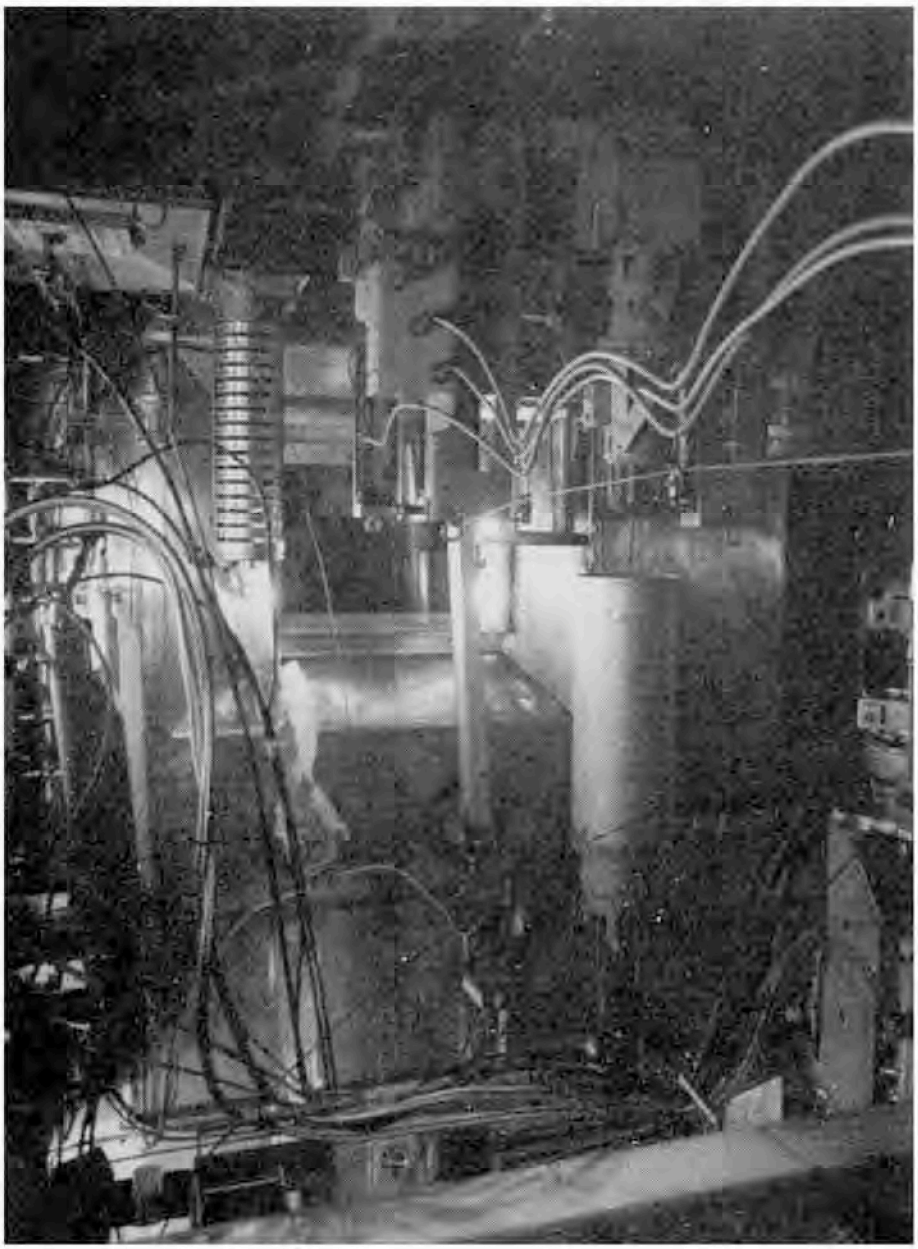
3. Schließung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe heißt nicht Verzicht auf die Aufarbeitungstechnik

Das Bereithalte-Programm für eine bundesdeutsche Atombombenoption schloß die Wiederaufarbeitung mit ein.

Man muß schon ein bißchen ausholen, um den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und die Auseinandersetzungen um den Bau von Wackersdorf zu verstehen. Es waren dabei ökologische, ökonomische und vor allem auch militärische Aspekte in die Überlegungen miteinzubeziehen. RADKAU S.103

Ein Phänomen aus heutiger Sicht war die führende Rolle der chemischen Industrie bei den atomwirtschaftlichen Initiativen der Anfangszeit. Die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe war bis 1. Februar 1991 eine chemische Fabrik, deren Arbeiter und Angestellte bei der IG-Chemie organisiert sind.

Schon 1953, als atomare Vorstöße nach Besatzungsrecht noch verboten waren, forderte der Verband der deutschen Chemie die Wiederzulassung der deutschen Chemie in der Atomforschung. Wen wundert es da, daß der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke



Verglasungsanlage PAMELA

Hoechst, Karl Winnacker, stellvertretender Vositzender der deutschen Atomkommission wurde. Auch der langjährige Atomminister Balke kam aus der von Hoechst kontrollierten Wacker Chemie AG. .rs102
(Der erste Atomminister war im übrigen Franz Josef Strauß.)

Das starke nukleare Engagement der Chemieindustrie an der Kernenergie hatte zunächst keine handfesten Verwertungsinteressen.

Nachdem ein eigenes Schwerwassergeschäft aus Kostengründen geplatzt war, denn die USA wollten Schweres Wasser für das KfK (der Natururanreaktor FR 2 benötigte als Moderator dieses Deuteriumoxid, welches an der Stelle von Wasserstoffatomen Deuteriumatome enthält) zum halben Preis wie Hoechst liefern, wandte man sich der Plutoniumproduktion zu. Die Herauslösung dieses Stoffes aus den abgebrannten Brennelementen war die wichtigste und aufwendigste Funktion der Chemie im nuklearen Brennstoffkreislauf.
1957 notierte man in Franz Josef Straußens Atomministerium, daß das Interesse der chemischen Industrie an der Errichtung eines Plutonium-Instituts (sie verniedlichten schon immer) 'ungewöhnlich' groß sei.

So gab es sogar von einem Vorstandschef eines Energieverorgungsriesen (RWE), dem Herrn Schöller, 1956 den Vorschlag, bei jedem Atomkraftwerk eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen. Er begründete dies mit den Gefahren des "Abtransportes der abgebrannten Brennstäbe". Dies setzte aber auch den Bau großer Atomkraftwerke über 1000 MW voraus.
Ein echtes Geschäft konnte die Wiederaufarbeitung aber nur werden, wenn Plutonium entweder als Brennstoff in dafür gebauten Reaktoren gebraucht würde oder aber für den Bau von Atomwaffen.
Damit wäre die Produktion staatlich subventioniert und vor allem lohnend. Beide Annahmen erweisen sich heute als Fehlspekulation. Dies schreibt ein Hoechstmitarbeiter in der Zeitschrift Atomwirtschaft sehr deutlich: "Der Grund liegt einfach darin, daß in den Anfangsjahren der Kerntechnik militärische Zwecke und politische Erwägungen im Vordergrund standen." .rS105

Die militärische Option der Wiederaufarbeitung hatte bei den Atomwaffenstaaten höchstes nationales Interesse. In der Bundesrepublik setzte man von Anfang an auf diesen billigeren und für die Proliferation weniger anfälligeren und vor allem weniger auffälligeren Weg zum Plutonium.
Eine Isotopentrennungsanlage schien zu teuer und vor allem vom internationalen Mißtrauen zu stark beäugt zu sein, weil ja sowohl das angereicherte Uran der Hiroshima-Bombe als auch das Plutonium der Nagasaki-Bombe aus einer Isotopentrennungsanlage stammte. Die weltweite Aufregung über die Erfindung des Trenndüsenverfahrens des KfKlers Prof. Dr. Erwin Becker (später Vize-Chef des KfK) tat ihr übriges, um die Wiederaufarbeitung zu beschleunigen.
Das dies wirtschaftlich wie forschungspolitisch falsch war, nahm man in Kauf. Damals war die Entscheidung für Leichtwasserreaktoren gefallen, weshalb es einen Bedarf an angereichertem Uran und damit für Isotopentrennung gab, und wie die gesamte Lieferung des angereicherten Urans aus der Sowjetunion beweist, auch noch heute gibt.
Die Durchführung des Eltviller Programms, dem ersten deutschen Atomprogramm aus dem Jahre 1957, sah 120 Millionen DM für eine Wiederaufarbeitungsanlage vor.
Eine heftige Debatte begann. Die USA boten über die Firma General Electric eine vollständige Wiederaufarbeitungsanlage nach einem trockenen Verfahren an. Das wässrige "PUREX-VERFAHREN", daß nur zum Zwecke des Bombenbaus entwickelt worden war, bot keine forschungspolitischen Aussichten und war, so der Atompapst Finke, unter dem Aspekt der Proliferation und der Endlagerung verwerflich.

In Deutschland existierten keine Firmen, die Erfahrung mit Plutonium hatten. Deshalb findet sich 1959 nur einmal eine Erwähnung der Gefährlichkeit des Plutoniums in den Akten. "Dieses ist nicht nur ein Explosivstoff für Nuklearwaffen, sondern auch ein Giftstoff, er noch in extremer Verdünnung irrepeable Gesundheitsschäden hervorruft und daher mit einer alle üblichen Vorsichtsmaßnahmen übertreffender Sorgfalt gehandhabt werden muß" .r S106
Die Ingenieurgemeinschaft Kernverfahrenstechnik (IGK) Leybold Lurgi-Uhde wurde für den Bau der WAK ausgesucht, obwohl sie "noch kein Milligramm dieser gefährlichen Substanz jemals in Händen gehabt" hatte. Wegen der hohen Umgebungsbelastung, die damals offen zugegeben wurde, war dieses Projekt bei den Physikern, das "bestgehaßte" Projekt. .r "295

1964 wurde die Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen durch Hoechst, Gelsenberg und Nukem gegründet. 1967 begann man mit dem Bau der Anlage. Sie ging am 7.9.1971 in Betrieb.
In der WAK wurden von 1971 bis zur Stillegung rund 200 Tonnen Uran aufgearbeitet und 1200 kg Plutonium gewonnen.
Für 1 t Brennstab rechnet man mit 10 Kubikmeter schwach radioaktivem Abfall (unter o,1 Ci pro Kubik), 3 Kubikmeter mittelaktivem (bis 10000 Ci) Abfall und 0,07 Kubikmeter hochaktivem Abfall.Diese Reste des Programms lagern in zwei Behältern im KfK, die ständig gekühlt und gerührt werden müssen (siehe weiter unten unter LAVA).
Auch sogenannte Mischoxid-Brennelemte (MOX-Elemente) aus Obrigheim wurden in der WAK aufgearbeitet. Diese Mox-Elemente haben einen Plutoniumanteil bis zu 40%. Der Abbrand solcher Brennstäbe ist aus Sicherheitsgründen in den USA verboten.
Das Uran verließ die WAK in Richtung Hanau als wässrige Uranylnitratlösung mit 450g/l und ist bezüglich seiner Beta- und Gamma-Aktivität mit Natururan vergleichbar.
Das Plutonium wurde jahrelang als Nitratlösung mit einer Konzentration von 30g/l in Titan-Flaschen nach Hanau kutschiert. .Atomwirtschaft S.344 Juli/Aug. 19754.

4. Der Schoß ist fruchtbar noch...

In den Zwischenlagern (KfK-Hausjargon als "Wasteminster Abbey") des KfK liegen über 150 000 Fässer à 200 Liter.
Mit dem "bißchen" Atommüll (rund 2000 Tonnen) aus dem bayerischen Niederaichbach wird das größte Atomlager der BRD, das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), auch fertig - so der Pressesprecher des KfK. Und am 1. August 1991 kam der erste der Transnuclear-Mol-Atommüllrest-Transport im KfK an. 350 Kubikmeter Atommüll soll für Gorleben endlagergerecht 'behandelt' werden.
Die Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe (HDB) gibt tonnenweise schwach radioaktiven Abfall an die Hausmülldeponie Bruchsal ab (die Freigrenzen für solchen schwach radioaktiven Abfall zu Lagerung auf Hausmülldeponien wurden im Januar 1989 neu festgelegt und betragen z.B. für Plutonium 150 Becquerel pro Gramm).
Mit der als Reststoffverwertung getarnten Entsorgung schwachaktiver Metalle werden diese demnächst vermutlich an den Altmetallhandel zurückgegeben und weiter verarbeitet. Seit Mai 1989 werden im KfK auch stündlich 60 bis 80 Kilogramm "alphakontaminierte feste Reststoffe" verbrannt. Dies heißt auf deutsch: Das KfK verbrennt plutoniumverseuchten radioaktiven Atommüll, und das zum Preis von 50 DM pro Kilo Atommüll.

Wen wundert es da, daß (nach Auskunft der Bundesregierung) 330 Mitarbeiter der Atommüllverbrennungsanlage in den letzten 13 Jahren Plutonium 239 (Halbwertszeit 24 600 Jahre - die tödliche Dosis über 15 Jahre beträgt nach KfK 45 millionstel Gramm) inkorporiert, d.h. geschluckt oder eingeatmet haben. Darunter befinden sich 8 Menschen, die mehr als die erlaubte - in Wirklichkeit viel zu hoch angesetzte - Jahresaktivitätszufuhr allein an Plutonium 239 erhalten haben.

Das KfK kann alle Atommüllsorten be- und verarbeiten, d.h.:

1. LAW = leichtaktiver Müll: meist Abwässer des mittelaktiven Atommülls wie Tritium, Ruthenium, Cäsium-137 und Strontium 90. Das 'bißchen' Radioaktivität, das die Filter nicht zurückhalten, wird an die billigsten Versuchskaninchen des KfK (= Bevölkerung rund ums KfK) zum Nulltarif abgegeben oder in den billigen Vorfluter Rhein eingeleitet.

2. MAW = flüssiger mittelaktiver Abfall wird in MAVA (Mittelaktive-Waste-Verarbeitungsanlage) volumenverringert.
Der feste Abfall wird zum Teil in der Anlage ALONA (aktive Laboranlage in Mol) verbrannt. So bleiben z.B. bei 1 Tonne dieser Abfälle oft bis zu 6 kg PU zurück.
Die Reste werden in Fässern bitumiert. Danach - das wissen die Götter!?

3. HAW = hochaktiver Abfall: Auch mit dem hochgefährlichen flüssigen hochaktiven Atommüll hat das KfK - meist schmerzliche - Erfahrung. Er enthält zwischen o,1% und 1% Uran und Plutonium,
ferner alle nicht-flüchtigen Spaltprodukte.
Auf 30 t Brennelemente entfallen 1 t Spaltprodukte. Das meiste an Uran, Plutonium und Neptunium wird herausgelöst, aber im HAW bleiben 1,5 kg Plutonium und 28 kg andere Transurane zurück. .s.157
Dieser hochradioaktive Abfall wird in der LAVA (Lagerung und Verdampfung hochaktiver Abfalllösungen) behandelt. Die Reste lagern in zwei 7,20 m langen und 4m Durchmesser besitzenden rostfreien Behältern. Jeder Tank faßt rund 63 Kubikmeter. Der eine Tank ist voll und hat über 10 Kilogramm Plutonium Inhalt.

Das KfK entwickelte für die Mol-Verglasungsanlage PAMELA das ganze System. Dorthin soll der hochaktive Müll gekarrt werden, um ihn dann in Glas einzuschmelzen.

Tritium - ein 'Bombenstoff'

Tritium wird zur Herstellung von Leuchtfarben, als aktiver Zünder von Wasserstoffbomben, dann auch als Indikator in Tracer (= radioaktiver Markierungsstoff, um z.B. Transportvorgänge anhand der emittierten Strahlung untersuchen zu können) und als Brennstoff in nach ihrer Meinung kontrollierten Fusionsversuchen verwendet.
Im stillgelegten ersten Vorbrüter wird im KfK das Tritiumlabor betrieben (Kosten rund 40 Millionen DM).Es ist nur einer der 33 radioaktiven Emittenten des KfK, von denen einige hier noch kurz skizziert werden sollen:

-PILOTANLAGE MOL ZUR ERZEUGUNG LAGERFÄHIGER ABFÄLLE (PAMELA),
vom Institut für Nukleare Entsorgungstechnik im KfK am 22.8.1985 projektierte Anlage im Auftrag der damaligen DWK. Hochaktive Abfälle aus den europäischen Forschungsreaktoren werden dort verarbeitet (vgl. Plutoniumskandal mit den Fässern aus Mol, und mensch weiß, was das für eine Anlage ist). Seit 1987 für die Erprobung der Glaseinschmelzung in Belgien Betrieb.

-ELMA = Erweiterung zur Lagerung mittelaktiver Abfalllösungen,
am 4. Dezember 1975 in Betrieb gegangen.

-INSTITUT FÜR HEIßE CHEMIE (IHCH):
Hier wird in HEIßEN ZELLEN hinter meterdickem Beton und Bleifenstern mit hochradioaktivem Material hantiert (und die MitarbeiterInnen werden kontinuierlich bestrahlt).
Das IHCH ist das einzige Institut der BRD, indem mit relativ großen Mengen von spaltbaren Material gearbeitet werden kann..6. Statusbericht 1986 S. 62 Original Ebert
Die Unterinstitute sind die Anlagen, die zur Vorbereitung von Wackersdorf dienten:

-MILLI: Seit 1971 in Betrieb.
(1/1000 von Wackersdorf) Hoch abgeschirmt, deshalb können dort auch Mischoxid-Brennelemente (MOX-Brennelemente) mit einem Anteil von bis zu 30% Plutonium (z.B. aus Philippsburg II) aufgearbeitet werden . Der Umsatz pro Tag: 1 kg Brennstab.

-PUTE: Handschuhkastenanlage für Extraktion von Brennelementen bis zu 8 m Länge

-MINKA: wie PUTE, jedoch nur bis zu 3,5 m Länge

-ANLAGE ZUR LAGERUNG UND VERDAMPFUNG HOCHAKTIVER ABFALLÖSUNGEN
(LAVA): Neubau (bis 1,70 m Beton Wanddicke), angeblich gegen Erdbeben und Flugzeugabsturz und Sabotage geschützt (hält gerade einen Starfighter aus!).
Durchsatz bis zu 500 l pro Stunde, und dazu zwei der radioaktivsten Behälter der Bundesrepublik Deutschland mit je 63000 l Fassungsvermögen. Diese sich selbsterhitzende Plutoniumbrühe muß ständig (über Jahrzehnte hinweg!) gerührt und gekühlt werden.Hohe Abgaben an Radioaktivität an die Umgebung.

-KIZ und KAZ (Kompaktzyklotrone):
Herstellung von radioaktiven Isotopen für die Medizin. (Jod 123, Rubidium 81 usw.) durch Beschleunigung von negativ geladenen Wasserstoffatomen. Höchste Verstrahlung der MitarbeiterInnen im Jahre 1987 im KfK, weil die Dünnschichtaktivierung ohne Abschirmung! gehandhabt wird (alles im Dienst der Gesundheit).

-EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR TRANSURANE : Auf dem Gelände des KfK befindet sich dieses Institut, welches z.B. 8 Brennelemente für den KNK II 'bastelte'. Es ist also eine Brennstoffabrik.

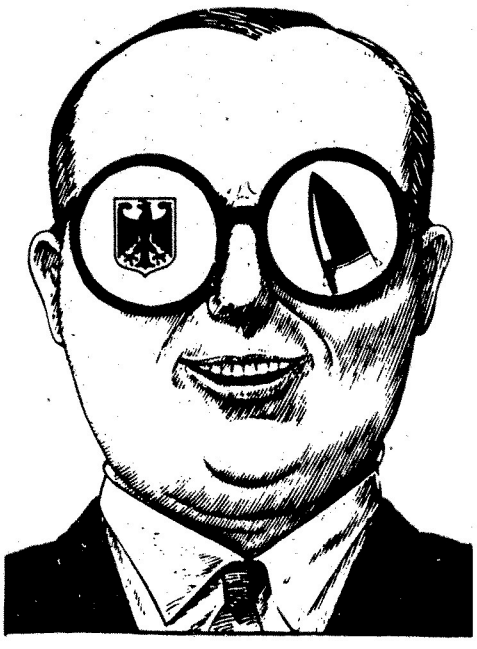
PROJEKTRÄGERSCHAFTEN / INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Das KfK ist wissenschaftlich mit der ganzen Welt verbunden.
Von Südafrika bis nach Pakistan über Irak!, China und die UDSSR reichen die Kontakte. Viele Wissenschaftler, die an der Atombombe in ihren Heimatländern mitbasteln, haben ihr Atomwissen im KfK erhalten.
Seit 1990 hilft das KfK bei Untersuchungen an sowjetischen Reaktorfiltern, Betonschmelzen und Reaktorbrennelementen. Vor allem sollen die Erfahrungen des KfK genutzt werden, wie sich die sowjetischen Reaktorkomponenten bei weiteren Reaktorkatastrophen `a la Tschernobyl verhalten.
Eine besondere Note erhält die vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit dadurch, daß der sowjetische Vertragspartner das renomierteKurchatov-Institut in Moskau ist. Denn dieses Institut ist eine der Geburtsstätten der sowjetischen Atombomben, vor allem aber die theoretische Quelle für die Bombentechnik.

Das KfK war bis zum 15. April 1988 in der 'Schwarzen Liste' des US-Handelsministerium als "sicherheitsrelevante kerntechnische Einrichtung", in deren Anlagen der Bau bzw. die Vorbereitung des Baus einer Atombombe möglich ist (= potentielle Atomwaffenschmiede), aufgeführt und gewissen Prüfungen bei dem Export von high-tech an das KfK ausgesetzt. Diese Verordnung wird für das KfK im Augenblick überprüft.

In diesem kurzen Überblick mußte aus Raumgründen auf viele weitere Aspekte des KfK verzichtet werden (2 Genforschungsinsitute, Müllverbrennung etc.). Für das Kfk gilt aber mit Sicherheit, was der 'Erbauer' von Kalkar, Traube, schreibt:
"Nun, ich meine, cum granao salis entziehen sich großtechnische Entwicklungen rationaler Steuerung; die Großtechnik entwickelt sich zumeist anarchisch, unvorhersehbar, irrational".

Harry Block



Rot-Grüne Landesregierung genehmigt Ausbau (6. TEG/TBG)

Mit der 6. Teilerrichtungs- und Teilbetriebsgenehmigung (incl. der Änderung und Ergänzung der 1. u. 5. TBG) für die Lingener Brennelementefabrik ANF hat das erst Mal eine rot-grüne Landesregierung nicht nur **nicht** bestehende Atomanlagen stillgelegt, sondern den Ausbau der Atomenergienutzung vorangetrieben - trotz gegenteiliger öffentlicher Bekundungen.

Bei dieser Genehmigung geht es in Kürze gesagt darum, zu den bereits vorhandenen Produktionsstufen, nämlich dem Pressen von Urantabletten aus Urandioxidpulver und dem Füllen dieser Pellets in die Hüllrohre, die dann zu Brennelementen für die Atomkraftwerke zusammengeschweißt werden, eine weitere Produktionsstufe vorzuschalten: die Trockenkonversion. Hierbei soll dann das besagte Urandioxidpulver bei ANF selber aus Uranhexafluoridpaste hergestellt werden. (Eine Anlieferung aus Gronau wird dabei für die Zukunft ins Auge gefaßt.)
Die Genehmigung enthält unter anderem im einzelnen:

- Errichtung und Betrieb der Trockenkonversionsanlage
- Betrieb mit natürlichem und abgereichertem Uran
- vorläufiges positives Urteil für den Betrieb mit angereichertem Uran (5 %), aber noch nicht dessen Lagerung und Verarbeitung
- erstmalig die Abgabe von gasförmigem HF über den Kamin.

Andere wichtige Punkte sind nachfolgend ausführlicher aufgeführt. Die Genehmigung wird ferner in zwei Stufen erteilt. Die Abgabewerte für radioaktive Stoffe sind Gegenstand der 2. Stufe.
Als Gutachter hat die rot-grüne Landesregierung - offiziell - nur den TÜV, das Landesamt für Bodenforschung, Prof. Norpoth und Prof. Streffer bestallt gehabt. Ein zusätzliches Gutachten des Öko-Instituts Darmstadt wurde teilweise berücksichtigt (Nichterteilung der Sofortigen Vollziehbarkeit) Der Auftrag an das Öko-Institut bezog sich dabei nur auf die Grenzwerte (was ins Leere laufen mußte). Das Öko-Institut hat dennoch von sich aus einige Hinweise gegeben, wobei der mit der besonderen Tiefflegersituation nicht berücksichtigt wurde (s.u).
Gegen das Vorhaben seien 6.000 Einwendungen eingegangen, davon 90 % aus der BRD, überwiegend nähere Umgebung von Lingen.

Bei der Erteilung der Genehmigung für den Atomausbau bei ANF hat die rot-grüne Landesregierung in Form der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde ***„pflichtgemäßt ihr Ermessen ausgeübt und sich bei Ihrer Entscheidung insbesondere an den in § 1 AtG... genannten Zweckbestimmungen orientiert"*** (S. 94) - und das heißt an der Förderung der Atomenergie.
Schwierigkeiten, die dabei einem rot-grünen Ausbau der Atomenergienutzung im Wege stehen könnten, wie etwa der illegale Urantransport von ANF im Mai 1990 und die in diesem Zusammenhang vom Lingener „Kiebitz"-Ratsherren Herbert Masslau erstattete Strafanzeige, werden ministeriumsübergreifend und behördenintern beseitigt: ***"Die Prüfungen im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren haben ergeben, daß keine Tatsachen vorliegen, aus denen Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragstellerin hergeleitet werden können. ...***

Dem steht auch nicht entgegen, daß die Antragstellerin am 11.05.1990 versehentlich ca. 174 kg Kernbrennstoff ... hat befördern lassen." (S. 111) "Soweit bei einem Transport von unbestrahlten Brennelementen zum Kernkraftwerk Unterweser im Mai 1990 das Kernbrennstoffgewicht die in der Transportgenehmigung ... angegebene Menge geringfügig überschritt ändert auch dies nichts an der o.s. Bewertung." (S.112) Vielmehr sollen (so auf S. 113) nach der vom rot-grünen Innenministerium unterstehenden Staatsanwaltschaft Osnabrück die Strafverfahren wegen Geringfügigkeit und mangelndem öffentlichen Interesse eingestellt werden. (Zwischendurch ist durch die StA bekannt geworden, daß in drei Fällen Strafgelder in Höhe von DM 9.000,-, 6.000,- und 1.000,- verhängt worden sind. Bei Zahlung wird das Verfahren endgültig eingestellt und es erfolgt keine Registrierung der Strafe.)
Es hätte im Ermessen der rot-grünen Genehmigungsbehörde gelegen, die Zuverlässigkeit der Firma ANF anzuzweifeln und die Genehmigung nicht zu erteilen, In dieses Ermessen hätte kein Gericht zugunsten der Firma eingegriffen, weil es sich nicht um die Versagung eines Rechtsanspruches gehandelt hätte.
Auch an einem anderen Punkt hat die rot-grüne Landesregierung ihren behördlichen Ermessensspielraum im Interesse der Atomindustrie nicht genutzt: Unter dem Punkt **Ermessensausübung** heißt es auf S. 123 zum Thema Flugzeugabsturz, daß ***„keine Anhaltspunkte ersichtlich sind, die Wahrscheinlichkeit für einen Absturz schnellfliegender Militärflugzeuge höher anzusetzen als im statistischen Mittel für die Bundesrepublik..."***. Und das trotz des nahegelegenen Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range, der trotz der neueren Ost-West-Entwicklung weiterhin aufrechterhalten wird.
Die rot-grüne Landesregierung hat ihr Ermessen im Interesse der Atomindustrie auch dort nicht zu deren Lasten ausgenutzt, wo es um mangelhafte und fehlende Unterlagen während des öffentlichen Auslegungsverfahrens ging. Insbesondere betraf dies das Bundesimmissionsschutzgesetz. Dies wurde von der BEgA (Bürgerinitiative Emsland gegen Atomanlagen) und der Lingener Ratsfraktion kiebitz mehrfach moniert und detailliert dargelegt. So vor allem das Fehlen der genauen Angaben zu den Reststoffen, und wo diese denn nun bleiben. Eine unverzichtbare Voraussetzung, den § 4 der 9. Bundesimmissionsschutzverordnung schreibt vor: *"Die Unterlagen müssen insbesondere Angaben enthalten über ... Art und Menge ... der anfallenden Reststoffe"* und über *„die vorgesehenen Maßnahmen zur Verwertung der Reststoffe oder zur Beseitigung als Abfälle"*.
Die genauen Angaben hierzu wurden der Öffentlichkeit vorenthalten. Aber auch der begutachtende TÜV schrieb noch im März 1990, also fünf Monate nach dem Erörterungstermin der Einwendungen: *"Über die erwartete Abfallmenge sowie deren Weiterverarbeitung liegen uns derzeit noch keine Unterlagen vor."* (S. 147 Sicherheitsgutachten TÜV Hannover).
Dies alles ficht die rot-grünen Atomkraftbefürworter nicht an. Sie haben es nicht einmal nötig, dieses Mängel zum Thema zu machen. Können sich auch nicht, wenn sie, wie geschehen, die Genehmigung erteilen wollen. Andernfalls hätte die rot-grüne Landesregierung nämlich das Genehmigungsverfahren wegen erheblicher Verfahrensmängel - so auch von den Bürgern auf dem Erörterungstermin Mitte Oktober 1989 kritisiert - noch einmal wiederholen müssen. Damit aber wäre der rot-grüne Ausbau der Atomenergienutzung nur noch mehr verzögert worden.
Wer übrigens glaubt, daß die Verzögerung der Erteilung der Genehmigung auf das Konto der rot-grünen Landesregierung geht, der irrt!
Die erste Verzögerung bewirkte CDU-Umweltminister Remmers, der vor der Landtagswahl im Juni 1990 und nach dem illegalen Atomtransport im Mai die Genehmigung nicht mehr erteilen wollte. Die zweite Verzögerung bewirkte eigentlich ANF mit seiner Schlamperei selber, dem illegalen Atomtransport und der daraufhin folgenden Kontrolle durch die EURATOM.
Aber der Genehmigung ist auch zu entnehmen, daß Bundesumweltminister Töpfer (ebenfalls CDU) mit Schreiben vom 2.8.90 ***„um Aufschub der Genehmigung gebeten"*** hat (S. 75). Nicht einmal dies ist also Verdienst der rot-grünen Landesregierung. Und als der Bundesumweltminister am 5.3.91 mitteilte, nun könne nach Abschluß der EURATOM-Untersuchung die Genehmigung erteilt werden, da hatten die Rot-Grünen, als am 15.3.91 die BEgA das Landesumweltministerium in Hannover besetzt hatte, nicht's Eiligeres zu erklären, als daß sie nun die Ausbaugenehmigung für ANF erteilen würden.

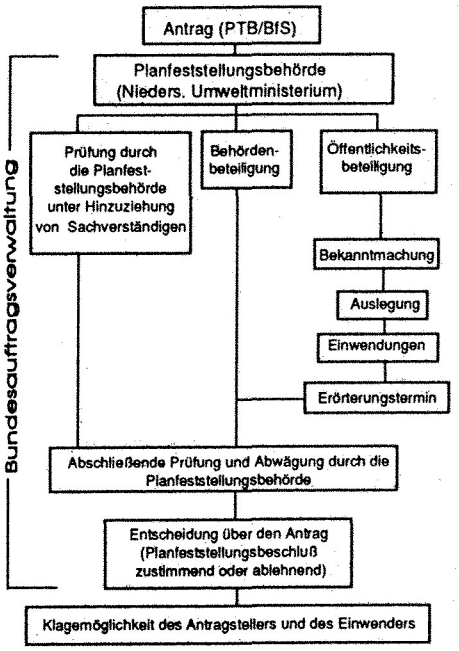
kiebitz Fraktion im Rat der Stadt Lingen (Ems)
kommunale initiative erzürnter bürger in trostlosen zeiten
Herbert Masslau

Die Zeit der Einwendungen ist vorbei. Die Zeit von Schacht Konrad noch lange nicht!

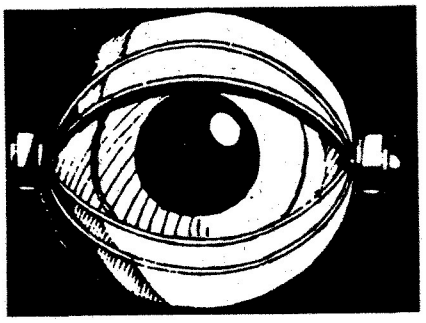
Theaterstücke, ein Treckerkonvoi, Flugblätter, eine Förderturmbesetzung, Aufkleber, Büchertische, Stellwände und seiten-, meter-, kilo- und sonstweicherweise Einwendungen/Unterschriften: Was läßt sich nicht alles mit ein paar Leuten auf die Beine stellen!
Aus ganz Deutschland kamen die Einwendungen, die zu einem großen Teil bei der AG Schacht Konrad gesammelt wurden. Bis zum Übergabetermin am 13.7.91 gingen so dort etwa 250.000 Einwendungen ein, etwas später, am 15.7. nochmal etwa 10.000 und dazu kommen noch viele, die direkt, ohne Meldung bei der AG Schacht Konrad, ans niedersächsische Umweltministerium geschickt wurden. Das genaue Ergebnis aus Hannover steht noch aus.
Besonders aktiv, bzw. erfolgreich, waren, wie so häufig, Gruppen, die die atomare Bedrohung direkt vor der Haustür haben. Aber auch atomenergiepolitisch-gesehen provinzielle Gruppen waren unterwegs.

Alles in allem Zufriedenheit

Betrachten wir gegen unsere jetzt erreichten 260.000 das Ergebnis von Wackersdorf, so unterscheiden sich selbstverständlich Zeit und Bewegung enorm. Es fällt jedoch ins Auge, bzw. ins Ohr, daß nur ein relativ geringer Teil der Bevölkerung überhaupt weiß, was Schacht Konrad ist, geschweige denn, was es bedeutet.



So z.B. häufig erlebt an der Göttinger Universität, wo nur knapp 2/3 der Leute mit dem Namen etwas anfangen konnten und davon höchstens ein Drittel unterschrieb. Beim Betrachten dieses Prtoblems fällt die (positive oder negative) Öffentlichkeit durch die Zaunkämpfe in Wackersdorf schwer ins Gewicht.
So weiß heute sicherlich ein Großteil der alten Bundesbevölkerung etwas mit dem Namen Wackersdorf anzufangen und dementsprechend mehr Leute konnten sensibilisiert werden.
Die Frage, ob militanter Widerstand für eine (gute) Öffentlichkeit nötig ist, soll hier allerdings nicht aufgeworfen werden.



Nachdem uns nun am 13.7.91 unsere so aktive Umweltschützerin Monika Griefahn von der Last der Viertelmillion Einwendungen befreit hat, geht es demnächst (voraussichtlich Frühjahr/Sommer 1992) weiter mit dem Erörterungstermin. Hierbei dürfen die Einwender und Einwenderinnen dieses freien Landes mit dem offiziellen Antragsteller, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), ihre Einwendungen erörtern.
Vom offiziellen Sinn der Sache soll der Erörterungstermin dem Antragsteller die Möglichkeit eröffnen, Schwachpunkte und Fehler ihres Vorhabens herauszufinden. Die Realität ist aber, daß Geld lauter klimpert als wir schreien können.
So können wir diesen Termin im wesentlichen dazu benutzen, Öffentlichkeit zu schaffen, weiter zu mobilisieren und die Atompolitik in diesem Land deutlich zu machen; denn die Erinnerungen an den abgebrochenen Erörterungstermin in Wackersdorf sind noch wach.
Im weiteren Verlauf des Verfahrens kommt dann irgendwann (voraussichtlich Herbst 1992) der Planfeststellungsbeschluß, der positiv für die Atomlobby ausfallen wird.

Kippen wir mit unserem Widerstand Schacht Konrad und mit Schacht Konrad die Atomwirtschaft!

Ein weiterer anzusprechender Punkt ist das bisherige (Nicht)Verhalten der rot-grünen Landesregierung Niedersachsen zu Schacht Konrad: krass war einmal mehr der Unterschied zwischen Wahlkampf und politischer Realität:
Ein deutliches "Nein" zur Atomenergie hatte es geheißen, doch es wurde nur zu einem Beispiel sozial-liberalen Gelabers! Denn außer, daß Monika Griefahn gegen die Planunterlagen wegen Unvollständigkeit klagte und ein Info-Flugi zum Planfeststellungsverfahren in ihrem Namen herausgegeben wurde, waren und sind von Seiten der Landesregierung keine nennenswerten Aktivitäten gegen Schacht Konrad gekommen.

Das nächste überregionale Treffen zu Schacht Konrad findet am 26./27. Oktober, entweder in Salzgitter oder in Lüchow-Dannenberg statt. Zu erfragen ist dies bei der BI Lüchow-Dannenberg. Vor allem wird es auf dem Treffen um praktische Konsequenzen für die Anti-AKW-Bewegung aus dem Verhalten der Rot-Grünen Landesregierung gehen und um eine klarere Linie für die Zukunft.

A., GIGA (Göttinger Initiative gegen Atomkraft)

Droht in Kozloduj ein neues Tschernobyl ?

Die Sicherheitsmängel im bulgarischen Atomkraftwerk Kozloduj sind offensichtlich gravierender als angenommen. Dies geht aus einem Bericht der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien hervor.. Der bericht verweist sowohl auf erhebliche Defizite im Kenntnisstand der Betriebsmannschaft über die Handhabung der Anlage als auch auf schwerwiegende bauliche und sicherheitstechnische Mängel bei den Reaktoren.

Allgemein werde sehr viel mehr Wert auf die Stromproduktion als auf die Sicherheit der Anlage gelegt, heißt es in den Ausführungen der IAEO-Experten über die Blöcke I bis IV des Kernkraftwerkes. Die Betriebsmannschaft, die ein ohnehin nur geringes Sicherheitsbewußtsein offenbare, verfüge über so gut wie keine Erfahrung im Umgang mit Sicherheitstechnik und habe kaum Kenntnisse über den Schutz vor radioaktiven Srahlen.

Ob die wenigen vorhandenen Schutzvorkehrungen im Falle eines Unfalls überhaupt greifen, bezeichnen die Experten als fraglich. Insgesamt seien die vorgesehenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr völlig unzureichend.

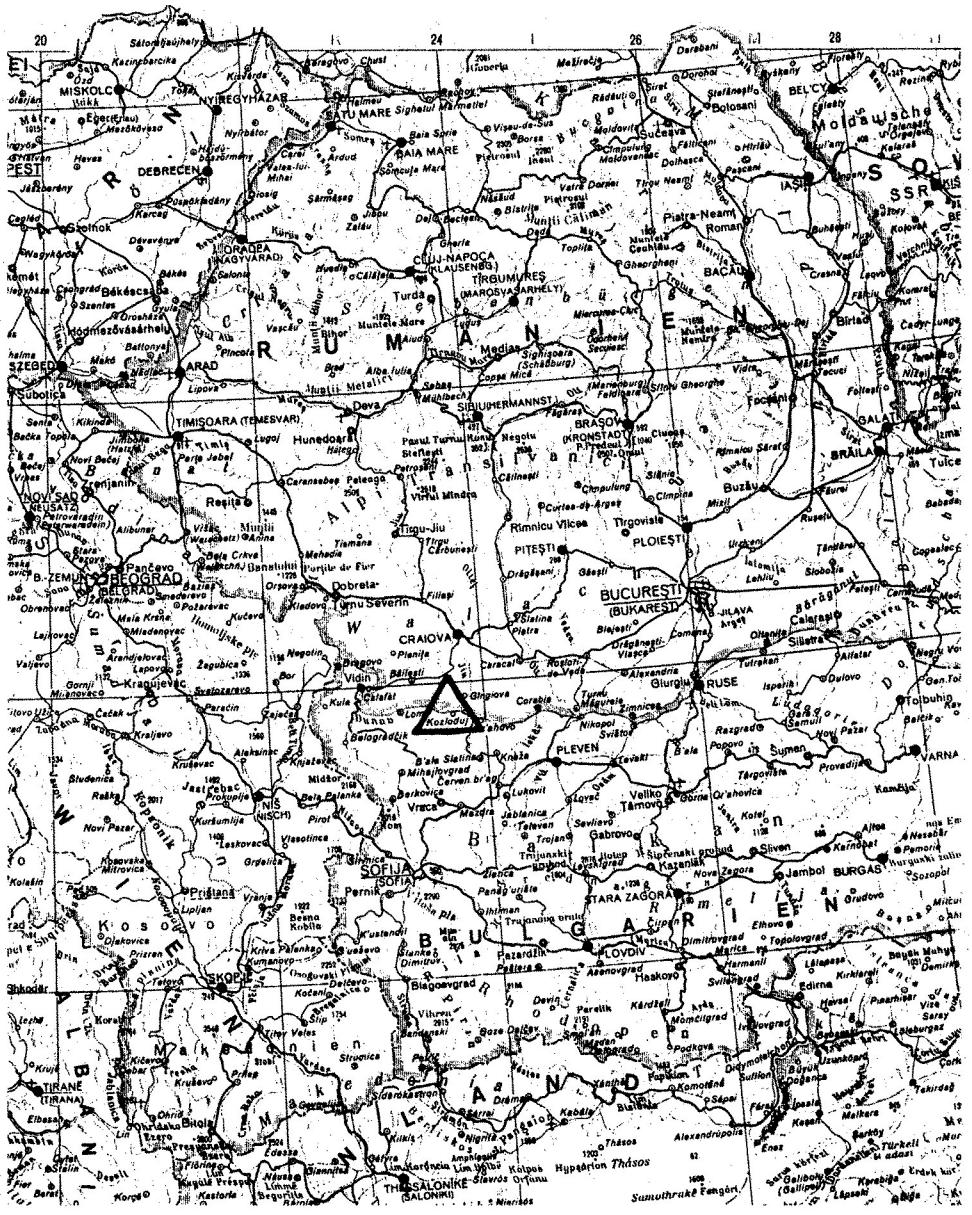
Als Details der vertraulichen IAEA-Studie durchsickerteh, lösten die Kozloduj-Mängel bei westlichen Experten panikartige Reaktionen aus. Die Schlampereien in der bulgarischen Atomanlage, so urteilte ein Bonner Atomspezialist, kämen einer Einladung zur Katastrophe gleich:

- Selbst bei einfachen Störfällen, so warnt die IAEO-Expertise, könne das einzige zudem lecke Notkühlsystem der vier WWER 440 Reaktoren versagen - eine Kernschmelze wäre dann unausweichlich.
- Feuerschutztüren in der Atomanlage lassen sich nicht mehr schließen. Öl, das aus den undichten Rohren leckt, könnte sich entzünden.
- An Block II der Anlage, der ebenso wie Block I noch in Betrieb ist, droht ein sogenannter Sprödbruch des Reaktordruckbehälters.
- Seit vor einigen Wochen alle 30 sowjetischen Reaktorexperten wegen unerfüllter Gehaltsforderungen in harten Devisen Kozloduj verlassen haben, ist das Risiko abermals gewachsen - die bulgarische Reaktorcrew, so der IAEO-Bericht, kenne die Belastungsgrenze der Reaktoren nicht und könne z.B. durch zu schnelles Hochfahren der Wärmeleistung eine Kernschmelze heraufbeschwören.
- Völlig ungewiß ist, ob das Notkühlsystem funktioniert, wenn mehrere Bedienungsfehler aufeinander folgen. Diese Möglichkeit ist deshalb keineswegs ausgeschlossen, da offen bar Armaturen teilweise falsch oder gar nicht beschriftet beschriftet sind.
- Das Reaktorgebäude ist undicht, so daß ein Überdruck im Gebäude durch Lüftung nicht verhindert werden kann.
- Außerdem erhöhen ungesicherte Kabel und nicht abgedeckte Sicherungskästen die Brandgefahr.

Nach Angaben des Bonner Umweltministeriums sind die Bulgaren ungeachtet eindringlicher Apelle weiterhin nicht bereit, die Anlage vollständig abzuschalten. Von den insgesamt sechs Reaktorblöcken sind derzeit Block I,II und VI in Betrieb. Solche Reaktoren der sowjetischen Baureihe WWER mit einer Kapazität von je 440 Megawatt stehen außer in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern auch im AKW Greifswald, das wegen seines mangelnden Sicherheitsstandards 1990 stillgelegt worden ist.

Bulgarien weigert sich, die Reaktoren vom Netz zu nehmen, weil ca. 35% des Strombedarfs des Landes damit abgedeckt werden. Zur Hilfe ist inzwischen ein Trainingsprogramm für die Bedienungsmannschaften und die Lieferung von Ersatzteilen angeleiert worden. Kostenlose Ersatzteile im Wert von ca. 19 Millionen Mark sollen kurioserweise aus Greifswald kommen. Der Anlagentechniker Bernd Volkmann aus Greifswald leistet bereits Expertenhilfe. Während Minister Töpfer erklärte, über eine solche Lieferung sei noch nicht entschieden, freuten sich die Techniker der abgeschalteten Greifswald-Reaktoren auf den zu erwartenden Auftrag aus Bulgarien.- Schrott zu Schrott ergibt auch nur Schrott!

Bleibt nur die Erfüllung der Forderung der bulgarischen Öko-Bewegung „Ecoglasnost" nach sofortiger Stillegung aller sechs Reaktoren in Kozloduj. Im Winter hingegen muß dann der Strom aus dem Ausland kommen, mit guten Hoffnungen westeuropäischer Stromgiganten.



„Björn, Björn, Björn ..."

Aktion zum Bremer Bundesparteitag der SPD

Jetzt wissen wir endlich, was es kostet, Björn Engholm ein Lächeln abzugewinnen: 1000 Märker muß man schon hinblättern, bevor sich die Gesichtszüge des sozialdemokratischen Hoffnungsträgers zu einem „Ist ja schon gut Grinsen" verziehen. Knapp 1000 Mark, d.h. ein superleichtes Transparent „Deutsche Verantwortung muß sein, stellt Rüstungstransporte ein, Blauhelme nein"), so um die hundert Helium-Ballons und die Fahrtkosten für neun Leute, die sich mit dem Teil vor den Eingang des Bundesparteitages stellen und „Björn, Björn, Björn, kein out-of-area-turn" gröhlen, Stimmbandabnutzung nicht mitgerechnet.
Den Anlaß des ganzen Spektakels haben Euch die Medien ja platt genug gewalzt: die SPD-Spitze wollte ein Ja für den bundesdeutschen Blauhelm, die Basis war gespalten und Björn, „die zweite Pfeife nach Wehner", gab sein bestes.
Nachdem die Ballonaktion am Mittwoch zunächst in's Wasser fiel, schafften es vier von uns, mit Transparent unerkannt in die Halle zu kommen – die Leute von Robin Wood, die in Sachen Sofortausstieg versucht hatten das Podium zu stürmen, kamen uns gerade entgegen. Wir kamen bis zur Tribüne, Transpi raus, Björns Redefluß kam kurz, aber merklich ins Stocken und nach gemeinsamen Abbrüllen des Transpi-Textes (Das ist die Politik der SPD: Ausstieg nach dem GAU, Asyl nach dem Völkermord, Friedenspolitik nach dem krieg) flogen wir raus und wurden den netten Herrn von der Kripo übergeben, denen das auch irgendwie peinlich zu sein schien.
Am Donnerstag klappte dann die Ballonaktion, die Delegierten wurden von den Regierten mit Sprechkören und Birtes Trillerpfeife empfangen, Björn lächelte, der Rest (Schily, Leinen und wie sie alle heißen) übte sich in freundlicher Arroganz ...
Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50
Tel.040/3909222

Niedersächsische AKW: „Störfälle ohne Ende"

Der Verein für angewandten Umweltschutz e.V. Hameln (VAU) hat anläßlich des Niedersachsen-Tages im Juni 91 eine Sonderinformation herausgegeben zu Störfällen in niedersächsischen Atomkraftwerken. Interessierte wenden sich bitte an:
VAU, Berlinerstr.6, 3250 Hameln 1
Tel.05151/51529

Schutz vor Mox

Im Juni 91 ist die Koordinationsgruppe „Schutz vor MOX" ins Leben gerufen worden, um den Einsatz von plutoniumhaltigen Brennelementen (Mox-BE) im Atomkraftwerk Gundremmingen zu verhindern.
Im Rahmen des zur Zeit laufenden Genehmigungsverfahrens wird der öffentliche Erörterungstermin vermutlich im September stattfinden. Unser Ziel ist es, bei diesem Termin eine breite, kritische Öffentlichkeit herzustellen.
Dafür ist eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit notwendig, z.B. die Beauftragung von Sachverständigen und einem Rechtsbeistand, die Ausarbeitung der Einwendungsinhalte, Pressearbeit, Koordination und Organisation vor Ort. Dazu brauchen wir Geld. Ein Tag im Erörterungsverfahren wird etwa 5. – 10.000 DM kosten. Das Einwendungsverfahren zur WAA Wackersdorf hat gezeigt, daß mit breiter Unterstützung politisch einiges zu bewegen ist. Qualifizierte Sachverständige mit Wackersdorferfahrung haben ihre Beteiligung zugesagt. Wir bitten um finanzielle Unterstützung.
Reinhold Thiel, St. Ida Str.2 in 7901 Oberkirchberg
Spendenkonten: L.Volz/C.Wolf, Konto-Nr.6330002 Volksbank Günzburg, BLZ 72091800 Kennwort „Anti-Mox"

Diebstahl im Rathaus

Am 4.Mai erhielt die Redaktion der Löffelente (Zeitung des AKU Gronau) ein Bekennerschreiben vom „kommando karin silkwood". Darin bekennt sich das Kommando dazu, die im Rathaus „öffentlich ausgelegten uranit-planungsunterlagen entwendet" zu haben. Hierbei handelt es sich um die Genehmigung zum Betrieb der 530t-Ausbaustufe der Gronauer Atomfabrik. Leider hat dieser Diebstahl wahrscheinlich keine Auswirkungen auf den Betrieb der Urananreicherungsanlage, da die fragliche Ausbaustufe schon vor der öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung der Genehmigung in Betrieb gegangen ist!
Karen Silkwood war eine Frau, die im November 1974 bei Nachforschungen gegen die Atomindustrie durch einen provozierten Autounfall ermordet wurde.

Dokumentation:

KOMMANDO

KAREN SILKWOOD

unter dem kommando karen silkwood haben wir heute die im rathaus der stadt gronau/westfalen öffentlich ausgelegten uranit-planunterlagen entwendet.
wir protestieren damit gegen den ausbau sowie den weiteren betrieb der urananreicherungsanlage gronau, die eine der gefährlichsten und skandalträchtigsten einrichtungen der atommafia in der brd ist. hier wird das uran angereichert, das in pallets gepresst und in brennstäbe eingearbeitet später als brennstoff zur kernspaltung in atomkraftwerken dient. durch einfache technische veränderungen kann das uran auf 99 % angereichert werden. so eignet sich das uran zum bau einer atombombe. die deutschen, die schon 2 weltkriege genauso angezettelt wie verloren haben, sind in der lage, sich hier in gronau, wo die einzigste urananreicherungsanlage der brd steht, eine eigene atombombe zu basteln. auch wird hier ganz klar deutlich, daß es den unterschied zwischen militärischer und friedlicher nutzung der atomenergie nicht gibt. allein die sogenannte friedliche nutzung der atomenergie bringt unendlich viele gefahren mit sich. wie gefährlich der betrieb von atomanlagen ist, war heute um 20 uhr in der ard zu sehen, als der vom hessischen rundfunk zum 5. jahrestag von tschernobyl gedrehte film "todeszone-deutschland nach dem super-gau in biblis" gezeigt wurde. wir fordern daher die sofortige stillegung aller atomanlagen!

Foto: Jörg Vogel

Widerstand lohnt sich doch!

Knallende Sektkorken – heiße Sambarhytmen – lautstarkes Feuerwerk. So fröhlich wie am 2.6.91 war der Sonntagsspaziergang am Atomkraftwerk Mühlheim-Kärlich noch nie gewesen. Grund genug zum Feiern gabs allemal, da nach Jahren der Enttäuschung und des Frustes der Widerstand gegen den Schrottreaktor endlich seine Früchte getragen hatte.
Am 24.5.91 hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz der Klage der Stadt Neuwied stattgegeben, und somit die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG), die von Umweltminister Beth im Juli 1990 neu erteilt wurde, rückgängig gemacht, was der alten Landesregierung wie eine schallende Ohrfeige vorgekommen sein muß. Zu offensichtlich war die Kumpanei zwischen Beth und der Atommafia.
Negativ für die Betreiberfirma RWE wirkte sich hauptsächlich das Versäumnis des Umweltministeriums aus, das AKW nach neuestem Stand von Sicherheit und Technik zu überprüfen. Vielmehr gingen die Damen und Herren in Mainz davon aus, daß der Sicherheitsstandart von 1975 (1.Erteilung der TEG) auch heute noch ausreichend sei. Weitgefehlt, denn die Richter, die das Verfahren bereits nach zwei von vierzehn zu behandelnden Klagepunkten für beendet erklärten, ließen auch keine Revision des Urteils zu.
Nach unserer Einschätzung deutet dies auf ein endgültiges Aus für Mühlheim-Kärlich hin, obwohl die RWE bereits einen wenig chancenreichen Antrag auf Zulassung der Revision gestellt hat.
Falsch wäre es jedoch, aus dem Erfolg der Stadt Neuwied abzuleiten, daß einzig der juristische Weg zur Stillegung des Atomkraftwerkes führte, denn auch die Protestaktionen, die sich direkt an die Öffentlichkeit richteten, sorgten dafür, daß Mühlheim-Kärlich stets ein aktuelles Thema in der Region blieb.
Etliche Beispiele aus der Anti-AKW-Geschichte belegen, daß nur ein Widerstand auf allen Eebenen zum Erfolg führen kann
....
Was letztendlich der ausschlaggebende Faktor ist, der zur Stillegung einer laufenden Atomanlage führt, ist schwer zu sagen ... Vielleicht kann der kleine Erfolg von Mühlheim-Kärlich und die begonnene Mobilisierung zu Schacht Konrad der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung helfen, ihre derzeitige Schwäche zu überwinden.
... Aus unserer Sicht erfreulich ist, daß alle Bürgerinitiativen, die gemeinsam gegen das AKW gekämpft haben, auch in Zukunft ihre politische Arbeit auf dem Umweltsektor fortsetzen wollen. Auch der monatliche Sonntagsspaziergang am AKW soll zur Vernetzung und zum Informationsaustausch weiterhin stattfinden.
Wir, die Neuwieder Initiative gegen Atomanlagen wollen in den nächsten Wochen unsere Perspektive neu diskutieren, denn Problemfelder gibt es ja leider genug, gegen die es sich anzugehen lohnt. Natürlich bleiben wir auch der traditionellen Anti-AKW-Arbeit verpflichtet. Dabei steht der Schacht Konrad genauso wie die weiterhin laufenden Atomtransporte im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Neuwieder Initiative gegen Atomenergie
c/o Markus Beinhauer
Industrieweg 2
5450 Neuwied 11

STANDORT SPLITTER

Mahnwache Gundremmingen

Auch in diesem Jahr fand vor dem AKW Gundremmingen eine Augustaktion statt. Geplant waren vom 6.-9.August eine Fasten-Aktion, sowie am 9.August eine 24 Stunden-Aktion mit Die-In vor dem Werkstor anläßlich des Jahrestages des Atombombenaufwurfs auf Nagasaki.
Nähere Informationen über:
Mahnwache Gundremmingen, Sigrid Birrenbach
Eythstr.15 in 7900 Ulm (0731/69747)

OHU 2

Unerlaubte Schadstoffeinleitung in die Isar
Das Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut hat am 8.8.1991 gegen die Betreiber des Atomkraftwerks OHU 2 Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erstattet. Es besteht der Verdacht, daß UHU 2 die Isar von Januar bis August 1990 mit unerlaubten Mengen Ammoniumstickstoff belastet hat, das den Algenwuchs fördert und als Fischgift eingestuft wird.
Einen Erfolg der Atomkraftgegner gibt es beim wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren für OHO 2: Das Genehmigungsverfahren, daß auf Antrag der Betreiber derzeit durchgeführt wird, muß wegen schwerer Rechtsfehler neu aufgerollt werden. Eine diesbezügliche Anweisung erhielt das Landratsamt Landshut vom Innenministerium, nachdem Bürgerforum und Grüne den Vorgang in Presse und vor den Landtag gebracht hatten.
Nähere Informationen über:
Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung
Thomas von Taeuffenbach, 1.Vorsitzender
Dammstr.13 in 8300 Landshut, Tel.0871/65886

Per Pedes statt Mercedes

Auf dem Gelände der geplanten Mercedes-Teststrecke bei Papenburg (Emsland/Nord-West-Niedersachsen) wurde ein Hüttendorf errichtet, um die Pläne der Rot-grünen-Landesregierung doch noch zu durchkreuzen.
Interessenten wenden sich bitte an:
Pressebüro Hüttendorf
Spillmannsweg 5
2990 Papenburg Tel.04961/75430
oder
Jugendinitiative gegen Daimler
c/o Janun-Büro Ostfriesland
Heringstr.4
2980 Norden Tel.04931/167077

Giftmülldeponie auf Wismut-Gelände. Foto: Günter Zint.

Die Sanierung ist eine große Herausforderung

Europäische Initiativen gegen Uranabbau trafen sich

Vom 1. bis zum 3. August trafen sich im sächsischen Zwickau Vertreter/innen von Bürgerinitiativen gegen Uranabbau aus acht europäischen Ländern. Überall in Europa ist die Uranförderung in den letzten Jahren zurückgegangen. Gründe für diese Entwicklung sind der relativ geringe Urangehalt der europäischen Erze – in Nordamerika und Australien werden gleichzeitig neue Vorkommen mit sehr hohen Metallkonzentrationen erschlossen –, ein stagnierender Bedarf und, eng damit verbunden, ein anhaltender Preisverfall auf dem Uranmarkt. Neben einer Bilanzierung des Uranbergbaus in den betroffenen Staaten war das Gefahrenpotential der von dieser Industrie hinterlassenen Altlasten Hauptthema der Konferenz.

Der Tagungsort Zwickau war nicht zufällig ausgewählt worden. Die Stadt liegt im Herzen des sächsischen Uranbergbaureviers, und mit der 1989 stillgelegten Erzaufbereitungsanlage Crossen und dem dazu gehörigen Schlammabsetzbecken in Oberrothenbach befanden sich zwei besonders belastende „Erbstücke" der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut fast in Sichtweite der Konferenzteilnehmer/innen.

Sanierung der Wismut-Gebiete nicht mal auf dem Papier gelöst

Das inzwischen von der Bundesregierung übernommene Unternehmen hat die Uranförderung stark reduziert, da die Förderkosten einen wirtschaftlichen Abbau nicht mehr zuließen. In Betrieb sind noch einige Bergwerke im Ronneburger Raum, bei Aue und im Elbsandsteingebirge. Um so krasser – die auswärtigen Bl'ler/innen konnten sich davon bei Exkursionen überzeugen – fallen die Auswirkungen des Bergbaus ins Auge: Im Erzgebirge, wo ganze Ortschaften abgerissen und begraben wurden und die Abraumhalden die Landschaft völlig umgestaltet haben. Und im Thüringer Raum, wo die Wismut mit dem ehemaligen Tagebau Lichtenberg das tiefste Loch Deutschlands, mit den pyramidenförmigen Kegelhalden regelrechte Wahrzeichen des Uranabbaus und mit den Schlammbecken für die Übnerreste der Uranerzaufbereitung die größten und gefährlichsten Atommülldeponien Europas hinterließ.

In vielen vom Uranabbau betroffenen Gebieten der früheren DDR haben sich in den vergangenen Monaten Bürgerinitiativen gegründet, die sich um Klarheit über den Umfang der Belastungen und um Mitsprachemöglichkeiten bei der nun anstehenden Sanierung bemühen. Denn noch längst nicht sind alle Daten erhoben und veröffentlicht, die eine realistische Beurteilung der Gefahrenlage ermöglichen könnten. Teilweise – so bei der Verfüllung des Tagebaues Lichtenberg mit Haldenmaterial – hat die Wismut überhastet mit einzelnen Sanierungsmaßnahmen begonnen, ohne daß die dafür notwendigen Voruntersuchungen gelaufen geschweige denn umfassende Sanierungskonzepte aufgestellt worden wären.

Der Schnellschuß von Ellweiler

Ganz anders stellt sich die Lage im Westen der Bundesrepublik dar, wo der Uranabbau nie auch nur entfernt eine solche Bedeutung hatte. Das letzte Bergwerk in Menzenschwand im Südschwarzwald, das es zuletzt nur auf eine Jahresproduktion von 30 Tonnen Uran gebracht hatte – zum Vergleich: die Wismut förderte zu Hochzeiten 8.000 Tonnen jährlich -, ist seit kurzem stillgelegt. Und auch die einzige Erzaufbereitungsfabrik im rheinland-pfälzischen Ellweiler mußte nicht zuletzt dank der unermüdlichen Arbeit der örtlichen Initiative geschlossen werden.

Von Interesse für die Teilnehmer/innen aus anderen Ländern war in diesem Zusammenhang vor allem das Ergebnis der bislang gelaufenen „Sanierungs"versuche in Ellweiler. Die verhältnismäßig kleinen, aus den Abfallschlämmen der Anlage aufgetürmten Haldenböschungen waren nämlich einfach mit Kunststoffolien und einer Erdschicht abgedeckt worden. Ganz abgesehen davon, daß die Belastung des Grundwassers damit überhaupt nicht gestoppt werden konnte, zeigten sich schon nach zwei Monaten erste Erosionsschäden. Die Erdabdeckung war an einigen Stellen abgerutscht und hatte die Folie freigelegt, die bei direkter Sonneneinstrahlung sehr schnell altert und brüchig wird. Ein anschauliches Beispiel also, wie man es nicht machen soll. Bei den ungleich größeren Sanierungsprojekten in Ostdeutschland wird man sich solche überhasteten Fehlschläge jedenfalls kaum leisten können.

Zehn Jahre Widerstand in Frankreich

In Frankreich, mit einer Jahresproduktion von 3000 Tonnen Uran seit jeher größter Uranproduzent Westeuropas, gibt es zur Zeit 14 Uranbergwerke und drei Aufbereitungsbetriebe für das dort gewonnene Erz. Auch hier macht der niedrige Uranpreis den Bergbaugesellschaften zu schaffen. Mehrere Betriebe sind schon geschlossen worden, anderen steht dieses erst noch bevor. Anders als in den übrigen Uranförderstaaten, ist in Frankreich seit über zehn Jahren eine landesweite Bewegung gegen den Uranabbau aktiv. An den einzelnen Standorten gibt es über 100 Gruppen, die sich zu einem landesweiten Netzwerk zusammengeschlossen haben. Dieses Netzwerk gibt eine eigene Zeitschrift heraus, wertet zahlreiche Publikationen aus, betreibt ein Dokumentationszentrum, vermietet Meßgeräte und veranstaltet Seminare über die juristischen Möglichkeiten des Widerstandes gegen Uranabbau. Eine Besonderheit der französischen Gruppen ist es, daß sie sich immer nur gegen die Eröffnung neuer Bergwerke wandten, jedoch nie näher mit den Auswirkungen der laufenden Uranproduktion

on beschäftigten. Sie waren allerdings sofort zur Stelle, als Pläne diskutiert wurden, in ehemaligen Uranbergwerken Atommüll aus AKWs einzulagern.

Belastungen auch in der CSFR, Ungarn und Bulgarien

Die Tschechoslowakei war nach der DDR und der UdSSR der drittgrößte Uranproduzent Osteuropas. Zahlreiche Bergwerke und drei Aufbereitungsfabriken im westlichen Teil des Landes produzierten zuletzt etwa 2200 Tonnen im Jahr. Nach den aktuellen Plänen soll der Abbau weiter reduziert und nur noch der Bedarf für die eigenen Atomkraftwerke gedeckt werden. In den vergangenen Monaten geriet vor allem die

Aufbereitungsanlage MAPE bei Budweis in die Schlagzeilen (auch die atom berichtete), als Messungen österreichischer Umweltschützer an öffentlich zugänglichen Stellen des Fabrikgeländes extrem überhöhte Radioaktivitätswerte erbrachten. In dieser Anlage wurde zeitweise auch westdeutsches Uranerz aus dem Versuchsbergwerk Großschloppen im Fichtelgebirge und aus Menzenschwand verarbeitet.
In Ungarn konzentriert sich der Uranabbau auf das Gebiet um die Stadt Pécs am Rande des Mecsek-Gebirges im Süden des Landes. Die Jahresproduktion lag zuletzt bei 500 Tonnen. Die irische (!) Firma Glencar Explorations beabsichtigt, das Bergwerk mit reduzierter Belegschaft weiterzuführen, bislang ist es aber nicht zu einem Vertragsabschluß gekommen. Die Vertreter der örtlichen Bürgerinitiative präsentierten auf der Tagung Ergebnisse von Radon-Messungen in Wohnhäusern von Pécs. In der Nähe der Abbaugruben war der Pegel stark erhöht, ebenso in einigen Neubauten in anderen Stadtteilen. Nun soll untersucht werden, ob diese Gebäude mit radioaktiv belasteten Baustoffen errichtet wurden.
Aus Bulgarien liegen bereits detaillierte Untersuchungen über die Auswirkungen des Uranbergbaus vor, wie ein Delegierter der Umweltbewegung ECOGLASNOST berichtete. So liegen in den Schlämmen einer Uranerzaufbereitungsanlage bei Boukhovo die Belastungen an Radium-226 mit bis zu 10.700 Becquerel pro Kilogramm 350mal höher als normal. Die am stärksten belasteten Schlämme wurden zwischenzeitlich gesperrt.
In Südwesten Englands gibt es zwar einige Uranlagerstätten, abgebaut wird hier jedoch nicht. Die britische Organisation MINEWATCH hat ein weltweites Netzwerk zwischen Gruppen aufgebaut, die sich mit Bergbau jeder Art beschäftigen. Der Schwerpunkt liegt bei den Aktivitäten der internationalen Bergbaukonzerne in der „Dritten Welt" oder auf dem Land von Ureinwohnern. Im Rahmen dieser Arbeit greift MINEWATCH auch den Uranbergbau in Australien, Namibia und Kanada auf.
In kleinerem Maßstab findet Uranabbau auch noch in Spanien und Portugal statt. Aus diesen Ländern konnten aber keine Vertreter nach Zwickau kommen. Ebensowenig aus der UdSSR, die nach dem Niedergang der SDAG Wismut größter Uranproduzent in Europa ist.

Zusammenarbeit soll ausgebaut werden

Am Beispiel der vor den Toren Zwickaus gelegenen Schlammabsetzanlage Oberrothenbach mit einem Inhalt von 50 Millionen Tonnen giftiger und radioaktiver Schlämme stellten die Teilnehmer/innen der Tagung einen Forderungskatalog für die Sanierung der in Mitteleuropa vorhandenen Altlasten des Uranbergbaus auf. Ein Schwerpunkt ist die Forderung nach Beteiligung der Öffentlichkeit. Alle gewonnenen Daten müssen Gemeinden und Bürgergruppen zur Verfügung gestellt werden, damit diese sich selbst ein Bild machen können. Sie müssen Geld erhalten, um Wissenschaftler/innen ihres Vertrauens mit einer Analyse der Daten zu beauftragen. Als Sofortmaßnahme wird das Auffangen, Sammeln und die Behandlung der belasteten Sickerwässer verlangt, die in großen Mengen entweichen. Zudem sollen noch vor Beginn der Sanierung Grenzwerte und Standards festgelegt werden.

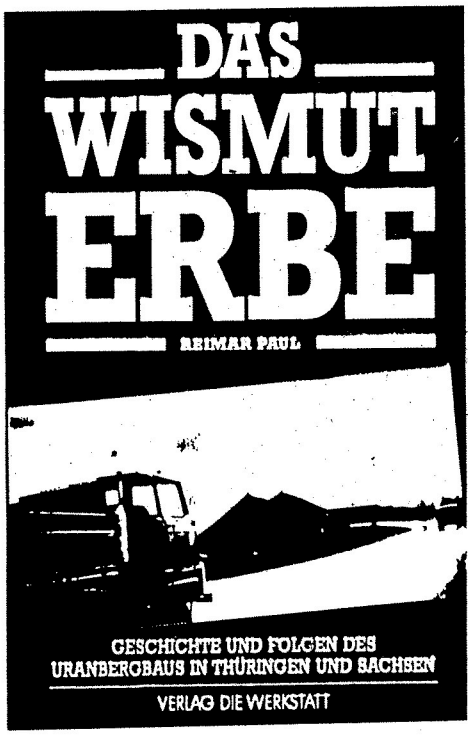
Zum Abschluß der Tagung trafen die versammelten Gruppen Vereinbarungen für eine Fortsetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit in Europa. Ein Tagungsband, zunächst in deutscher Sprache, wird vorbereitet. In der von allen Teilnehmer/inne/n getragenen Abschlußerklärung (siehe nebenstehende Dokumentation) werden die wichtigsten Forderungen bezüglich der anstehenden Sanierungsvorhaben in Europa zusammengefaßt. Die Bürgerinitiativen weisen aber auch darauf hin, daß die Reduzierung des Uranbergbaus in Europa nicht dazu führen darf, daß der Abbau nach Übersee verlagert wird.

Peter Diehl/Reimar Paul

Kontakt:
BI gegen Uranabbau im Südschwarzwald
Peter Diehl
Schulstraße 13
7881 Herrischried

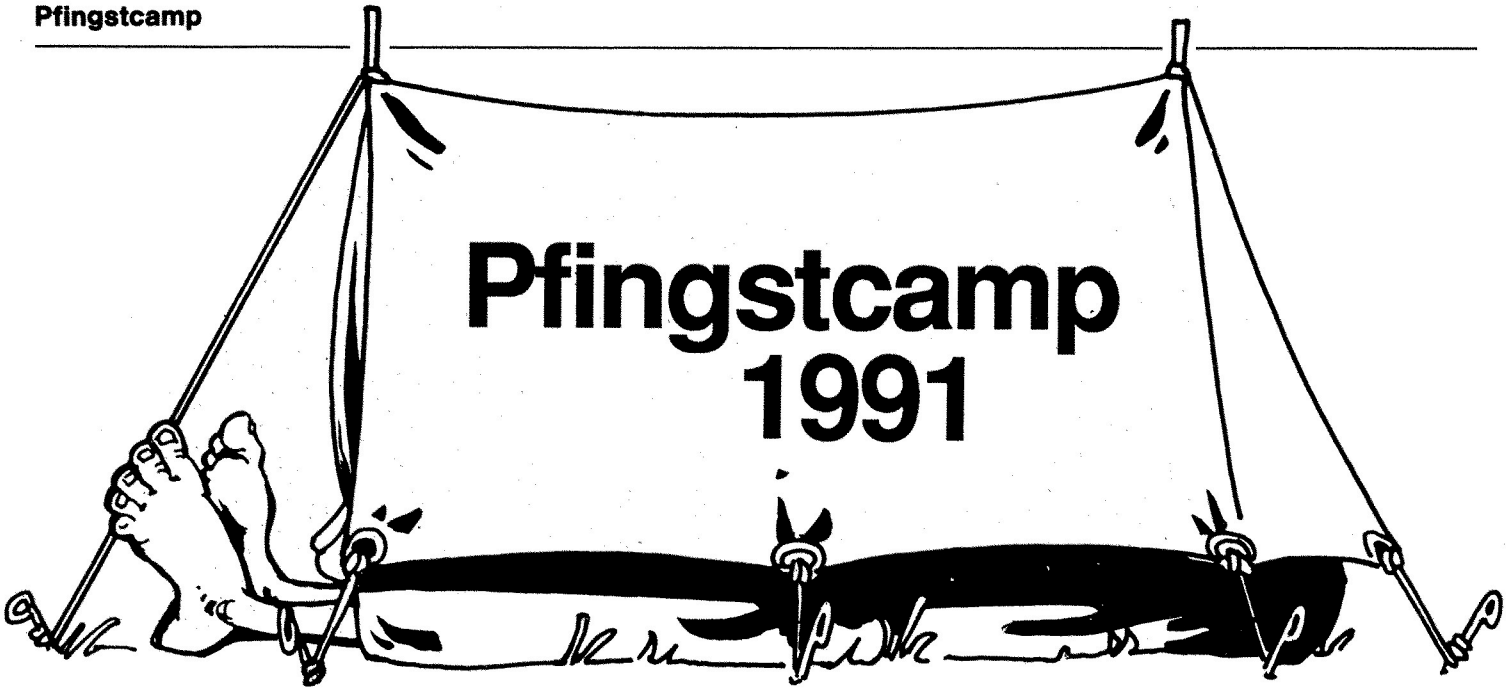
Buchbesprechung:

R. Paul: Das Wismut-Erbe.
192 Seiten, DM 22,–, Verlag Die Werkstatt
mit Fotos von Günter Zint.



Was der SPIEGEL in der Hausmitteilung seiner Ausgabe vom 19. August reißerisch als „neue Fakten über Uranobyl" ankündigte, das erwies sich weiter hinten im Heft unter der Überschrift „Gelbe Kuchen aus Sachsen" bestenfalls als lauwarmer Kaffee: Ein müder Aufguß von längst bekannten Fakten über den Uranbergbau in der ehemaligen DDR und seine Auswirkungen. Alles, was das Magazin exclusiv recherchiert haben wollte, war zuvor schon mehrfach woanders veröffentlicht – unter anderem auch in der atom.
Anders das jetzt veröffentlichte Buch des atom-Mitarbeiters und taz-Korrespondenten Reimar Paul: „Das Wismut Erbe" bietet auch für regelmäßige atom-Leser, Öko-Aktivistinnen und DDR-Spezis eine Menge neue und spannend aufbereitete Informationen über das Treiben des geheimnisumwitterten Uran-Konzerns in Ostdeutschland. Wer, zum Beispiel, wußte schon, daß der sowjetische Geheimdienst bereits während des Zweiten Weltkrieges mit dem Ausspähen des erzgebirgischen Uran-Reviers begann? Wem waren die brutalen Methoden bekannt, mit denen nach Kriegsende von der Roten Armee gedungene Werber in alle Winkel der damaligen SBZ ausschwärmten, um Menschen für den Uranbergbau der Wismut zwangszuverpflichten? Wem die Arbeitsbedingungen in den unterirdischen Uranstollen insbesondere der ersten, „wilden" Wismut-Jahre?
Der Autor bemüht sich um Antworten. Er befragte schriftlich und mündlich ehemalige Kumpel, trieb verloren geglaubte Dokumente der sowjetischen Militärverwaltung und Papiere von in den Westen geflüchteten sowjetischen Offizieren auf und recherchierte auch bei der Wismut-Zentrale in Chemnitz. Insbesondere die immer wieder in den Text eingestreuten oder ganz im Wortlaut veröffentlichten Interviews beleben das Buch, machen es „authentisch". Daß dabei manche der aufgeworfenen Fragen offen bleiben und einige der überlieferten Wismut-Geschichten einer historischen Überprüfung möglicherweise nicht ganz standhalten, tut dem keinen Abbruch. Und der Band bietet noch mehr als gut lesbar aufbereitete und mit zahlreichen Augenzeugenberichten illustrierte Zeitgeschichte – Reimar Paul mischt sich auch in die aktuelle politische Diskussion über das Wismut-Erbe ein. Er hinterfragt die von den Wismut-Managern und der Bundesregierung vorgelegten Sanierungskonzepte, stellt Überlegungen an, was wohl mit dem immer noch zu Tage geförderten Uran passiert und kommt schließlich zu dem Schluß, daß sich so schrecklich viel bei der Wismut nach der Wende gar nicht gewendet hat. „Das Wismut-Erbe" ist das erste Buch eines Außenstehenden über den Uranbergbau in der ehemaligen DDR. Und es ist ein gelungenes Buch.

z.



Unter dem Thema: *"Atommafia goes East. Gegen den Atomstaat in Ost und West."* fand vom 17.05.-20.05.1991 ein Pfingstcamp der Anti-AKW-Bewegung in der Ex-DDR statt. Auf dem Camp in Veisdorf (45 km bis Stendal, 30 km von Magdeburg und Morsleben) waren ca. 80 Leute u.a. aus den Städten Köln, Marburg, Gießen, Hannover, Magdeburg, Jena, Werningerode, Mannheim, Münster,Dortmund,...

Die zentralen Anliegen des Camps waren:
- eine bundesweite inhaltliche Diskussion über die Expansionsbestrebungen der Atommafia zu führen,
- Widerstandsmöglichkeiten auszutauschen
- gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen durchzuführen
- das Kennenlernen und Kontaktknüpfen zwischen Menschen aus Ost und West, die gegen diesen Atomstaat sind.

Da wir mit unterschiedlichen Erwartungen zu diesem Camp gefahren sind, den oben genannten Anliegen unterschiedliche Bedeutung zumaßen, war eine Auswertung nicht einfach. Eine große Schwierigkeit lag in der Trennung zwischen der Wirkung des Camps auf unser Gefühl zu- und miteinander und der Wirkung nach außen. Nachdem wir jedoch in diese zwei Punkte unterteilt hatten, kamen wir zu einem gemeinsamen Fazit.
Es sollen einige Punkte, die uns in der Nachbereitung wichtig waren, durchgegangen werden:

Vorbereitung/Mobilisierung

Die Vorbereitung begann mit einem gut besuchten Treffen, auf dem Arbeiten und Verantwortungen aufgeteilt wurden.
Die anschließende Mobilisierung erfolgte über direkte Einladungen an c.a. 70 Gruppen und Personen. Sie war jedoch nicht breit genug, da die AAA, Atom zu spät kamen, um die Ankündigungen zu veröffentlichen; die Anzeigen in der Taz kamen relativ spät.
Die Folge war u.a., daß gerade aus dem Westen hauptsächlich Insider und bekannte Gesichter dabei waren. Die meisten kamen aus Städtegruppen und aus dem Raum Helmstedt, Morsleben, Magdeburg. Bedauerlich war das Fehlen der Oststandorte (Stendal, Greifswald), da wir eine Aktion in der Umgebung geplant hatten, dies jedoch nur in Absprache mit den bestehenden aktiven Gruppen durchführen wollten. Zum anderen dachten wir, daß sich diese Personen durch das Thema „Atommafia Goes East" stark angesprochen fühlen und wir gerne Informationen über die momentane Tätigkeit und über diejenige vor der Annexion bekommen hätten.
Vielleicht drückt sich aber auch hier der Zustand der Anti-AKW-Bewegung aus. Warum war dies Camp für Leute aus Standort BI's so uninteressant? Wird ihm keine Wichtigkeit beigemessen, da allgemein überregionale Strukturen nicht als nötig erachtet werden?
Es waren z.B. jeweils nur eine Person aus Gorleben und Würgassen anwesend. Wo waren Leute vom Arbeitskreis Schacht Konrad, Biblis, ...?
Lobend zu erwähnen ist die Organisation vor Ort, die gut geklappt hat.

Kennenlernen

Gegenseitiges Kennenlernen fand hauptsächlich in den AG's statt, im Plenum, in Gesprächen am Feuer, beim gemeinsamen Handeln, weniger wie auch vorgesehen durch Filme, Vorträge mit anschließender Diskussion.
Aufgrund von sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen gab es sehr verschiedene Interessen (Neuorientierung, Fortführen von Widerstandsperspektiven), das machte die Diskussion schwierig.

AG's

Allgemein sind die AG's nicht so verantwortlich und so zahlreich vorbereitet worden, wie das nach dem Vorbereitungstreffen erwartet wurde. Bei uns entstand der Eindruck, daß einige Gruppen mehr improvisiert wurden.
Für die Zukunft wäre mehr Verantwortlichkeit und ein Reader wünschenswert, so daß auch eine individuelle Vorbereitung möglich ist.

Zu den einzelnen AG's:

Atommafia goes East

In dieser AG dominierte der Vortrag sehr stark. Die Beschreibung der in der Ex-DDR vorhandenen Industrieanlagen im atomaren Bereich und die z. T. katastrophalen Auswirkungen auf ArbeiterInnen, Bevölkerung und Umweltnahmen dabei breiten Raum ein. Ebenso der Umgang der BRD-Atommafia mit den vorhandenen Überresten dieser Industrie, sowie das Vorgehen bei der Aneignung des Strommarktes.
C.a. 1/3 der Leute der AG kamen aus der EX-DDR. Sehr belebend für die Diskussion in der AG wirkte sich eine ausführliche Vorstellungsrunde aus, in der auch jeweils etwas zur eigenen Biographie und Motivation gesagt wurde. Darauf aufbauend konnte wenigstens punktuell gezielt nach Anti-AKW-Politik in der DDR vor der Wende gefragt werden.
Die Diskussion zu Widerstandsperspektiven blieb in der erneuten Benennung der politischen Schwierigkeiten in der Ex-DDR stekken.

Atomgesetz

Die AG litt zweifelsohne etwas unter dem stark unterschiedlichen Informationsstand der TeilnehmerInnen.
So wollten einige über Widerstandsmöglichkeiten gegen das neue Atomgesetz reden, während andere inhaltliche Klärung erwarteten.
Im weiteren Verlauf der AG kam es dann zu einer Kontroverse über die Bedeutung des neuen Atomgesetzes für die Pläne der Atommafia einerseits und die Bedeutung von Widerstand gegen Atomanlagen auf juristischem Weg andererseits.

Während die einen meinten, daß das neue Atomgesetz doch nur festschreiben wird, was ohnehin längst praktiziert wird und keinen Handlungsbedarf sahen, argumentierten die anderen, daß man etwas gegen das neue Gesetz unternehmen müßte, weil sonst die Atommafia endgültig (rechtlich) unbehindert tun kann, was sie will.
Aus Zeitgründen wurde die spannende aber sprunghafte Diskussion abgebrochen. Es wurde beschlossen, daß ein „allgemein verständliches Papier" zu Informationen über die Atomgesetzänderung verfasst werden soll.
Inzwischen steht fest, daß es am 14.9. in Kassel eine Konferenz geben wird, auf der über unser Vorgehen gegen das Atomgesetz geredet werden soll. Zur Konferenz soll es einen Reader geben (s. aaa vom Juni 91), der hoffentlich Licht auf dieses ziemlich komplexe Thema wirft.

Endlagerung

Im Vortrag wurde der Brennstoff'kreislauf' von Grund auf erklärt, wodurch es zu einem Monolog kam und keine Diskussion stattfand. Erst zum Ende der Arbeitsgruppe, welche sehr gemischt von Ossis und Wessis war, kam es zu einer kontroversen Diskussion um Widerstandsformen und zu solchen Fragen wie: „Wie erreiche ich am besten die Leute?".

Perspektive

Diese AG entstand spontan im Plenum aus dem Bedürfnis heraus, anhand vom 'Dortmunder Papier' über Fragen zu diskutieren wie: Was sind die Standpunkte der Anti-AKW-Bewegung? Was gibt es für Perspektiven?
In dieser AG kamen die unterschiedlichen Erwartungen sehr deutlich zum Ausdruck, oft haben wir nicht die selbe Sprache gesprochen, die Diskussion war schwierig. Zur Sprache kamen Themen wie: Parteien, Gewaltfrage, Öffentlichkeitsarbeit, Widerstandsformen.

Aktion/Öffentlichkeitsarbeit/ Kultur

Über eine vom Camp ausgehende Aktion wurde lange kontrovers diskutiert. Sie fand dann nicht wie geplant an einem Standort statt, so daß stattdessen in Magdeburg am Verladebahnhof zum Endlager Morsleben eine Verschönerungsaktion durchgeführt wurde. Auch die Auswertung der Aktion - Fehler und Positives - nahm breiten Raum ein und führte zu fruchtbarer konstruktiver Diskussion.

Die lokale Presse zeigte Interesse am Pfingstcamp, überregional war allerdings totale Pleite.
Ein Öffentlichkeitsflugi war vorbereitet worden. Vom Camp wurde es nicht geleistet, es zu verteilen.
Kultur gab's nicht, da niemand etwas organisiert hatte - schade!

Pfingstcamp-Nachbereitung: Fazit

Was hat es nun also gebracht, das Pfingstcamp? Hat sich der ganze Aufwand gelohnt?

In einem der Vorbereitungspapiere haben wir die kühne Hoffnung geäußert: "Die Anti-AKW-Bewegung muß wieder zum politischen Faktor werden!" Das Camp sollte dazu einen, wenn auch kleinen Beitrag leisten. Das ist uns zweifellos **nicht** gelungen, und es wäre auch vermessen, zu erwarten, eine schon zu lange im Dreck steckende Karre so einfach wieder anschieben zu können. Außerdem hatten wir damals noch ziemlich vollmundig formuliert: "Wir werden uns der Atommafia auf ihrem Marsch gen Osten entgegenstellen!" Das haben wir zweifellos getan - nur: außer uns hat's wohl kaum jemand gemerkt! Auch hieran wird deutlich, wie weit wir im Moment davon entfernt sind, wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor in der Öffentlichkeit zu werden. Wir haben es mit dem Camp nicht geschafft, uns überregional Gehör zu verschaffen. Der politische Ausdruck nach außen war fast gleich null, abgesehen von zwei regionalen Zeitungsberichten und einigen verteilten Flugblättern und besprühten Wänden. Das Camp hat keine Ergebnisse nach außen getragen, die in Zukunft umgesetzt werden könnten. Soviel also zur politischen Außenwirkung.

Und doch hat das Camp was gebracht, für uns und hoffentlich auch für die anderen TeilnehmerInnen. Trotz aller Unterschiedlichkeiten, trotz z.T. verschiedener 'Sprachen' gerade zwischen Ost und West, haben wir 3 Tage zusammen gelebt, sind vom Kennenlernen über die inhaltliche Auseinandersetzung zum gemeinsamen Handeln gekommen.. So sind hoffentlich einige CampteilnehmerInnen mit Power zurück in die Städte und Dörfer gefahren.

Was bleibt ist also ein positiver Ausdruck nach innen! Diese positive Innenwirkung steht allerdings in krassem Gegensatz zur allgemein desolaten Zustand der Anti-AKW-Bewegung. Das Camp war ein Wiederbelebungs**versuch**, weitere Schritte müssen folgen. Sei es auf der Herbstkonferenz, beim nächsten Camp, etc. Dabei sollten wir uns der Auseinandersetzung miteinander und über uns selbst stellen und uns u.a. folgende Fragen stellen:

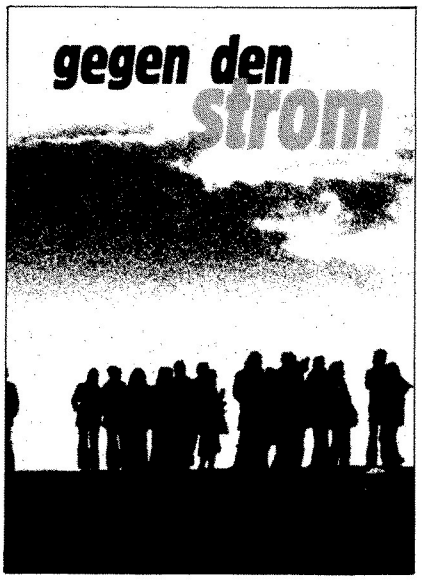
Gibt es die Anti-AKW-Bewegung überhaupt noch?

Wie können wir mit den Menschen und Gruppen, die sich überhaupt noch dazuzählen wieder zu gemeinsamem Austausch und gemeinsamem Handeln kommen?

Ja, und irgendwann wieder zum politischen Faktor werden?

-und, na klar: die Stillegung aller Atomanlagen weltweit!

BIgAM



DER TASCHENKALENDER FÜR LINKE OPTIMISTiNNEN, HOFFNUNGSLOSE MARXISTiNNEN, UNVERBESSERLICHE FRIEDENSKÄMPFERiNNEN, ILLUSIONÄRE ÖKOLOGiNNEN, PRIVATISIERENDE 68ERiNNEN UND AUFRECHTE AUTONOMiNNEN UND ANDERE GEGEN DEN STROM SCHWIMMERiNNEN.

MIT VIELEN GUTEN TEXTBEITRÄGEN, NATÜRLICH MIT KALENDARIUM, JAHRES- UND MONATSÜBERSICHTEN UND WAS SONST ZU EINEM KALENDER NOCH GEHÖRT.
HERAUSGEGEBEN VON DER GÖTTINGER REDAKTION DER ATOM.
256 SEITEN DM 9,50

ERHÄLTLICH IM BESSEREN BUCHHANDEL UND IM VERLAG DIE WERKSTATT, LOTZESTR. 24A, 3400 GÖTTINGEN

Bundesweite Konferenz von Anti-AKW-AktivistInnen vom 22.11. - 24.11.1991 in Marburg

Vorbereitungstreffen

Dieses Konzept läßt sicherlich noch viele Fragen offen. Wir verstehen es als Diskussionsgrundlage für ein offenes bundesweites Vorbereitungstreffen
am Sonntag, dem 06.10.1991 ab 12.00 Uhr in Marburg im KFZ, Schulstraße 6.

Mit diesen Gedanken wollen wir natürlich unser Interesse an der Konferenz dokumentieren, der endgültige Rahmen und die Inhalte der Konferenz sollen auf dem Vorbereitungstreffen festgelegt werden.
Wir wollen ca. einen Monat vor der Konferenz einen Reader verschicken, für den wir schon heftig um Beiträge ersuchen.

BIgAM (BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen Marburg)
c/o. Kulturladen KFZ, Schulstraße 6, 3550 Marburg

Im November 1990 fand in Bremen die letzte Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung statt mit ca. 150 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Auf dieser Konferenz wurde, wie üblich, eine thematische Schwerpunktsetzung (Morsleben, DDR-AKWs) für das folgende Halbjahr konzipiert. In der Auftaktveranstaltung am Freitag Abend wurde zwar die Krise der Anti-AKW Bewegung in verschiedenen Statements thematisiert, es folgte jedoch Nichts aus diesem Austausch. An den folgenden Konferenztagen wurde der übliche inhaltliche Ablauf mit 'zig AGs und Standortberichten abgehalten ohne auf die Einschätzungen des Freitag Abend bezug zu nehmen.

Die Monate nach der Konferenz haben gezeigt, daß Entscheidungsfindungen dieser Konferenz keine große Verbindlichkeit mehr zugesprochen wurden und bundesweite Konferenzen mehr und mehr zu unverbindlichen Austauschpalavern verkommen.

Unseres Erachtens liegen die Gemeinsamkeiten und Strukturen der Bewegung am Boden. Seit 1988 gab es keine größeren gemeinsamen bundesweiten Aktionen gegen das Atomprogramm mehr. Nur an einzelnen wenigen Standorten wird noch übergreifender Protest und Widerstand koordiniert und von breiteren Kreisen gemeinsam durchgeführt.

Das heißt jedoch nicht etwa, die Bewegung ist breiter geworden und nun in vielen gesellschaftlichen Gruppen verankert, sondern man muß wohl eher sagen, daß sich „die" Bewegung aufgelöst hat, in anderen Bereichen aufgegangen ist oder aber nur noch vereinzelte Alt-AktivistInnen die Fahne und den Namen hochhalten, ohne vor Ort jeweils eine relevante politische Kraft zu sein.

Das spiegelt sich auch schon seit längerem darin wieder, daß zu unseren Themen in der Öffentlichkeit nur noch von Verbänden (Greenpeace, Robin Wood, BUND) und Parteien Stellungnahmen erscheinen und weitergehende Positionen dabei verlorengehen.

Dieser desolate Zustand ist aber beileibe kein spezielles Problem der Anti-AKW-Bewegung.

In allen Bereichen ist die systemoppositionelle Linke in diesem Land in einer Krise, zerfallen und perspektivlos.

- Außerparlamentarische Bewegungen (Anti-Krieg, Häuserkampf, SoliBewegung Dritte Welt, Anti-Gentechnologie ...) sind bedeutungslos und ohne politische Schlagkraft.
- Linke Verbände (KB, DKP, Grüne) lösen sich auf oder finden Gefallen an Reformen und Machtpöstchen.

Diese Entwicklung geht einher und wird beeinflußt auch durch den Zusammenbruch der nominalsozialistischen Systeme im Osten und dem allerorts zur Schau getragenen „Endsieg des Kapitalismus".

In verschiedensten Gruppierungen und Zusammenhängen brechen nun langsam Diskussionen herauf, wie linke Politik neu mit Inhalten gefüllt werden kann, welche Organisationsformen geeignet sind, wo Ansatzpunkte gegeben sind und welche Utopien wir entgegensetzen können.

Es kommt daher nicht von ungefähr, daß wir ein Interesse daran haben, eine solche Bestimmung auch in der Anti-AKW-Bewegung zu führen. Die Konferenz in Marburg soll also nach unseren Vorstellungen, keine sein, die an Frühjahrs- oder Herbstkonferenzen mit 'zig AGs anknüpft. Sie kann andererseits auch nicht in der Tradition der alten BUKOs gesehen werden, da diese sicherlich eine andere Dimension aufwiesen.

Wir stellen uns eine Konferenz vor, auf der wir unsere Situation als Anti-AKW-Bewegung analysieren. Wir wollen versuchen, hinter die Gründe zu kommen, warum diese einst starke Bewegung kaum noch wahrnehmbar ist. Unserer Meinung nach ist es höchste Zeit, dies gemeinsam in Angriff zu nehmen, denn nur aus einer gemeinsamen Bewertung können auch wieder gemeinsame Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten erwachsen.
Wir halten es für sinnlos, eine Konferenz unter zwei, drei Themenschwerpunkten wie Endlagerung, Transporte oder sonstwas mit den üblichen AG's durchzuführen und dabei völlig zu ignorieren, daß immer weniger Leute da sind, die bereit sind, konkret etwas zu tun.

Einen Ablauf können wir uns in etwa so vorstellen:

Freitagabend: 19.^{00} Uhr Auftaktplenum

Vorstellung der anwesenden Gruppen, ihrer Arbeit und ihres politischen Selbstverständnisses.
Ziel ist es, über diesen Punkt zu einer Bewertung der Arbeit der letzten Jahre zu kommen und darüber eine Einschätzung der aktuellen Situation unserer Bewegung zu erlangen.

Samstag: 9.^{00} Uhr

Fortsetzung der Diskussion vom Vorabend vorwiegend in kleinen Gruppen (anstelle der üblichen AG's), um möglichst Viele zu Wort kommen zu lassen und manches noch genauer diskutieren zu können.
Zum einen sollte es möglich sein, in solchen AG's kontroverse Punkte vom Freitag weiter zu diskutieren, zum anderen könnten wir uns vorstellen, folgende Punkte in einzelnen AG's zu diskutieren:

- Einpunktbewegung als Politikansatz
  Nach wie vor sinnvoll oder gescheitert?

- Die Krise der Anti-AKW-Bewegung als Ausdruck einer allgemeinen Krise linker Politik?

- Ist das Modell **AG Schacht Konrad** ein Ausdruck der Krise oder ein Ausweg aus dieser?

- Die Polit-Profis von Grünen, Greenpeace, Robin Wood... haben „unser" Thema besetzt. Wo sind unsere Inhalte dabei geblieben?

- Brauchen wir striktere, verbindlichere Organisationsstrukturen?

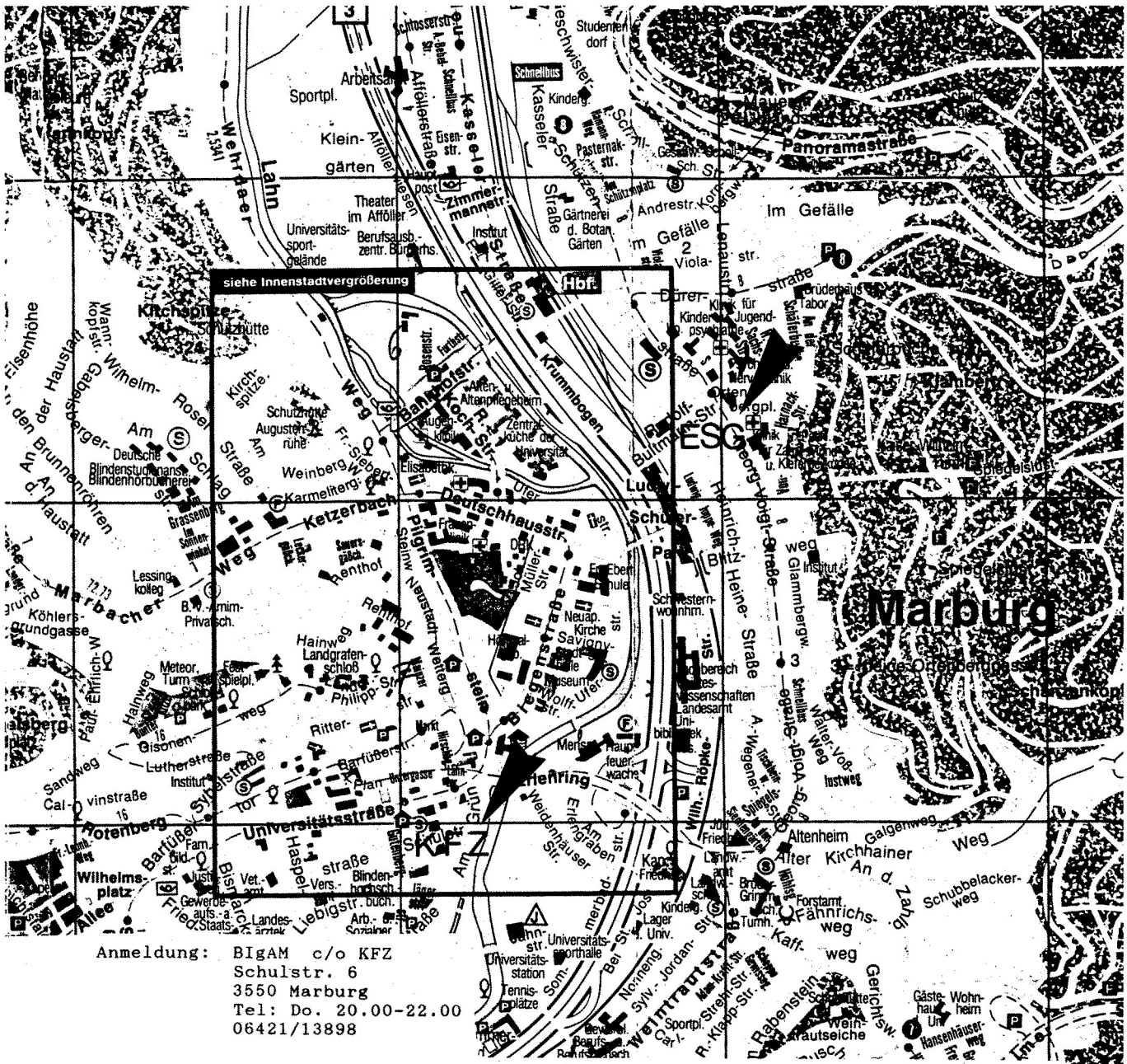
Danach sollte wieder ein Plenum stattfinden, auf dem die „Ergebnisse" der einzelnen AG's diskutiert werden können.

Abends dann: Rotzfreche Asphalt Kultur aus Wuppertal, Musik, Tanz, Klönschnack, Tralala

Sonntag: 09.00 - 14.^{00} Uhr

Wieder Plenum mit dem Versuch, durch die vorangegangenen Diskussionen zu Perspektiven für unsere zukünftige Arbeit zu kommen.

Am Wochenende soll natürlich nebenher genügend Zeit und Raum sein zum informellen Austausch untereinander und zur genaueren Vorstellung der aktuellen Arbeit. Die Darstellung der derzeitigen Arbeit könnte vor allem auch über Büchertische und Wandzeitungen etc. erfolgen.



Anmeldung: BIgAM c/o KFZ
Schulstr. 6
3550 Marburg
Tel: Do. 20.00-22.00
06421/13898

Wegbeschreibung zum Vorbereitungstreffen im KFZ:

von Norden:
Stadtautobahn 3, Abfahrt Mitte
1. Ampel rechts
2. Kreuzung (Rudolfsplatz) links
1. Ampel links
1. Möglichkeit links
1. Möglichkeit links
1. Möglichkeit links

von Süden:
Stadtautobahn 3, Abfahrt Mitte rechts
1. Ampel rechts
3. Ampel links
1. Ampel links
1. Möglichkeit links
1. Möglichkeit links
1. Möglichkeit links

Wegbeschreibung zur Konferenz in der ESG:

von Norden:
Stadtautobahn 3, Abfahrt Nord HBF
an der Ampel geradeaus, unter der Autobahn entlang
Richtung Ortenberg
1. Straße links = Rudolf-Bultmann Str. (ESG)

von Süden:
Stadtautobahn 3, Abfahrt Nord HBF
Richtung HBF, hieran vorbei
an der Ampel (Autobahnbrücke) links
Richtung Ortenberg
1. Straße links = Rudolf-Bultmann Str. (ESG)

Kostenlose Schlafplätze sind vorhanden!

Totgesagte leben länger

Der „Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen" hat sich aufgelöst

Es ist fast wie bei einer normalen Beerdigung. Kaum gibt eine politische Organisation ihre Auflösung bekannt, steigt das nachträglich bekundete Interesse der jeweiligen Umwelt in einem derartigen Maße, daß - zu Lebzeiten bekundet - wohl das Ableben hinausgezögert hätte.
Was in diesem Sinne jüngst in Hamburg dem KB widerfuhr, davon blieb auch der „Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen" nicht verschont, natürlich in entsprechend kleinem Umfang, meist dem Freundeskreis.

Der Hamburger Arbeitskreis gehörte zu den „ganz Alten" in der Anti-AKW-Bewegung, wenngleich er unter diesem Namen erst in den letzten Jahren firmierte. Ein Blick in´s Familienalbum der Initiative offenbart in legendären Bildern die Schwerpunktorte der Arbeit: Brokdorf und Wendland.
In der letzten Zeit kümmerte sich der Arbeitskreis insbesondere um Atomtransporte und entwickelte dazu eine politische Praxis von großer Spannweite. Auf der Basis von Blockadeaktionen atomarer Transporte im Hamburger Hafen, sorgfältiger Recherche und intensiver Öffentlichkeitsarbeit bemühte sich der Arbeitskreis, die deutsche Atompolitik zu einem Thema der politischen Auseinandersetzung in Hamburg zu machen. Zeitweise ist das auch gelungen. Quasi mit dem Schlußpfiff gab er eine nennenswerte Broschüre über „Atommüll auf Geisterfahrt" heraus.
Schaut mensch auf diese Bilanz, so wird manches Erstaunen über die Auflösung des Arbeitskreises verständlich. Denn wer den Erfolg politischer Arbeit an dem Umfang von zeitungsmeldungen, Bürgerschaftsanfragen und effektiven Transportbehinderungen mißt, den/die muß es verwundern, daß die Mitglieder des Arbeitskreises just zu dem Zeitpunkt das Handtuch warfen, als unter den genannten Aspekten nach kleinere Ernte eingefahren werden konnte.
Doch das allein ist es eben nicht. Der Arbeitskreis selbst hatte in der Anti-AKW-Bewegung stets davor gewarnt, daß Etablierung, Professionalisierung und Expertentum große Teile der Bewegungspolitik ersticken würden (siehe z.B. Artikel in der atom). Inzwischen haben aber StellvertreterInnen und Dienstleistungsunternehmen wie z.B. die GRÜNEN oder Greenpeace faktisch die Politik übernommen - und das eben nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung.
Viele von denen, die in den BI´s der Gründerjahre lernten, Menschen für Protest und Widerstand gegen die Atompolitik zu gewinnen, versuchen es heute, indem sie in Parteien, Instituten, Parlamenten und Verwaltungen als Fachexperten Gutachten, Eingaben und Vorträge erarbeiten. Sie tun das im Geiste für eine Bewegung, die es faktisch auch deshalb nicht mehr gibt, weil sie sie selbst verlassen haben.
So bleibt, einmal von weit oben betrachtet, viel Interesse an Anti-SKW-Politik übrig, aber kein demokratisches Engagement. Auch von daher ist zu verstehen, warum im konkreten die Aktionen Hamburger AtomgegnerInnen gegen Atomtransporte in der interessierten linken Öffentlichkeit zwar viel Beifall und Anerkennung fanden, aber kaum jemanden zum Mitmachen motivierten.
Natürlich hat das Gründe: die Tagesordnung wird anders als Mitte/Ende der siebziger Jahre nicht mehr von der Energiefrage beherrscht, der Atomstaat hat die Legitimationskrise nach Tschernobyl abfedern können.
Ein Gewöhnungseffekt an laufende AKW´s ist ebensowenig zu leugnen wie generell die Integrationskraft des Modell Deutschland. Aber die Erklärungen dürfen keine Entschuldigungen für diejenigen sein, die sich heute larmoyant und immer interessiert raushalten. Publikumsbeschimpfung ist immer mal wieder notwendig - und tut gut. Eine andere traditionsreiche Hamburger BI titelte deshalb vor Jahren in einem Flugblatt: "Die Deutschen sind doof". Da ist was dran.
Die Mitglieder des Hamburger Arbeitskreises haben im vergangenen Jahr lange diskutiert, wie sie damit umgehen sollen, daß sie mangels öffentlicher Resonanz selbst den Weg in´s Expertentum gehen. Sie haben sich für die Auflösung ihrer Initiative entschieden. Das allerdings ist keine Auflösung in ein Nichts. Die Situation der Linken in der Bundesrepublik ist im Moment zwar zu verzwickt, als daß hier jemand einfach einen plausiblen Weg aus der Krise weisen kann. Aber auf diesem Weg wird es wichtige Diskussionen und nicht minder wichtige Aktionen geben, an denen sich der ehemalige Hamburger Arbeitskreis beteiligt. Und wenn es denn stimmt, daß Totgesagte länger leben, kann es mitunter lohnend sein, für eine Zeit von der gewohnten Bildfläche zu verschwinden.

Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen

Jedes Abo stärkt Geheim

Geheim ist nicht geheim, aber unbequem. Wir erscheinen unregelmäßig, aber mindestens zweimal im Jahr. Wir bekommen kein Geld von Geheimdiensten oder Großkonzernen; wir bauen deshalb auf die Unterstützung unserer LeserInnen.

Geheim schreibt da weiter, wo andere aufhören. Deshalb berichteten wir unter anderem über:

* "Verkartungspläne" des Verfassungs"schutzes" gegen die Linken in diesem, unserem Land
* BND-Aktivitäten in Hamburg
* das US-Geheimdienstnetz in der BRD
* Berufsverbote
* die Strategien und Strukturen der Politischen Polizei
* Polizeiwillkür
* den neuen Super-Geheimdienst *BSI*
* CIA-Mordpläne, u.a. gegen den ehemaligen nicaraguanischen Außenminister
* die US/CIA-Strategie im Golfkrieg
* den Krieg der CIA gegen Cuba und andere Staaten der sogenannten Dritten Welt.

Geheim veröffentlichte Dossiers von Verfassungs"schutz" und CIA sowie regelmäßig die Namen unter Tarnung arbeitender CIA-Agenten.

Ein Abonnement von *Geheim* gilt für sechs Ausgaben.

Ja, ich bestelle

☐ ein Probeexemplar von *Geheim* für DM 7,50 (als Scheck oder in Briefmarken einschicken)
☐ ein Normalabo für DM 45
☐ ein Organisationsabo für DM 65
☐ ein Föderabo für mindestens DM 90
☐ ein Sonderabo (Schüler, Studenten, Arbeitslose etc.) für DM 22,50

Name:
Anschrift:
Datum:
Unterschrift:

Bitte schicken an:
Redaktion Geheim, **Lütticher Str. 14, 5000 Köln 1 (Tel.: 0221/513751)**

In einer Zeit, in der selbst das dickste Brett vorm Kopf als metaphysische Schwingung scheint ...

antifaschistischer
KALENDER 1992

366 TAGE für 9,50 DM

Bestelladresse: UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster
Ab August '91 in vielen linken Info-und Buchläden

PROJEKTIL

anarchistisches magazin aus Münster

Die **neuste Ausgabe Nr.15/ Juli '91** enthält: * **Schwerpunkt: Kampf der Arbeit:** * Taylorismus * Lohnarbeit im Patriarchat * Arbeit im Trikont * ... und in der Metropole * Organisierung der JobberInnen * Blaumachen - das Recht auf Faulheit * Geschichte der Psychatrie * Bleiberecht für alle Roma * Internationalismusdiskussion * Antifa: Situation Ex-DDR * Genomanalyse * Rezension und Kurz - aba hallo ! etc.

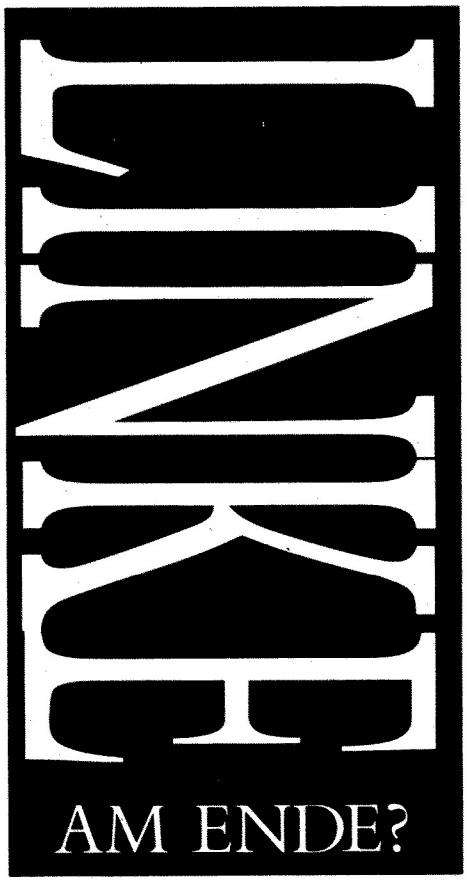
Abobedingungen: 35 dm (FörderInnen: 50dm - dringend gesucht!) für 10 Ausgaben auf das Konto:
Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

Probeheft gegen 5 dm (incl. Porto) in Briefmarken oder Schein/ Scheck anfordern bei:
Projektil, c/o unrast, Querstr.2, 4400 Münster

Spätestens seit Mitte der 80er Jahre (dieses Jahrhunderts) erleben wir einen ständigen Niedergang der linken, radikalen Oppositionsbewegungen. In den letzten beiden Jahren vollzog sich dieser Niedergang immer rasanter - bis hin zu tiefer Depression und Resignation der Noch-Beteiligten. Als wir Mitte Juli diese "atom"-Ausgabe planten, glaubten wir tatsächlich, im Tal der Depressionen angelangt zu sein, und somit den Anstieg wieder vor Augen. Doch die Geschichte belehrte uns auch diesmal eines Besseren: Im Sonne-Wonne-Monat August besorgten die Putschisten in der Sowjetunion und die darauf folgende Entwicklung unserer Psyche einen weiteren Knacks. Nach dem Ende der KPdSU, die sicherlich für die Hälfte der Menschheit für Jahrzehnte der größte Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt war, vermögen heute wohl nur noch unverbesserliche Illusionisten einen Silberstreif am Horizont zu erahnen. — Wir gehören dazu, und halten deshalb an unserem Schwerpunkt "Linke" in dieser Ausgabe der "atom" fest.

Als uns vor einem Jahr ein Freund fragte "Was ist denn noch links, wie definiert sich das!" hielten wir dies eher für eine rhetorische Frage. Heute stellt sich uns diese Frage ganz anders — nämlich existenziell.
Mit dem Zusammenfall des "real existierenden Sozialismus" und dem gleichzeitigen Anheben des Vorhangs von seinen Alltagsrealitäten ist offenkundig geworden, daß die Hinterlassenschaften der Erben Lenins und Marx's nichts mit unseren Vorstellungen linker Politik gemein haben. Totalitarismus, Vetternwirtschaft, Zensur und Unterdrückung, Wirtschafts- und Umweltkatastrophen, Uniformität und Armut stehen in krassem Gegensatz zu unserem Bild eines neuen Menschen und einer gerechten Welt.
Wir müssen uns mit der Einsicht vertraut machen, daß nicht nur der Imperialismus eine Bestie wie den nationalsozialistischen Faschismus geboren hat, sondern daß ebenso der Kommunismus der ideale Nährboden für totalitäre faschistische Regime ist.
Die Gesellschaften der "real existierenden sozialistischen Länder" sind sicherlich nie eine erstrebenswerte Alternative gewesen für die Anti-AKW-Bewegung, für die Autonomen, für die Anarchistinnen und Internationalistinnen. Trotzdem waren sie die reale Alternative zum kapitalistischen, imperialistischen Staat.
Viele Linke sagen heute, der Imperialismus habe über den Kommunismus gesiegt. Dies versperrt die Sicht auf die tatsächlichen Dinge. — Nicht der Imperialismus hat gesiegt, sondern der Kommunismus hat verloren, hat versagt! Und — es war kein kommunistisches Experiment, was da in den letzten 70 Jahren versagt hat, sondern es war DER Kommunismus pur. Dieser Erkenntnis muß sich die Linke heute stellen, wenn sie tatsächlich eine Zukunft haben will.
Und noch etwas: angenommen, wir lebten nicht in den westlichen Metropolen, sondern in den "realsozialistischen". Wir wären doch die ersten, die dort mit auf den Barrikaden stehen würden und jedes Quentchen neu gewonnener Freiheit gegen Panzer, OMON, alten Apparat und 70jähriger Geschichte verteidigen würden.

Natürlich ist die kapitalistische Variante auch keine Alternative mit Perspektive für die Weltgemeinschaft. Die Erkenntnisse, die wir uns in den letzten Jahren über diese Bestie erarbeitet haben und mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind, haben natürlich nichts an ihrem Gehalt verloren. Natürlich schafft imperialistische Politik keinen Frieden und keine gleichberechtigte Völkergemeinschaft, natürlich schafft die kapitalistische Produktionsweise keine gleichen



sozialen Bedingungen für die Menschen und natürlich ist der Kapitalismus auch kein Genosse der Natur und der Ökologie. Und selbstverständlich gibt es auch in allen kapitalistischen Demokratien Unterdrückung, Zensur, Sexismus, Faschismus und Rassismus.
Aber allein das Wissen um diese Realitäten nützt uns wenig, solange uns die Utopie fehlt! Oder genauer gesagt: uns fehlt nicht die Utopie, sondern die Utopie mit einem realen Hintergrund.

Die letzten 5, 6 Jahre gleichen für die deutsche Linke einem rapiden Schrumpfungsprozeß. Von der ehemals organisierten Anti-Kriegsbewegung ist noch weniger übrig geblieben als von der Anti-AKW-Bewegung, die mittlerweile schon fast ein Sektendasein fristet. Von der parlamentarischen Option der Linken, den GRÜNEN, ist eine Partei der Mitgestaltung, nicht mehr der Opposition, geworden. Die jahrelangen Grabenkämpfe hat die Linke hier eindeutig verloren.
Und zwar schon vor dem weltgeschichtlichen Show-Down der letzten zwei Jahre.

Dieser letzte Geschichtsabschnitt, der so rasant vonstatten ging, daß wir ihm nicht einmal gedanklich folgen konnten, brachte nur zu Ende, was vorher schon zusammengefallen war.
Die Debatten um die Wiedervereinigung der beiden Deutschlands, die soviel grundsätzliches ans Tageslicht brachten, hätten nur von einer intakten Linken durchgestanden werden können. Damals bestand die Linke aber schon nicht mehr aus diskussionsfähigen Organisationen, sondern nur noch aus vereinzelten kleinen Grüppchen und Einzelpersonen (die zudem einen enorm schweren Sack gescheiterter persönlicher politischer Geschichte mit sich herumtrugen).
Der linke Versuch, in dieser Situation noch etwas zu retten, den Zusammenhalt innerhalb der "Radikalen Linken" zu suchen, darf heute als gescheitert angesehen werden.
Nach dem Wirbel um die deutsche Wiedervereinigung, an dem die Linke noch immer verdaute, platzte wie ein Erdbeben die Golfkrise und die Installation einer Neuen Weltordnung mittels imperialistischem Krieg.
Die Diskussionen um den Golfkrieg haben der Linken den letzten Rest gegeben. Letzte klare Positionen gegen imperialistische Kriege kippten hinten über. Die neuen Weltbürger (Citoyens nenen sie sich) mit ihrer bellizistischen Anschauung hielten Einzug in die politische Landschaft.
Übriggeblieben ist ein kleines Häuflein Eingeschworener Männlein und Weiblein, die immer noch, aber recht verunsichert, an die Gerechtigkeit der Welt glauben wollen. Aber schon lange nicht mehr wissen, wie sie dieses eigentlich bewerkstelligen sollen.
Konfrontiert sind sie ersteinmal mit einem gewaltigen Schrumpfungsprozeß ihres Milieus. Nicht nur die sozialen Bewegungen, die Anti-AKW-Bewegung und die Autonomen haben sich klammheimlich dezimiert, auch die ehemaligen Vorkämpfer der Weltrevolution, die in Parteiform zusammengeschlossenen Linken tauchen ab.
Uns bekannt geworden sind in den letzten Monaten neben dem Ableben der KPdSU das gleiche Schicksal für den Kommunistischen Bund (KB), für die Marxistische Gruppe (MG) und für die Demokratischen Sozialisten (DS). Vom KB werden wir in dieser Ausgabe berichten. Ein ähnliches Schicksal scheint der "Radikalen Linken" beschieden zu sein, obwohl dort noch nicht alles verloren ist.
Aber es gibt auch Lichtblicke. Neue Sammlungen um die radikalen Reste des KB in Form der "Gruppe K" bzw. um die Radikalökologinnen um Jutta Ditfurth im neuen Gewand "Ökologische Linke" wollen dem Geist der Zeit trotzen. Mehr oder weniger ausführlich berichten wir davon in dieser Ausgabe.
Dem schließt sich eine längere Kritik am Erscheinungsbild der Autonomen Bewegung an, wird aber sofort selber zum Objekt radikaler Kritik aus Frauenbewegter Sicht.
Wir wollen mit diesem Block eine neue Ära innerhalb der "atom" einleiten. Die Entwicklung der "Linken", ob sie nun weiblich, männlich oder sächlich ist, soll zu einem festen Bestandteil unserer Arbeit werden. Für konstruktive Beiträge für zukünftige Ausgaben sind wir schon jetzt dankbar.

20 Jahre KB: Das war's

Der Kommunistische Bund (KB) wurde Ende 1971 gegründet. Zu seiner besten Zeit hatte er fast 2000 Mitglieder, an seinem Ende nur noch gut 350. Der KB hat sich Freunde und Feinde durch sein organisiertes Wirken in der linken Gewerkschaftsbewegung der BRD, sein aktives Eingreifen in die Anti-AKW-Bewegung, seine mitinitiierende Rolle in linken Wahlbündnissen Ende der siebziger Jahre gemacht. Zuletzt wirkte er im wesentlichen über mehr oder weniger lange und gute Analysen politischer Entwicklungen in seiner Zeitung „Arbeiterkampf" (ak), jenes manchmal schwerzulesende Vierzigseitenmonatsblatt. Im Unterschied zu anderen K- bzw. ML-Gruppen der siebziger Jahre zeichnete sich der KB durch ein größeres Maß an politischer Flexibilität, geringeres Sektierertum und weniger Dogmatismus sowie ein manchmal relativ erfolgreiches Aufspüren politischer Interventionsmöglichkeiten aus. Georg Fülberth hat den KB in einem Nachruf dafür zu recht mit dem schillernden Additiv „das linke Trüffelschwein" versehen.

Als sich im April 1991 der KB aufgelöst hat, ist dies nur von einem geringen Teil der geringer gewordenen Linken registriert worden. Der Niedergang eines der letzten jener Fossile, die sich am Ausgang der APO als K-Gruppen bzw. K-Parteien gegründet haben, wurde nur als ein weiterer Beleg des Untergangs linker Politikreste der siebziger Jahre registriert. Lohnt es sich daher noch über das KB-Ende zu schreiben? Es lohnt unter drei Gesichtspunkten:

1. Jenseits des Vereinsstreits und der damit unvermeidlich verbundenen Verbandsquerelen die KB-Auflösung als Symptom für den Niedergang linksradikaler Politik in diesem Land zu betrachten.
2. Die Inhalte, die den KB an die Grenze seiner Belastbarkeit gebracht haben, daraufhin abzuklopfen, wieweit sie für linke, emanzipatorische, kommunistische Politik insgesamt relevant sind.
3. Die Struktur und Form der Austragung linker Politik und des unvermeidlichen Streits um sie zu hinterfragen, weil eine Rekonstruktion linker, kommunistischer Politik die Frage der Form, innerhalb derer sie sich zu organisieren versteht ohne ihrem eigenen Anspruch zuwiderzulaufen, auf die Tagesordnung setzen wird. Also jene Frage, die am Ende der antiautoritären APO von großen Teilen der Linken als Organisationsfrage sehr schnell in Anlehnung an das demokratisch-zentralistische Parteimodell aus der Revolutionszeit der Bolschewiki und der Weimarer KPD autoritär, und als Reflex darauf zehn Jahre später von einem Teil der Ex-K-Grüppler als vermeintlich basisdemokratisch innerhalb der Grünen parteiförmig beantwortet wurde.

Der Reihe nach also, zum ersten:

Der Niedergang fast jeder relevanten linken Opposition hierzulande führte zu einem hohen Maß an Anpassung und Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse. Offenkundig ist die Wirkung 68er Revolte als eine, die die Ausprägung der gesellschaftlichen Nachkriegsverhältnisse in der repressiven und antikommunistischen Adenauer-Ära aufzubrechen verstand, endgültig ausgelaufen. Die 68er haben nicht nur ihre Kraft erschöpft, sie sind mittlerweile zum Teil des Problems geworden. Ihren parteiförmigen Ausdruck hat dies in der Partei Die Grünen gefunden. Linke Politik in unserer Gesellschaft ist heute ohne jede Massenrelevanz und real isoliert. Daran kranken nicht nur die Altlinken der sogenannten „Neuen Linken", daran kranken alle sozialistischen wie auch autonomen Ansätze gleichermaßen. Die Existenz eines gesellschaftlichen Potentials, das in nichtrevolutionärer, wohl aber Reformen und Veränderungen wünschender Weise Politik machte, bot linksradikalen und revolutionären Ansätzen Handlungs- und Resonanzrahmen. Mittlerweile hat der Fisch sein Wasser verloren. Warum hat sich das so entwickelt? Waren wir möglicherweise nur subjektiv revolutionär, objektiv aber Katalysatoren für die gesellschaftliche Modernisierung der imperialistischen Großmacht Deutschland, eine Rolle, die führende Grüne mittlerweile auch subjektiv für sich reklamieren? Und wo sind heute die Subjekte, die das ändern könnten und wollen?

Außenpolitisch hat der Zusammenbruch der Staaten des RGW und ihres realen Sozialismus, schließlich der Zerfall der Sowjetunion, nicht nur das Scheitern dieses Modells zur Folge, sondern läßt derzeit jede revolutionäre Gesellschaftsveränderung unmöglich erscheinen. So wie sich in der Retrospektive ein am Kapitalismus angelehntes Produktivkraftmodell mit bürokratisch-zentralistischer Führung, das despotische

innergesellschaftliche Verhältnisse geradezu bedingte, gegenüber seinem Konkurrenten Kapitalismus als unhaltbar erwies und rapide zerfällt, wenn es nur gestoßen wird, so ist daraus ein Kapitalismus gestärkt hervorgegangen, der nichts von seinen destruktiven Wirkungen verloren hat. Fast alle nationalen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt haben sich als aussichtslos erwiesen und neue Abhängigkeiten schließlich der Geschichte aller westlichen, sich heute zivilisiert nennenden Industrienationen ähnelnde, teils barbarische Herrschaftsstrukturen hervorgebracht.
Was also war diese über siebzigjährige Geschichte realen Sozialismus und nationaler Befreiungskämpfe? Waren wir möglicherweise nur Zuschauer der beschleunigten kapitalistischen Entwicklung industriell rückständiger Staaten und der Herausbildung von gering entwickelten Nationen in der nachkolonialen Ära?
Solchen Fragen hätte der KB sich stellen müssen. Aber seine Krise wurde zunächst nur als Krise der Politik wahrgenommen. Das „Trüffelschwein" fand keine Trüffel mehr, sondern nur noch Stinkmorcheln. Damit aber war seine Fähigkeit zur Veränderung auf die Probe gestellt.

Damit zum zweiten:

Traditionell agierte der KB massenorientiert und bündnispolitisch. D.h. er suchte als kleine K-Gruppe nach Wegen, radikale Inhalte vermittelt an größere Teile von Menschen heranzutragen und sie dazu zu bewegen, sich damit auseinanderzusetzen Dem lag die realistische Erkenntnis zugrunde, daß in der Regel gesellschaftliche Veränderungsprozesse nicht revolutionär vonstatten gehen. So nutzte der KB Anfang der siebziger Jahre in der Gewerkschaftsbewegung, seit Ende der siebziger in den Bürger-, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen und in der entstehenden grünen Partei, in den achtziger Jahren innerhalb der Friedensbewegung die Arbeit als linker Flügel, seine politischen Anliegen zu verstärken. Zu diesem Zweck wurden Bündnisse mit nichtrevolutionären Linken, radikalen Demokraten und systemoppositionellen Gruppen und Menschen eingegangen. Eine solche Politik des Kompromisses konnte solange relativ erfolgreich sein, wie es relevante politische Bewegungen für Gesellschaftsveränderung gab, die sich auch mit kommunistischer Politik beschäftigen wollten, bzw. Einzelanliegen übernahmen. Sie mußte mit dem Niedergang solcher Bewegungen zwangsläufig in die Krise geraten. Sie mußte dort scheitern, am krassesten in den Grünen deutlich geworden, wo die dort versammelten Menschen nichts Linkes mehr wollten. Damit geriet aber auch die Massenorientierung in die Krise.
Ende der achtziger Jahre brach sie an verschiedenen inhaltlichen Fronten auf: größere Teile des KB stellten einen Massenbegriff infrage, der vom einfachen Modell hie Bourgeoisie, dort unterdrückte Massen ausging. Insofern stand die Dimitroff'sche Faschismusanalyse, daß der Faschismus von der Bourgeoisie gegen das unterdrückte Volk durchgesetzt werden mußte, zur Disposition. Vielmehr stießen wir bei unserer Fehlersuche kommunistischer Politik unserer Couleur – angestoßen durch die intensivere Beschäftigung über die Ursachen von Rassismus und Antisemitismus- auf Tabus, daß die Einteilung Unterdrückte gut, Unterdrükker schlecht nicht stimmen konnte, da es Profiteure des jeweiligen Unterdrückersystems auch auf Seiten derjenigen gab, die nach streng ökonomischen Kategorien Unterdrückte waren. Diese Erkenntnis ist nun wahrlich nicht originell, verweist aber auf eine Verkürzung kommunistischen und linksradikalen Denkens, die neben theoretischen Verirrungen ihre Wurzel in einem überwiegend ökonomistisch angelegten Modell von Befreiung hat. Wem das zu abstrakt ist: der Widerspruch eskalierte zum Streit, als eine Minderheit im KB dem Wunsch einer großen Mehrzahl deutscher Menschen nach Wiedervereinigung nicht entsprechen wollte. Auch wenn die Leute sie wollten, fanden wir ihre politischen Folgen abzulehnen, während die KB-Mehrheit sich mit ihr als Tatsache zu arrangieren wünschte, gegen deren Folgen der Kampf aufzunehmen sei. Der inhaltliche Streit rankte sich um den linken Nationenbegriff, den deutschen Nationalismus, die Ablehnung eines darauf basierenden Begriffs von Selbstbestimmungsrecht, das letzlich völkisch definiert und kapitalistisch motiviert ist.
Katalysator des KB-Zerfalls war schließlich die PDS-Option der KB-Mehrheit. Sie war eine letzte Reminiszenz an die alte KB-Massen- und Bündnispolitik, die von der politischen Entwicklung schon längst überholt war: weil die PDS für die Zukurzgekommenen in der DDR spreche, weil sie eine Massenpartei sei, der nichts Vergleichbares in der BRD entspreche, weil sie sich sozialistisch nenne, deshalb müsse der KB jetzt auf sie einsteigen. Im Stile linken Entrismus in die Grünen Ende der siebziger Jahre und im Vertrauen auf die Zugwirkung Gregor Gysis wurde versucht, die müden KB-Reste auf PDS zu setzen. Der Flop ist bekannt, im Ergebnis blieben einige Posten und KB-Wühlmäuse in Funktionen, Lohn und Brot bei der PDS. Das KB-Elend wurde dabei drastisch vor Augen geführt: weil die massenhafte und sozialistische Fassade faszinierte, war der Inhalt der Intervention zweitrangig. Weder gab es eine politische Analyse des PDS-Prozesses und seiner gesellschaftlichen Grundlagen Ost wie West, noch wurden die Ergebnisse des Vergleichsmodells Grüne berücksichtigt. Die Geschichte wiederholte sich als Farce. Die agileren KBlerInnen blieben dabei, aber ohne jedes inhaltliche Profil. Die PDS hatte keine sie tragende gesellschaftliche Basis war im Westen und im Osten nur als Nachklang des Auflösungsprozesses der DDR, die als Gesellschaftsformation von der Geschichte überholt und von den Menschen nicht mehr gewollt war. Was soll in einer solchen Situation die Massenorientierung von Kommunisten? Wo bleibt die Alternative zum offenen und schleichenden Abschied Linker vom marxistischen Antikapitalismus? Sie wäre unter solchen Bedingungen nicht in der Politik, sondern wesentlich in der Wiedergewinnung antikapitalistischer Kritik der bestehenden Verhältnisse, nicht in der realpolitischen Anpassung an den Siegeszug der Marktwirtschaft, den die PDS versucht, sondern in der rücksichtslosen Analyse ihrer Funktionsweise und Wirkung unter veränderten politischen Verhältnissen zu suchen.

Damit zum Dritten:

Die PDS-Option der KB-Mehrheit (wie auch anderer Teile der Linken) war eine Panikreaktion auf den Zerfall linker Politik. Sie drückte das Unverständnis gegenüber den neuen Anforderungen an Organisationen wie den KB aus, der letzlich an seiner Unfähigkeit zur Veränderung gescheitert ist. Es ist daher kein Zufall, daß die Kritikdebatte im KB als Strukturdebatte aufbrach. Der autoritäre, (un)demokratische Zentralismus prägte das erste Jahrzehnt KB. Als er nach einem ersten Aufbegehren seiner Mitglieder Ende der siebziger Jahre und schwer gebeutelt von Abspaltungen zu den Grünen, die seine weitere Existenz infragestellten, dennoch ein weiteres Jahrzehnt existierte, demokratisierte sich der KB nicht. Er liberalisierte sich nur, indem er Mechanismen entwickelte, Streitfragen auszuklammern, damit aber auch auszugrenzen. Im zweiten Jahrzehnt seiner Existenz wurde der demokratische Zentralismus von einer auf seinen bezahlten Apparat konzentrierten Führungsstruktur abgelöst. Entscheidungsprozesse basierten auf der Funktionsweise dieser Struktur untereinander, Einflüsse der organisierten KB-Basis waren sekundär. Das Fatale an dieser Entwicklung war, daß sie von einer großen Mitgliedermehrheit geduldig mitgetragen wurde, weil die führenden KB-Repräsentanten für Zuverlässigkeit und Qualität bürgten. Als es aber in der Führungsstruktur kriselte, wuchs sich dies im nu zur Krise des gesamten KB aus, der es nur gewohnt war, sich nach oben zu orientieren. Die große Mehrheit des KB konnte und wollte die neuen Anforderungen an linke Politik und Theorie sowie ihre Aufarbeitung nicht mehr diskutieren – zu einem Zeitpunkt, als dies am allernötigsten gewesen wäre. Nicht die Zahl von Problemen und Widersprüchen haben unvermeidlich zur Auflösung des KB geführt, sondern sein Unvermögen, einen kollektiven Beitrag zu ihrer Bearbeitung zu leisten.
Übriggeblieben ist eine Struktur der alten KB-Mehrheit, die sich als Unterstützungsverein für die Zeitung ak begreift, sowie eine sich Gruppe K nennende Ex-KB-Minderheit, die sich entlang inhaltlicher Projekte mit anderen Teilen der Linken an kommunistischer Debatte beteiligen will. Beide zusammen haben auf ein Jahr zur Probe verabredet, trotz Streits den ak weiter herauszubringen.

Heiner Möller

Kopf-Geburt? Gruppe K

Vor einem Jahr hat sich unsere Gruppe, um der linken Anpassung an Großdeutschland entgegenzutreten, als Minderheitsflügel im KB (Kommunistischer Bund d.s.in) gebildet. Im April 1991 haben wir die Auflösung dieser Organisation unterstützt.

Wir müssen im Hinblick auf die Erarbeitung neuer politischer und theoretischer Grundlagen für revolutionäre Politik erkennen, daß derzeit die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint, als die Summe unserer Antworten.
Und dennoch wollen wir dem heute so modischen Abschied von linker Politik, der Vereinzelung und dem Rückzug ins Private ebenso eine Absage erteilen wie jenem erstarrten Organisations-Konservatismus, an dem der KB letztlich zugrundegegangen ist: Wir verstehen uns als einen Zusammenhang im Übergang. Zur vorrangigen Aufgabe unserer Gruppe zählen wir ihre Selbstaufhebung zugunsten eines organisatorischen Neuansatzes für kommunistische Politik, den wir aus eigener Kraft weder bewerkstelligen wollen noch bewerkstelligen können, da die inhaltliche Erneuerung eine Voraussetzung hierfür ist.

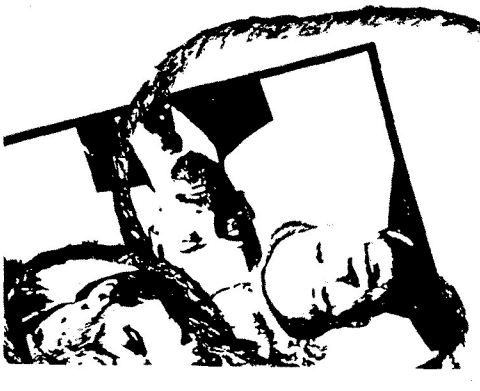
Wir haben uns für die Auflösung des KB entschieden, weil dieser strukturell und inhaltlich aus sich heraus nicht mehr bereit und in der Lage war, einen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik und zur notwendigen Entwicklung einer radikal linken Zusammenarbeit mit anderen nichtreformistischen Strömungen zu leisten. Jene innerorganisatorische Verkrustung geriet in den Jahren 1989/1990 in einen immer schärferen Widerspruch zu den innen- und weltpolitischen Veränderungen, durch die uns binnen kürzester Frist neue Maßstäbe für kommunistisches Denken und Handeln aufgezwungen wurden:
- Der Zusammenbruch des RGW und der ideologische Zustand der Gesellschaften, die der »Reale Sozialismus« nach 40jähriger Vorherrschaft in jenen Ländern hinterlassen hat, zwingt zur Neubewertung dieses ersten realsozialistischen Versuchs und zur Analyse seiner immanenten, systembedingten wie auch seiner in der marxistischen Theorie und leninistischen Praxis angelegten Unzulänglichkeiten und Fehler. Dies beinhaltet mehr als die Absage an den Stalinismus.
- Wir halten es auch in Zukunft für notwendig, das Dogma der scheinbar gattungsspezifischen Determiniertheit von Warenproduktion und Konkurrenz mit den kapitalistischen Realitäten von Armut und Entfremdung sowie der kommunistischen Utopie einer von Marktzwängen befreiten Produktionsweise zu konfrontieren.
Der vermeintliche Endsieg des Kapitalismus und die Marktideologie des Gorbatschowismus zwingen uns darüber hinaus, unseren Antikapitalismus neu zu fundieren und die Theoriedefizite, insbesondere in den Grundfragen der marxistischen Ökonomie, zu überwinden.
- Die Umbrüche in den internationalen Beziehungen erfordern es, die Tragfähigkeit der Leninschen Imperialismustheorie wie auch die auf eine Befreiungsperspektive der Völker der »Dritten Welt« setzende Politik zu überprüfen. Die aktuelle Bedeutung und Funktion des Nationalismus, die Unterschiede zwischen Metropolen- und Befreiungsnationalismus und die Rolle von Rassismus und Antisemitismus sind Bestandteil eines für uns ebenso wesentlichen wie neuen Untersuchungsfeldes.
- In Bezug auf Deutschland haben wir die analytischen Anstrengungen über die sozialen und politischen Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere auch in Bezug auf den neu eskalierenden Rassismus und Neofaschismus zu verstärken versucht. (Diese Auflistung erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

Unser Anteil an der Bearbeitung derartiger Fragestellungen wird aufgrund dessen, was wir als kleine Gruppe können und darstellen, nur bescheiden bleiben. Umso größer ist unser Interesse an einem Prozeß von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit ähnlichen Ansätzen verfolgenden Zirkeln. Zwar sehen wir derzeit im Bereich der Analyse und der Theorie- wie Strategieentwicklung einen Hauptzweck unseres Zusammenhangs, weil uns die Defizite fortschrittlicher Politik in diesem Bereich als besonders eklatant erscheinen. Unser politisches Selbstverständnis schließt aber einen Abschied aus linken Praxisfeldern oder eine ausschließlich kommentierende Haltung gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen antikapitalistischen und emanzipativen Widerstands aus.

Den einschneidenden politischen Veränderungen muß unseres Erachtens eine ähnliche inhaltliche wie auch organisatorische der Kommunistinnen entsprechen. Als Gruppe K wollen wir dem Kommunismus nicht abschwören, sondern ihn besser fundieren. Unser Ziel ist ein herrschaftsfreie Gesellschaft. Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken. Unser Mittel ist die Beteiligung an der Rekonstruktion organisierter Politik, die die Fehler nicht emanzipativer Organisiertheit vermeidet, die wir in unserer Vergangenheit selbst mitverantwortet haben. Die neue, bessere Organisation muß erst noch gefunden werden.

Dortmund, den 7. Juli 1991
Gruppe K

Kontakt und weitere Infos über:
Gruppe K, c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040 - 43 53 20



Radikale Linke: Streit um Krieg

Wir haben die „Radikale Linke", seit sie 1989 als neues politisches Projekt in der Linken auftauchte, in der Redaktion der „atom" mit geteilter – teils skeptischer, teils sympathisierender –, Aufmerksamkeit begleitet. Wir berichteten über ihre Gründung, begleiteten die Kampagne „Nie wieder Deutschland" und beobachteten und kommentierten den großen „Radikale Linke"-Kongreß vom 1.-3. Juni 1990 in Köln. Seitdem war es stiller geworden, um die „Radikale Linke". Die Demo „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" am 3.11. 90 brachte zwar nochmal 11 000 Leute auf die Beine, hatte aber bereits nicht mehr die Zugkraft in inhaltlicher Zuspitzung, wie die „Nie wieder Deutschland"-Demo im Mai, dokumentierte in einem Sammelsurium von Aufruf eher eine inhaltliche Zerstreutheit, die es allen Recht zu machen versuchte; war insofern mehr eine Demonstration des Zustandes der Linken, als eine Orientierung für dieselbe.

Den ersten Bruch gab's dann an der Orientierung zur Reichstagswahl. An der Boykott-Forderung „Keine Stimme für Deutschland" stiegen die Radikal-Ökologinnen aus. Anfang Februar, nach dem Treffen des RL-Koordinationsrates zum Golfkrieg verließ K.-H. Roth die RL. Im Golfkrieg leistete sich die „Radikale Linke" mit ihrer Flugschrift dann den Luxus, das „letzte Wort" zu haben. Während des Krieges selbst war von ihr weder etwas zu hören, geschweige denn zu sehen. Wohl nicht ohne Grund, denn über die Flugschrift zum Kriegsende gab's den Riesenkrach: Streit über die Bewertung der Rolle Deutschlands, die Position zu Israel, Kritik am „unreflektierten Anti-Imperialismus", Vorwürfe linken Antisemitismus'. Ein Streit der immer noch nicht ausgetragen ist, und der auch kaum noch geführt wurde. War dieses „letzte Wort" also auch schon das letzte Wort der „Radikalen Linken"?

Was noch läuft

Am 22./23. Juni gab es noch ein Treffen über die Zukunft des Projekts. 80 Leute waren erschienen. Auch die „Rad-Öks" waren noch gekommen, wohl aber eher als BeobachterInnen. Nicht mehr gekommen waren dagegen die verschiedenen KritikerInnen an der Flugschrift. Für sie war die RL bereits gestorben.
Die Zukunft der „Radikalen Linken" lag auf dem Juni-Treffen, angesichts des Golfkrieg-Streits um die Flugschrift, zwischen „Sein" oder „Nicht-Sein". Es gab Stimmen zur *„Auflösung des Zusammenhangs"*, und es gab die weit verbreitete Stimmung, *„daß wir nach dem Kongreß zerfallen sind"*. Die Mehrheit sprach sich für ein *„pragmatisches Umgehen"* aus. Die RL könne auf einem solchen Treffen nicht einfach begraben werden und es sei sinnvoll, einen bundesweiten Zusammenhang zu haben, der Diskussionen, die regional/lokal stattfänden, zusammenführe. Beschlossen wurde, den *„Rundbrief"*, als Bindeglied zwischen den Gruppen, Menschen und Arbeitszusammenhängen und zur Entwicklung der Diskussion, weitererscheinen zu lassen. Aktivitäten könnten nur von den lokalen Zusammenhängen ausgehen. Vorgestellt und angekündigt wurden zwei Projekte; ein Projekt der Berliner Gruppe, für eine Konferenz *„Ein Jahr Großdeutschland: eine Bilanz"*, die vom 22.-24. November in Berlin stattfinden wird und ein Projekt *„Imperialismus – Neue Weltordnung"*, eines von Thomas Ebermann als *„HHer Connection"* vorgestellten Kreises, zu dem neben Rainer Trampert und Heiner Möller wohl auch wieder andere gehören werden.
Der Streit um den Golfkrieg wurde nicht geführt, mangels Anwesenheit der KritikerInnen. Der Streit um die Reichstagswahlen ebenfalls nicht. Man/frau einigte sich auf die Formulierung, die nicht geführte Diskussion um die dahinter stehenden strategischen Widersprüche hätte *„menschliche Unzulänglichkeiten"* zum Tragen kommen lassen. Das ist zwar eine nette Formulierung, klärt aber nicht gerade die *„strategischen Widersprüche"*.

Strategische Widersprüche – menschliche Unzulänglichkeiten

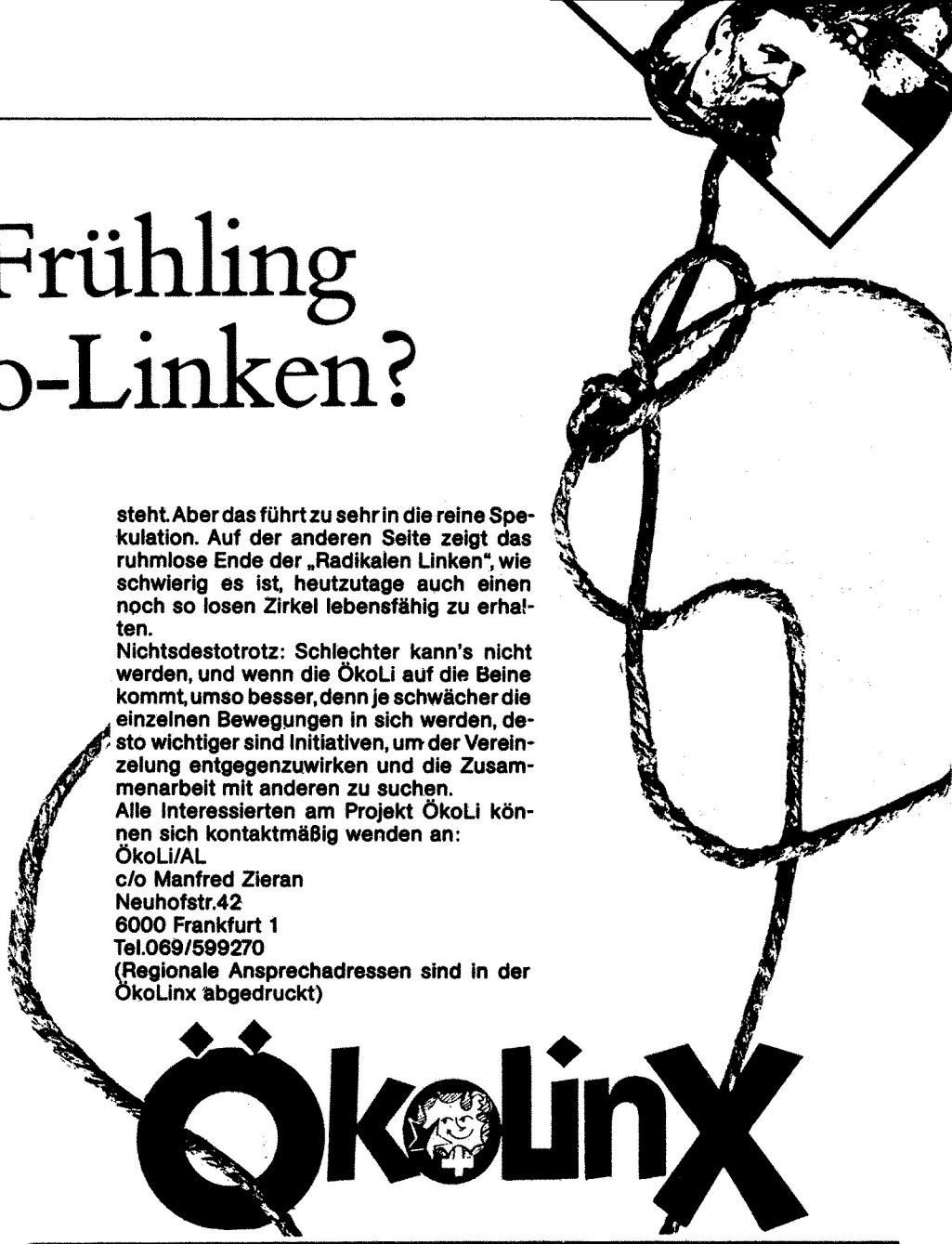
Im Golfkrieg-Streit, wie er um die Flugschrift entbrannte, haben sondern wichtige GründungsmitgliederInnen die „Radikale Linke" im Streit verlassen. Die *„strategischen Widersprüche"* in diesem Streit zu überbrükken wurde letztlich garnicht mehr versucht. War wohl auch in diesem Zusammenhang „Radikale Linke" nicht mehr möglich. Das liegt allerdings wohl nicht nur an den nicht mehr zur Diskussion bereiten KritikerInnen der Flugschrift. So wie in der „RL", im letzten *„RL-Rundbrief"* nachzulesen, die Auseinandersetzung mit den KritikerInnen geführt wird, dominieren hier vielfach immer noch die eher einfachen Raster in der Erklärung: Da gibt es nur die KriegsbefürworterInnen und die KriegsgegnerInnen und das reicht zum Sortieren. So bleibt dann aber nicht nur wesentliches im Streit ausgeblendet, sondern geht auch notwendig einiges durcheinander.
(...) Aufgeworfen wurde aber im Golfkrieg-Streit nicht nur die Frage der Kriegsbefürwortung oder Kriegsgegnerschaft. Das war nur eine Ebene, und gegen Gremlitza mußte da in dieser Frage sehr wohl Position bezogen werden (wenn auch nicht so, wie es zuweilen passiert ist. Gremlitza war nie Christdemokrat und bestimmt auch nie Waffenhändler, höchstens Waffensammler für El Salvador. Auch mit Enzensberger und selbst mit Biermann, mit denen er in einen Topf geworfen wurde, ist er nicht zu verwechseln.) Daneben gab es als zweite Ebene aber auch noch und gerade die Kontroverse unter den KriegsgegnerInnen, über die in der Tat in Frage stehende strategische Konzeption linker Politik. Dieser Streit wurde nicht, bzw. nur in Ansätzen, geführt. Er wird also weitergehen: um die Einschätzung der Rolle Deutschlands und um die Position der deutschen Linken zu Israel. Er wird zum Antisemitismus, auch dem linken, geführt werden müssen. Und er wird um den Antiimperialismus und die zukünftige Entwicklung des Imperialismus geführt werden; um die Frage, ob es zu einer Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz kommen wird, oder ob das Verhältnis imperialistische Metropolen – Peripherie im Vordergrund stehen wird und damit auch die bereits im Golfkrieg sichtbar gewordene ideologische Grundmuster vom Kampf *„Zivilisation versus Despotie"* für die Zukunft als Grundmuster imperialistischer Herrschaftssicherung und Eroberungspolitik im Vordergrund stehen wird.

Radikale Linke gescheitert

Daß diese Diskussion in der „Radikalen Linken" nicht geführt werden konnte, bedeutet, sie ist gescheitert. Denn das war ihr Anspruch, mit dem sie begründet wurde. Das Ziel mit dem das Projekt „Radikale Linke" auf den Weg gebracht wurde war nicht der Aufbau neuer organisatiorischer Strukturen, sondern der Aufbau eines Zusammenhangs für gemeinsame strategischer Debatte und Intervention der radikalen Linken, um so über die gemeinsame inhaltliche Politikentwicklung zu einer Rekonstruktion der Linken zu kommen. Der jetzt noch bestehende Zusammenhang von „Radikale Linke" leistet das nicht, kann es auch nicht. Das heißt nicht, daß sich diese „Radikale Linke" und die Gruppen die sich um sie gefunden haben, auflösen sollten. In der derzeitigen Situation fortschreitenden Zerfalls der Linken ist es sicher richtig die entstandenen Strukturen und Gruppen aufrechtzuerhalten. Nur der Anspruch, kann nicht mehr der sein, die Debatte der radikalen Linken über die eigenen Strukturen zusammenzuführen. Dafür wird es ein neues Projekt geben müssen, in das sich die „Radikale Linke" einbringen kann, und hoffentlich wird. Ein solches Projekt wird im weiter fortschreitenden Zerfall der Linken mehr denn je notwendig. Darauf solite deshalb jetzt schon hindiskutiert werden.

r. karsten

Linker Frühling mit Öko-Linken?



Im Mai dieses Jahres hat sich ein Teil der Linken und Radikal-Ökologen von den Grünen getrennt. Die Gruppe um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran hatte daraufhin für den 11./12.Mai zu einer 1.Bundeskonferenz der ökologischen Linken/Alternative Liste eingeladen, zu der an die 350 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet kamen. Im Gründungsbeschluß heißt es:

„Wir treten ein in den Gründungsprozeß einer basisdemokratischen, anti-Hierachischen Organisation Ökologische Linke/Alternative Liste (ÖkoLi/AL). Es soll eine bundesweite Organisation mit autonomen regionalen Strukturen sein.

Wir verstehen uns als Teil der außerparlamentarischen Opposition, parlamentarische Oppositionskandidaturen werden nicht ausgeschlossen. Die organisatorischen Strukturen, weitere programmatische Grundlagen und Projekte werden auf der Fortsetzung dieser 1.Bundeskonferenz im Herbst 1991 beraten und beschlossen.

Wir verstehen unseren Gründungsbeschluß auch als Angebot an alle Menschen und Bewegungen mit radikalökologischen, ökosozialistischen, ökoanarchistischen, feministischen und basisdemokratischen Grundanschauungen, die mit uns gemeinsam einen solchen politischen Weg gehen wollen."

(bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen)

Kurze Zeit später erschien die erste Ausgabe der „Ökolinx", dem Info-Rundbrief. Dort können ausführlicher die Gründe des Austritts aus den Grünen und die weiteren Perspektiven nachgelesen werden. Ein Exemplar kostet 2.- DM. Bestellungen nur gegen Vorkasse bei der Kontaktadresse am Schluß. Vermutlich liegt inzwischen die zweite Ausgabe vor mit den Terminen und Papieren zu der geplanten Konferenz im Herbst.

Wie das Ganze einzuschätzen ist, ist zur Zeit nur schwer zu sagen. Auf der einen Seite könnte die ÖkoLi für einige AKW-Gruppen von besonderem Interesse sein, weil sie parteipolitisch unabhängig ist und die Möglichkeit besteht, über die ÖkoLi über den eigenen, immer enger werdenden Tellerrand-Horizont rauszukommen, sich an anderen Aktivitäten und Diskussionen mitzubeteiligen bzw. die eigenen Aktivitäten dort einzubringen. Gerade in der Gründungsphase wäre es wichtig, ein entsprechendes Interesse auch rüberzubringen, d.h., sich die Materialien zu bestellen, sich auf dem Laufenden zu halten, zu den Treffen zu fahren usw. Insgesamt könnte die ÖkoLi auch deshalb interessant sein, weil sie von ihrem Selbstverständnis und ihrer Geschichte her der Anti-AKW-Bewegung am ehesten nahe steht. Aber das führt zu sehr in die reine Spekulation. Auf der anderen Seite zeigt das ruhmlose Ende der „Radikalen Linken", wie schwierig es ist, heutzutage auch einen noch so losen Zirkel lebensfähig zu erhalten.

Nichtsdestotrotz: Schlechter kann's nicht werden, und wenn die ÖkoLi auf die Beine kommt, umso besser, denn je schwächer die einzelnen Bewegungen in sich werden, desto wichtiger sind Initiativen, um der Vereinzelung entgegenzuwirken und die Zusammenarbeit mit anderen zu suchen.

Alle Interessierten am Projekt ÖkoLi können sich kontaktmäßig wenden an:

ÖkoLi/AL
c/o Manfred Zieran
Neuhofstr.42
6000 Frankfurt 1
Tel.069/599270

(Regionale Ansprechadressen sind in der ÖkoLinx abgedruckt)

ÖkoLinX

An alle interessierten Menschen und Bewegungen:

EINLADUNG ZUM 2. TEIL DER 1. BUNDESKONFERENZ DER ÖKOLOGISCHEN LINKEN / ALTERNATIVE LISTE (ÖKOLI/AL) IM HERBST 1991

Mit unserem Gründungsbeschluß (siehe Seite 1 haben wir die Gründungsversammlung der Ökologischen Linken/Alternative Liste (ÖkoLi/AL) auf ein Datum im Herbst 1991 vertagt. Dort soll über die organisatorischen Strukturen, weitere programmatische Grundlagen und über Projekte (wie zum Beispiel den Weltwirtschaftsgipfel 1992, die EG 1992 und die Aktionen zur 500-Jahr-Feiern der Eroberung Amerikas) beraten und beschlossen werden.

Wir suchen im Moment einen geeigneten Ort für den 2. Teil der Gründungskonferenz und werden Euch die genauen Angaben im Inforundbrief Nr. 2 mitteilen. **Voraussichtliches Datum: Oktober 1991.**

Was wäre ein Text aus unseren Zusammenhängen ohne Einschränkungen. Vorneweg also 2 Einschränkungen und zum Ausgleich ein »Übertreibung«. Bisher verstand sich das »wir« in den Texten immer auch als geschichtliches »wir«; ein Parabolspiegel für bestimmte Diskussionen, für einen Teil autonomer Geschichte. Er ist geradezu verkehrt entstanden - nicht als Reflexion geführter Diskussionen und formulierter Position, sondern aus dem erdrückend gewordenen Stillschweigen zu diesem Thema. Die zweite Einschränkung betrifft den Geltungsbereich des Gesagten. So internationalistisch wir uns auch geben, so sehr stoßen unsere Überlegungen und Einschätzungen an die Mauer, an die Grenzen zur Ex-DDR. So entschieden wir auch andernorts gegen Mauern anrennen, die Grenze zur DDR war über Jahrzehnte Demarkationslinie oder besser gesagt Endpunkt militanter Neugierde und Erfahrungen. Über diese Unwissenheit wollen wir nicht hinwegtäuschen. Es gibt kaum eine politische Strömung, die die eingestürzte DDR-Mauer mit soviel Zynismus und Ablehnung gegenüber den »Zonies« innerlich wieder aufrichtet, wie unsere autonome Szene.

Doitsch-Stunde

Anleitung zur Spurensicherung

von Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe

Eine andere, selbstgestellte Vorgabe können wir mehr denn je einhalten. Wir verstanden unsere Texte nie als eine Art politische Rückversicherung des »Angesagten«, des Unbestrittenen. Der Reiz des Schreibens bestand immer auch darin, am Anstößigen, am Umstrittenen unsere Erfahrungen zu messen. Ohne viel zu tun, knüpfen wir daran an.

Es gibt kaum ein Terrain, das so unberührt von militanten Annäherungen ist, wie die »deutsche Frage«. Beharrlich und verblüffend vereint hat die Linke seit Jahren ihre eigene, deutsche Identität exterritorialisiert. Außer Landes gebracht. Der MIR in Chile, die Tupas in Uruquay, die Befreiungsbewegungen in El Salvador und Nicaragua waren uns immer näher, als die eigene, deutsche Geschichte. Seit fast 20 Jahren betrachten wir die deutsche Geschichte mehr vom politisch Außenstehenden, als vom Standpunkt des Dazugehörenden. Nur wer ganz gemein ist, erkennt uns trotz aller Formen der Exilierung als Deutsche.

Die Mauer ist gefallen – wir mauern weiter

Mit dem Jahr '89 brachen politische, ökonomische und ideologische Koordinaten zusammen, an denen sich nicht nur herrschende Politik, sondern auch unser Widerstand orientierte:

- Mit dem Zusammenbruch der DDR ist eine weitere deutsche Kriegsschuld vermeintlich getilgt. Mit der (Selbst-)Auflösung des SED-Regimes haben die westdeutschen Protagonisten des »Kalten Krieges« nicht nur eine nachträgliche Rechtfertigung bekommen - der Systemkampf zweier vermeintlich so verschiedener Gesellschaftsordnungen ist eindeutig zugunsten des *Originals*(BRD) zulasten einer *Fälschung* (DDR) entschieden worden.
- Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist nicht nur das herrschende Blockdenken zusammengebrochen, sondern auch die herrschende Militärdoktrin vom Frieden durch gegenseitige Abschreckung. Die Grenzen der NATO beginnen sich sichtbar zu verändern.
- Mit der Metamorphose der UdSSR vom »Reich des Bösen« zum Hilfssheriff des ideellen Gesamtpolizisten USA ist die imperiale Aufteilung der Welt in zwei Hemisphären aufgekündigt - eine Neuverteilung, unter aktiver Beteiligung Westeuropas, hat gerade erst begonnen.
- Ist Mittel- und Südamerika für die USA ihr »Hinterhof«, so droht im Zuge der Neuordnung der einstige Ostblock zum »Hinterhof« Westeuropas zu werden.
- Haben bisher um die Macht kämpfende oder zur Macht gekommene Befreiungsbewegungen von den hegemonialen Interessenkollisionen - materiell und politisch - profitiert (z.B. Kuba, Angola, Nicaragua), so werden sich auf unabsehbare Zeit diese Spiel- und Handlungsräume nicht mehr ergeben.
- Mit der freiwilligen Hingabe der KPdSU zum »Erzfeind der Menschheit«, ist die »freie Welt« dabei, ein einst unüberwindbar erscheinendes Hindernis auf dem Weg zu *einer* imperialen Weltordnung, zu beseitigen. Bush hat anläßlich des Wüstenfeldzugs vor der UNO ganz und gar nicht halluziniert, als er - ohne Veto - von einer neuen »Ära einer Weltfriedensordnung« sprach.

Damit sind nur wenige Veränderungen und Auswirkungen angedeutet.

Und was machen wir, die Linke?

Die GRÜNEN täuschten wieder einmal kurz links an, indem sie anfangs noch an der deutsch-deutschen Grenze halt machten (»Zweistaatlichkeits-Pro-These«), um dann, »mit«befreit von den deutschen Kriegsfolgen und selbstbefreit vom Rechts-Links-Denken, rechts vorbei(-gedacht) bis zum Golf durchzubrechen, im Rahmen einer grünen NATO-Weltfriedenstruppe (vgl. z.B. Äußerungen des gewaltfreien, grünen Militärstrategen Udo Knapp).

Ein Teil der »Radikalen Linken« und andere Heimat- und vor allem parteilos gewordene Linke heilen ihre Wunden aus grünen Zeiten mit der miesesten Version parlamentarischer Opposition: Wozu die SPD 100 Jahre, die GRÜNEN 10 Jahre brauchten, das schafft die PDS bereits mit ihrer »Umgründung«. Eine Schrotladung voller scheindemokratischer, scheinoppositioneller und scheinsozialistischer Phrasen.

Viele Antifa-Gruppen und ein Teil des KB-Spektrums verlegen sich auf eine Neuauflage der Faschismusthesen der 70er Jahre, beschwören die »ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus«, das drohende »4.Reich« und rufen zum Kampf gegen des »wiedererwachte Deutschland« auf.

Die Genossinnen aus dem anarchistischen Spektrum propagieren angesichts der ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2.12.90 den »aktiven Wahlboykott« - eine Waffe, die stumpf bleibt, wenn sie nicht Ausdruck, sondern Ersatz für politische Intervention und soziale Kämpfe ist.

Die »swing«, autonomes Rhein/Main-Info vom Februar 90, unterlegte das Titelbild einer von SS-Soldaten abgeführten jüdischen Familie mit den Balkensätzen: »Kein 4. Reich - Tod dem Faschismus - gegen Wiedervereinigung«.

Die RAF schrieb noch Mitte der 80er Jahre vom »imperialistischen Projekt des globalen Faschismus« und es bleibt abzuwarten,

ob dieses Großdeutschland ein Grund mehr ist, daran festzuhalten. Zumindest in der RAF-Erklärung zum Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn am 13.2.91 wird die These vom 4. Reich wiederholt:» *Das 4.Reich braucht ... (für seine neue Weltmachtrolle, Anm.d.V.) die losgelassene Militärmaschine genauso dringend, wie schon die Nazis sie gebraucht haben. Die Interessen des deutschen Kapitals sollen nach 45 Jahren endlich wieder mit der ganzen Brutalität der Kriegsmaschinerie durchgesetzt werden können.*« (TAZ-Dokumentation, 15.2.91)

Und wie reagieren wir als Autonome?

Erst mal so, als ob uns das ganze nichts anginge. Hartnäckig und geradezu bockig hielten wir über Monate durch. Erst in den letzten Monaten, als eh alles zu spät war, kann mann mit viel Mühe - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - zwei Positionen in groben Zügen ausmachen:
Die erste ist augenscheinlich recht analytisch. Seit Jahren scheren wir uns nicht um Grenzverläufe und Nationenhickhack. Unser Selbstverständnis und Handeln bestimmt sich nicht entlang nationaler Grenzen, sondern an unserem militanten Internationalismus (»die Grenzen verlaufen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen unten und oben«). Wenn die Mauer zusammenbricht, die Ostblockgrenzen sich auflösen, die Weltkarte neu geschrieben wird, dann mag das ein Problem der Herrschenden sein. Unsere Bezugspunkte sind die Aufstände, die Riots ... weltweit ... und damit basta. Die herrschende Realität wird das verdammt nochmal zur Kenntnis nehmen und sich nach uns richten.
Ist diese erste Antwort Kosmopolitik und Kopf pur, ist die zweite Antwort umso mehr Bauch: »Halts Maul Deutschland. Es reicht!« (Aufruf zu den Aktionstagen für den Wiederzusammenbruch vom 30.9. - 3.10.90 in Berlin)
Wenn es uns schon nicht mehr gelingt, die Ohren zuzuhalten, dann sollen *die* wenigstens ihr Maul halten - als hätten wir was zu sagen. »Halts Maul Deutschland. Es reicht.« In Berlin reichte es für eine Demo mit ca. 15.000 Menschen, in Frankfurt für eine Spontandemo von ca. 50-100 Menschen. Das reicht vorne und hinten nicht.
Es hat sich wohl weitgehend herumgesprochen. Die Linke im allgemeinen und die Autonomen im besonderen stecken in einer Krise. Die Ereignisse 89/90, der Mauerdurchbruch, die politische Ausschaltung der Trägerinnen der DDR-Opposition, der als Staatsvertrag getarnte Kaufvertrag über die Ex-DDR usw., sind nicht der eigentliche Grund für unsere Krise. In ihnen drückt sich vielmehr in aller Konsequenz unsere radikale Abwesenheit aus. Wir waren zu keiner Zeit ein zu beachtender Stolperstein auf dem Weg zur »Wiedervereinigung«. Es ist nicht die Niederlage, die uns so ohnmächtig macht, sondern die Bedeutungslosigkeit, die uns mit den deutsch-deutschen Ereignissen vor Augen geführt wurde. Gab es in den letzten 20 Jahren zu allen Fragen von oben einen Widerstand von unten, der öffentlich beachtet, reformistisch aufgegriffen und repressiv verfolgt werden mußte, so waren die wenigen Proteste und Widerstände 89/90 kaum noch eine Randnotiz wert.
Damit sind die Relationen und Gewichts-Verhältnisse offensichtlich geworden, die in den Kämpfen an Bauzäunen, Mauern und Projekten allzuoft untergingen. Am Augenscheinlichsten sind mit den Ereignissen 89/90 jahrzehntelang, weitgehend unumstrittene Welt-Bilder und -ordnungen zusammengebrochen. Was für die Reformierten (von GRÜNEN bis hin zu den kommunistischen Ex-Partei-Soldaten) als letzter Akt der Befreiung gefeiert wird und in selbstläuternden Gelöbnissen zum »geeinten« Deutschland seinen Höhepunkt fand, ist für viele Linke ein Grund mehr, an diesen Welt- und Ordnungsbildern festzuhalten. Aus Angst, tatsächliche Risse, Brüche und Veränderungen könnten alles in Frage stellen, werden allzuoft mit ideologischer Füllmasse begründete Unsicherheiten und Zweifel glattgestrichen. Was für die reformierte Linke in ideologisch-enthemmte Machtpolitik mündet, endet - vorläufig - unter uns in Sprachlosigkeit oder unsäglichen Flugblättern.
In der Ritualisierung von Antworten, gerade wenn es um Fragen nach dem deutschen Faschismus, Nationalismus und Rassismus geht, sehen wir einen Grund für unsere Unfähigkeit, auf die Ereignisse der letzten Jahre zu reagieren.
Wenn wir auf dieses Deutschland mehr Antworten suchen als Gegen-Rituale, dann müssen wir doch einschränkend hinzufügen, daß wir der »Macht der Erkenntnis« nur eine ganz bescheidene Wirkung zusprechen. Das »richtige« Bewußtsein ist heute mehr denn je eine äußerst unzulängliche Waffe.

Das »4. Reich« – oder die politische Selbstentwaffnung militanten Antifaschismus

Es gibt selten ein Thema, wo es uns so wenig auf Unterscheidungen, Differenzierungen und vorsichtigen Annäherungen ankommt, wie beim Thema »Deutscher Faschismus«. Je praller wir - verbal - zuschlagen, desto antifaschistischer. Wobei die von uns, die Zweifel äußern, Differenzierungen fordern, immer mit dem Verdacht zu

kämpfen haben, es nicht richtig ernst zu meinen, der wachsenden Faschismus-Gefahr nicht ins Auge zu sehen.
Es gibt kaum ein Thema, das so bestimmend Männersache ist, wie in antifaschistischen Zusammenhängen. Das hat weniger etwas mit Gewalt-gegen-Gewalt zu tun, als vielmehr mit Um- und Herangehensweisen, die Gemeinsamkeiten mehr gegenüber dem Feind aufrichten, als an eigenen, anderen Lebensvorstellungen.
Es gibt kaum ein Thema, das so voller Gegen-Rituale, inhaltlicher Umkehrungen und standardisierter Antworten ist, wie der Anti-Faschismus der letzten 10-15 Jahre (»Ausländer raus« -» Nazis raus«; »Rotfront verrecke« - »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft«; Nazi-Embleme - Antifa-Embleme ...)
Wenn es um Faschismus geht, schrumpfen die Unterschiedlichkeiten zwischen KB, Antifa, K-Gruppen, Antiimperialistinnen und Autonomen auf's Unscheinbare. Offensichtlich sind wir uns mehr oder weniger einig: Im Kampf gegen die »ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus«, gegen den wachsenden Nationalismus, gegen verschärfte Ausländerinnenfeindlichkeit und gegen die zunehmenden Rassismen. Die Summe all dieser Kontinuitäten mündet im gemeinsamen Aufruf, ein - drohendes - »4. Reich« zu verhindern.

Foto: Martin Langer

Es sind dies - ohne dies hier weiter auszuführen - im wesentlichen die Faschismus-Thesen der 70er Jahre. Oder, unter Berücksichtigung des Zeitfaktors: Alles, was wir schon immer gesagt, wovor wir schon lange gewarnt haben mit Großdeutschland maigenommen (wobei Sexismus- und Patriarchatskritik mehr additiv als qualitiv dazugekommen ist).
Wenn wir im folgenden die Faschismus-Thesen der 70er Jahre kritisieren, dann aus zwei Gründen:
1. Wir halten diese heute für politisch selbstentwaffnend. Anstatt unseren Blick und unser Handeln für Widersprüche, Gegenläufigkeiten und Veränderungen zu schärfen, ebnen wir sie ein und machen sie damit unangreifbar. Wie wenig wir mit diesen »Wiederholungen« die Veränderungen der letzten Jahre einholen konnten, beweist die Reibungslosigkeit, mit der deutsch-deutsche Geschichte gemacht wird.
2. Die Faschismus-Thesen der 70er Jahre hatten einen gesellschaftlichen Hintergrund, der mit heute nicht mehr zu vergleichen ist. Diese Thesen heute fortzuschreiben, heißt zudem, die eben auch erfolgreich anti-faschistischen Kämpfe der 60er und 70er Jahre zu leugnen, die Veränderungen, die diese Kämpfe mit erzwungen haben.
Die antifaschistischen Thesen der 70er Jahre waren auf eine Gesellschaft gerichtet, die mit der »Stunde Null«, 1948, ihre eigene Geschicht tabuisierte, eine Gesellschaft voller leibhaftiger Kontinuitäten, deren Tugenden sich in nichts von denen der 30er Jahre unterschieden, gegen einen Staat, der jede Opposition, die das »deutsche Trauma« zur Sprache bringen und zur Verantwortung zwingen wollte, zum Schweigen brachte (KommunistENhatz der 50er Jahre, Anti-Wiederbewaffnungs- und Anti-Atomtod-Bewegung), einen Staat, der die gesellschaftlichen Zentren mit Wiederaufbau und Wirtschaftswunder vollbeschäftigen und »versorgen« und Opposition an den *Rand* der Gesellschaft drücken konnte. Damals mußte zurecht von der ungebrochenen Kontinuität des deutschen Faschismus ausgegangen werden, mit der daraus abgeleiteten Gefahr einer schleichenden bis offenen Faschisierung. Doch im Gegensatz zu den 40er und 50er Jahren fand die Opposition in den 70er Jahren fast in jedem Winkel der Gesellschaft ihre Übersetzung - ob in der Auseinandersetzung mit den eigenen Eltern, im Betrieb oder in der Lehre, an der Uni und in den Schulen, in selbstverwalteten Jugendzentren oder in vielen Kämpfen auf der Straße. Die 68er/70er Bewegungen erzwangen die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, die Konfrontation mit anderen Lebensvorstellungen und -utopien, jenseits des deutschen Untertanengeistes. Es sind diese Veränderungen - auf die wir später genauer eingehen werden - die diese Gesellschaft und diesen Staat wesentlich mitprägten.

Diese Veränderungen müßten alleine dadurch augenscheinlich werden, wenn wir in der Ex-DDR die »stillgelegten« rassistischen und nationalistischen Potentiale erleben, die sich nach 40-jähriger sozialistischer Inverwahrnahme nun ihren Weg in die »Freiheit« schlagen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß ein »bearbeiteter« Faschismus gegenüber einem geleugneten Faschismus »besser« oder weniger bedrohlich ist. Gesagt ist damit vielmehr, daß wir diese Unterschiedlichkeiten überhaupt erst erkennen müssen, um ihre spezifischen (Aus-)Wirkungen angreifen zu können. (Daß die letzte »*Nie wieder Deutschland*«-Demo am 3.11.90 nicht - wie anfangs geplant - in Leipzig, sondern in Berlin-West stattfand, ist eine - zumindest pragmatische - Anerkennung unterschiedlicher Bedingungen).
Wie wenig die Faschismus-These vom »4.Reich« - als Summe aller Kontinuitäten - die Veränderungen und Entwicklungen der letzten Jahre erklären kann, läßt sich mit ein paar »querliegenden« Beispielen andeuten:
Die *Ideologie »Frau zurück an den Herd«* kann nicht die Nutzbarmachung »weiblicher Qualitäten« in allen gesellschaftlichen Bereichen - von der Frau in Polizeiuniform, über die Managerin zur Frauenbeauftragten und erfolgter Quotierungen - erklären.
Die Ideologie der »Rassenreinheit« erklärt nicht die kosmopolitische Stuyvesant-Kampagne unter dem Motto »come together«, das rot-grüne Konzept einer multikulturellen Gesellschaft.
Der überkochende, *fahnentrunkene Nationalismus* gibt keine Antwort auf die nüchterne DM-Mentalität vieler DeutschER.
Die Ideologie von der »Volksgemeinschaft«, von dem einen Volk erklärt nicht die Yuppisierung und Streuung (Diversifikation) herrschaftsförmiger »Lebensstile«.
Die soldatische, asketische Haltung des Faschismus erklärt nicht das hedonistische, auf (Lust-)Befriedung ausgerichtete Lebensgefühl breiter Mittelschichten, die unüberhörbare, einflußreiche Propagierung dieses Kir-Royal-Bewußtseins durch seine realpolitische Avantgarde (dabei spielen - nicht ohne Ironie - gerade die Ex-Soldaten kommunistischer Kaderschmieden vom RK über KBW zu Teilen des KB eine führende Rolle).
Wenn wir im folgenden die *Veränderungen* innerhalb des kapitalistischen Systems nach 1948 zu beschreiben versuchen, dann auf dem Hintergrund unserer Einschätzung, daß diese *Veränderungen* und eben nicht die Kontinuitäten des deutschen Faschismus bestimmend für die Stabilität dieses Nachkriegsdeutschlands sind.
Diese Einschätzung schließt die These mit ein, daß sich unsere Schwierigkeiten, militanten Widerstand zu verbreitern, weniger aus den Kontinuitätnen, als aus den erfolgten Veränderungen erklären lassen. Kommen wir zu den Veränderungen, die wir weitaus schwerer fassen und angreifen können als die ideologischen, personellen und ökonomischen Kontinuitäten:
- Heute werden Gewerkschaften nicht zerschlagen, sondern durch sie hindurch regiert.
- Heute werden soziale und politische Widersprüche nicht geleugnet, sondern für die Dynamik dieses Systems nutzbar gemacht. (BürgERanhörung als Frühwarnsystem, soziale Protestformen als kapitalistischer Innovationsschub...) »Oppositionelle Artikulationsmöglichkeiten sollen also keineswegs eliminiert, vielmehr ihre Ungebundenheit

und Unvorhersehbarkeit blockiert werden, um sie in genau bestimmte, rechtlich festgelegte, im optimalen Fall verfassungsrechtlich normierte Formen und Grenzen zurückzuholen« (Agnoli)

- Heute werden sexuelle Bedürfnisse nicht tabuisiert (und damit als subversive Kraft potentiell unkontrollierbar), sondern durch deren Öffentlichmachung erst codierbar und manipulierbar.
- Heute wird Herrschaft nicht durch das anonyme Zusammenfügen von Massen, durch Massenaufmärsche, sondern durch deren systematische Individualisierung und Atomisierung hergestellt.
- Heute wird der Massenkonsens nicht von einem Terror flankiert, der in seiner *Wahllosigkeit und Willkür* jede/n treffen kann. Die Qualität heutiger Repression ist gerade, *gezielt* Menschen zu verfolgen, die sich gegen den Herrschaftskonsens stellen. Die staatliche Verfolgung »unbescholtener« Bürgerinnen ist heute eher ein Grund zur öffentlichen Rehabilitierung, als eine unausweichliche, gewollte Begleiterscheinung staatlicher Gewalt. Hinzu kommt, das die Wirkung (abschreckender) staatlicher Gewalt mehr in der *Unausweichlichkeit* staatlicher Verfolgung als in deren *öffentlichen Inszenierung* liegt.
- Die soziale Identität vieler Menschen wird heute weniger über deren nationale Zugehörigkeit, als über deren verwertbare Leistung bestimmt. Heute zählt mehr der Leistungs- als der Ariernachweis - was noch lange nicht heißt, bei selber Leistung denselben Lohn oder gar die gleiche Chance zu bekommen.
- Die Vorstellung von einer »faschistischen Machtergreifung« durch Parteien außerhalb des herrschenden Parteiengefüges, wie z.B. durch die REP's, entspricht eher politischen Nachbildungen der 20er Jahre, als der veränderten Parteienstruktur und -funktion heutiger, staatstragender Volksparteien. Die Verwandlung von Klassen- zu Volksparteien befreit diese von der Wahrung bestimmter klassen- und sozialgebundener Interessen und Wertvorstellungen. Was augenscheinlich - gerade von SPD und GRÜNEN - als Aufhebung des Recht-Links-Denkens gefeiert wird, ist nicht anderes als die Wahllosigkeit politischer und kultureller Herkunft, Ausdruck für die wachsende Zerstörung klassen- und sozialgebundener Lebensbedingungen und Vorstellungen. Diese Wahllosigkeit schließt ihre skrupellose Nutzung mit ein, geradezu beliebig rechts oder links aufzufahren, solange diese Wahlmanöver am Grundkonsens aller Demokraten nicht rütteln.
- Mit der Integration des Ausnahmezustandes in den Normalzustand (z.B. durch den §129a) verschaffen sich die Herrschenden selbst das Präventiv-Instrumentarium, um systemoppositionellen Widerstand zu bekämpfen, bevor dieser die Herrschenden vor die Frage offener faschistischer Gewaltanwendung stellt. Es gehört zu jenen »Lernprozessen« dieses Modell Deutschland, die Ausrufung des Notstands dadurch überflüssig zu machen, indem mann ihn zu einem integralen Bestandteil des Normalzustandes macht.

Ausnahmezustand und Normalzustand, Krieg und Frieden, Hunger und Wohlstand, Vernichtung und Integration sind keine voneinander zu trennenden, sich gegenseitig ausschließenden Herrschaftszustände; vielmehr stellen diese in ihrem weltweiten Zusammenwirken ein wesentliches Fundament für die Stabilität westeuropäischer Metropolen dar. Damit ist auch eine Schwierigkeit angeschnitten, die geschichtliche Trennung von bürgerlicher und faschistischer Herrschaft so aufrechtzuerhalten.

Um den Ausgangsgedanken noch einmal unter einem anderen Blickwinkel aufzugreifen: die Stabilität Deutschlands, der darin verankerte passive Konsens, ist nicht aus der Kontinuität des deutschen Faschismus erklärbar, sondern aus seinem Scheitern.

Um *keine Mißverständnisse* aufkommen zu lassen: dieses Deutschland hält all jene ökonomischen, politischen (Grund-)Strukturen, psychischen und sozialen Zurichtungen bereit, deren sich auch der deutsche Faschismus bedient hat. Nichts besonders deutsche, sondern Basiskonzentrat jeder kapitalistischen Gesellschaft: Autoritätshörigkeit, Nationalstolz, patriarchale Strukturen, Ordnungs(wahn)sinn, Leistungsethos ... Die Frage ist aber, ob sich dieses Großdeutschland auf absehbare Zeit »gezwungen« sieht, diese Potentiale zur Überwindung von Krisen zu eskalieren. Entweder als Antwort auf massenhaften, systemverändernden Widerstand oder/und als Antwort auf die Nichtkonkurrenzfähigkeit nationaler Kapitale. Um es kurz zu machen: Weder werden wir auf absehbare Zeit das System vor die Alternative stellen, noch wird es das Kapital nötig haben, angesichts zunehmender Kämpfe und innerer Krisenhaftigkeit zu kapitulieren bzw. zur faschistischen (End-)Lösung zu greifen. Vom Gegenteil ist eher auszugehen: Noch nie hat es in der Geschichte Deutschlands so wenig Gründe gegeben, faschistische und nationalistische Potentiale zur Stabilisierung von Herrschaft zu aktivieren. Es gab noch nie so wenig breite, organisierte Systemopposition wie heute, noch nie war deutsches Kapital so konkurrenzfähig/markterobernd auf dem Weltmarkt wie heute (ganz abgesehen von der Internationalisierung nationaler Kapitale) und noch nie stand der Markt »Osteuropa« gerade Deutschland so »zur freien Verfügung«.

Die Fortschreibung deutscher Geschichte auf's »4. Reich« ist keine Frage unterschiedlicher Gewichtung oder verschiedener Maßstäbe. »Deutschland denken heißt Ausschwitz denken!« ist die Zwischenüberschrift eines Flugblattes zum 3.10.90 aus dem »Radikale Linke« - Spektrum. Mit dieser Gleichung landet die Geschichte in der Tiefkühltruhe: wir frieren Geschichte ein, anstatt aus ihren Veränderungen, Brüchen heraus unsere Kämpfe (mit-)zubestimmen. Mit dieser Gleichung bringen wir 40 Jahre BRD-Geschichte und -kämpfe zum Schweigen. Und das ist ganz und gar nicht zufällig: auf dieses Nachkriegsdeutschland haben wir weitaus weniger Antworten, als auf seine faschistische Vergangenheit. Mit dem schnellen Griff zum Brandzeichen »faschistisch« entgehen wir allzuoft der mühsamen Anstrengung, unseren Widerstand aus der eigenen Geschichte, aus den Erfahrungen anderer Kämpfe zu entwickeln.

Foto: Martin Langer

»Deutschland denken heißt Ausschwitz denken« steht auch für eine »linke Tradition«, die sich eher aus und mit den Opfern erklärt, als aus dem eigenen Widerstand, aus den Erfahrungen und Konsequenzen, die wir aus früheren Kämpfen gezogen haben (müßten!).
Weil es Ausschwitz gab, heißt, an Deutschland denken gerade auch an Widerstand denken. Hören wir auf, immer wieder die Opfer für uns sprechen zu lassen, ihnen unsere Antworten und Konsequenzen in den Mund zu legen. Damit stellen wir uns nicht auf die richtige Seite, sondern in die Fluchtlinie derer, die mit ihren staatstragenden Mahnungen an die Opfer des Faschismus die Tatsache zum Schweigen bringen wollen, daß Widerstand geleistet wurde, daß Widerstand möglich war ... und ist! Beziehen wir uns in unseren Kämpfen heute auf die Frauen im Widerstand, auf die Widerstandsgruppen im 3.Reich - wir bräuchten ihnen nichts in den Mund zu legen - sie können uns was sagen.

Wir sehen noch einen anderen Grund für die These vom »4. Reich« - einen Grund, der weniger unsere Einschätzungen berührt, als die elementare Frage nach der Legitimität militanten Widerstands. Jeder Widerstand muß sich legitimieren. Wenn wir uns gerade nicht auf herrschende Gesetze und Geschichtslehren berufen, dann muß unsere Legitimität in den Kämpfen sichtbar werden, in der Art, wie wir kämpfen, wie wir unsere Lebensvorstellungen darin zum Ausdruck bringen.
Wir sehen in der Geschichte des autonomen Anti-Faschismus der letzten Jahre eine gefährliche politische Tendenz: Antifaschistischer Widerstand wird allzuoft an sich gerechtfertigt. Eine historische Legitimität, die sich alleine aus der Tatsache des 3. Reiches ergibt. Eine Legitimität, die sich aus der scheinbar weltweiten Verurteilung des Nazi-Regimes ergibt, und eben nicht aus den eigenen Handlungen und Wertsetzungen.
Mit dem Verweis auf faschistische Kontinuitäten »borgen« wir uns dieses historische Legitimität, anstatt sie selbst zu begründen, eine Legitimität, die damit mehr auf das »schlechte« bürgerliche/linke Gewissen setzt, als auf die Faszination und Ausstrahlungskraft widerständischen Lebens.
Antifaschistischer Widerstand, der sich moralisch rechtfertigt und nicht aus den eigenen Kämpfen, läuft Gefahr, daraus einen Kampf zweier Ideologien zu machen. Nicht mehr unterschiedliche Wirklichkeiten bestimmen den Kampf, sondern die »richtige« Ideologie.
Der Versuch, den Kampf gegen die Ideologie des Faschismus zu führen und nicht gegen eine soziale Wirklichkeit, die der Faschismus - gegen »bürgerliche Feigheiten und Halbheiten« - zuende denkt, scheiterte geschichtlich schon einmal - blutig und tödlich. Gegen die faschistische Propaganda, gegen SA-Schlägertrupps und ehemalige Frontsoldaten kämpfte eine breite Basis aus sozialdemokratischen, kommunistischen und linksradikalen Antifaschistinnen erbittert und ausdauernd. Doch die Schlacht gegen die Nazis wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern gerade auch »zuhause«, in den eigenen Reihen. Dort, wo die Helden der Arbeit und der Straße, die Disziplin und bedingungslose Unterordnung, patriarchale Familien- und Parteistrukturen nicht angegriffen, sondern gegen jede Form der Abweichung und Infragestellung verteidigt wurden.
Indem diese Strukturen innerhalb des antifaschistischen Widerstands nicht verändert wurde, war für den Faschismus der Weg frei, dieselben Strukturen unangefochten zu mobilisieren, daß der Faschismus für diese Lebenshaltungen und -vorstellungen »näherliegenden« Antworten hatte, war damit eine Frage der Zeit.
Für das Scheitern des antifaschistischen Widerstandes in der Weimarer Republik war die Unüberwindbarkeit dieser patriarchalen Strukturen weitaus entscheidender, als die Niederlagen auf der Straße und bei den Wahlen.
Wie überwindbar hingegen ideologische Gegensätze waren (und sind), wenn sie mit denselben patriarchalen Strukturen verbunden sind, beweisen alleine die in die 100.000 gehenden kommunistischen und sozialdemokratischen Wählerinnen, die 1932/33 mit ihrer Stimme, der NSDAP den »Wahlsieg« ermöglichten.

Foto: Martin Langer

Autonomer Antifaschismus – ein Kampf gegen die »Vorboten des 4. Reichs«?

Wenn wir die letzten knapp 20 Jahre ein wenig sprung- und lückenhaft an uns vorbeiziehen lassen, dann läßt sich zumindest eine »fallende« Tendenz ausmachen: Eine Auseinandersetzung, die auf ihrem »Höhepunkt« fast alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßte, an der kaum jemand vorbeikam, verengt sich mit den Jahren zusehends auf eine Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Faschos - nicht mitten in den Verhältnissen, mehr im Schatten der Verhältnisse.

Es gibt dafür eine Anzahl von Gründen, die an uns liegen. Ausnahmsweise möchten wir einen Grund anführen, der mit uns nichts zu tun hat.
Wenn jemand aus den Auseinandersetzungen der 60er und Anfang der 70er Jahre »gelernt« hat, dann war es dieser Staat. Konnte der Staat in den 60er/70er Jahren noch mit seinem Schweigen konfrontiert werden, so bringen uns heute die Antworten mehr zum Schweigen als in wilde Rage. Antifaschismus ist kein Thema mehr, das von außen gegen diesen Staat, gegen seine gesellschaftlichen Machtträger durchgesetzt werden muß.
Heute gehört Anti-Faschismus zum Staatsgut, kein historischer Rückblick kommt ohne das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus aus. Mehr noch: Indem der Anti-Faschismus staatlich institutionalisiert wurde, konnten auch die »Lehren aus der deutschen Vergangenheit« im Rechts(staats)sinne gewertet werden.
Mit der (erzwungenen) Anerkennung der historischen Schuld und Mitverantwortung war überhaupt erst die Möglichkeit eröffnet, die sich daraus ergebenden »Lehren« umzudrehen: aus dem Widerspruch, aus der Opposition zu diesem Nachfolgestaat wurde ein Bekenntnis zu diesem Staat. »*Das Vergessen zu verhindern, ist ein Mittel, den Menschen bewußt zu machen, was sie an der Demokratie zu schätzen haben.*« (Kohl, FR v. 10.11.88) Damit ist es den herrschenden Ideologieträgern gelungen, die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus staatlich zu zentrieren. Das hieß vor allem, diese nicht in den Händen der Verfolg-

ten und Oppositionellen zu lassen, sondern in eine Lehrstunde für Demokraten zu verwandeln. Heute lassen die Herrschenden keinen Gedenktag aus, um als erste über die Lehren der Geschichte zu reden. Da ist kein Platz mehr für einen Antifaschismus, der dieser Demokratie nicht huldigt, sondern der sie gerade deshalb angreift. Es ist nicht mehr das Schweigen, es sind die Antworten, die dieser Staat auf das »dunkle Kapitel« deutscher Geschichte gefunden hat, die die TäterInnen von unten mit den Tätern von oben versöhnt, indem sie zusammen der »Opfer des deutschen Faschismus« gedenken (diese Art von Geschichtsaufarbeitung wird gerade in der Ex-DDR nachgeholt: »das SED-Regime war grausam und überall, Widerstand war zwecklos, und deshalb wurden wir alle Opfer des Stalinismus ... «) *»Opfer haben etwas Rührendes an sich. Man kann um sie weinen, mit ihnen leiden, sich der Erschütterung anheimgeben und sich dann wieder der wichtigeren Dinge zuwenden. Es ist schrecklich, aber was hätte man schon tun können? Die Konfrontation mit den Juden, die etwas getan haben, ist weniger bequem. Sie stellt die Frage nach den 'Ariern', die nichts getan haben ... Sie wirft generell den Verdacht auf, daß man die Verhältnisse, so wie sie sind, nicht hinnehmen muß. Daß man sogar gegen einen scheinbar hoffnungslos überlegenen Gegner kämpfen kann.«(Ingrid Strobl, »Sag nie, du gehst den letzten Weg«, S.325)*

Die These vom »4.Reich« leugnet nicht nur diesen staatlich regulierten Anti-Faschismus, sie macht uns auch unfähig, darauf zu reagieren. So »leicht« es in den 60er/70er Jahren war, das allgegenwärtige Schweigen zu durchbrechen, es mit unseren Antworten und Konsequenzen konfrontieren, so schwer fällt es uns heute, den Antworten der Glotz, Hauff's, Grosser's, Gallinzki's usw. etwas entgegenzusetzen. Wir überlassen ihnen mehr oder weniger unumstritten das Feld.

Stattdessen füllen wir vom Rand her die These vom »4. Reich« auf, indem wir selbst die Auseinandersetzungen mit Neonazis und Skinheads ins Zentrum autonomen Antifaschismus stellen.

Um auch da mögliche Mißverständnisse auszuräumen: Wenn wir oder andere von Skinheads oder Neonazis angegriffen werden, müssen wir in der Lage sein, uns selbst zu verteidigen. Formen militanter Selbstverteidigung (weiter-) zu entwickeln, Strukturen von Gegen-Macht aufzubauen halten wir für keine spezielle Aufgabe antifaschistischen Widerstandes. Wir wünschten uns, es wäre viel mehr ein grundsätzliches Element autonomer (Selbst-)Organisierung.

Unsere Kritik zielt auf etwas anderes: Warum müssen wir, wie so oft, Neonazis hinterherrennen, warum, diese Auseinandersetzungen geradezu suchen? Wenn wir uns an viele Antifa-Aktionen der letzten Jahre erinnern, dann ging es oft darum, zu irgendwelchen Fascho-Treffen j.w.d. zu mobilisieren, irgendwelche geheim gehaltenen Treffen ausfindig zu machen, irgendwelchen Fascho-Treffpunkten hinterherzujagen. Wir bezweifeln, daß wir sie mit der Verhinderung ihrer Parteitage und Kundgebungen tatsächlich treffen. Politisch jedenfalls treffen wir sie weitaus weniger, als in ihrem Stolz:*»Die Autonomen (sind) unser größter Gegner. Sie sind gefährlich, weil sie uns den Straßenkampf streitig machen. Gewöhnliche Linke sind feige ... Die Autonomen sind anders. Sie starten Aktionen, die wir am liebsten selber machen würden.« (Michael Kühnen, zit. nach Radi Nr. 137, S. 48).*

- Na, wenn sich nicht da manch' einER von uns geschmeichelt fühlt ... Wenn wir bezweifeln, daß dieser Kampf gegen Skinheads und Neonazis die politischen Gefahren trifft, die von (Groß-)Deutschland ausgehen, dann auch aus einem anderen Grund. Wir sehen in der »Verbandung« dieser Auseinandersetzungen die Gefahr der Selbstmarginalisierung militanten Widerstands.

Wie sehr wir gerade den Herrschenden ins Bild passen, anstatt ihnen in die Quere zu kommen, veranschaulicht kaum besser die Legende von Rechts- und Linksradikalismus. Ein Bild, das dieser Staat so sehr braucht, um sich selbst in der Mitte zu postieren: von links wie rechts gleichermaßen verhöhnt und gerade deshalb so glaubwürdig und schützenswert - mit aller Gewalt, versteht sich. Die Legende vom Totalitarismus hat Geschichte. Es ist die Lüge vom wehrlosen, demokratischen Staat, der verfolgt von seinen Feinden von links und rechts, kapitulieren mußte. Es ist die Legende von der Weimarer Republik, die zwischen den Polen links und rechts zerrieben wurde, und aufgrund mangelnder Wehrhaftigkeit ein Opfer des Faschismus wurde.

Mit der Reduzierung militanten Antifaschismus auf einen (Zwei-)Kampf zwischen Autonomen und Neonazis stützen wir gerade diese Legende, anstatt deren Träger anzugreifen. Wie für eine Legende dann auch ein Stück Realität abfällt, demonstrierte ein Polizeieinsatz in Frankfurt dieses Jahres, anläßlich einer versuchten NPD-Demo. Zuerst prügelte die Polizei auf die antifaschistische Gegendemonstration ein, um ein Durchbrechen in Richtung NPD-Häufchen (knapp 50 an der Zahl) zu verhindern. Als sich dann ca. 60 Skinheads und Neonazis aus unerwarteter Richtung auf die Gegendemonstration zubewegten und bereits Panik auslösten, versprach die Lautsprecherdurchsage eines Wasserwerfer »Schutz«

von ungewohnter Seite: *»Bitte machen Sie die Straße für den Wasserwerfer frei. Dieser Einsatz gilt nicht Ihnen, sondern den Skinheads, die gerade im Anmarsch sind. Wir erledigen das.«*

Wir werden in Zukunft mit einer paradoxen Situation konfrontiert sein: Auf der einen Seite beweisen gerade die Ereignisse um Großdeutschland, wie wenig darin die Neonazis eine politische Bedeutung haben, wie wichtig es den Herrschenden ist, ohne sie auszukommen. Auf der anderen Seiten werden wir gerade aufgrund dieses Groß-

Foto: Martin Langer

deutschlands mit wachsenden Angriffen von Neonazis rechnen müssen. Die Orientierungslosigkeit vieler »DDR-Entlassener«, die »Befreiung« stillgelegter faschistischer und rassistischer Potentiale im Osten, die sozialen und politischen Unsicherheiten, die sich mit Großdeutschland verschärfen werden, werden sich gehäuft in neonazistischen Überfällen und offener rassistischer Gewalt ausdrücken.
Einen Grund sehen wir in der ideologischen Schere zwischen oben und unten: Während die Herrschenden die ideologischen Grenzen des Nationalismus ökonomisch und politisch überschritten haben, halten sich die Opfer der kapitalistischen Modernisierung und des »Sozialismus« umso mehr daran fest. Der wachsende Neonazismus ist mehr eine Antwort europaweiter kapitalistischer Umstrukturierungsprozesse, als daß sich darin die politischen Antworten oder gar Hoffnungen der Herrschenden wiederspiegeln. Im Gegenteil: In den Ereignisse der letzten Wochen drückt sich eher die Tendenz aus, den Neonazismus, »die Gewalt der Straße« wieder unter Kontrolle zu bringen, die »Gewalt von unten« aus der öffentlichen Auseinandersetzung zu verdrängen. Die Polizeischüsse auf Skinheads und Neonazis, die tödlichen Polizeischüsse auf Fußballfans einige Tage später in Leipzig, verweisen eher auf die Strategie, die »innere Ruhe« und den »sozialen Frieden« - auch um den Preis von Toten - aufrechtzuerhalten.
Wie wenig die Neonazis eine politische Alternative für die Herrschenden sind, wie schnell diese sogar gegen Neonazis vorgehen, wenn diese eine politische Alternative zu den Herrschenden werden, zeigt u.a. das Verbot der Nationalen Sammlung (NS), (die 1988 in Frankfurt vom Kühnen-Flügel innerhalb der FAP gegründet wurde, -) kurz vor der Hessenwahl '88. »Überraschung« und »Bestürzen« lösten die vorangegangenen Wahlen in West-Berlin aus, als die Republikaner mit 7,5% ins Parlament einzogen und noch in derselben Nacht über 10.000 Menschen gegen ihren Einzug protestierten. Diese »Bilder« von Deutschland sollten sich in Hessen nicht wiederholen. In einer Blitzaktion wurde am 4.2.89 das Verbot gegen die NS verhängt.

Nachspann

Reißen wir nur eine von vielen Konsequenzen an, die sich aus dem Vorangegangenen ergeben müßten:
Wenn wir sagen, die faschistische Ideologie von der »Rassenreinheit« geht in einen viel tiefgreifenderen kulturellen Rassismus auf, dann heißt das u.a. auch: andere, fremde kulturelle Einflüsse werden heute nicht eleminiert, sondern dienen in ihrer systematischen Entwurzelung der Veredelung deutscher Lebenskultur. Ideologisch steht das multikulturelle Konzept für die Propagierung dieser Veredelung. Praktisch füllen aber nicht nur breite Schichten der »neuen« Mittelklasse diese Ideologie aus - auch wir füllen dieses Konzept mit Leben, solange auch unser Verhältnis zu Migrantinnen, zu anderen Kulturen und Lebensvorstellungen ganz wesentlich von der atmosphärischen, kulinarischen und mystischen Bereicherung geprägt ist.
Mit dieser militanten, weißen »Monokultur« zu brechen, hieße für uns zweierlei:
Indem wir aufhören, Migrantinnen nur als Opfer zu begegnen bzw. wahrzunehmen, hören wir auch auf, unsere Solidarität mit ihnen nur über die Gemeinsamkeit staatlicher Verfolgung zu definieren. Erst indem wir dieses staatliche Gewaltverhältnis als eines von vielen begreifen, können wir anfangen, ein wirkliches Verhältnis zu ihnen als Handelnde zu entwickeln. Handelnde, die wie wir, nicht nur um Befreiung kämpfen, sondern andere Gewaltverhältnisse mitaufrechterhalten. Wenn wir aufhören, unser Verhältnis zu Migrantinnen nur über die staatliche Verfolgung zu definieren, fangen wir an, uns mit deren kulturellen Vorstellungen und Lebensgewohnheiten zu konfrontieren, anstatt unsere kulturellen Werte - aus der Distanz zu ihnen - zu einer fast unüberwindlichen Grenzziehung zu machen. Erst wenn wir ihnen nicht mehr als Opfer begegnen, werden wir unsere eigenen erkämpften Lebensvorstellungen nicht in Abgrenzung, sondern in der Konfrontation und Nähe zu anderen, uns fremden Lebensvorstellungen glaubhaft machen.
Hören wir auf, antifaschistischen Widerstand im Namen der Opfer zu begründen. Für die meisten von uns werden Flüchtlingslager etc. erst dann bekannt, wenn sie Opfer neonazistischer Überfälle werden - Migantinnen bekommen erst dann Name und Gesicht, wenn sie Opfer tatsächlicher Angriffe werden. Erst wenn wir uns den Migrantinnen als Subjekte ihrer Geschicht. als Täterinnen ihrer eigenen Lebensvorstellungen nähern, sie uns also nicht als Opfer auf Distanz halten, - verändern wir unser Verhältnis zu ihnen grundlegend.
Das wäre auch das verdiente Ende militanter Doppelmoral: sie als Migrantinnen in die Mitte unserer internationalistischen Solidarität zu stellen, um dann mit unserer - oft abstrakten - Kritik an patriarchalen, religiösen und autoritären Strukturen einen zweiten Ring um ihre ghettoisierten Lebensbedingungen zu ziehen.

Erwiderung zu »Doitsch-

Die Linke ist

Bevor ich anfange, ein paar einleitende Sätze zum Zustandekommen dieses Artikels, der einfach als Setzerinkommentar zu lang wurde.
Wäre da nicht der immer wieder aufkommende Ärger über männliche Ignoranz aus den sogenannten eigenen Reihen, dem ich hiermit Luft mache, ist mein »Daraufeingehen« eigentlich ein längst abgeschlossenes Kapitel.
Es ist kein Zufall und auch kein Rückzug ins Private, weshalb sich viele Frauen bewußt aus gemischten Zusammenhängen begeben. Auch in der »atom« ist der Versuch von Frauen (u.a. auch mir), den sogenannten »Frauenaspekt« in Form von Frauenseiten zu integrieren, gescheitert. *Integriert* werden konnten feministische Ansätze schon deswegen nicht, weil sie eben *nur* **auf extra Seiten wiederzufinden waren und** *nichts* **auf den restlichen Seiten bzw. in der Struktur der Redaktion hinterlassen haben.**
Betrachten wir also diesen Artikel als wahrscheinlich einmaligen Setzerinkommentar, die nach der Mammutsetzerei diverser Artikel nicht nur Finger-, sondern auch Kopfschmerzen bekam.

Männersprache - Männerinhalt

Wenn ich mich auch über die Selbstdarstellung der »Gruppe K« und den Artikel zur »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« teilweise geärgert habe, so konnte ich ihre sprachliche Turbulenzen und kilometerweite Verschachtelung am Schluß eher belächeln. Führten sie doch so offensichtlich ihren Widerspruch zwischen dem Anspruch 'sich zu öffnen' und der Unmöglichkeit, es auf diesem Wege zu schaffen, vor.
Eher enttäuschend war die **Darbietung** der eigentlich sehr wichtigen Informationen, über die »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung«. Für 'Normalsterbliche' müssen die darin enthaltenen Informationen mühsam erarbeitet werden - das kann doch nicht das Ziel von eigentlich gewollter »Bevölkerungsnähe« sein.
Doch genug dazu. HERRschende Sprache beinhaltet nicht allein das Fehlen der Frau, sondern bietet selbstredend auch ein Machtmittel, indem bestimmte Informationen für eben die bestimmten Menschen unverständlich gemacht werden (können).
Kurz und gut - sie ist unter anderem *ein* Ausdruck der Strukturen des Patriarchats.
Daß mir dann politische Gruppen mindestens unglaubwürdig erscheinen, die sich geradezu genießerisch dieser Mittel bedienen, versteht sich von selbst.
So komme ich zu dem (endlos) Papier »DOITSCH-STUNDE«, in welchem sich die AutorEN (?!) in z.T. besonders gemeiner Art beider oben genannten Mittel bedienen.
Es ist ein Paradebespiel männlich (-autonomer) Politik und Sprache. Umso peinlicher und ärgerlicher wird es gerade dann, wenn in selbstHERRlicher Form auch noch »Selbstkritik« vorgetäuscht wird.

Sprache - hier Männersprache - ist, wie bereits angedeutet, immer ein Ausdruck des Inhalts. Umgekehrt fällt aber gerade hier besonders auf, daß Sprache auch versuchen kann, fehlende Inhalte zu überdecken.
Es sind bei weitem nich *immer* und nicht *nur* die eben nur *zeitweise* fehlenden weiblichen Endungen, die frau daraufhinweisen, welchen Stellenwert die gesamte feministische Analyse für die AutorEN hat.
Vielmehr zeigen uns sogleich die inhaltlichen Punkte die völlige Ignoranz von Frauen und die damit verbundene Fehlanalyse dieser Gesellschaft.
So muß frau sich u.a. in dem Papier darüber belehren lassen, daß die weiblichen »sexuellen Bedürfnisse« heutzutage »öffentlich benannt werden ... (um sie dann zu codieren)«. Ob sich die AutorEN jemals Gedanken über weibliche Sexualität gemacht haben, wird mit solchen Aussagen zweifelsfrei zu ihrem Nachteil beantwortet.
Den Stellenwert feministischer Analyse kann frau allenfalls noch mit einem Taschenrechner ausrechnen, wenn es in einem Klammersätzchen so schön heißt: »Sexismus und Patriarchatskritik ... (kommen) ... mehr additiv als qualitativ (hinzu)«.
So wurden sich dann im gesamten Artikel Gedanken gemacht, es wird gesucht nach dem neuen - alten Feind, nach Fehlern, um sie im gleichen Atemzug zu wiederholen, nach der »Mitte unserer internalistischen Solidarität«, um ja nicht das nächstliegenste in Frage zu stellen: Die eigene (Denk-)Struktur und ihre Verwandtschaft zur HERRschenden.
Daß genau **da** ein Knackpunkt sein könnte, der soviele der aufgeworfenen Fragen viel einfacher und vor allem **richtig** beantworten könnte, **will** wohl nicht in den Sinn.
Wer die Erscheinungsform des Faschismus im wesentlichen auf Rassismus einhergehend mit offenem Staatsterror reduziert, aber vergißt, daß Faschismus **eine** Ausdrucksform des Patriarchats ist, DER darf sich nicht wundern, daß IHM die »Angriffsziele« in dieser Gesellschaft so sehr verschwimmen.
Wenn ich an dieser Stelle schon deutlich die zu- oder aufklappenden Münder höre - auch *ich* möchte nicht mißverstanden werden. So oft, wie in dem Papier die »patriarchalen Strukturen« eine *sprachliche* Erwähnung finden, so oft werden sie gleichzeitig inhaltlich geleugnet.
Wenn zum Beispiel heute angeblich mehr der »Leistungs- als der Ariernachweis zählt«, so frage ich mich doch, welchen Nachweis eine Hausfrau erbringen muß, um überhaupt in eine 'Lohnklasse' zu gelangen.
Genausowenig ist mir bislang aufgefallen, daß in unserer Gesellschaft »soziale und politische Widersprüche nicht geleugnet« werden.
Das Gegenteil ist der Fall. Der krasseste Widerspruch wird bis in linke Gruppen geleug-

net - der der Geschlechter.
So wird gleich an erster Stelle ihrer angeblich so »querliegenden Beispiele« behauptet, die (faschistische) Ideologie »Frau zurück an den Herd« wäre durch die »Nutzbarmachung 'weiblicher Qualitäten' z.B. als Managerin« (auf die heutige Gesellschaft) kaum noch erklärbar.
Ganz abgesehen davon, daß Frauen als Managerinnen, Politikerinnen oder Richterinnen in unserer Gesellschaft genauso wie der Hausmann in der Minderheit bleiben, so werden und dürfen sie auch nur solange diese Funktionen ausüben, wie sie damit die männliche Macht unterstützen. Die patriarchale Struktur dieser Gesellschaft hat sich um keinen Fingerbreit dadurch geändert, daß hier und dort Frauen einen scheinbar erweiterten Funktionsbereich ausüben.
Auf die tatsächlichen Bestrebungen von Frauen, nach ihren Bedürfnissen zu leben und dafür zu kämpfen, schlägt ihnen in **ungebrochener Tradition** Haß, Ignoranz und Diffamierung von Männerseite entgegen.
Es ist völlig richtig, wir leben hier nicht im Faschismus. Es ist nicht der offene, sondern der leise Terror, der hier HERRscht.
Minderheiten werden nicht *hier* eleminiert.
Wer allerdings eine »Stuyvesant-Kampagne« und das rot-grüne Scheinkonzept einer »multikulturellen Gesellschaft« zum Anlaß nimmt, um Rassismus als HERRschaftskonzept gänzlich zu unterschlagen, fällt von einer Plattheit in die nächste. Wie erklären sich dann das neue Asylgesetz und die Tatsache, daß Migrantinnen immer auf der untersten Stufe unserer Gesellschaft bleiben werden - egal was sie »leisten«?
Ist es wirklich so schwer zu erklären, daß Abschiebung Mord ist?
Warum sich seitenweise über den Begriff »4. Reich« auslassen, der im übrigen an keiner Stelle definiert wird, um festzustellen, daß das 3. Reich natürlich nicht auf die heutige Erscheinungsform des Patriarchats paßt?
Sicher ist es verkehrt, das Bild des deutschen Faschismus als Zukunftsteufel an die Wand zu malen, wo doch die Realität schlimm genug ist.

Daß »dieses Deutschland ... all jene ökonomischen, politischen (Grund-)Strukturen, psychischische und sozialen Zurichten, deren sich auch der Faschismus bedient hat« allerdings nur »bereithält«, klingt doch aber sehr nach grober Verharmlosung bzw. Verfälschung der Verhältnisse.
Die **Grundstrukturen** sind es ja gerade, die die gleichen sind. Der offene Terror braucht nicht auf BRD-Territorium ausgetragen zu werden. Aber das ist doch eigentlich alles nicht neues für 'autonome Kreise'.
Warum wird aus Dingen, die doch -zigfach von linken Kreisen unterschiedlichster Couleur immer wieder benannt werden, ja letztendlich ihre anti-staatliche Haltung ausmachen, plötzlich so ein abstraktes Gewirr?

Genausowenig neu sind leider auch Fehl'analysen' von gescheitertem und zu scheiterndem Widerstand. Umso wütender macht frau es, dann zu sehen, mit welch beharrlicher Ignoranz sowohl feministische Faschismusanalysen als auch ihre Kritik an der männlichen Struktur des Widerstands behandelt werden.
So sind es tatsächlich die männlichen »Gemeinsamkeiten mit dem Feind«, die viele Frauen dazu bewegt haben und bewegen, eigenen (antifaschistischen) Widerstand aufzubauen. Daß dieser nur so schwerlich zum Tragen kommt ist nicht allein die oft fehlende Effektivität und Masse.
Es *gab* und *gibt* durchaus Papiere, es gibt Diskussionen, es gab und gibt sie in gemischten Zusammenhängen, sie wird von Frauen in Frauenzusammenhängen weitergeführt.
Die so richtig formuliert »Unüberwindbarkeit dieser patriarchalen Strukturen« bleibt in diesem Papier eine ausgeliehene Floskel, wenn damit nicht auch die eigenen Strukturen gemeint sind. So demonstrieren, gleich einen Satz weiter, ausgerechnet »100.000 kommunistische und sozialdemokratische Wählerinnen, die mit ihrer Stimme der NSDAP (1932/33) den 'Wahlsieg' ermöglichten«, die Unüberwindbarkeit der patriarchalen Strukturen. So platt, falsch und überheblich diese Aussage ohnehin ist, so zeigt sie nocheinmal das krampfhafte Abwälzen patriarchaler Strukturen auf immer 'die anderen'.

»Unüberwindbar« empfindet frau diese Strukturen vor allem solange, wie sie mit ihrer Politik einfach gegen *alles* - Männer von links bis rechts - anrennen muß!
Statt daß mann sich nach jahrelangen, aufreibenden Diskussionen, die aber scheinbar nur Frauen auf abgeschiedenen Inseln geführt haben und führen, endlich *selber* Gedanken macht, sucht mann sich in seinem Dilemma immer neue äußere Ansatzpunkte. Ansatzpunkte, die noch abstrakter sind, als die schon »selbstkritisierten«:
MIGRANTINNEN sollen nun die neue »Mitte ihrer »internationalistischen Solidarität« sein. Nicht nur das Migrantinnen meist noch verschärfter gegen die patriarchale Struktur 'ihrer' Kultur zu kämpfen haben, nun sollen sie auch noch ein Mittel zum Zweck sein, umüber die eigenen patriarchalen Strukturen nicht mehr nachdenken zu müssen.
Manchmal liegen die Antworten aber auch so »knapp« verfehlt auf der Hand: »...Beziehen wir uns in unseren Kämpfen heute auf die Frauen im Widerstand, auf die Widerstandsgruppen im 3.Reich ... sie könnten uns was sagen.«
So'n Pech aber auch, könnte frau denken, daß es »Frauen im Widerstand« nur im 3.Reich gegeben hat - die können nun gerade nicht mehr so viel sagen.
Was bleibt ist immer wieder die Frage »Wer ist nun eigentlich die Linke?« zu beantworten.
Wenn es für die hier zitierten Autonomen offensichtlich Männer sind, so können linke Frauen diese Frage allein schon auf der Grammatikebene einwandfrei lösen:
DIE LINKE IST WEIBLICH!

Stunde« und anderen

weiblich

§129a – Wunderwaffe oder Papiertiger?

Im Sommersemester 1990 lief an der Uni Hamburg eine vielbeachtete von Studentinnen organisierte Veranstaltungsreihe »§129a - wider repression und gesinnungsjustiz«, in der politische Repression in der BRD und der Widerstand dagegen unter verschiedenen Aspekten dargestellt und diskutiert wurden. Zu den Referentinnen gehörten neben Juristinnen, Journalistinnen und Rechtsanwältinnen auch Prozeßgruppen. Aus diesen und den folgenden Diskussionen entstand die Idee eines umfassenden Buches zum Thema Repression und §129a in Westdeutschland.

Das Buch gliedert sich in vier thematische Blöcke: In der Einführung wird in mehreren Beiträgen die Geschichte und juristische Entwicklung der Paragraphen 129 und 129a dargestellt. Es geht dabei um die Vermittlung von Grundinformationen aus historischer, gesetzestheoretischer und prozeßtaktischer Sicht.

Der zweite Block behandelt v.a. die Rolle von Polizei und Geheimdiensten. So werden ausführlich die Entwicklung der bundesdeutschen Polizei seit 1945, die Herausbildung eines Ordnungskomplexes aus Polizei, Geheimdiensten und Sozialarbeiterinnen sowie die Entwicklung und Situation politischer Repression in einigen westeuropäischen Ländern dargestellt.

Im dritten, dem Prozeßblock, werden verschiedene Verfahrensbeispiele dargestellt, um die praktischen Auswirkungen der Repression zu fassen und unterschiedliche Reaktionmöglichkeiten aufzuzeigen.

Um die Funktion der Repression geht es im vierten Block, in dem Oliver Tolmein die Rolle der Öffentlichkeit bei der Kriminalisierung der Linken sowie Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit darstellt. Ein Beitrag der Bunten Hilfe Nürnberg liefert eine Analyse, unter welchen Umständen staatliche Repression greift und v.a., wann sie nicht greifen kann.

aufruhr – widerstand gegen repression und §129a materialien und texte zur diskussion
Edition ID-Archiv, Berlin 1991, 300 Seiten DM 26,–
ISBN: 3-89408-010-8
Bestelladresse: AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstraße 8, 1000 Berlin 19,
oder in jeder Buchhandlung

Daneben enthält das Buch einige Texte des »wüsten haufens«, sowohl zu praktischen, als auch zu grundlegenden Fragen von Prozeß- und Anti-Repressions-Arbeit. Dabei geht es u.a. um das Wechselspiel von staatlicher Repression und Integration als Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche, das mit unterschiedlichen Mitteln dasselbe Ziel, nämlich Befriedung gesellschaftlicher Konflikte, erreichen soll.

Weiter wurden sich Gedanken gemacht, wie das Verhältnis von politischer und juristischer Verteidigung im Prozeß und in der Öffentlichkeitsarbeit aussehen kann, um »juristische Erfolge« für uns zu erkämpfen, ohne unsere Politik zu verleugnen:

- Sollen die Anklagekonstrukte widerlegt oder »nur« politisch beantwortet werden?
- Beinhaltet der von unserer Seite so oft propagierte Kampf gegen die »Gesinnungsjustiz« nicht eine Unschuldskampagne, die die Solidarität mit »Täterinnen« ausschließen würde (»die Gedanken sind frei, die Taten nicht«)?
- Wie ist es mit der Forderung nach Abschaffung des §129a? Wäre die Beseitigung des Paragraphen eine Verbesserung für unsere politische Arbeit oder eher eine Verschleierung der herrschenden Verhältnisse, da andere Paragraphen an die Stelle des §129a treten würden?

Der Anhang des Buches enthält u.a. ausführliche Literatur- und Adressenverzeichnisse sowie eine Chronologie der §129(a) Verfahren seit den 50er Jahren.

Vergewaltigung

Diese Broschüre ist geschrieben von einer Göttinger Frauengruppe, nachdem eine ihrer Frauen vergewaltigt worden war und einen Prozeß gegen den Vergewaltiger geführt hatte.

Sie ist geschrieben für Frauen, die sich in gleicher Situation befinden oder die sich Gedanken machen wollen, wie Frauen auf Vergewaltigungen reagieren können.

Unsere Frauengruppe besteht schon fünf Jahre und wir haben zum Teil schon vorher und dann gemeinsam unsere Erfahrungen mit der bürgerlichen Justiz gemacht. Wir wissen, daß Polizei und Justizapparat Leute wie uns verfolgen, wenn wir unsere Kritik an diesem Staat nicht nur laut sagen, sondern für die Veränderung auch etwas tun.

Trotzdem mußten wir in *dieser* Diskussion feststellen, daß uns unsere Erfahrungen allein nicht ausreichten, um zum Beispiel die Frage, ob »Anzeige - Ja oder Nein?« bei Vergewaltigung zu entscheiden.

Unsere Erfahrung war, daß es wenig Geschriebenes gibt, das Frauen helfen kann, mit dieser Situation umzugehen.

Wir liefern keine fertigen Antworten, sondern beschreiben unsere Widersprüche und

Schweigen?
Anzeigen?
Angreifen?
Anprangern?

wollen damit zum Denken und Diskutieren anregen.

Der Schwerpunkt liegt auf persönlichen Eindrücken und den Prozeßerfahrungen. Informationen werden zur konkreten Prozeßvorbereitung geliefert, ansonsten verweisen wir auf dazu vorhandene Stellen und Material.

Die Broschüre hat 60 Seiten und kostet 6 DM.

Sie ist zu bestellen bei: *Laura* - Göttinger Frauen- und Kinderbuchladen, Burgstr. 21, 3400 Göttingen, Sichwort: Miss Marple

INHALT

1. **Vergewaltigung · Anzeigen? Angreifen? Anprangern? Schweigen?**
   Eine Einleitung
2. **Gesellschaftliche Funktion von Vergewaltigung**
3. **Kurze Skizze der Vergewaltigungssituation von M.**
4. **Anzeige ja oder nein**
   Es gibt kein Patentrezept
5. **Prozeßvorbereitung**
   Der Versuch, auf alles gefaßt zu sein
6. **Unsere Gedanken, Gefühle und Schwierigkeiten im Umgang mit der Vergewaltigung einer Freundin**
7. **»Täter als Opfer«**
   Als Beobachterin bei Vergewaltigungsprozessen
8. **Von der Anzeige bis zum Prozeß**
   Ein persönlicher Bericht von M.
9. **Ein irre fauler, fader Geschmack**
   Einige Schlußbemerkungen

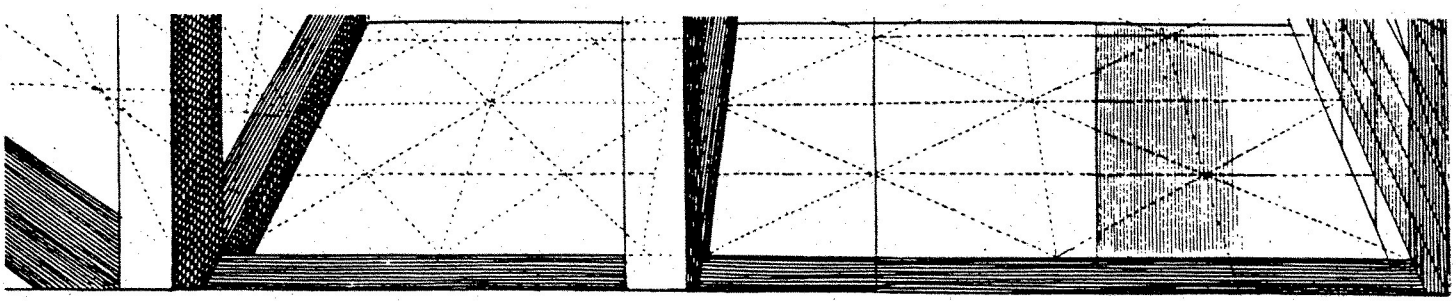
12 Jahre ist es her, seit der Begriff "Generaldirektion Innere Sicherheit" durch die Köpfe der Sicherheitsstrategen in Polizei- und Geheimdienstkreisen geistert. Geboren wurde der Begriff vom ehemaligen Chefstrategen des Sicherheitsapparats, Dr. Alfred Stümper, ehemals Polizeidirektor in Baden-Württemberg. Gemeint war damit "den Gesamtauftrag 'Innere Sicherheit' im Rahmen einer Generaldirektion zusammenzufassen, konzeptionell zielgerichteter auszugestalten und auch forschungs- und planungsmäßig zu untermauern" (Kriminalistik 1/79). Stümper sah damals schwierige Zeiten auf den Bereich Innere Sicherheit zukommen, denen mit den bisherigen Mitteln nicht genügend zu begegnen sei. Vor allem störten ihn Reibungsverluste im Sicherheitsapparat, vor allem hervorgerufen durch die föderale Struktur. Der Bund hatte keine zentrale Weisungsbefugnis über die Länderpolizeiapparate, die leidige Trennung von Polizeiapparat und Geheimdiensten und das Verbot des informationellen Austauschs zwischen diesen Stellen waren Stümpers Meinung nach die entscheidenden Barrieren für einen effektiven Sicherheitsapparat.
Daß es diese Barrieren überhaupt gab, war von den Deutschen Sicherheitsfanatikern nicht frei gewählt, sondern von den Siegermächten des 2. Weltkriegs aufgezwungen worden. Die bittere Erfahrung mit dem Konstrukt des 'Reichssicherheitshauptamt' war ihnen Mahnung genug gewesen.
Stümpers "Generaldirektion Innere Sicherheit" weist denn auch erstaunliche (oder auch nicht) Parallelen in der Struktur mit dem faschistischen Apparat auf. Nicht zuletzt deshalb konnte Stümpers Idee nie richtig durchgesetzt werden, sondern scheiterte immer wieder am sozialliberalen Widerspruch.
Doch trotz dieses Widerspruchs, der in den letzten Jahren teilweise recht massiv war, konnten unter der Ägide der konservativen Regierung eine Unmenge Gesetze im Bereich "Innere Sicherheit" durchgesetzt werden, die das Prinizp der Trennung von Polizei- und Geheimdiensten sowie die föderale Struktur der Polizei immer mehr ankratzten. Doch Stümpers Traum war noch immer weit entfernt. Dem ist heute nicht mehr so. Fast völlig unbeachtet von der Öffentlichkeit und beinahe ohne Proteste dagegen scheint Stümpers Vision Realität zu werden

Büro Ulla Jelpke

Der leise Putsch

Zur Einrichtung der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung

Eine dürftige Mitteilung an die Presse, keine Information und schon **gar keine Beteiligung** irgendwelcher parlamentarischer Gremien, ließen schon bei der offiziellen Geburt des jüngsten Kindes westdeutscher Sicherheitsphilosophie Böses ahnen. Mehr als bestätigt wurden die Ahnungen als etwas mehr Informationen über Konzeption und Zielsetzung der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung beim BKA« bekannt wurden.
Unter einem Dach zusammengefaßt sind nach offizieller Lesart BKA, Generalbundesanwaltschaft (GBA), Bundesamt f. Verfassungsschutz, sowie Vertreter der Bundesländer. Die »Koordinierungsgruppe ...« (KGT) ist ausgestattet mit allen Befugnissen und Vollmachten zur Auswertung, Zusammenfassung und Bewertung sämtlicher Dateien und Erkenntnissen bundesdeutscher Sicherheitsbehörden; laufend soll sie Öffentlichkeit und Medien beeinflussen, unter Hinzuziehung der Justizorgane die Haftsituation reflektieren und beeinflussen, sowie **Grundsätze einheitlicher operativer Arbeit aller Sicherheitsorgane** entwickeln und umsetzen.



Im Windschatten des Zusammenschlusses der beiden deutschen Sicherheitsapparate und der offensichtlich selbst medlengerecht hochgekochten aktuellen Terroristengefahr, haben sich die Manager der Inneren Sicherheit einen lange gehegten und windungsreich verfolgten Traum realisiert:
den Institutionellen Zusammenschluß von Geheimdiensten und Polizei zum Zwecke einer Sicherheitspolitik, d.h. auch Sicherheitspraxis, aus einem Guß.
Opfer dieses **leisen Putsches** sind die Reste der Verfassungsgebote nach Trennung von Polizei und Geheimdiensten und die föderalistische Organisation und Verantwortung der Polizeien. Neben dem Ausbau des Bundeskanzleramtes - Koordination der Nachrichtendienste und diversen Expertenrunden - und dem Führungs- und Lagezentrum im Bundesinnenministerium als eine Art ständiger Krisenstäbe, bedeutet die KGT die Installation der Krisenpolitik für den Alltag. Die für diverse Krisenstäbe rechtswidrig angemaßten Vollmachten der Sicherheitsorgane für Notfälle, die im »Deutschen Herbst« 1977 zur zeitweisen Ausschaltung oder Mißbrauch sämtlicher parlamentarischer und demokratischer Kontroll- und Entscheidungsgremien benutzt worden sind, sind jetzt wesentliche Grundlage der KGT-Konzeption als **Dauereinrichtung.**
Wir stellen im folgenden die Konzeption ausführlicher dar, berichten über erste Früchte der Arbeit; nicht berichten können wir über entsetzte Aufschreie aus der linksliberalen Ecke - es gibt sie nicht.
Daß die Einrichtung der KGT eine **spontane Reaktion** auf den Rohwedder-Anschlag sei, geschuldet der Empörung, Angst und Hektik, muß jedoch schon vorweg in den Bereich der von interessierter Seite gerne kolportierter Legenden verwiesen werden.

Die Machtzusammenballung

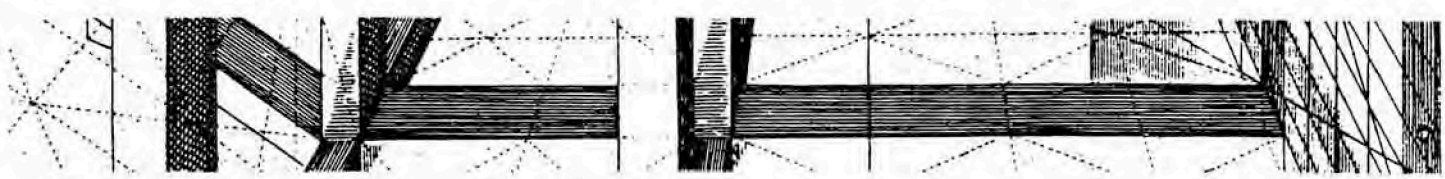
Unmittelbar nach dem Anschlag auf Rohwedder forderte der Innenminister von Baden-Württemberg, Dietmar Schlee (CDU), die »Einrichtung einer bundesweiten Datei zur Erfassung überregionaler Vorfelderfassungen« (Welt, 6.4.1991). Nach Schlees Vorstellungen sollten »Erkenntnisse über Personen oder Kraftfahrzeuge, die in der Umgevung von gefährdeten Persönlichkeiten oder Einrichtungen wiederholt auftauchen, bundesweit erfaßt und ausgewertet werden.« Um über den Kern der RAF an das »Umfeld« heranzukommen, sollten die Ergebnisse »verdeckter Ermittlungen zentral aufbereitet und zusammengeführt« werden. Schlee sprach sich damals für ein »gemeinsames konzeptionelles Handeln« des Bundes und aller Länder, sowie für den »verstärkten Einsatz von verdeckten Ermittlern«, eine »strengere Handhabung« der Häftlingsüberwachung bei den Inhaftierten aus der RAF und der »Optimierung« des Personenschutzes aus. (ebenda)
Schlee, zur Zeit Sprecher der Unionspolitiker in der Innenministerkonferenz (IMK), wußte offensichtlich schon, wohin die Reise gehen sollte. Vermutlich gehen seine Überlegungen zurück auf ein »VS-Vertraulich«-Papier der AG-Terrorismus des Verfassungsschutzes und der AG-Kripo der Innenminister. Von diesem Papier sagen die Autoren selbst, daß die Vorschläge »gegebenenfalls eine veränderte oder neue Interpretation des geltenden Rechts« erfordere (Spiegel 20/21). Darin wird auch eine »wöchentlich tagende Koordinierungsgruppe mit umfangreichen Kompetenzen gefordert« (ebenda). In den IMK-Beschlüssen vom 3.5.1991 wird das dann umgesetzt.
Mit Zustimmung der SPD-regierten Bundesländer und den »rot-grünen« Niedersachsen und Hessen, sowie der »Ampelkoalition« in Brandenburg, an der das Bündnis 90 beteiligt ist.
Der unbedingt Wille, **unter dem Vorwand** der effizienteren Terrorismusbekämpfung die letzten geltenden rechtsstaatlichen Barrieren niederzureißen, zeigt sich in aller Klarheit.

»Die konzeptionellen Arbeiten sind weitgehend abgeschlossen« (Schäuble u. Kinkel am 30.5.91)

Nach den Vorstellungen der IMK soll die KGT folgende Aufgaben erfüllen und mit den entsprechenden Befugnissen versehen werden:

1. »Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung aller Maßnahmen«.

2. Die »Bekämpfungsmaßnahmen« sollen u.a. an folgenden »tragenden Grundsätzen« ausgerichtet sein:
- »Einbeziehung aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz« von Bund und Ländern
- »Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene unter **voller Ausschöpfung** des rechtlich Zulässigen.«
- Erstellung »fortlaufend zu aktualisierender« und vereinheitlichter »Landes- und Bundeslagebilder unter möglichst umfassender Verwertung der Erkenntnisse sämtlicher Sicherheitsbehörden sowie des Justizbereichs«. Aus diesen Lagebildern sollen »zielgerichtete«, aber auch »taktische Maßnahmen« erfolgen.
- »Vollständige Erfassung, zügige - ggf. koordinierte - Auswertung und schnelle Weiterleitung an alle zuständigen Sicherheitsbehörden sämtlicher in Verbindung mit den inhaftierten terroristischen Häftlingen anfallenden zur Bekämpfung des Terrorismus relevanter Informationen« (puh d.s.in)
- »Volle Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens (...) bei der Durchführung **verdeckter** und systematischer Fahndungsmaßnahmen, des Konzeptes 106 sowie bei Maßnah-



men zur Aufklärung des **weiteren** terroristischen **Umfeldes**, auch unter Einsatz **nachrichtendienstlicher Mittel** durch den Verfassungsschutz«.
Im Zusammenhang mit dem Fahndungskonzept Gespräche und Beratung mit Vertretern der Wirtschaft.

Um dies alles optimal umsetzen zu können,

- sollen »zur Gewinnung von Erkenntnissen« über die Aktivitäten des Umfeldes der Einsatz von **verdeckten Ermittlern** erfolgen. »Die Aufklärung und Informationsgewinnung« soll »in **allen terrorismusrelevanten** Bereichen, besonders in den Rekrutierungsfeldern durchgeführt werden. Angesetzt werden muß insbesondere bei den Personen mit **Nahtstellenfunktion**«.
- sollen »die Möglichkeiten der Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung (...) bundesweit nach einem einheitlichen Mindeststandard konsequent genutzt werden«
- soll das Fahndungskonzept K 106 »bundesweit konsequent umgesetzt und laufend aktualisiert werden«. Der Verfassungsschutz kann dabei »in Abstimmung mit der Polizei beteiligt werden«.
- sollen alle »gefährdungsrelevanten Erkenntnisse, insbesondere aus dem POS und den Maßnahmen nach K 106 (...) in einer bundesweiten Datei verarbeitet werden«. Dafür sei »die Einrichtung einer Spurendokumentationsdatei POS/K 106 erforderlich«,
- soll die Häftlingsüberwachung verschärft werden. »Dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten, sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden«,
- soll eine **»ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung«** erfolgen,
- soll die **»internationale Zusammenarbeit«** weiter entwickelt und ausgebaut werden.

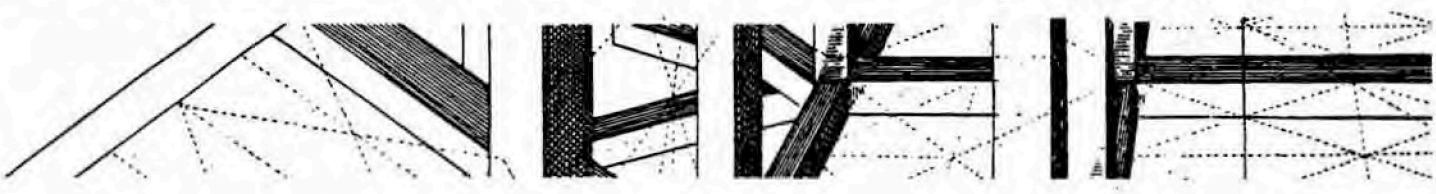
Weiter hält es die IMK »für erforderlich, in der Strafprozeßordnung gesetzliche Grundlagen für moderne Ermittlungsmethoden zu schaffen«. Fehlen darf natürlich nicht die Forderung der IMK, die den Sicherheitsbehörden für diese Tätigkeit »ein Zugangsrecht zu denjenigen **Stasi-Unterlagen** und **Archivmaterialien der ehemaligen DDR, insbesondere der SED**« eröffnen wird, »die sie benötigen, um Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und dem ehemaligen MfS/AfNS zu erforschen«.
Den bayrischen Vertretern blieb es vorbehalten, ein Licht auf andere (Gesetzes-)Vorhaben zu werfen und damit der historischen

Wahrheit der Gesetzesdebatten und noch weitergehenden Ansprüchen gleichermaßen zu dienen.
Sie weisen nämlich darauf hin, daß Terrorismus nach herrschender Meinung doch sehr viel Ähnlichkeit habe mit anderen Formen der sog. organisierten Kriminalität. Logischerweise müßten deshalb alle für diesen Bereich diskutierten Forderungen- und als Gesetzesvorlage »zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Kriminalität (OrgKG)«- griffbereiten Befugniserweiterungen für den Bereich Terrorismus übernommen werden.
Und das ist noch einmal ein gewichtiger Batzen im Bereich der Ausdehnung und Dauer der polizeilichen Beobachtung, Ausdehnung der Observation, Einsatz technischer Mittel zum Abhören und zur Aufzeichnung in Privatwohnungen, Häftlingsverkehr, bzw. -überwachung und Melderecht.
Terrorismus und **organisierte Kriminalität** - seit Jahren marschieren und schleichen, mal deutlicher unter dem einen Banner, mal deutlicher unter dem anderen, Sicherheitsexperten aller Ebenen und Couleur auf ein Ziel los: Überwindung gesetzlicher und institutioneller Barrieren zur Vervollkommnung ihrer Macht.

Normen im Wandel der Zeit

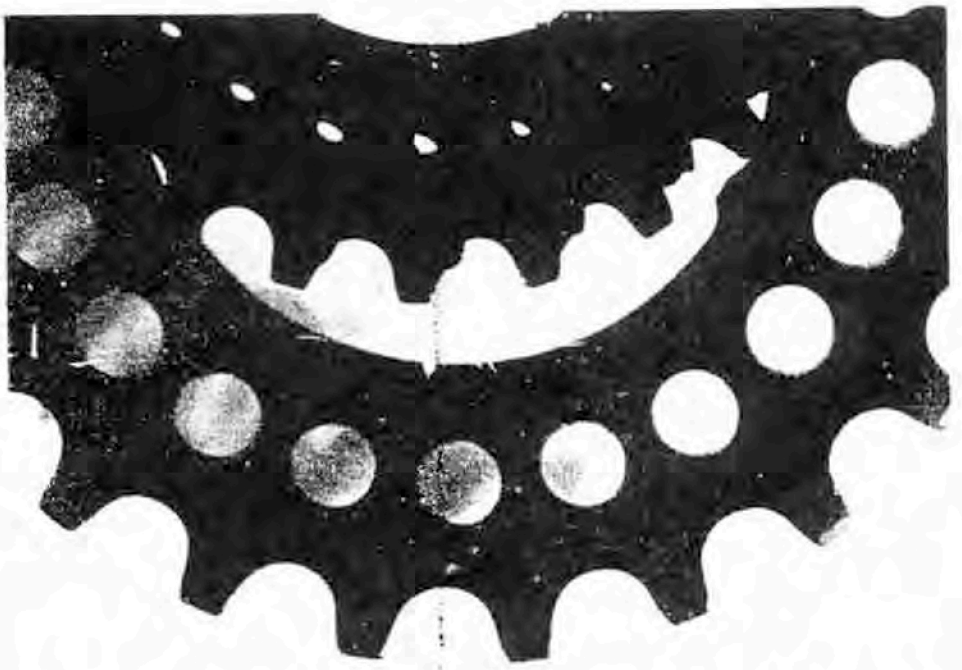
»Das wird Normen setzen« - mit diesen Worten verließ Kanzler Schmidt den Krisenstab nach der Aktion der GSG 9 in Mogadischu. Gemeint war die Arbeit der Krisenstäbe, gemeint waren der Verzicht der deutschen und eines großen Teils der internationalen Medien auf eigenständige Berichterstattung und Nachrichtensperre, gemeint war die konzertierte Aktion aller Sicherheitsbehörden und Parteien unter zentraler Leitung, gemeint war der erste militärische Auslandseinsatz deutscher Polizeitruppen, gemeint waren eine Fülle von im Eiltempo durchgepeitschter, aber länger anvisierter Gesetze und Strafrechtsänderungen ...
Die Normen wurden gesetzt, gültig bis heute; geändert haben sich politische Situation und Durchsetzungsstrategien.
Die KGT wird auf ein juristisches, institutionelles und politisches Fundament gesetzt, das ihre Einrichtung in den Augen der Öffentlichkeit fast nebensächlich macht, weil sie der ganzen Logik der Beeinflussung der öffentlichen Meinung folgt.
Um zu begreifen, was es konkret heißt, wenn davon gesprochen wird, daß die KGT »noch stärker als bisher alle sich bietenden Ansatzpunkte zur Terrorismusbekämpfung bundesweit mit gleicher hoher Intensität auf greifen und **unter Ausschöpfung** des rechtlichen Rahmens« verfolgen wird (Kinkel/Schäuble in 'Innere Sicherheit', 3/91), muß mensch sich den veränderten rechtlichen Rahmen anschauen.

Nicht mehr in aller Hektik sind Ausnahmegesetze verabschiedet worden - das hat in den siebziger Jahren viel Kritik provoziert. Im Nachhinein allerdings erst. Heute werden lange, z.T. heftige öffentliche Auseinandersetzungen geführt, Kompromißbereitschaft wird gezeigt, im wesentlichen jedoch ist Härte angesagt. Und so wird die KGT jetzt auf einen Berg gesetzt aus:



- einem **Zusammenarbeitungsgesetz** für Nachrichtendienste und Polizei, das unter dem irreführenden Titel »Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes« läuft;
- einer Fülle von Strafrechtsänderungen, von denen gerade eine neue Welle im sog. Beschleunigungsgesetz folgen soll. Das Gesetz heißt harmlos: »Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege«.
- Modernisierung, Umstrukturierung und Befugniserweiterungen für die Polizeien; auch hier ist durch die aktuell laufende Neufassung diverser Länderpolizeigesetze und Länderverfassungsschutzgesetze noch einiges zu erwarten:
- das schon genannte Gesetz zur Organisierten Kriminalität,
- die Kronzeugenregelung?
- neue Aufgaben und Befugnisse für den BGS u.v.a.m. .

Mit der KGT ist auf zentraler Ebene der Rahmen geschaffen, in dem die wesentlichen Elemente dieser Gesetze Wirkung entfalten können und sollen. Und zwar wird in ausdrücklicher **Abgrenzung von bisherigen Formen der Koordination Verbindlichkeit für alle Sicherheitsorgane und Justizorgane beansprucht. Und alle haben mitgemacht!** Parteien, Behörden und **Medien.**

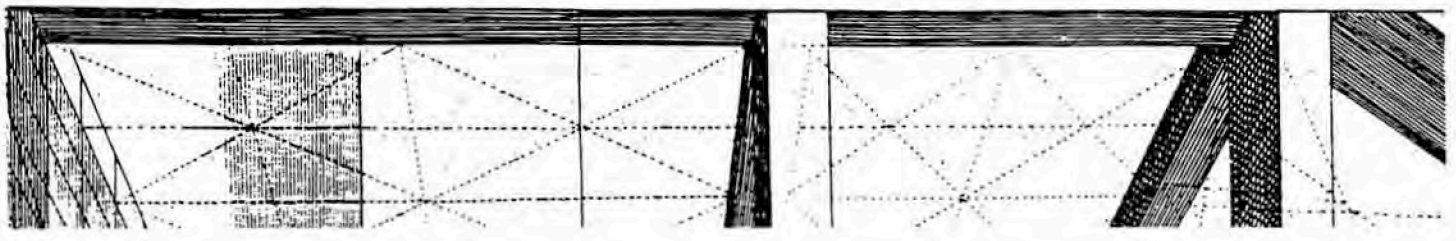


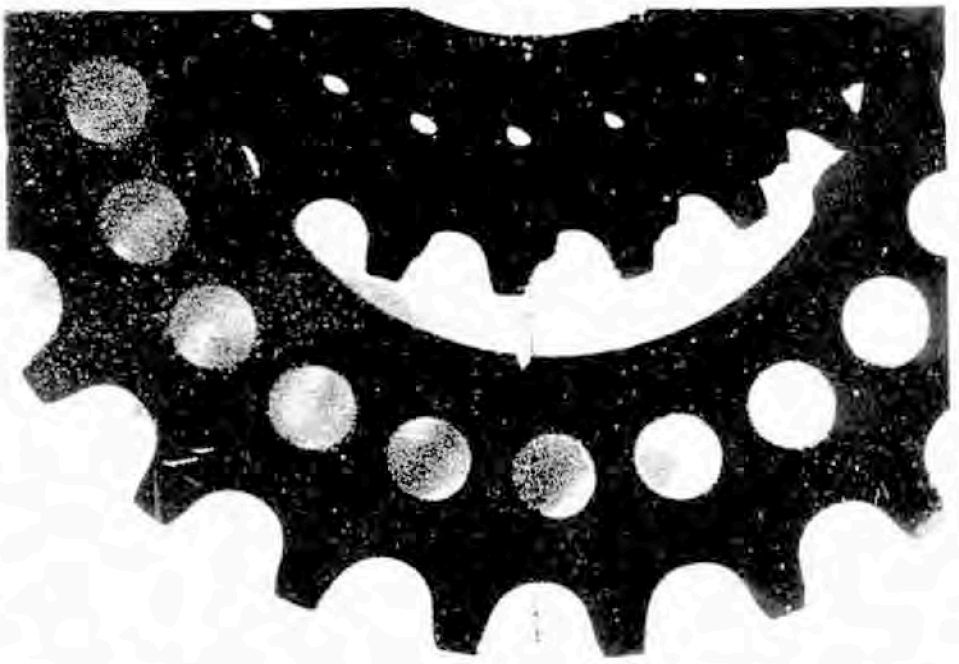
Was ist schon Zensur gegen Informationssteuerung?

Erfolgen soll eine **»ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung«** verpflichten sich die KGT-Experten.
Mensch kann, nein, **muß** davon ausgehen, daß sich die KGT in den letzten Wochen und Monaten damit beschäftigt hat, die Öffentlichkeitsarbeit der Sicherheitsbehörden zu vereinheitlichen, einschließlich des Zeitpunkts der Bekanntgabe der KGT-Gründung. Und zwar in den zentralen Bereichen. Das sind, liest mensch sich die Presse der letzten Zeit unter diesem Aspekt noch einmal durch, die Themen »Zellensteuerung« terroristischer Aktionen und die »Kurierdienste« der Rechtsanwälte (»Personen mit Nahtstellenfunktionen«), die unvermindert anhaltende Gefährdung durch den Terrorismus, sowie der ganze Komplex der sog. organisierten Kriminalität.

Ein kurzer Rückblick in Stichworten zur Verdeutlichung des Problems:
- Nach dem Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn im Februar 91 und dem Rohwedder-Anschlag, wird die Gefahr aus den Zellen reaktiviert; nach kürzester Zeit sind RechtsanwältINNeN und VerteidigerINNENrechte, sowie Haftsituation Hauptziele der Kampagne.
- Auf völlig haltloser Grundlage werden Zellendurchsuchungen und Verlegungen vorgenommen und Durchsuchungen bei den AnwältINNen durchgezogen.
- Eine Debatte um Auseinanderlegung wird losgetreten, als habe es jemals eine ernsthafte Zusammenlegung gegeben.
- Diskutiert wird in aller Ausführlichkeit die Erfolglosigkeit der Terrorismusfahndung in Sachen RAF; natürlich werden im gleichen Atemzug neue Befugnisse für Polizei und Geheimdienste gefordert (Stichwort: verdeckte Ermittlungen, präventive Vorfeldarbeit). In diesem Zusammenhang wird dann am 1.6.91 die KGT-Gründung bekanntgegeben. Suggeriert wird, sie sei eine unmittelbare Reaktion auf die aktuelle Debatte.
Weitere Anschläge und Hungerstreiks werden geradezu herbeigeredet, 7000 Blatt Papier werden als 'Beweis' für die andauernde enorme Gefahr durch die RAF präsentiert. Die Medien werden gezielt mit Material **und** Interpretationhilfen gefüttert.

- Lochte, oberster Hamburger Verfassungsschützer und v.a. bei der TAZ sehr beliebter Gesprächspartner in Sachen »Flexibilität im Umgang mit Terroristen« schaltet sich ein und erklärt alle bisherigen Darstellungen von vorne bis hinten für **Unsinn.** Zitat: »Dann wird nochmal schnell irgendwo durchsucht ... Da wird eine Skizze gefunden, die angeblich belegt, daß eine Befreiungsaktion kurz bevorsteht. Man muß sich schon in großer Aufregung befinden, um zu einer solchen Interpretation dieser Skizze zu kommen ... All diese Aufbauschungen und Verdrehungen führen im Ergebnis schlicht dazu, daß die RAF künstlich hochgeredet wird ...« (Lochte, TAZ 25.7.91)
Geschafft haben es die Experten für Sensibilisierung der Bevölkerung, daß wochenlang kein Blatt in der BRD darauf verzichten konnte und wollte, den jeweils neuesten Stand der Zellensteuerung und der Anwaltsverfolgung etc. abzudrucken, Scheingefechte über die Anzahl der Ermittlungsverfahren und drohende Anschläge, bestimmten Kommentar- und Nachrichtenspalten. Und dann? Nichts. Unsinn! (Lochte). Die Welt beispielsweise schrieb mit, um dann plötzlich festzustellen (15.7.91): »In der Tat lagen keine konkreten Beweise gegen bestimmte Personen vor ...«
Parallel dazu wurde viel berichtet über **organisierte Kriminalität,** neue Polizei- und Verfassungsschutzgesetze in den Ländern und ganz nebenbei: die Einrichtung der KGT.
(Nur der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, daß alle Vorbereitungen getroffen sind und noch werden, um diesen Teil des Modells Deutschland zu exportieren. Abmachungen mit verschiedenen ehem. Ostblockstaaten - z.B. Ungarn - in Sachen »organisierter Kriminalität« sind getroffen; im Rahmen TREVI wird auf neuer Ebene konzeptionelle Vereinheitlichung diskutiert zur Sicherung der Festung Europa.)





Kein Aufschrei: Die liberale Rechtfertigung

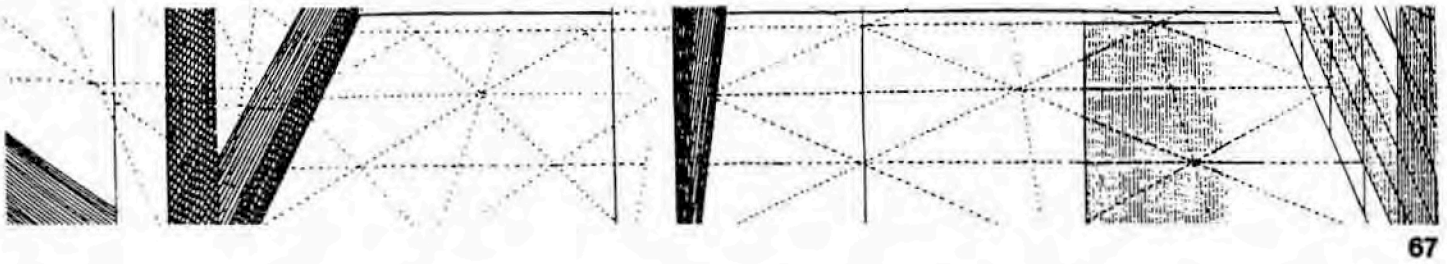
Mit der Konzeption der KGT sind die linksliberalen KritikER der bundesdeutschen Sicherheitspolitik kaum in Schwierigkeiten geraten.
Die FR schreibt »An der Grenze der Legalität« und die TAZ profiliert sich links und schlagzeilt »Terrorismusbekämpfung **hart** an der Grenze der Legalität« (Herv.d.A.)
Zugegeben: die Grenzen der Legalität sind seit langem nicht mehr so genau zu bestimmen - insofern ist es immer auch die Frage, wo mensch sie denn bei der Analyse ansetzen **will**, vermutlich aus allgemeineren politischen Überlegungen. Ganz ohne Widersprüche kann das bei einem Brocken wie der KGT allerdings nicht durchgehen. So schreibt die FR folgendes:
»Daß hier ein 'Organ der Willkür, der Machtzusammenballung und des totalitären Polizeistaates' entstehen könnte, wie die PDS behauptet, halten aber auch die kritischen Beamten (die im übrigen nicht näher genannt werden, d.A.) für 'Quatsch'. Die KGT habe, wie auch Krisenstäbe zu früheren Zeiten, nur zwei Handlungsmöglichkeiten: Erstens, Erkenntnisse auszutauschen und mittels einer stärkeren Koordination die Aufklärung und Fahndung zu verbessern; zweitens, neue Fahndungs- und Aufklärungsmethoden zu entwickeln. Wenn die Gefahr einer partiellen Verschmelzung von Polizei und Geheimdienst besteht, dann liegt sie vor allem in diesem zweiten Bereich ...« (FR, 24.7.91)
Abgesehen von der Verharmlosung der Folgen früherer Krisenstäbe, werden gegen die PDS-Kritik folgende Punkte angeführt:
»Die Beteiligten müßten eben genau darauf achten, im Einklang mit den Gesetzen zu handeln« - sagen die schon zitierten »kritischen Beamten« und das Innenministerium beruhigt damit, daß sich die KGT, sollte sie sich zur »Denkfabrik« für neue Strategien gegen Terrorismus entwickeln, »selbst ständig überprüfen müsse. Außerdem müsse permanent von außen überprüft werden, ob nicht die von Gesetz und Verfassung gezogenen Grenzen überschritten werden.«(ebda)

Kontrolle von außen?

Sollte parlamentarische Kontrolle damit gemeint sein, so ist festzustellen, daß in den entsprechenden Gremien die Opposition nicht vertreten ist, und daß in diesen Gremien die Frage der Legalität nach dem Mehrheitsprinzip beantwortet wird. Im Falle der KGT stünde es einem Journalisten gut an, Qualität und Zeitpunkt der Information von Abgeordneten zu prüfen, bevor ER von tatsächlicher Kontrollmöglichkeit spricht: fast zwei Monate nach offizieller Einrichtung und einen Monat nach weitgehendem Abschluß der konzeptionellen Arbeiten (so die offizielle Version), wurde der Innenausschuß des Bundestages oberflächlich informiert. Wesentliche Aufgabenfelder der KGT wurden nicht genannt, über die bisherige Praxis wurde kein Wörtchen verloren.
Kontrolle von außen könnte zudem auch die Presse ausüben, wenn sie denn ihre Funktion ansatzweise wahrnehmen würde. Aber wer wird zitiert? Das Innenministerium und anonyme kritische Beamte. Und wer sitzt doch gleich in der KGT?

Es bleibt also dabei:

Die **erste** Stufe des »Polizei-Totalitarismus « ist: die Apparate der Inneren Sicherheit kontrollieren die Legalität ihrer Arbeit im wesentlichen selbst.
Die FR geht dann aber gedanklich, doch sehr praxisorientiert schon den **zweiten Schritt**, wenn sie zugesteht, daß die Versuchung immer sehr groß sein könnte, neue »Methoden einfach einmal auszuprobieren«. Und »da kaum anzunehmen ist, daß die Sicherheitsorgane die rechtlichen Möglichkeiten bislang nicht genutzt haben, kann das nur heißen, den rechtlichen Rahmen durch **Neuinterpretationen auszudehnen**« (ebda, Herv. d. A.).
Die **dritte Etappe** zum modernen Polizeistaat und zur Überwindung der Nachkriegshindernisse bei der Wiedervereinigung von Polizei und Geheimdiensten, besteht schließlich in der Selbsteinschätzung der KGT in ausdrücklicher **Abgrenzung von bisherigen Formen** der Koordination. Die einstimmige und einmalige Zustimmung der Länder- und Bundesinnenminister wird interpretiert als Garantie einer gewissen Verbindlichkeit bei der Umsetzung der KGT-Beschlüsse, unabhängig von bestehenden Zuständigkeitsregelungen!
Die angestrebte Verbindlichkeit für alle Sicherheitsorgane und der Justiz, von Beschlüssen eines weitgehend unkontrollierten zentralen Gremiums, läßt vom Föderalismus in Sicherheitsfragen so wenig übrig, wie von der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten und der Unabhängigkeit der Justiz in diesem Bereich. Verlauf und Inhalt der Presse- und Medienkampagne der letzten Monate haben gezeigt, daß im Unterschied zum 'Deutschen Herbst' eine vom Presserat durch sanften Druck erreichte Selbstverpflichtung und Nachrichtensperre der Krisenstäbe nicht mehr nötig sind, solange eine KGT die Informationen steuert und ihr das auch zugestanden wird.
Drohten nicht Beleidigungsklagen, müßte mensch konsequenterweise von einer partiellen Verschmelzung der Tendenzen zum Reichssicherheitshauptamt und dem Propagandaministerium sprechen.
Sofern diese Behauptung heute überhaupt noch aufrüttelnde Wirkung hätte ...



DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr.6/Juni 1991

Demokratisierung in Afrika

Das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft? ▪ Die neue "Volks"-Republik Mosambik ▪ Massenbewegung setzt Sambias Staatschef unter Druck ▪ Nigerias Hürdenlauf in eine Zwei-Parteien-Diktatur

Kurden: Der Völkermord und das Versagen der UNO ▪ **Außerdem**: El Salvador, Rüstungsexporte

Nr. 7/Juli 1991

Naher Osten

Bilanz des Golfkrieges ▪ "Jetzt im Golfkrieg hat die PLO einen Fehler gemacht" ▪ Die Schiiten im Südirak ▪ Irak - Von der Hegemonialmacht zum imperialistischen Protektorat? Frieden für **Angola**? ▪ **Südkorea** nach dem Sturm ▪ **Ökologie**: Weltpark Antarktis ▪ **Außerdem**: Südafrika, Türkei, Mexiko

40 Seiten, 4,50 DM

Probeabo: 3 Hefte für 10 DM; keine automatische Verlängerung

Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte

☐ ein DRITTE WELT **Probeabo** (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)

☐ ein DRITTE WELT **Jahresabo**

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit Nr.3/91 (laufende Nr.39) enthält:

☆★☆

Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen
von Claudia Bernhard

★

Westliche Kultur / multikulturelle Weltgesellschaft
von Christoph Spehr

★

Verteidigung der Aufklärung
von Murray Bookchin

★

Feministische Analyse kriegerischer Diskurse
von Isabell Lorey

★

Kurden: Der Pakt mit Saddam
von Ronald Ofteringer

★

Europa und 500 Jahre Kolonisation
von Herby Sachs

★

Die Maskenbildner des Krieges
von L.U.P.U.S.

★

Pasolini - unter den Olivenbäumen von Casarsa
von Maria Antonietta Macciocchi

Außerdem: Arbeitswut, Nachrufe auf Karl Schild und Gustav Krüsched (ehemals FAUD), Rez. Anarchismus heute, Rez. §129a, Schwarz und Lila - afroamerikanische Frauenliteratur, Zeitungen in BRD-Knästen, Punk in der DDR, Interview mit KomistA, u.a. 72 S.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-

Red. Schwarzer Faden, PF 1159, 7043 Grafenau-1
Tel. 07033 – 44273
Fax. 07033 – 45264

Schwarz-Rot-Gold

BRD und DDR gibt es nicht mehr. Jetzt heißt es wieder Deutschland. Wieder?

Es liegt nicht nur an den Regierenden, wie das Land aussieht, in dem wir leben. Wie wir miteinander umgehen, bestimmen wir selbst.

Verschließen wir die Ohren oder schauen wir weg, wenn Menschen von rassistischen Äußerungen oder Angriffen bedroht sind, wenn hinter der Frage „Wer ist Deutscher" eigentlich der Gedanke „Wer ist Arier" steht?

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen frei und ohne Angst leben können.

WFD WELTFRIEDENSDIENST E.V.

Wir unterstützen Projekte in Afrika und Palästina. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns für eine Veränderung des Bewußtseins in der eigenen Gesellschaft ein.

WELTFRIEDENSDIENST e.V.
Hedemannstraße 14 - D-1000 Berlin 61

Aussageverweigerung und Verhörmethoden

Die Aussageverweigerung als BeschuldigteR und als ZeugIn, Aussageverweigerung und Beugehaft, Rechtliche Aspekte, Diskussionsbeitrag: Aussageverweigerung und Organisierung Dokumentation: Verhörmethoden

24 Seiten, DinA 4, 3,-DM

Experimentierfeld Nordirland Technologie politischer Unterdrückung

- Historische Entwicklung, SAS - die Bürgerkriegsarmee, Polizeibewaffnung und counter-insurgency

48 Seiten DinA 4, 4,-DM

Bezug zzgl. 1,- DM Versandkosten in Briefmarken oder Schein (Vorkasse) bei u.a. Adresse oder in Buch- und Infoläden. Weiterverkäufer-Rabatt (25%) ab 5Ex.

Rote Hilfe
Postfach 6444
2300 Kiel 14

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016